



Oldenburgische
Landesbank AG

Oldenburgische Landesbank Konzern
Finanzbericht 2014

Oldenburgische Landesbank Konzern – Übersicht

Mio. Euro	31.12.2014	31.12.2013	Veränderungen (%)
Bilanzsumme	14.135,7	14.207,8	- 0,5
Forderungen an Kreditinstitute ¹	435,1	628,5	- 30,8
Kreditvolumen ¹	10.300,4	10.303,4	—
Finanzanlagen	2.865,4	2.722,4	5,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.231,5	4.498,5	- 5,9
Kundeneinlagen	7.957,9	7.806,3	1,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	512,5	579,6	- 11,6
Nachrangige Verbindlichkeiten	220,9	253,6	- 12,9
Eigenkapital	614,7	602,9	2,0
Gezeichnetes Kapital	60,5	60,5	—
Kapitalrücklage	202,9	202,9	—
Gewinnrücklagen	369,7	347,1	6,5
Kumuliertes Sonstiges Ergebnis	- 18,4	- 7,6	> 100

Mio. Euro	1.1.2014 – 31.12.2014	1.1.2013 – 31.12.2013	Veränderungen (%)
Zinsüberschuss	237,2	237,7	- 0,2
Provisionsüberschuss	70,9	81,0	- 12,5
Laufendes Handelsergebnis	4,2	3,5	20,0
Übrige Erträge	0,4	17,6	- 97,7
Laufender Personalaufwand	153,5	167,0	- 8,1
Sachaufwand	84,4	97,1	- 13,1
Risikovorsorge	39,0	81,5	- 52,1
Ergebnis vor Steuern	34,7	9,1	> 100
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	24,9	8,7	> 100
Cost-Income-Ratio (in %)	78,2	78,3	k.A.

	31.12.2014	31.12.2013	
Kernkapitalquote gemäß § 10a KWG (in %) ²	9,8	9,5	
Gesamtkapitalquote gemäß § 10a KWG (in %) ²	12,8	13,3	
Mitarbeiter (Anzahl)	2.314	2.445	
Mitarbeiterkapazität	1.897	1.946	
Niederlassungen der Oldenburgische Landesbank AG	176	177	

¹ Netto nach Risikovorsorge

² Nach den Vorschriften der Capital Requirement Regulation (CRR) ermittelt

FINANZBERICHT 2014

003

AN DIE AKTIONÄRE

035

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

085

KONZERNABSCHLUSS

165

WEITERE INFORMATIONEN

Inhalt

An die Aktionäre 003

Aktionärsbrief	004
Die Aktie	006
Corporate-Governance-Bericht	008
Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB	016
Vergütungsbericht	018
Bericht des Aufsichtsrats	028

Zusammengefasster Lagebericht 035

Grundlagen des Konzerns	036
Wirtschaftsbericht	041
Geschäftsentwicklung	043
Prognose-, Chancen- und Risikobericht	054
Ergänzende Erläuterungen zum Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG (HGB)	057
Risikobericht	060

Konzernabschluss 085

Gesamtergebnisrechnung	086
Bilanz	088
Eigenkapitalveränderungsrechnung	090
Kapitalflussrechnung	091

Konzernanhang 092

Versicherung der gesetzlichen Vertreter	162
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	163

Weitere Informationen 165

Mandate der Organmitglieder	166
Beirat	168
Glossar	172
Impressum	176

003

AN DIE AKTIONÄRE

Aktionärsbrief	004
Die Aktie	006
Corporate-Governance-Bericht	008
Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB	016
Vergütungsbericht	018
Bericht des Aufsichtsrats	028

Aktionärsbrief

*Ihre geehrte Damen, sehr geehrte Herren,
die Sie unsere OLB als Aktionär und Freunde verbunden sind!*

Die in den vergangenen Jahren das Marktumfeld prägenden Entwicklungen haben sich 2014 fortgesetzt. Während sich die Eurozone weiterhin nur verhalten entwickelte, ist das Zinsniveau nochmals deutlich zurückgegangen. Die deutsche Konjunktur durchlief nach einem wachstumsstarken Jahresbeginn im Sommer eine Schwächephase, konnte sich zum Jahresende aber wieder stabilisieren. Als konjunkturelle Stütze erwies sich dabei einmal mehr der private Konsum, der seit Jahren von einer stetigen Zunahme der Beschäftigtenzahlen getragen wird. Für das Jahr 2015 erwarten wir aufgrund des niedrigen Ölpreises und des im Außenwert schwächer bewerteten Euros ein robustes Wachstum für Deutschland und den Nordwesten. Weder Inflationshöhe noch Leitzins, Konjunktorentwicklung oder Markterwartungen als zentrale Einflussfaktoren weisen derzeit auf eine Erholung des Zinsniveaus hin. Das im März 2015 gestartete Anleiherückkaufprogramm der Europäischen Zentralbank untermauert diesen Trend zusätzlich. Neben erhöhten regulatorischen Anforderungen und sich veränderndem Kundenverhalten mit zunehmender Nutzung digitaler Angebote wird analog zum Vorjahr also auch 2015 das Niedrigzinsumfeld die Bankenbranche beschäftigen.

Ihrer OLB ist es in diesem anspruchsvollen Umfeld gelungen, nach 9,1 Mio. Euro im Vorjahr ein deutlich erholtes Ergebnis vor Steuern in Höhe von 34,7 Mio. Euro zu erwirtschaften. Auf dieser Basis schlagen Vorstand und Aufsichtsrat Ihrer Bank der Hauptversammlung am 13. Mai 2015 vor, mit der Zuführung von 14,2 Mio. Euro zu den anderen Gewinnrücklagen die

Substanz der Bank weiter zu stärken. Parallel möchten wir auch Sie, liebe Aktionärinnen und Aktionäre, an der positiven Geschäftsentwicklung beteiligen und schlagen vor, je Aktie eine Dividende in Höhe von 0,25 Euro auszus zahlen (Vorjahr: 0,10 Euro).

Unser Kundengeschäft in der Regionalbank verlief erfolgreich. Das Geschäftsvolumen stieg auf rund 21 Mrd. Euro. Für ihre Geldanlagen legten die Kunden großen Wert auf Sicherheit. Dass sie hohes Vertrauen in die OLB haben, zeigte sich im erneuten Zuwachs des Kundeneinlagenvolumens auf rund 7,8 Mrd. Euro.

Damit ist weiterhin eine sehr robuste Basis für die Refinanzierung des Kreditgeschäfts geschaffen. Mit Krediten in Höhe von 10,1 Mrd. Euro haben wir Firmen- und Privatkunden in der Region unterstützt.

Bei den Erträgen sahen wir eine solide Entwicklung. Der Zinsüberschuss konnte stabil gehalten werden. Der verringerte Provisionsüberschuss erklärt sich mit der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank Mitte 2013. In der Regionalbank verlief das Provisionsgeschäft ohne größere Schwankungen. In den strategischen Segmenten Privat- und Geschäfts-



kunden, Private Banking & Freie Berufe sowie Firmenkunden konnten wir die Summe der Segmentergebnisse um rund 20 Mio. Euro steigern. Hier zahlte sich die gezielte und bedarfsgerechte Ansprache unserer Kunden aus.

Bei der Kostenentwicklung machten strengere Anforderungen an die Regulierung des Bankgeschäfts ebenso weitere Aufwendungen notwendig wie die Tarifierhöhungen im Bankgewerbe. Infolge der beendeten Geschäftstätigkeit der Allianz Bank konnte der Verwaltungsaufwand gegenüber dem Vorjahr insgesamt dennoch um 10 % auf 237,9 Mio. Euro reduziert werden.

Hatte sich im Vorjahr die Risikovorsorge noch belastend auf das Ergebnis ausgewirkt, war die Entwicklung im Geschäftsjahr 2014 insbesondere im mittelständisch geprägten Firmenkundenportfolio der Bank günstig. Die Branchenkrise im Schifffahrtsbereich wirkte sich auch im abgelaufenen Jahr weiter auf die Bewertung aus. Eine Markterholung in größerem Umfang blieb aus, doch entwickelte sich die Risikovorsorge für unser Schiffsportfolio moderater als im Vorjahr. So ergab sich insgesamt ein Rückgang des Risikovorsorgebedarfs von 81,5 Mio. Euro auf 39,0 Mio. Euro.

Die Bilanzsumme blieb mit 14,1 Mrd. Euro auf hohem Niveau. Unsere Kernkapitalquote konnten wir ausbauen: Mit 9,8 % lag sie deutlich über dem für 2019 formulierten aufsichtsrechtlichen Zielwert von 8,5 %.

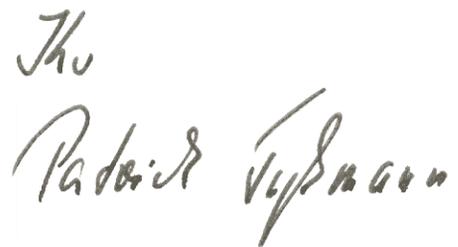
Unter Berücksichtigung einer Zuführung von 14,2 Mio. Euro zu den anderen Gewinnrücklagen ergibt sich auf Basis des 31. Dezember 2014 eine Kernkapitalquote von 10,1 %. Wachsende Kapitalquoten sind für uns wichtig, um die regulatorischen Anforderungen nachhaltig zu erfüllen sowie das Wachstum unserer Kunden in der Region weiter eng begleiten und mit dem geforderten Eigenkapital unterlegen zu können. Darum wird für uns das Thesaurieren von Gewinnen wesentlich bleiben.

Um unsere zukunftsfähige Aufstellung weiter zu stärken, treiben wir die Modernisierung des Privatkundengeschäfts voran. Wie für die gesamte Bankenbranche ist die zunehmende Digitalisierung auch für uns ein zentrales Thema. Parallel regional und digital für unsere Kunden da zu sein, ist der OLB-Weg, den wir gehen. Wir wollen weiter wachsen und unseren Kunden als Multikanalbank zeitgemäße Angebote liefern. Uns ist wichtig, dass die Kunden je nach Bedarf wählen können, wie sie uns erreichen: in der Filiale, im Internet oder per Telefon. Dabei werden wir in den Filialen noch stärker die Kompetenz unserer Mitarbeiter in den Mittelpunkt stellen, um die Kunden insbesondere in den beratungsintensiven Bereichen nachhaltig von uns zu überzeugen.

Für das Geschäftsjahr 2015 haben wir uns vorgenommen, die Erträge in einem herausfordernden Umfeld zu steigern und die Kosten im Griff zu behalten. Wir wollen unsere solide Geschäftsentwicklung aus 2014 fortsetzen.

Können wir unsere ambitionierten Ziele voll umsetzen, erwarten wir für 2015 bei gut abgeschirmten Risiken eine Verbesserung des Ergebnisses.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir abschließend noch ein persönliches Wort: Dies ist mein erster Aktionärsbrief an Sie, seit ich zum 1. Januar 2015 die Nachfolge von Dr. Achim Kassow als Vorstandsvorsitzender Ihrer OLB angetreten habe. Als Norddeutscher freue ich mich, hier in einem starken, stabilen Führungsteam mit kompetenten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern arbeiten zu können – und mit meiner Familie in dieser Region zu leben. Mich reizt es, ein Haus zu leiten, das regional stark vernetzt ist, einen sehr guten Namen hat und unternehmerisch agieren kann. Meine Vorstandskollegen und ich freuen uns, wenn Sie Ihre OLB auf diesem Weg begleiten.



Patrick Tessmann
Vorsitzender des Vorstands

Die Aktie

Entwicklung der OLB-Aktie

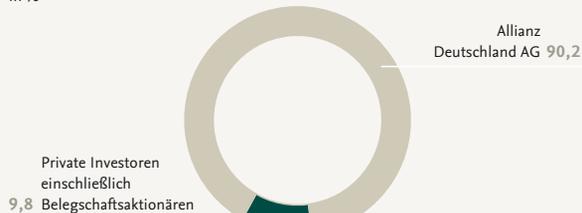
Die Ereignisse des Jahres 2014 führten zu volatilen Kursen an den Aktienmärkten. Insbesondere die Ukraine-Krise verunsicherte die Anleger und der deutsche Leitindex DAX sank zwischenzeitlich unter 8.600 Punkte. Verbesserte Konjunkturprognosen ließen die Kurse zum Jahresende wieder ansteigen und so schloss der DAX mit gut 9.800 Punkten rund 2,7% über dem Wert zum Jahresanfang. Gestützt durch die lockere Geldpolitik der EZB, einen für Exporteure günstigen Eurokurs und einen niedrigen Ölpreis setzte sich die positive Kursentwicklung zum Jahresbeginn 2015 weiter fort. Mitte März 2015 notierte der DAX erstmals bei über 12.000 Punkten.

 siehe Glossar Seite 170

Bei Banken- und Finanzwerten führten Meldungen über deutlich sinkende Zinsmargen und regulatorisch bedingte Kostensteigerungen zu einer negativen Kursentwicklung. Der Branchenindex **CDAX Banken** lag am Ende des Börsenjahres 2014 knapp 17% unter dem Jahresanfangswert. Die Aktie der OLB bewegte sich 2014 zwischen 18,90 Euro und 22,75 Euro und notierte am Jahresende mit 19,30 Euro 6,5% unter dem Wert zu Jahresbeginn. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung wurde die Aktie in Frankfurt für 18,80 Euro gehandelt (Stand 17. März 2015).

Aktionärsstruktur

in %



Wertentwicklung der OLB-Aktie 2014

in Euro



Aktionärsstruktur

Die Allianz Deutschland AG, München, hält rund 90,2 % der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG (Stand 31. Dezember 2014). Der verbleibende Anteil wird von privaten Investoren einschließlich Belegschaftsaktionären gehalten.

Die Aktien der Oldenburgische Landesbank AG werden unter der Wertpapierkennnummer (WKN) 808 600 an den Börsen in Berlin, Hamburg und Hannover im regulierten Markt sowie in Düsseldorf, Frankfurt und im elektronischen Handelssystem XETRA im Freiverkehr gehandelt. Mit 133,2 Tausend Stück lag der Jahresumsatz in OLB-Aktien im Jahr 2014 über dem Niveau des Vorjahres (97,3 Tausend Stück). Der Haupthandelsplatz mit den vergleichsweise höchsten Umsätzen war die Börse in Hamburg, gefolgt von der Börse in Frankfurt. Die Zahl der ausgegebenen Aktien beträgt knapp 23,3 Mio. Stück. Multipliziert mit dem Kurswert der Aktie ergibt sich eine Marktkapitalisierung von gut 437 Mio. Euro (Stand 17. März 2015).

Als einer der großen deutschen Nebenwerte kommt der Aktie der Oldenburgische Landesbank AG auf regionaler Ebene eine bedeutende Rolle zu. So ist die OLB als einziges Kreditinstitut im Niedersächsischen Aktienindex (NISAX20, WKN: 600 788) vertreten. Der im Mai 2002 aufgelegte Regionalindex enthält die 20 wichtigsten börsennotierten Gesellschaften des Bundeslandes Niedersachsen.

Finanzkalender

2015	
Bilanz-Pressekonferenz Geschäftsjahr 2014	12. März 2015
Veröffentlichung Finanzbericht 2014 AG & Finanzbericht 2014 Konzern im Internet	30. März 2015
Zwischenmitteilung per 31.03.2015	13. Mai 2015
Hauptversammlung (Oldenburg)	13. Mai 2015
Zwischenbericht per 30.06.2015	13. August 2015
Zwischenmitteilung per 30.09.2015	12. November 2015

Stammdaten

2015	
Wertpapierkennnummer (WKN)	808 600
ISIN	DE0008086000
Aktienart	Inhaberaktien
Stückelung	nennwertlose Stückaktien
Börsennotierung	Berlin, Hamburg und Hannover (regulierter Markt) Düsseldorf, Frankfurt, Xetra (im Freiverkehr)
Anzahl der Aktien	23.257.143
Marktkapitalisierung per 17.03.2015	437,2 Mio. Euro

Corporate-Governance-Bericht

Eine gute Corporate Governance ist unabdingbar für einen nachhaltigen Unternehmenserfolg. Bedeutende Aspekte guter Corporate Governance sind die vertrauensvolle und effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat als Bestandteil eines dualen Führungssystems, die Achtung der Interessen der Aktionäre, Fremdkapitalgeber, Arbeitnehmer und sonstiger mit dem Unternehmen verbundener Gruppen sowie Offenheit und Transparenz in der Unternehmenskommunikation.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex gilt in der Fassung vom 24. Juni 2014. Er stellt die wesentlichen gesetzlichen Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften dar und enthält international und national anerkannte Standards einer guten und verantwortungsvollen Unternehmensführung und -überwachung in Form von Empfehlungen und Anregungen. Er verdeutlicht die Verpflichtung von Vorstand und Aufsichtsrat, im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft für den Bestand des Unternehmens und seine nachhaltige Wertschöpfung zu sorgen.

Eine gesetzliche Pflicht zur Befolgung der im Kodex enthaltenen Empfehlungen und Anregungen besteht nicht. Nach § 161 Aktiengesetz sind die börsennotierten Gesellschaften jedoch verpflichtet, jährlich im Sinne eines „comply or explain“ eine Entsprechenserklärung zu den Kodex-Empfehlungen abzugeben. Abweichungen von den Kodex-Empfehlungen sind dabei zu erläutern. Im Einzelfall kann eine gut begründete Abweichung von einer Kodexempfehlung durchaus im Interesse einer guten Unternehmensführung liegen. Die von Vorstand und Aufsichtsrat im Dezember 2014 abgegebene Entsprechenserklärung finden Sie in der [Erklärung zur Unternehmensführung](#).

 siehe Seite 016

Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Gemäß dem deutschen Aktienrecht verfügt die Oldenburgische Landesbank AG mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat über eine duale Führungs- und Kontrollstruktur. Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng und vertrauensvoll zusammen.

Neben den gesetzlichen Bestimmungen für die Führung und Kontrolle einer Aktiengesellschaft enthalten die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Oldenburgische Landesbank AG sowie die Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat Regelungen für die Unternehmensführung und -kontrolle.

Vorstand

Der Vorstand der Oldenburgische Landesbank AG leitet das Unternehmen mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung in eigener Verantwortung und im Unternehmensinteresse. Er bestimmt die Unternehmensziele, die strategische Ausrichtung und die Geschäftspolitik der Gesellschaft. Des Weiteren koordiniert und überwacht der Vorstand die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften der Oldenburgische Landesbank AG. Er hat für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien (Compliance) sowie für ein angemessenes [Risikomanagement](#) und [Risikocontrolling](#) im Unternehmen zu sorgen.

 siehe Glossar Seite 173

Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt. Er besteht aus mindestens zwei Mitgliedern; die tatsächliche Zahl der Vorstandsmitglieder wird durch den Aufsichtsrat festgelegt. Seit dem 1. Januar 2015 besteht der Vorstand aus vier Mitgliedern. Sie sind gemeinschaftlich für die Leitung der Oldenburgische Landesbank AG verantwortlich. Die Mitglieder des Vorstands unterrichten und verständigen sich gegenseitig über alle Belange des Unternehmens.

Der Aufsichtsrat hat ein Mitglied des Vorstands zu dessen Vorsitzenden bestellt. Dieser vertritt den Vorstand gegenüber dem Aufsichtsrat und der Öffentlichkeit. Ihm obliegt des Weiteren die Koordination innerhalb des Vorstands.

Der Vorstand kommt regelmäßig zu Sitzungen zusammen. Diese werden vom Vorstandsvorsitzenden einberufen. Der Gesamtvorstand trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit der an der Beschlussfassung beteiligten Vorstandsmitglieder. Bei Stimmgleichheit hat der Vorstandsvorsitzende das Recht zum Stichentscheid.

Die Arbeit des Vorstands wird durch die Geschäftsordnung des Vorstands, die der Aufsichtsrat erlassen hat, weiter ausgestaltet. In der Geschäftsordnung des Vorstands sind insbesondere auch die der Begrenzung des Marktrisikos dienenden Berichtspflichten des Vorstands geregelt. Ferner enthält die Geschäftsordnung des Vorstands ein Kompetenzgefüge für das Kreditgeschäft und für Treasury-/Eigenbestandslinien.

Ein vom Vorstand aufgestellter Geschäftsverteilungsplan regelt die Ressortzuständigkeiten der Vorstandsmitglieder; hierdurch wird jedoch die gemeinsame Verantwortung aller Mitglieder des Vorstands für die Geschäftsführung nicht berührt. Der Geschäftsverteilungsplan und dessen Änderungen sind dem Aufsichtsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Auf die Einrichtung von Vorstandsausschüssen wurde verzichtet.

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für die Gesellschaft relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung, der Planung, der Risikolage, des Risikomanagements, der internen Revision und der Compliance. Im Rahmen seiner Berichterstattung geht der Vorstand auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Planungen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

Geschäfte von besonderer Bedeutung sind an die Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. seiner Ausschüsse gebunden. Die Zustimmungserfordernisse ergeben sich aus dem Gesetz, der Satzung sowie den Geschäftsordnungen für Vorstand und Aufsichtsrat. Zustimmungspflichtig sind unter anderem die Ausgabe neuer Aktien aus genehmigtem Kapital, der Abschluss von Unternehmensverträgen nach §§ 291 ff. Aktiengesetz, die Gewährung von Organ- bzw. Mitarbeiterkrediten gemäß § 15 Kreditwesengesetz, der Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien bei Überschreiten bestimmter Wertgrenzen sowie die Errichtung oder Auflösung von Zweigniederlassungen im Sinne von § 13 Handelsgesetzbuch.

Jedes Mitglied des Vorstands hat Interessenskonflikte unverzüglich gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsrat offenzulegen. Wesentliche Geschäfte zwischen der Bank einerseits und einem Vorstandsmitglied bzw. ihm nahestehenden Personen oder von ihm kontrollierten Unternehmungen andererseits bedürfen der Zustimmung des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses.

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands ist im [Vergütungsbericht](#) dargestellt.

 siehe Seite 018

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG besteht aus zwölf Mitgliedern und ist gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz zu gleichen Teilen aus Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammengesetzt. Die Vertreter der Anteilseigner werden durch die Hauptversammlung gewählt, die weiteren Mitglieder durch die Arbeitnehmer. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer der Amtszeit einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet; sie verfolgen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen. Ehemalige Vorstandsmitglieder der Oldenburgische Landesbank AG sind nicht im Aufsichtsrat vertreten.

Der Aufsichtsrat, der über seinen Vorsitzenden in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand steht, berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung der Bank sowie der Einhaltung der einschlägigen bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften. Weiterhin ist er zuständig für die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder, die Überprüfung des Vergütungssystems für den Vorstand und die Festsetzung der Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder. Der Aufsichtsrat prüft den Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG und des OLB-Konzerns, den zusammengefassten Lagebericht, den Abhängigkeitsbericht und den Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns. Er erlässt die Geschäftsordnung für den Vorstand und erteilt die Zustimmung zu Geschäften von wesentlicher Bedeutung, sofern die Zuständigkeit hierfür nicht einem Aufsichtsratsausschuss übertragen wurde.

Der Aufsichtsrat tritt regelmäßig entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zu vier ordentlichen Sitzungen pro Geschäftsjahr zusammen, die durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats einberufen werden. Nach Bedarf werden darüber hinaus außerordentliche Sitzungen abgehalten. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Mehrheit der Stimmen gefasst, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Im Falle der Stimmengleichheit hat in einer erneuten Abstimmung über den Beschlussgegenstand, sofern diese ebenfalls Stimmengleichheit ergibt, der Vorsitzende des Aufsichtsrats zwei Stimmen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat und leitet dessen Sitzungen.

Der Aufsichtsrat prüft regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit. Die Effizienzprüfung wird vom Prüfungsausschuss vorbereitet. Anschließend erörtert das Plenum Verbesserungsmöglichkeiten und beschließt gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat Interessenskonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Dritten entstehen können, gegenüber dem Aufsichtsrat offenzulegen.

Ziele des Aufsichtsrats hinsichtlich seiner Zusammensetzung und Stand der Umsetzung

Gemäß Ziffer 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) sowie in Erfüllung von § 25d Abs. 11 Satz 2 Nr. 2 KWG hat der Aufsichtsrat folgende Ziele für seine Zusammensetzung beschlossen:

Der Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) strebt eine Zusammensetzung an, die eine qualifizierte Aufsicht und Beratung der Geschäftsführung der OLB sicherstellt. Es sollen Kandidaten vorgeschlagen werden, die durch ihre Integrität, Leistungsbereitschaft und Persönlichkeit in der Lage sind, die Aufgaben eines Aufsichtsratsmitglieds in der OLB wahrzunehmen. Soweit sich die nachstehenden Anforderungen auf die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat beziehen, ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat auf die Vorschläge zur Wahl der Arbeitnehmervertreter keine Einflussmöglichkeit hat. Auch die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat werden nicht vom Aufsichtsrat bestimmt, sondern von der Hauptversammlung gewählt; der Aufsichtsrat unterbreitet jedoch der Hauptversammlung Wahlvorschläge.

1. Anforderungen an die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder

- Sachkunde, insbesondere
 - unternehmerische Erfahrung;
 - allgemeines Verständnis des Bankgeschäfts;
 - Fähigkeit zum Verständnis und zur Bewertung von Jahresabschlussunterlagen und Berichten an den Aufsichtsrat;
 - nach Möglichkeit spezielle Fachkenntnisse, die für die Geschäftstätigkeit der Bank von Bedeutung sind.
- Zuverlässigkeit.
- Berücksichtigung der in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats festgelegten Regel-Altersgrenze von 70 Jahren.
- Einhaltung der vom Gesetz vorgeschriebenen sowie der vom Deutschen Corporate Governance Kodex empfohlenen Begrenzung der Mandatszahl.
- Bereitschaft und Fähigkeit zu ausreichendem zeitlichen Engagement.
- Keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern der OLB.

2. Anforderungen an die Zusammensetzung des Gesamtgremiums

- Mindestens sechs Mitglieder des Aufsichtsrats, darunter mindestens ein Vertreter der Anteilseigner, sollen unabhängig im Sinne von Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex sein. Ein Aufsichtsratsmitglied ist nach Maßgabe dieser Kodex-Empfehlung insbesondere dann nicht als unabhängig anzusehen, wenn es in einer persönlichen oder einer geschäftlichen Beziehung zur OLB, deren Organen, einem kontrollierenden Aktionär oder einem mit diesem verbundenen Unternehmen steht, die einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt begründen kann. Hinsichtlich der Arbeitnehmervertreter wird davon ausgegangen, dass deren Unabhängigkeit durch den bloßen Umstand der Arbeitnehmervertretung und eines Beschäftigungsverhältnisses nicht berührt wird.
- Mindestens ein unabhängiges Mitglied mit Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung im Sinne von § 100 Abs. 5 AktG.
- Mindestens ein Mitglied mit ausgeprägter Erfahrung im Bankgeschäft.
- Nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands der OLB.
- Angemessene Beteiligung von Frauen, d. h. mindestens jeweils ein weibliches Aufsichtsratsmitglied auf Anteilseigner- und Arbeitnehmerseite.
- Ausgewogene Zusammensetzung dergestalt, dass die gewünschten Fachkenntnisse im Aufsichtsrat möglichst breit vertreten sind.

Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats ist im [Vergütungsbericht](#) dargestellt. Die derzeitige Zusammensetzung des Aufsichtsrats entspricht obigem Anforderungsprofil, insbesondere wurden bei der Aufsichtsratswahl 2013 auf Anteilseignerseite eine und auf Arbeitnehmerseite drei Frauen in den Aufsichtsrat gewählt. Zukünftige Wahlvorschläge des Aufsichtsrats zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern werden die oben genannten Ziele berücksichtigen. Der Aufsichtsrat empfiehlt seinen von den Arbeitnehmern gewählten Mitgliedern, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten um eine Berücksichtigung des Anforderungsprofils und der Ziele im Hinblick auf die von den zuständigen Gremien der Arbeitnehmer gemachten Wahlvorschläge zu bemühen.

 [siehe Seite 026](#)

Beschreibung der Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrats

Zur Steigerung der Effizienz des Gremiums hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet, nämlich einen Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss, einen Risikoausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss nach § 31 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz. Die Ausschüsse bereiten die Beschlüsse des Aufsichtsrats und die Arbeit des Aufsichtsratsplenums vor; in geeigneten Fällen wurden ihnen auch Beschlusszuständigkeiten übertragen.

Die Zusammensetzung, Verantwortlichkeiten und Aufgaben der Ausschüsse sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt.

Die Ausschüsse treten je nach Bedarf zu Sitzungen zusammen; sie fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmgleichheit steht dem Vorsitzenden des Ausschusses das Recht zum Stichentscheid zu; dies gilt nicht für den Vermittlungsausschuss.

Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse und die dort gefassten Beschlüsse.

Der *Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss* besteht aus sechs Mitgliedern. Ihm gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und seinem Stellvertreter vier weitere vom Aufsichtsrat zu wählende Mitglieder an, von denen jeweils zwei Mitglieder auf Vorschlag der Arbeitnehmer- und der Anteilseignervertreter gewählt werden. Mindestens ein Mitglied des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses muss über ausreichend Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling verfügen, insbesondere im Hinblick auf Mechanismen zur Ausrichtung der Vergütungssysteme an der Gesamtrisikobereitschaft und -strategie und an der Eigenmittelausstattung der Oldenburgische Landesbank AG.

Der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss soll mit dem Risikoausschuss zusammenarbeiten und soll sich intern beispielsweise durch das Risikocontrolling und extern von Personen beraten lassen, die unabhängig vom Vorstand sind. Vorstandsmitglieder dürfen nicht an Sitzungen des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses teilnehmen, bei denen über ihre eigene Vergütung beraten wird. Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben kann der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss auf alle Ressourcen zurückgreifen, die er für angemessen hält, und auch externe Berater einschalten. Zu diesem Zweck soll er von der Oldenburgische Landesbank AG angemessene Finanzmittel erhalten. Der Vorsitzende des Ausschusses kann unmittelbar beim Leiter der Internen Revision und bei den Leitern der für die Ausgestaltung der Vergütungssysteme zuständigen Organisationseinheiten Auskünfte einholen. Der Vorstand muss hierüber unterrichtet werden.

Der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss ist für die Personalangelegenheiten der Vorstandsmitglieder und für sonstige in die Zuständigkeit des Aufsichtsrats fallende Personalangelegenheiten zuständig, soweit diese nicht durch das Gesetz dem Aufsichtsratsplenum zugewiesen sind. Er bereitet die Bestellung von Vorstandsmitgliedern sowie die Entscheidungen des Plenums über das Vergütungssystem und die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder vor und unterbreitet dem Plenum Beschlussvorschläge. Zudem bewertet er Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands und spricht diesbezüglich Empfehlungen gegenüber dem Aufsichtsrat aus. Auch die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl der einzelnen Vorstandsmitglieder als auch des Vorstands in seiner Gesamtheit werden von ihm bewertet. Des Weiteren überprüft er die Grundsätze des Vorstands für die Auswahl und Bestellung der Personen der oberen Leitungsebene und gibt diesbezüglich Empfehlungen an den Vorstand ab. Zu seinen Aufgaben gehört ferner die Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme des Vorstands und der Mitarbeiter, und insbesondere der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungen für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie solcher Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil der Oldenburgische Landesbank AG haben. Er überwacht, ob die internen Kontroll- und alle sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme ordnungsgemäß einbezogen wurden, und bewertet die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement. Zu den Aufgaben des Präsidial- und Vergütungskontrollausschusses zählen darüber hinaus die Zustimmung zur Ernennung von Generalbevollmächtigten, die Zustimmung zu Pensionsregelungen sowie die Zustimmung zu genehmigungsbedürftigen Mandaten und Nebentätigkeiten von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern.

Dem *Risikoausschuss* gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats bis zu sechs weitere Aufsichtsratsmitglieder an, von denen jeweils bis zu drei Mitglieder auf Vorschlag der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Aktuell besteht der Risikoausschuss aus sechs Mitgliedern. Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter der Internen Revision und beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Vorstand ist hierüber zu unterrichten. Der Risikoausschuss kann, soweit erforderlich, den Rat externer Sachverständiger einholen und bestimmt Art, Umfang, Format und Häufigkeit der Informationen, die der Vorstand zum Thema Der Risikoausschuss kann, Strategie und Risiko vorlegen muss.

Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat zur aktuellen und künftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie der Bank und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie durch die obere Leitungsebene der OLB. Darüber hinaus befasst sich dieser Ausschuss mit der Risikosituation der Bank. Der Risikoausschuss überwacht zudem, ob die Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der OLB im Einklang stehen, und unterbreitet gegebenenfalls Vorschläge an den Vorstand, wie die Konditionen im Kundengeschäft in Übereinstimmung mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur gestaltet werden können. Er überprüft, ob die durch das Vergütungssystem gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der Bank sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen berücksichtigen. Ferner erteilt er die Zustimmung zu Krediten, die der Vorstand nicht in eigener Kompetenz entscheiden darf, darunter auch Organkredite nach § 15 KWG. Schließlich genehmigt der Risikoausschuss den Investitionsplan der Bank und erteilt die Zustimmung zu Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien, sofern bestimmte Wertgrenzen überschritten werden, sowie zur Gründung von Tochtergesellschaften mit Ausnahme reiner Vermögensverwaltungsgesellschaften.

Der *Prüfungsausschuss* besteht aus dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie bis zu vier weiteren vom Aufsichtsrat zu wählenden Mitgliedern, von denen jeweils bis zu zwei Mitglieder auf Vorschlag der Anteilseigner- und der Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Aktuell gehören ihm fünf Mitglieder an. Der Vorsitzende des Ausschusses muss über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Sofern der Vorsitzende nicht als unabhängig im Sinne von §§ 100 Abs. 5, 107 Abs. 4 AktG anzusehen ist, muss dem Prüfungsausschuss noch mindestens ein unabhängiges Mitglied mit Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung angehören. Der Aufsichtsrat hat festgestellt, dass Herr Prof. Dr. Andreas Georgi als Vorsitzender des Prüfungsausschusses unabhängig ist und den erforderlichen Sachverstand besitzt. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann unmittelbar beim Leiter der Internen Revision und beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Vorstand ist hierüber zu unterrichten.

Der Prüfungsausschuss hat die Aufgabe, den Jahres- und Konzernabschluss, die Lage- und Prüfungsberichte, den Gewinnverwendungsvorschlag sowie den Abhängigkeitsbericht vorab zu prüfen; er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsratsplenums über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses sowie des Abhängigkeitsberichts vor. Er überwacht den Rechnungslegungsprozess und die Wirksamkeit des internen Kontroll-, des Risikomanagement-, des internen Revisions- sowie Compiencesystems und befasst sich darüber hinaus auch mit den Tätigkeitsschwerpunkten der beiden letztgenannten Bereiche. Die Entscheidung des Aufsichtsrats über den Vorschlag an die Hauptversammlung zur Bestellung des Abschlussprüfers stützt sich auf eine Empfehlung des Prüfungsausschusses. Der Ausschuss überwacht die Durchführung der Abschlussprüfung, insbesondere hinsichtlich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer erbrachten Leistungen sowie die zügige Behebung der vom Prüfer festgestellten Mängel durch den Vorstand. Er erteilt den Prüfungsauftrag und befasst sich in diesem Zusammenhang mit den Prüfungsschwerpunkten und dem Honorar des Abschlussprüfers. Zudem erörtert er den Halbjahresfinanzbericht mit dem Vorstand vor seiner Veröffentlichung. Schließlich ist der Prüfungsausschuss auch zuständig für die Vorbereitung der jährlichen Entsprechenserklärung des Aufsichtsrats gemäß § 161 Aktiengesetz und der Effizienzprüfung der Aufsichtsratsstätigkeit.

Dem *Nominierungsausschuss* gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats zwei weitere Vertreter der Anteilseigner an. Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben kann der Nominierungsausschuss auf alle Ressourcen zurückgreifen, die er für angemessen hält, und auch externe Berater einschalten. Zu diesem Zweck soll er angemessene Finanzmittel erhalten. Aufgabe dieses Ausschusses ist es, geeignete Kandidaten bei der Vorbereitung von Wahlvorschlägen für die Wahl von Anteilseignervertretern in den Aufsichtsrat zu ermitteln und dabei unter anderem auf die Ausgewogenheit und Unterschiedlichkeit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen aller Mitglieder des Aufsichtsrats zu achten.

Der Nominierungsausschuss erarbeitet eine Zielsetzung zur Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat sowie eine Strategie zu deren Erreichung. Er bewertet Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Aufsichtsrats und gibt diesbezügliche Empfehlungen gegenüber dem Aufsichtsrat ab. Zudem bewertet er Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder als auch des Aufsichtsrats in seiner Gesamtheit.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz zu bildende Vermittlungsausschuss hat entsprechend den gesetzlichen Vorgaben vier Mitglieder. Ihm gehören neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie seinem Stellvertreter je ein von den Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und von den Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeitnehmer gewähltes Mitglied an. Der Vermittlungsausschuss unterbreitet dem Aufsichtsratsplenium Vorschläge für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern, wenn die für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern vorgeschriebene Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Aufsichtsratsmitglieder im ersten Wahlgang nicht erreicht wird.

Die Aufsichtsratsausschüsse setzen sich personell wie folgt zusammen:

Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss

- Andree Moschner, Vorsitzender
- Prof. Dr. Andreas Georgi
- Stefan Lübbe
- Uwe Schröder
- Rainer Schwarz
- Christine de Vries

Risikoausschuss

- Prof. Dr. Andreas Georgi, Vorsitzender
- Svenja-Marie Gnida
- Stefan Lübbe
- Andree Moschner
- Uwe Schröder
- Rainer Schwarz

Prüfungsausschuss

- Prof. Dr. Andreas Georgi, Vorsitzender
- Stefan Lübbe
- Andree Moschner
- Rainer Schwarz
- Christine de Vries

Nominierungsausschuss

- Andree Moschner, Vorsitzender
- Dr. Werner Brinker
- Rainer Schwarz

Vermittlungsausschuss (§ 27 Abs. 3 MitbestG)

- Andree Moschner, Vorsitzender
- Prof. Dr. Andreas Georgi
- Uwe Schröder
- Gaby Timpe

Einzelheiten zu den im Geschäftsjahr 2014 abgehaltenen Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie den behandelten Themen enthält der [Bericht des Aufsichtsrats](#).

 siehe Seite 028ff.

Hauptversammlung

In der Hauptversammlung nehmen die Aktionäre ihre Rechte wahr und üben ihr Stimmrecht aus. Bei der Beschlussfassung gewährt jede Aktie eine Stimme. Um die Stimmrechtsausübung zu erleichtern, bietet die Oldenburgische Landesbank AG ihren Aktionären an, sich in der Hauptversammlung durch von der Gesellschaft benannte Stimmrechtsvertreter vertreten zu lassen, die das Stimmrecht

ausschließlich auf der Grundlage der vom Aktionär erteilten Weisungen ausüben. Die Teilnahme an der Hauptversammlung oder die Ausübung des Stimmrechts setzt die rechtzeitige Anmeldung des Aktionärs zur Hauptversammlung und den Nachweis seiner Berechtigung voraus.

In der jährlich stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung legen Vorstand und Aufsichtsrat Rechenschaft über das abgelaufene Geschäftsjahr ab. Die Hauptversammlung hat die ihr nach dem Gesetz eingeräumten Rechte. Sie beschließt unter anderem über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, die Verwendung des Bilanzgewinns, Satzungsänderungen und kapitalverändernde Maßnahmen. Ferner wählt sie die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat. Einzelheiten über die Tagesordnung und die Stimmrechtsausübung werden den Aktionären mit der Einladung mitgeteilt. Die für die Hauptversammlung notwendigen Berichte und Unterlagen werden zusammen mit der Tagesordnung leicht zugänglich auf der OLB-Internetseite (www.olb.de) veröffentlicht.

Transparenz und Information

Anteilseigner und Dritte werden zeitnah über die wirtschaftliche Entwicklung durch die Veröffentlichung von Abschlüssen, Zwischenabschlüssen und Zwischenmitteilungen informiert. Bei der Erstellung werden die nationalen und internationalen Rechnungslegungsvorschriften berücksichtigt. Die Gesellschaft orientiert sich dabei am **True-and-Fair-View-Prinzip**, sodass die Rechnungslegung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt. Darüber hinaus werden Tatsachen, die dazu geeignet sind, den Aktienkurs erheblich zu beeinflussen, als Ad-hoc-Meldung publiziert und es wird über weitere relevante Informationen berichtet. Alle Daten werden über geeignete Kommunikationsmedien veröffentlicht und stehen auf der Internetseite der Gesellschaft bereit (www.olb.de).

 siehe Glossar Seite 173

Die Oldenburgische Landesbank AG informiert in einem **Finanzkalender**, der auf der Internetseite der Oldenburgische Landesbank AG im Bereich Investor Relations sowie im Geschäftsbericht veröffentlicht ist, über die Termine der wesentlichen Ereignisse und Veröffentlichungen (wie Hauptversammlung, Veröffentlichung des Geschäftsberichts).

 siehe Seite 007

Meldepflichtige Wertpapiergeschäfte („Directors’ Dealings“)

Nach den Regelungen des § 15a Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) zur Veröffentlichung und Mitteilung von Geschäften müssen Personen, die bei einem Emittenten von Aktien Führungsaufgaben wahrnehmen, eigene Geschäfte mit Aktien des Emittenten oder mit sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten, insbesondere Derivaten, dem Emittenten und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mitteilen, sofern der Wert der getätigten Erwerbs- oder Veräußerungsgeschäfte 5.000 Euro innerhalb eines Kalenderjahres erreicht oder übersteigt. Diese Verpflichtung gilt für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie für sonstige Personen, die regelmäßig Zugang zu Insiderinformationen haben und zu wesentlichen unternehmerischen Entscheidungen ermächtigt sind. Daneben besteht diese Pflicht auch für Personen, die mit Personen mit Führungsaufgaben in einer engen Beziehung stehen.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden der Oldenburgische Landesbank AG keine meldepflichtigen Wertpapiergeschäfte gemäß § 15a WpHG gemeldet.

Anteilsbesitz von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder an Aktien der Oldenburgische Landesbank AG betrug zum 31. Dezember 2014 weniger als 1 % der ausgegebenen Aktien der Gesellschaft.

Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289a HGB

Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

§ 161 Aktiengesetz verpflichtet den Vorstand und Aufsichtsrat börsennotierter Gesellschaften, jährlich im Sinne eines „comply or explain“ eine Entsprechenserklärung zu den im Deutschen Corporate Governance Kodex enthaltenen Empfehlungen abzugeben. Abweichungen von den Empfehlungen sind offenzulegen und zu begründen.

Vorstand und Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG haben im Dezember 2014 die turnusmäßige Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex abgegeben. Danach hat die Gesellschaft sämtlichen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung entsprochen und wird diesen auch künftig entsprechen. Die Entsprechenserklärung vom Dezember 2014 hat folgenden Wortlaut:

„Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Oldenburgische Landesbank AG zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ gemäß § 161 Aktiengesetz

1. Die Oldenburgische Landesbank AG entspricht sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz im Amtlichen Teil des Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 24. Juni 2014 und wird ihnen auch künftig entsprechen.
2. Seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung vom Dezember 2013 hat die Oldenburgische Landesbank AG sämtlichen Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 13. Mai 2013 entsprochen.

Oldenburg, im Dezember 2014
Oldenburgische Landesbank AG

Für den Vorstand:
gez. Dr. Achim Kassow
gez. Jörg Höhling

Für den Aufsichtsrat:
gez. Andree Moschner“

Diese Entsprechenserklärung sowie die Entsprechenserklärungen der vergangenen Jahre sind auf der Internetseite der Oldenburgische Landesbank AG (www.olb.de) im Bereich Investor Relations in der Rubrik Corporate Governance dauerhaft öffentlich zugänglich gemacht.

Die Oldenburgische Landesbank AG beachtete im Geschäftsjahr 2014 zudem weitgehend die unverbindlichen Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Angaben zu Unternehmensführungspraktiken

Die Oldenburgische Landesbank AG lebt vom Vertrauen ihrer Kunden, Aktionäre, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leistung und Integrität der OLB-Gruppe. Dieses Vertrauen hängt wesentlich davon ab, wie sich Mitarbeiter, Führungskräfte und Geschäftsführung verhalten und wie sie ihre Fähigkeiten zum Nutzen der Kunden und Aktionäre einsetzen.

Die Oldenburgische Landesbank AG ist eine Gesellschaft der Allianz Gruppe. Die Allianz Gruppe integriert mit eigenen Initiativen für das UN-Global-Compact-Programms und der Anerkennung der OECD-Richtlinie für multinationale Unternehmen Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung in das Geschäft. UN Global Compact ist eine Initiative des seinerzeitigen UN-Generalsekretärs Kofi Annan und internationaler Großunternehmen zur Anerkennung der Menschenrechte.

Die vom Vorstand der Oldenburgische Landesbank AG für alle Mitarbeiter, Führungskräfte und Mitglieder des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG übernommenen Verhaltensgrundsätze der Allianz Gruppe (Verhaltenskodex für Business Ethik und Compliance) setzen die im UN-Global-Compact-Programm enthaltenen Prinzipien um. Sie bilden Mindeststandards für alle Mitarbeiter. Mit diesen verbindlichen Grundsätzen und Verhaltensregeln sollen Situationen vermieden werden, die das Vertrauen in die Integrität der einzelnen Gesellschaften und ihrer Mitarbeiter erschüttern könnten. Neben den Themenbereichen Korruption, Geldwäsche und Diskriminierung gehen die Verhaltensgrundsätze vor allem auch auf mögliche Interessenkonflikte und deren Vermeidung ein.

Der Verhaltenskodex für Business Ethik und Compliance der Allianz Gruppe, der von der OLB Gruppe übernommen wurde, ist auf der Internetseite der Allianz SE unter Investor Relations veröffentlicht.

Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Zusammensetzung und Arbeitsweise ihrer Ausschüsse

Die Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat ist im **Corporate-Governance-Bericht** beschrieben.

 siehe Seiten 008 ff.

Die personelle Zusammensetzung des Vorstands und des Aufsichtsrats ist im **Vergütungsbericht** dargestellt.

 siehe Seiten 018 ff.

Die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrats ist im **Corporate-Governance-Bericht** abgebildet. Der Vorstand hat auf die Einrichtung von Vorstandsausschüssen verzichtet.

 siehe Seiten 011 ff.

Vergütungsbericht 2014

Der Vergütungsbericht fasst die Struktur, die Prinzipien und die Höhe der Vergütung des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG zusammen. Zudem legt er Zusammensetzung und Höhe der Vergütung des Aufsichtsrats dar. In diesem Vergütungsbericht wird außerdem die Ausgestaltung der Vergütungssysteme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oldenburgische Landesbank AG beschrieben und der Gesamtbetrag aller Vergütungen veröffentlicht.

Die diesbezüglichen Informationen sind als Bestandteil des Konzernlageberichts zu verstehen. Sie werden daher nicht im Konzernanhang wiederholt.

Vergütung des Vorstands

Die Konzeption der Vorstandsvergütung zielt auf Angemessenheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Ihre Struktur wird im Aufsichtsrat beraten und regelmäßig überprüft. Dies ist zuletzt im Dezember 2014 erfolgt.

Aufgrund gesetzlicher Änderungen durch das CRD IV-Umsetzungsgesetz sowie neuer Empfehlungen im Deutschen Corporate Governance Kodex hat der Aufsichtsrat das Vergütungssystem seit dem Jahr 2014 umgestellt. Wie im letztjährigen Bericht bereits vorausblickend beschrieben, darf die variable Vergütung des Vorstands jeweils 100 % der fixen Vergütung nicht überschreiten. Im Rahmen einer unter Einschluss der Aufwendungen für die Altersversorgung und bei einer unterstellten Zielerreichung von 100 % unveränderten Gesamtvergütung wurde daher die fixe Vergütung angehoben und die variable Vergütung reduziert. Die maximal mögliche Zielerfüllung für die erfolgsabhängige Vergütung wurde von 165 % auf 150 % beschränkt. Zudem erhalten alle Vorstandsmitglieder einheitlich zwei variable Vergütungsbestandteile, den Jahresbonus und die aktienbezogene Vergütung in Form von virtuellen Aktien, den sogenannten **Restricted Stock Units (RSU)**. Der Mittelfristbonus, der bis 2013 noch dem Vorstandsvorsitzenden gewährt wurde, entfällt. Um die Nachhaltigkeit der Vorstandsvergütung weiter zu verbessern, werden 50 % der RSU zusätzlichen Nachhaltigkeitskriterien unterworfen. Der Aufsichtsrat kann dadurch bei Eintritt bestimmter, schwerwiegender Ereignisse bis zu 50 % der zugeordneten RSU bis zur jeweiligen Ausübung verfallen lassen. Der Aufsichtsrat hat zudem ein angestrebtes Versorgungsniveau für die einzelnen Vorstandsmitglieder und Höchstgrenzen für die Vorstandsvergütung insgesamt sowie hinsichtlich ihrer variablen Vergütungsbestandteile festgelegt.

 siehe Glossar Seite 172

Für die Vorstandsvergütung waren folgende Vergütungsgrundsätze maßgeblich:

- Die Gesamtvergütung ist in ihrer Höhe angemessen, um hoch qualifizierte Führungskräfte zu gewinnen und langfristig an das Unternehmen zu binden.
- Die Vergütungsstruktur gewährleistet eine ausgewogene Balance zwischen kurz- und langfristigen Vergütungsbestandteilen.
- Das Anreizsystem ist wirksam ausgestaltet, auch bei einem sich gegebenenfalls ändernden Geschäftsumfeld.
- Die erfolgs- und leistungsbezogenen variablen Vergütungselemente stehen im Einklang mit den strategischen und finanziellen Interessen der Oldenburgische Landesbank AG.
- Die Gesamtvergütung richtet sich nach den jeweiligen Aufgaben- und Verantwortungsbereichen sowie den erbrachten Leistungen der einzelnen Vorstandsmitglieder.

Das geltende Vergütungssystem für den Vorstand besteht aus den folgenden Komponenten:

Erfolgsunabhängige Vergütung

Die erfolgsunabhängige Vergütung enthält fixe Bezüge und sonstige Vergütungsbestandteile:

- a) *Fixe Bezüge.* Die Grundvergütung ist ein fester Betrag, bestehend aus zwölf monatlichen Zahlungen. Ihre Höhe wird zum einen von der übertragenen Funktion und Verantwortung bestimmt, zum anderen von den externen Marktbedingungen beeinflusst.

- b) *Sonstige Vergütungsbestandteile.* Geldwerte Vorteile aus Sach- und Nebenleistungen werden je nach Funktion und Position in unterschiedlichem Umfang gewährt und müssen individuell versteuert werden. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um marktübliche Versicherungsleistungen, die Bereitstellung von Dienstwagen sowie Aufwandsersatz für Kosten der doppelten Haushaltsführung.

Erfolgsabhängige Vergütung

Die erfolgsabhängige Vergütung besteht aus zwei Komponenten und gewährleistet eine angemessene Balance zwischen kurzfristigen finanziellen Zielen, längerfristigem Erfolg und nachhaltiger Unternehmenswertsteigerung. Alle Bestandteile der erfolgsabhängigen Vergütung sind in einem im Allianz Konzern geltenden Modell, dem **Allianz Sustained Performance Plan (ASPP)**, beschrieben. Zur Festlegung der erfolgsabhängigen Vergütung trifft der Aufsichtsrat jährlich eine Zielvereinbarung mit den einzelnen Mitgliedern des Vorstands, in der die quantitativen und qualitativen Ziele festgelegt werden. Der Aufsichtsrat kann in der Bewertung der Zielerfüllung die erfolgsabhängige Vergütung in der Bandbreite von 0 % bis maximal 150 % der jeweiligen Zielvergütung festsetzen. Sie darf jedoch 100 % der fixen Vergütung nicht überschreiten.

 siehe Glossar Seite 170

Die erfolgsabhängige Vergütung setzt sich aus den folgenden Bestandteilen zusammen:

- a) *Jahresbonus.* Die Mitglieder des Vorstands erhalten in Abhängigkeit vom Erfüllungsgrad einer persönlichen Zielvereinbarung einen Jahresbonus. Die Ziele werden vor Beginn des Performance-Zeitraums definiert. In welchem Ausmaß diese Ziele erreicht wurden, wird nach Ablauf der jährlichen Leistungsperiode ermittelt und ist für die Höhe des zu zahlenden Jahresbonus ausschlaggebend.
- b) *Aktienbezogene Vergütung.* Die Vorstandsmitglieder nehmen ferner am gruppenweiten Allianz Programm der aktienbezogenen Vergütung (**Allianz Equity Incentive = AEI**) teil. Aktienbezogene Vergütung wird in Form von virtuellen Aktien, den sogenannten Restricted Stock Units (RSU), gewährt. Die Zuteilung erfolgt nach Ablauf des Geschäftsjahres im Zusammenhang mit der Festlegung des Jahresbonus. Die Anzahl der RSU ergibt sich dabei aus der Höhe des Jahresbonus für das abgelaufene Geschäftsjahr, geteilt durch den berechneten Marktwert eines RSU zum Zeitpunkt der Zuteilung. Für die RSU besteht eine Haltefrist von vier Jahren ab Zuteilung. Nach Ablauf dieser Frist werden sie automatisch gemäß den Planbedingungen durch die Gesellschaft ausgeübt. Pro RSU erhalten die Vorstandsmitglieder den Gegenwert einer Aktie der Allianz SE zu dem nach den Planbedingungen maßgeblichen Ausübungskurs. Der entsprechende Betrag wird in bar oder in Aktien der Allianz SE ausgezahlt. Der mögliche Wertzuwachs der RSU kann maximal 200 % des Aktienkurses bei Zuteilung betragen.

 siehe Glossar Seite 170

50 % der RSU unterliegen zusätzlichen Nachhaltigkeitskriterien. Der Aufsichtsrat kann bei Eintritt bestimmter, schwerwiegender Ereignisse bis zu 50 % der zugeteilten RSU bis zur jeweiligen Ausübung verfallen lassen.

Im Rahmen des bis zum Jahr 2010 geltenden Allianz Programms für die aktienbezogene Vergütung (**Group Equity Incentive = GEI**) wurden neben RSU auch sogenannte **Stock Appreciation Rights (SAR)** ausgegeben. Hierbei handelt es sich um virtuelle **Optionen**, die dazu berechtigen, den Unterschiedsbetrag zwischen dem Börsenkurs der Aktie der Allianz SE am Tage der Ausübung und dem Zuteilungskurs in bar ausgezahlt zu bekommen. Der maximale Unterschied ist auf 150 % des Zuteilungskurses beschränkt. Die bis 2008 gewährten SAR können nach einer Sperrfrist von zwei Jahren ausgeübt werden. Für SAR, die ab 2009 gewährt wurden, gilt eine Sperrfrist von vier Jahren. Voraussetzung für die Ausübung der SAR ist zum einen, dass der Kurs der Aktie der Allianz SE mindestens 20 % über dem Zuteilungskurs liegt. Zum anderen muss die relative Kursentwicklung der Allianz SE Aktie während der Laufzeit die Entwicklung des **Dow Jones EURO STOXX Price Index (600)** mindestens einmal während einer Frist von fünf aufeinander folgenden Börsentagen übertroffen haben.

 siehe Glossar Seite 171 und 173

 siehe Glossar Seite 171

Die SAR verfallen nach sieben Jahren, sofern sie bis dahin nicht gemäß den Planbedingungen ausgeübt wurden. Soweit die bis 2010 gewährten SAR noch nicht ausgeübt wurden, bleiben sie gültig, bis die entsprechenden Pläne ausgelaufen sind. Im Rahmen des aktuellen Allianz Equity-Incentive-Programms werden keine SAR mehr ausgegeben.

Zur Bewertung dieser Rechte beziehungsweise der Wertentwicklung verweist die Bank auf die Angaben im Anhang des Konzernabschlusses des OLB-Konzerns.

Betriebliche Altersvorsorge

Die amtierenden Mitglieder des Vorstands erhalten im Rahmen ihres Dienstvertrags eine betriebliche Altersvorsorge in Form einer beitragsorientierten Regelung.

Individualisierte Vorstandsvergütung 2014

Einzelheiten der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2014 in individualisierter Form ergeben sich aus den nachfolgenden Tabellen.

Vergütung der Mitglieder des Vorstands

Nachfolgend wird die Vorstandsvergütung in der Berichtsform gemäß nationalem und internationalem Handelsrecht dargestellt und weitergeführt:

Tsd. Euro		Erfolgsunabhängige Vergütungsbestandteile		Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile			Gesamt	
		Fixe Bezüge	Sonstige Vergütungsbestandteile	Jahresbonus (kurzfristig)	Drei-Jahres-Bonus (mittelfristig) ¹	Aktienbezogene Vergütung (langfristig)		
	Dr. Achim Kassow (bis 31.12.2014)	2014	625,0	33,9	249,2	—	249,2	1.157,3
		2013	440,0	42,8	175,3	175,3 ¹	175,3	1.008,7
	Dr. Thomas Bretzger	2014	360,0	43,6	135,5	—	135,5	674,6
		2013	220,0	27,1	156,2	—	156,2	559,5
	Jörg Höhling (bis 31.12.2014)	2014	360,0	11,7	141,4	—	141,4	654,5
		2013	220,0	15,4	110,7	—	110,7	456,8
	Karin Katerbau	2014	360,0	15,2	136,0	—	136,0	647,2
		2013	220,0	19,2	204,6	—	204,6	648,4
	Hilger Koenig (seit 01.01.2014)	2014	360,0	11,5	134,5	—	134,5	640,5
		2013	—	—	—	—	—	—
	Patrick Tessmann (seit 01.11.2014)	2014	77,5	1,2	25,9	—	25,9	130,5
		2013	—	—	—	—	—	—
	Gesamtvergütung	2014	2.142,5	117,1	822,5	—	822,5	3.904,6
		2013	1.100,0	104,5	646,8	175,3	646,8	2.673,4

¹ Aufgrund der Umstellung des Vergütungssystems für den Vorstand wurde dieser Betrag im Jahr 2014 abgerechnet.

Ergänzend werden nachfolgend die Vergütungstabellen gemäß Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex dargestellt.

Vergütungstabelle gemäß Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex – Darstellung gewährter Zuwendungen:

Gewährte Zuwendungen	Dr. Achim Kassow Vorstandsvorsitzender (bis 31.12.2014)				Dr. Thomas Bretzger Vorstand				Jörg Höhling Vorstand (bis 31.12.2014)			
	2013	2014	2014 (Min)	2014 (Max)	2013	2014	2014 (Min)	2014 (Max)	2013	2014	2014 (Min)	2014 (Max)
Tsd. Euro												
Festvergütung	440,0	625,0	625,0	625,0	220,0	360,0	360,0	360,0	220,0	360,0	360,0	360,0
Nebenleistungen	42,8	33,9	33,9	33,9	27,1	43,6	43,6	43,6	15,4	11,7	11,7	11,7
Summe	482,8	658,9	658,9	658,9	247,1	403,6	403,6	403,6	235,4	371,7	371,7	371,7
Einjährige variable Vergütung	220,0	208,0	—	312,0	210,0	119,0	—	178,5	210,0	119,0	—	178,5
Mehrjährige variable Vergütung	395,3	249,2	—	312,0	156,2	135,5	—	178,5	110,7	141,4	—	178,5
RSU 2014 (Laufzeit 4 Jahre)	175,3	—	—	—	156,2	—	—	—	110,7	—	—	—
Drei-Jahres-Bonus 2013–2015 ¹	220,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
RSU 2015 (Laufzeit 4 Jahre)	—	249,2	—	312,0	—	135,5	—	178,5	—	141,4	—	178,5
Summe	615,3	457,2	—	624,0	366,2	254,5	—	357,0	320,7	260,4	—	357,0
Versorgungsaufwand	163,7	233,9	233,9	233,9	81,6	133,3	133,3	133,3	85,2	133,1	133,1	133,1
Gesamtvergütung	1.261,8	1.350,0	892,8	1.516,8	694,9	791,4	536,9	893,9	641,3	765,2	504,8	861,8

¹ Aufgrund der Umstellung des Vergütungssystems für den Vorstand wurde dieser Betrag im Jahr 2014 abgerechnet.

Gewährte Zuwendungen	Karin Katerbau Vorstand				Hilger Koenig Vorstand (seit 01.01.2014)				Patrick Tessmann Vorstand (seit 01.11.2014)			
	2013	2014	2014 (Min)	2014 (Max)	2013	2014	2014 (Min)	2014 (Max)	2013	2014	2014 (Min)	2014 (Max)
Tsd. Euro												
Festvergütung	220,0	360,0	360,0	360,0	—	360,0	360,0	360,0	—	77,5	77,5	77,5
Nebenleistungen	19,2	15,2	15,2	15,2	—	11,5	11,5	11,5	—	1,2	1,2	1,2
Summe	239,2	375,2	375,2	375,2	—	371,5	371,5	371,5	—	78,7	78,7	78,7
Einjährige variable Vergütung	210,0	119,0	—	178,5	—	119,0	—	178,5	—	25,8	—	38,8
Mehrjährige variable Vergütung	204,6	136,0	—	178,5	—	134,5	—	178,5	—	25,9	—	38,8
RSU 2014 (Laufzeit 4 Jahre)	204,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Drei-Jahres-Bonus 2013–2015 ¹	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
RSU 2015 (Laufzeit 4 Jahre)	—	136,0	—	178,5	—	134,5	—	178,5	—	25,9	—	38,8
Summe	414,6	255,0	—	357,0	—	253,5	—	357,0	—	51,7	—	77,6
Versorgungsaufwand	79,9	130,5	130,5	130,5	—	141,2	141,2	141,2	—	37,0	37,0	37,0
Gesamtvergütung	733,7	760,7	505,7	862,7	—	766,2	512,7	869,7	—	167,4	115,7	193,3

¹ Aufgrund der Umstellung des Vergütungssystems für den Vorstand wurde dieser Betrag im Jahr 2014 abgerechnet.

Vergütungstabelle gemäß Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex – Darstellung nach Zuflussprinzip:

Zufluss	Dr. Achim Kassow Vorstands- vorsitzender (bis 31.12.2014)		Dr. Thomas Bretzger Vorstand		Jörg Höhling Vorstand (bis 31.12.2014)		
	Tsd. Euro	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Festvergütung		625,0	440,0	360,0	220,0	360,0	220,0
Nebenleistungen		33,9	42,8	43,6	27,1	11,7	15,4
Summe		658,9	482,8	403,6	247,1	371,7	235,4
Einjährige variable Vergütung		249,2	175,3	135,5	156,2	141,4	110,7
Mehrfährige variable Vergütung		—	175,3	—	—	—	—
Drei-Jahres-Bonus 2013–2015 ¹		—	175,3	—	—	—	—
Summe		249,2	350,6	135,5	156,2	141,4	110,7
Versorgungsaufwand		233,9	163,7	133,3	81,6	133,1	85,2
Gesamtvergütung		1.142,0	997,1	672,4	484,9	646,2	431,3

¹ Aufgrund der Umstellung des Vergütungssystems für den Vorstand wurde dieser Betrag im Jahr 2014 abgerechnet.

Zufluss	Karin Katerbau Vorstand		Hilger Koenig Vorstand (seit 01.01.2014)		Patrick Tessmann Vorstand (seit 01.11.2014)		
	Tsd. Euro	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Festvergütung		360,0	220,0	360,0	—	77,5	—
Nebenleistungen		15,2	19,2	11,5	—	1,2	—
Summe		375,2	239,2	371,5	—	78,7	—
Einjährige variable Vergütung		136,0	204,6	134,5	—	25,9	—
Mehrfährige variable Vergütung		—	—	—	—	—	—
Drei-Jahres-Bonus 2013–2015 ¹		—	—	—	—	—	—
Summe		136,0	204,6	134,5	—	25,9	—
Versorgungsaufwand		130,5	79,9	141,2	—	37,0	—
Gesamtvergütung		641,7	523,7	647,2	—	141,6	—

¹ Aufgrund der Umstellung des Vergütungssystems für den Vorstand wurde dieser Betrag im Jahr 2014 abgerechnet.

Zum 31. Dezember 2014 betrug die Anzahl der von den aktiven Mitgliedern des Vorstands gehaltenen aktienbezogenen Rechte insgesamt 2.074 Stück SAR sowie 37.501 Stück RSU. Zur Bewertung dieser Rechte beziehungsweise der Wertentwicklung verweist die Bank auf die Anhangangabe zur aktienbezogenen Vergütung.

Die Gesamtvergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2014 betrug 3,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2,7 Mio. Euro).

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Vorstands stellt sich per 31. Dezember 2014 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionskrediten beträgt insgesamt 140,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 425 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2014 mit 8,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 24,2 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden.

Die Zinssätze liegen jeweils bei 4,94 % p. a. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich.

Kreditkartenlimite in Höhe von 90,2 Tsd. Euro (Vorjahr: 60 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 0,9 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,4 Tsd. Euro) ausgenutzt.

Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 486,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,00 Euro), die per 31. Dezember 2014 mit 486,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,00 Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 1,36 % und 1,67 % p. a. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich.

Am 31. Dezember 2014 betrug der auf Basis IFRS ermittelte versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen für die im Geschäftsjahr 2014 aktiven Vorstandsmitglieder 3.004,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.220,3 Tsd. Euro). Davon entfielen auf Herrn Dr. Kassow 782,9 Tsd. Euro, Herrn Dr. Bretzger 296,0 Tsd. Euro, Herrn Höhling 892,6 Tsd. Euro, Frau Katerbau 317,6 Tsd. Euro, Herrn Koenig 678,7 Tsd. Euro und Herrn Tessmann 37,0 Tsd. Euro.

An frühere Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene wurden Ruhegehälter in Höhe von insgesamt 1,1 Mio. Euro gezahlt. Der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen auf IFRS-Basis für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene betrug 20,5 Mio. Euro (Vorjahr: 19,3 Mio. Euro). Der Erfüllungsbetrag für diesen Personenkreis gemäß HGB belief sich auf 15,6 Mio. Euro (Vorjahr: 16,8 Mio. Euro).

In der nachfolgenden Darstellung finden sich die Aufwendungen für die Altersversorgung und die Pensionsrückstellungen bzw. -verpflichtungen nach HGB und IFRS der im Geschäftsjahr aktiven Mitglieder des Vorstands:

Tsd. Euro		HGB		IFRS	
		Versorgungs- aufwand	Pensions- rückstellung	Current Service Cost	Pensions- verpflichtung
Dr. Achim Kassow (bis 31.12.2014)	2014	224,0	637,1	233,9	782,9
	2013	166,7	397,3	163,7	397,3
Dr. Thomas Bretzger	2014	127,7	251,9	133,3	296,0
	2013	77,2	119,4	81,6	119,4
Jörg Höhling (bis 31.12.2014)	2014	130,5	676,1	133,1	892,6
	2013	104,0	525,0	85,2	567,2
Karin Katerbau	2014	124,5	266,3	130,5	317,6
	2013	74,6	136,4	79,9	136,4
Hilger Koenig (seit 01.01.2014)	2014	114,4	185,8	141,2	678,7
	2013	—	—	—	—
Patrick Tessmann (seit 01.11.2014)	2014	31,6	31,6	37,0	37,0
	2013	—	—	—	—
Summe	2014	752,7	2.048,8	809,0	3.004,8
	2013	422,5	1.178,1	410,4	1.220,3

Vergütungssysteme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oldenburgische Landesbank AG

Vergütungssystem

Das Vergütungssystem der Oldenburgische Landesbank AG sieht prinzipiell die Zahlung von zwölf Bruttomonatsgehältern vor. Die Auszahlung erfolgt jeweils zur Mitte des Monats.

Sofern für das Vertragsverhältnis die Bestimmungen des Tarifvertrags für das private Bankgewerbe zur Anwendung kommen, besteht generell ein Anspruch auf eine tariflich garantierte Sonderzahlung in Höhe eines Bruttomonatsgehalts (sogenanntes 13. Bruttomonatsgehalt), das in der Regel im November eines Jahres zur Auszahlung kommt. Für diese Sonderzahlung gelten allgemeine Bedingungen, die zeitnah vor der Auszahlung veröffentlicht werden.

Weitere Gehaltsbestandteile sind in der Regel:

- Vermögenswirksame Leistungen in Höhe von 40,00 Euro pro Monat (bei Vollzeittätigkeit)
- Bausteine der Betrieblichen Altersvorsorge
- Provisionszahlungen (durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien, Bausparverträgen)

Im Folgenden werden die Vergütungssysteme für die Auszubildenden sowie die tariflich und die außertariflich angestellten Mitarbeiter erläutert.

Auszubildende

Auszubildende erhalten eine monatliche Ausbildungsvergütung gemäß Tarifvertrag für das private Bankgewerbe. Zusätzlich konnten die Auszubildenden bis einschließlich 31. Juli 2014 Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften.

Etwaige Sonderzahlungen, die über das sogenannte 13. Bruttomonatsgehalt hinausgehen, erfolgen generell nur auf freiwilliger Basis. Hierunter fällt z. B. die mögliche Zahlung einer Abschlussvergütung. Die Entscheidung über die Zahlung einer Abschlussvergütung trifft der Vorstand unter Berücksichtigung der Geschäftslage der Bank. Die hierfür geltenden Bedingungen werden rechtzeitig vor dem Auszahlungstermin im April bekannt gegeben.

Tarif-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter

Im Tarifbereich richtet sich die Höhe der monatlichen Bruttogehaltsbezüge nach der entsprechenden tariflichen Eingruppierung und dem jeweiligen Berufsjahr gemäß der jeweils aktuellen Gehaltstabelle des Tarifvertrags für das private Bankgewerbe.

Zusätzlich können die tariflich bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften. Variable Vergütungsbestandteile im Tarifbereich aufgrund von Zielvereinbarungen sind nicht vorgesehen.

Für etwaige Sonderzahlungen, die über das sogenannte 13. Bruttomonatsgehalt hinausgehen, gilt das im Abschnitt „Auszubildende“ Aufgeführte entsprechend.

Außertarifliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Prokuristen

Im außertariflichen Bereich zahlt die Bank ein außertarifliches monatliches Bruttogrundgehalt. Darüber hinaus wird im Rahmen von Zielvereinbarungen eine variable Vergütung gezahlt, wobei der Zielerreichungsgrad eine Spanne zwischen 70 % und 120 % abdecken kann, was einer Bandbreite von 1,5 bis 3,5 Bruttomonatsgehältern entspricht. Zusätzlich können die außertariflich bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Provisionen durch Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen erwirtschaften.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zweiten Führungsebene

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zweiten Führungsebene erhalten eine fixe Vergütung in Form eines monatlichen Bruttogehalts sowie im Rahmen von Zielvereinbarungen eine individuelle Zieltantieme mit einem Zielerreichungsgrad zwischen 60 % und 140 %. Provisionen durch die Vermittlung von Versicherungen, Immobilien und Bausparverträgen können von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zweiten Führungsebene nicht erwirtschaftet werden.

Gesamtvergütung

Die Gesamtvergütung im Oldenburgische Landesbank Konzern, unterteilt nach den Gesellschaften, ist in der folgenden Tabelle aufgeführt:

in Euro	Gesamtvergütung 2014			
	fix ¹	variabel ²	Mitarbeiter ³	Summe
Oldenburgische Landesbank AG	99.898.487	8.570.243	2.660	108.468.730
Münsterländische Bank Thie & Co. KG	1.562.603	260.100	34	1.822.703
Bankhaus W. Fortmann & Söhne KG	1.309.674	125.577	24	1.435.251
Gesamtsumme Oldenburgische Landesbank-Konzern	102.770.764	8.955.920	2.718	111.726.684

¹ Summe der Monatsgehälter zuzüglich 1 Gehalt im Tarif, 1,5 Gehälter für außertarifliche Mitarbeiter und Prokuristen sowie 60 % Zielbonus 2. Führungsebene

² Einschließlich Provisionen

³ Anzahl der Begünstigten der variablen Vergütung nach § 7 Abs. 2 Nr. 2 Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV)

Aufgrund geänderter rechtlicher Rahmenbedingungen wurde der Aufbau der Tabelle angepasst. Eine Eins-zu-eins-Vergleichbarkeit mit den Vorjahreswerten ist nicht gegeben.

Vergütung des Aufsichtsrats

Vergütungssystem

Die Vergütung des Aufsichtsrats wurde durch die Hauptversammlung festgelegt. Sie ist in § 13 der Satzung geregelt. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten eine reine Festvergütung. Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder.

Vergütung für Aufsichtsratsstätigkeit

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine jährliche Festvergütung in Höhe von 50.000 Euro. Der Vorsitzende erhält 100.000 Euro, sein Stellvertreter 75.000 Euro.

Vergütung für Ausschusstätigkeit

Jedes Mitglied des Präsidial- und Vergütungskontroll-, des Risiko- sowie des Prüfungsausschusses erhält eine zusätzliche jährliche Vergütung in Höhe von 15.000 Euro, jedes Mitglied des Nominierungsausschusses eine solche in Höhe von 7.500 Euro. Die Vorsitzenden der Ausschüsse erhalten jeweils das Doppelte. Für die Mitgliedschaft im Vermittlungsausschuss ist keine zusätzliche Vergütung vorgesehen.

Sitzungsgeld

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für jede Aufsichtsrats- beziehungsweise Ausschusssitzung, an der sie persönlich teilnehmen, 500 Euro Sitzungsgeld. Es wird kein zusätzliches Sitzungsgeld gezahlt, wenn mehrere Sitzungen an einem Tag oder an aufeinanderfolgenden Tagen stattfinden.

Individualisierte Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats im Überblick

Der Aufsichtsratsvorsitzende Andree Moschner hat ein Vorstandsmandat bei der Allianz Deutschland AG inne und verzichtete deshalb auf eine Vergütung für seine Aufsichtsrats Tätigkeit.

in Euro		Festvergütung	Ausschuss- vergütung	Sitzungsgeld	Gesamt- vergütung
Andree Moschner ¹ , Vorsitzender	2014	—	—	—	—
	2013	—	—	—	—
Uwe Schröder, stellv. Vorsitzender	2014	75.000	30.000	3.000	108.000
	2013	64.583	28.750	3.000	96.333
Dr. Werner Brinker	2014	50.000	7.500	2.500	60.000
	2013	50.000	—	2.500	52.500
Prof. Dr. Andreas Georgi	2014	50.000	75.000	2.500	127.500
	2013	50.000	72.500	3.000	125.500
Svenja-Marie Gnida	2014	50.000	15.000	3.000	68.000
	2013	29.167	8.750	1.500	39.417
Stefan Lübbe	2014	50.000	45.000	3.000	98.000
	2013	50.000	36.250	2.500	88.750
Prof. Dr. Petra Pohlmann	2014	50.000	—	2.000	52.000
	2013	29.167	—	1.500	30.667
Horst Reglin	2014	50.000	—	2.000	52.000
	2013	50.000	—	2.500	52.500
Rainer Schwarz	2014	50.000	52.500	3.000	105.500
	2013	50.000	42.500	3.000	95.500
Carl-Ulfert Stegmann	2014	50.000	—	2.500	52.500
	2013	29.167	—	1.500	30.667
Gabriele Timpe	2014	50.000	—	2.500	52.500
	2013	29.167	—	1.500	30.667
Christine de Vries	2014	50.000	30.000	2.500	82.500
	2013	29.167	16.042	1.500	46.709
Summe	2014	575.000	255.000	28.500	858.500
	2013	572.918	226.042	30.000	828.960

¹ Verzichtserklärung gemäß § 13 Absatz 7 der Satzung

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2014 einschließlich Sitzungsgeldern betrug 858.500 Euro (Vorjahr: 828.960 Euro).

Die auf die Gesamtvergütung und die Sitzungsgelder entfallende gesetzliche Umsatzsteuer in Höhe von 162.070 Euro wurde erstattet.

Des Weiteren erhielt Carl-Ulfert Stegmann im Jahr 2014 2.000 Euro als Vergütung für seine Mitgliedschaft im Beirat der Oldenburgische Landesbank AG.

Prof. Dr. Petra Pohlmann erhielt von der Allianz Versicherungs-AG für Ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft eine Vergütung in Höhe von 40.000 Euro und Sitzungsgeld in Höhe von 300 Euro (jeweils zzgl. MwSt.).

Kredite an Aufsichtsratsmitglieder

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Aufsichtsrats stellt sich per 31. Dezember 2014 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionskrediten beträgt insgesamt 315,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 309,1 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2014 mit 26,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 128,6 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 3,74 % und 8,49 %.

Daneben bestand ein Avalkredit in Höhe von 5,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 5,7 Tsd. Euro), für den eine Avalprovision in Höhe von 3,25 % gezahlt wurde. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich.

Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 3.771,7 Tsd. Euro (Vorjahr 3.927 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2014 mit 3.715 Tsd. Euro (Vorjahr: 3.863 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze liegen zwischen 1,51 % und 5,00 %. Die Verzinsung und die Ausgestaltung sind marktüblich.

Kreditkartenlimite in Höhe von 125,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 125,2 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 7 Tsd. Euro (Vorjahr: 2,9 Tsd. Euro) ausgenutzt.

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Bank im Berichtsjahr laufend überwacht, beriet den Vorstand bei der Leitung des Instituts und war bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung unmittelbar eingebunden. Die Organisation der Tätigkeit und die Zuständigkeiten des Aufsichtsrats sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und der Geschäftsordnung des Vorstands festgelegt.

Überblick

Der Aufsichtsrat wurde regelmäßig vom Vorstand über den Gang der Geschäfte sowie über die Lage und die Entwicklung der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) und ihrer Tochtergesellschaften unterrichtet. Wir ließen uns auch über die strategische Ausrichtung, wesentliche geschäftliche Ereignisse und die Risikosituation informieren. Außerdem befassten wir uns mit der Planung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2015. Uns wurden auch Abweichungen des tatsächlichen Geschäftsverlaufs von früher berichteten Zielen dargelegt; die hierfür genannten Gründe wurden von uns nachvollzogen. Auf Grundlage der schriftlichen Berichte und der mündlichen Auskünfte des Vorstands hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung überwacht und beraten. Angelegenheiten von besonderer Bedeutung wurden eingehend geprüft und mit dem Vorstand besprochen. Über die Vorstandsberichte hinaus haben wir uns auch Berichte der Wirtschaftsprüfer geben lassen.

Im Geschäftsjahr 2014 trat der Aufsichtsrat zu sechs Sitzungen zusammen, darunter einmal im Wege der Telefonkonferenz. Die Sitzungen fanden im März, Mai, Juli, zweimal im September und im Dezember statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats stand auch außerhalb der Sitzungen in Verbindung mit dem Vorstand und besprach mit ihm regelmäßig die Strategie, die Geschäftsentwicklung, das Risikomanagement sowie weitere bedeutsame Themen.

Die Vorstandsberichte zur Geschäftslage und Referate zu besonderen Themen waren von schriftlichen Präsentationen und Unterlagen begleitet, die allen Aufsichtsratsmitgliedern zur Sitzungsvorbereitung rechtzeitig zur Verfügung gestellt wurden. Gleiches galt für alle Abschlussunterlagen und Prüfungsberichte des Abschlussprüfers. Soweit Geschäftsführungsmaßnahmen der Zustimmung des Aufsichtsrats oder eines seiner Ausschüsse bedurften, wurde hierüber Beschluss gefasst.

Die Themen im Aufsichtsratsplenium

Gegenstand regelmäßiger Beratungen war die wirtschaftliche Lage der Oldenburgische Landesbank AG und des Konzerns. Der Aufsichtsrat ließ sich in allen ordentlichen Sitzungen die Ergebnisentwicklung darstellen und besprach mit dem Vorstand ausführlich den Gang der Geschäfte. Neben den regelmäßigen Berichten zur Risikolage ließen wir uns in einem gesonderten Bericht die Geschäfts- und Risikostrategie der Gesellschaft erläutern und erörterten diese zusammen mit dem Vorstand.

Mehrfach beschäftigten wir uns mit Vorstands- und Vergütungsthemen. So bestimmten wir unter anderem den Grad der Zielerreichung der einzelnen Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2013 und legten die Ziele für die variable Vergütung 2015 fest. Des Weiteren haben wir uns davon überzeugt, dass das Vergütungssystem für den Vorstand den maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex entspricht. Die Höhe der Vorstandsvergütung haben wir für angemessen befunden. Daneben wurde beschlossen, Anpassungen beim Pensionssystem für den Vorstand vorzunehmen, um die Altersversorgung kalkulierbar zu halten und den gegenwärtigen Rahmenbedingungen wie etwa dem niedrigen Zinsniveau und der zunehmenden Lebenserwartung gerecht zu werden. Schließlich hat der Aufsichtsrat den Vorstand einer Bewertung unter Zugrundelegung von Kriterien, die das Kreditwesengesetz vorgibt, unterzogen.

Nähere Angaben zur Vorstandsvergütung finden sich im [Vergütungsbericht](#).

 siehe Seite 018 ff.

Eingehend widmete sich der Aufsichtsrat der Nachfolgeregelung für Herrn Dr. Achim Kassow, der sein Mandat als Vorsitzender des Vorstands auf eigenen Wunsch zum 31. Dezember 2014 abgab. Der Aufsichtsrat stimmte in einer außerordentlichen Sitzung der Mandatsbeendigung zu. Zu seinem Nachfolger bestimmte der Aufsichtsrat Herrn Patrick Tessmann, der zum 1. November 2014 in den Vorstand berufen und zum Vorsitzenden des Vorstands ab 1. Januar 2015 ernannt wurde.

Ausführlich ließen wir uns die neue Vertriebsführungsstruktur darstellen, die auf eine Anpassung der Vertriebsregionen an bestehende Landkreisgrenzen, bedarfsgerechtere, potenzialorientiertere Betreuungsansätze für die jeweiligen Zielgruppen und eine Stärkung der lokalen Präsenz fokussiert. Ferner legte uns der Vorstand seine Pläne für ein Programm zur Modernisierung des Privatkundengeschäfts dar, das auf zwei Säulen basiert: einer optimierten Kundenberatung und einer erweiterten Automatisierung für die Bankgeschäfte des täglichen Bedarfs. Der Aufsichtsrat hat dieses Vorhaben begrüßt.

Auch im Geschäftsjahr 2014 haben wir uns regelmäßig mit dem Kredit- und Risikomanagement der Bank sowie der Einhaltung der einschlägigen aufsichtsrechtlichen Vorschriften befasst und uns hierüber vom Vorstand fortlaufend berichten lassen. Schließlich haben wir die Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat an aktuelle Entwicklungen angepasst.

Die Arbeit in den Ausschüssen des Aufsichtsrats

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat fünf Ausschüsse eingerichtet: den Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss, den Prüfungsausschuss, den Risikoausschuss, den Nominierungsausschuss und den Vermittlungsausschuss.

Die Ausschüsse bereiten Beschlüsse des Aufsichtsrats sowie die Arbeit des Plenums vor. Darüber hinaus sind Beschlusszuständigkeiten des Aufsichtsrats in geeigneten Fällen auf Ausschüsse übertragen worden, soweit dies rechtlich zulässig ist. Über die Arbeit der Ausschüsse ist der Aufsichtsrat von den jeweiligen Ausschussvorsitzenden regelmäßig unterrichtet worden. Die personelle Zusammensetzung der einzelnen Ausschüsse ist im „[Corporate Governance Bericht](#)“ angegeben.

 siehe Seite 014

Im Berichtsjahr 2014 hielt der *Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss* insgesamt fünf Sitzungen ab, eine davon im Wege der Telefonkonferenz. Behandelt wurden vor allem Angelegenheiten, die den Vorstand betreffen. Der Ausschuss bereitete die Überprüfung des Vergütungssystems für den Vorstand vor, erörterte notwendige Anpassungen beim Pensionssystem für den Vorstand und erarbeitete einen Vorschlag an das Plenum für die Festsetzung der Vorstandsziele für das aktuelle Geschäftsjahr. Darüber hinaus diskutierte er über den Erfüllungsgrad der Ziele, die den Vorstandsmitgliedern für das Geschäftsjahr 2013 gesetzt worden waren, und legte dem Plenum eine entsprechende Empfehlung vor. Schließlich setzte sich der Präsidial- und Vergütungskontrollausschuss mit der Umsetzung einer neuen Vorgabe im Kreditwesengesetz auseinander, die die Bewertung des Vorstands nach Maßgabe bestimmter Kriterien zum Gegenstand hat. Intensiv beriet der Ausschuss auch über den Wunsch von Herrn Dr. Kassow, sein Mandat als Vorstandsvorsitzender zum 31. Dezember 2014 zu beenden, und empfahl dem Aufsichtsratsplenum, Herrn Patrick Tessmann zu seinem Nachfolger zu bestellen. Außerdem prüfte der Ausschuss die Grundsätze des Vorstands für die Auswahl und Bestellung von Personen der oberen Leitungsebene und überwachte die angemessene Ausgestaltung des Vergütungssystems für die OLB-Mitarbeiter. Schließlich erteilte der Ausschuss seine Zustimmung zu Organkrediten gemäß § 15 KWG und willigte in die Übernahme von Mandaten ein, die Vorstandsmitglieder in anderen Unternehmen und Institutionen wahrnehmen.

Der *Prüfungsausschuss* tagte im Geschäftsjahr 2014 fünfmal, davon einmal im Wege der Telefonkonferenz. Er prüfte die Jahresabschlüsse der Oldenburgische Landesbank AG und des Konzerns sowie die Lage- und Prüfungsberichte und erörterte diese Abschlussunterlagen in Gegenwart des Abschlussprüfers, der zunächst die wesentlichen Ergebnisse der Abschlussprüfung vorgestellt hatte. Des Weiteren behandelte er den Abhängigkeitsbericht sowie den hierzu erstatteten Prüfungsbericht. Der Prüfungsausschuss hat weder zu den Abschlussunterlagen noch zum Abhängigkeitsbericht Anlass für Beanstandungen gesehen. Er überzeugte sich von der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, legte die Prüfungsschwerpunkte fest und erteilte den Prüfungsauftrag. Ferner gab er dem Aufsichtsratsplenium eine Empfehlung für den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers. In allen Präsenzsitzungen ließ sich der Prüfungsausschuss über die Tätigkeit der Internen Revision berichten. Ferner befasste er sich mehrfach mit neuen regulatorischen Vorgaben und besprach mit dem Vorstand deren Umsetzung. Besonderes Augenmerk legte der Prüfungsausschuss erneut auf die internen Kontrollsysteme der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang beleuchtete er das Kontrollsystem für die Finanzberichterstattung sowie die Systeme der Internen Revision und von Compliance. Er überprüfte die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems und evaluierte die Angemessenheit dieses Systems im Hinblick auf künftig zu erwartende regulatorische Anforderungen. Der Prüfungsausschuss ließ sich einen Bericht über die Tätigkeitsschwerpunkte von Compliance (einschließlich regulatorischer Compliance) geben und informierte sich eingehend über die Ergebnisse aufsichtlicher Prüfungen. Schließlich setzte er sich mit den Prüfungsberichten der KPMG zu depot- und kapitalmarktrechtlichen Anforderungen, Geldwäscheprävention, regulatorischer Compliance und zur Wirksamkeit der internen Revision auseinander. Des Weiteren wurde der Halbjahresfinanzbericht vom Vorstand mit dem Prüfungsausschuss vor der Veröffentlichung erörtert. Schließlich unterbreitete der Prüfungsausschuss dem Aufsichtsratsplenium einen Vorschlag für die Abgabe der Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex.

Der *Risikoausschuss* hielt im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt vier Präsenzsitzungen ab. Darüber hinaus trat er siebenmal im Wege der Telefonkonferenz zusammen, um über einzelne Kreditengagements sowie über den Verkauf des Tochterunternehmens Münsterländische Bank zu beraten. Der Risikoausschuss erörterte mit dem Vorstand die Geschäfts- und Risikostrategie und befasste sich eingehend mit der aktuellen Risikolage der Bank. Im Rahmen von vierteljährlichen Risikoberichten wurden unter anderem die Risikotragfähigkeit sowie Kredit-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelle Risiken erörtert. Ferner wurden die Teilportfolios „Private Baufinanzierungen“, „Wind“ und „Biogas“ näher beleuchtet. Der Risikoausschuss informierte sich darüber, ob die Kürzung der EEG-Förderung für energieintensive Unternehmen Auswirkungen auf das Kreditportfolio der OLB hat. Auch befasste er sich wie bereits in vorangehenden Berichtsperioden regelmäßig mit Krediten für Schiffsfinanzierungen und besprach diesbezüglich mit dem Vorstand weitere Maßnahmen zur Risikomitigation. Der Ausschuss ließ sich in mehreren Sitzungen das Kredit- und das Risikomanagementsystem, deren Weiterentwicklung, die Einhaltung der einschlägigen aufsichtsrechtlichen Vorschriften sowie Ergebnisse aufsichtlicher Prüfungen detailliert darstellen. Aufgrund einer neuen Vorgabe durch das CRD-IV-Umsetzungsgesetz hat der Risikoausschuss im Jahr 2014 erstmals die durch die Vergütungsstruktur gesetzten Anreize einer Prüfung unterzogen und festgestellt, dass die gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der OLB sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen angemessen berücksichtigen. Außerdem wurde – ebenfalls basierend auf dem CRD-IV-Umsetzungsgesetz – überprüft, ob die Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostuktur der OLB im Einklang stehen. Der Risikoausschuss hat dies bejaht. Weiterer Gegenstand seiner Beratungen waren die Genehmigung des Investitionsplans für das Geschäftsjahr 2015, die Strategie in Bezug auf das Marktpreisrisiko bei anhaltender Niedrigzinsphase sowie einzelne Kreditanträge.

Der *Nominierungsausschuss* trat im abgelaufenen Geschäftsjahr einmal zusammen. Er bereitete die Selbstevaluierung des Aufsichtsrats nach Maßgabe der vom Kreditwesengesetz vorgegebenen Kriterien vor und analysierte die Unabhängigkeit der Aufsichtsratsmitglieder.

Es gab keinen Anlass, den nach § 31 Abs. 3 MitbestG gebildeten *Vermittlungsausschuss* zusammentreten zu lassen.

Selbstevaluierung des Aufsichtsrats

Auch im abgelaufenen Berichtsjahr überprüfte der Aufsichtsrat die Effizienz seiner Tätigkeit. Hierbei besprachen wir insbesondere die Umsetzung der im Vorjahr beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der Effektivität. Außerdem hat sich der Aufsichtsrat aufgrund neuer Vorgaben durch das CRD-IV-Umsetzungsgesetz einer Selbstevaluierung in Bezug auf seine Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung sowie auf Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung seiner Mitglieder unterzogen. Darüber hinaus stellten wir fest, dass dem Aufsichtsrat nach eigener Einschätzung eine angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört.

Corporate Governance und Entsprechenserklärung

Aufsichtsrat und Vorstand haben sich ausführlich mit der Umsetzung der Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex befasst. Im Dezember 2014 haben beide Organe eine Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben. Diese besagt, dass die Gesellschaft sämtlichen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung entsprochen hat und auch künftig entsprechen wird. Die Entsprechenserklärung vom Dezember 2014 wurde auf der Internetseite der OLB veröffentlicht und ist auch in der „*Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB*“ wiedergegeben. Die Erklärung zur Unternehmensführung enthält zudem zusammen mit dem Corporate-Governance-Bericht weitergehende Erläuterungen zur Corporate Governance der Oldenburgische Landesbank AG.

 siehe Seite 016–017

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahres- und Konzernabschluss der Oldenburgische Landesbank AG zum 31. Dezember 2014 sowie den zusammengefassten Lagebericht der AG und des Konzerns geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Die Abschlussunterlagen und die Prüfungsberichte der KPMG für das Geschäftsjahr 2014 wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet. Über diese Unterlagen wurde in Sitzungen des Prüfungsausschusses am 6. März 2015 und des Aufsichtsratsplenums am 12. März 2015 ausführlich beraten. An diesen Erörterungen nahmen die Abschlussprüfer jeweils teil. Sie berichteten uns über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfungen und standen für Fragen und ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Die Abschlussprüfer stellten überdies fest, dass der Vorstand die nach § 91 Abs. 2 AktG geforderten Maßnahmen, insbesondere zur Einrichtung eines Überwachungssystems, in geeigneter Weise getroffen hat und dass das Überwachungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Aufgrund eigener Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses, des zusammengefassten Lageberichts für die OLB AG und den Konzern sowie des Gewinnverwendungsvorschlags hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen erhoben und dem Ergebnis der KPMG-Abschlussprüfung zugestimmt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und Konzernabschluss hat der Aufsichtsrat gebilligt; der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands schließen wir uns an.

Abhängigkeitsbericht

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat darüber hinaus den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (den sogenannten Abhängigkeitsbericht) sowie den hierzu von der KPMG erstellten Prüfungsbericht vorgelegt. Aufgrund der ohne Beanstandungen abgeschlossenen Prüfung hat der Abschlussprüfer das folgende Testat erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Der Abhängigkeitsbericht und der hierzu erstattete Prüfungsbericht wurden allen Mitgliedern des Aufsichtsrats übermittelt. Diese Unterlagen wurden im Prüfungsausschuss und im Plenum in Gegenwart des Abschlussprüfers erörtert. Der Abschlussprüfer hat über die wesentlichen Erkenntnisse seiner Prüfung berichtet. Auf Basis seiner eigenen Prüfung hat der Aufsichtsrat den Abhängigkeitsbericht gebilligt. Den hierzu erstatteten Bericht des Abschlussprüfers haben wir zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts keine Einwendungen.

Veränderungen im Vorstand und Aufsichtsrat

Herr Dr. Achim Kassow hat sein Mandat als Vorsitzender des Vorstands auf eigenen Wunsch mit Zustimmung des Aufsichtsrats mit Wirkung zum 31. Dezember 2014 niedergelegt. Zum gleichen Zeitpunkt ist auch Herr Jörg Höhling aus dem Vorstand ausgeschieden, der darum gebeten hatte, von einer Verlängerung seines Mandates abzusehen. Beide Herren sind zur Allianz Deutschland gewechselt, um dort neue verantwortungsvolle Aufgaben zu übernehmen. Wir haben Herrn Dr. Kassow und Herrn Höhling für ihre erfolgreiche Tätigkeit im Vorstand der OLB und ihr Engagement für die Region gedankt und ihnen viel Erfolg für ihre neuen beruflichen Herausforderungen gewünscht.

Mit Wirkung ab 1. November 2014 hat der Aufsichtsrat Herrn Patrick Tessmann in den Vorstand berufen. Nach einer Einarbeitungsphase hat er zum 1. Januar 2015 den Vorstandsvorsitz übernommen. Wir wünschen ihm für seine Aufgabe viel Erfolg.

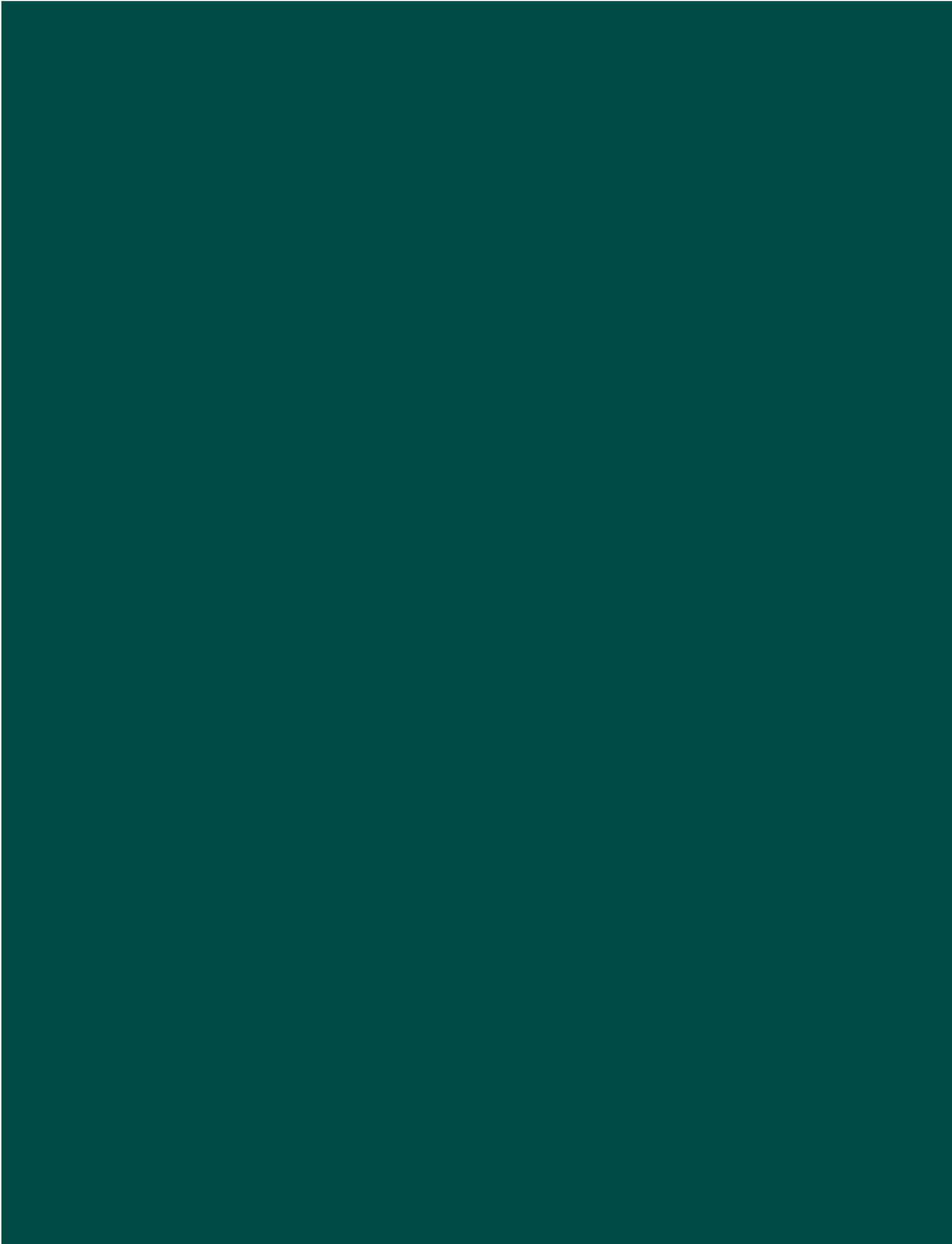
Im Aufsichtsrat gab es keine Veränderungen.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Oldenburgische Landesbank AG und der OLB-Gruppengesellschaften für ihr Engagement und die geleistete, erfolgreiche Arbeit.

Oldenburg, den 12. März 2015
Für den Aufsichtsrat



Andree Moschner
Vorsitzender



ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

Zur Verbesserung der Transparenz und Übersichtlichkeit wurden der Lagebericht der Oldenburgische Landesbank AG (OLB) als Mutterunternehmen des OLB-Konzerns und der Konzernlagebericht nach § 315 Abs. 3 in Verbindung mit § 298 Abs. 3 HGB und DRS 20 Tz. 22 im Berichtsjahr 2014 erstmals zusammengefasst.

Grundlagen des Konzerns	036
Wirtschaftsbericht	041
Geschäftsentwicklung	043
Prognose-, Chancen- und Risikobericht	054
Ergänzende Erläuterungen zum Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG (HGB)	057
Risikobericht	060

Grundlagen des Konzerns

Die Oldenburgische Landesbank AG ist eine börsennotierte Regionalbank, die das Bankgeschäft für Firmen- und Privatkunden betreibt. Kerngeschäft der OLB ist das kommerzielle Bankgeschäft im Nordwesten Deutschlands. Die Bank verfolgt ein nachhaltiges, kundenzentriertes Geschäftsmodell. Das Geschäftsgebiet mit mehr als 170 Niederlassungen erstreckt sich zwischen Weser, Ems und Nordsee. Seit 1869 ist die OLB hier zu Hause. Mit erfahrenen Betreuern für Firmenkunden, Privatkunden, Private Banking und Freiberuflerkunden, spezialisierten Beratern für die regional starke Landwirtschaft und Erneuerbare Energien sowie gelebter gesellschaftlicher Verantwortung ist die OLB für die Menschen und die Region da.

Im Konzern wurden mit dem Bankhaus W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg, und der Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster, im Jahr 2014 letztmalig zwei Banktochtergesellschaften konsolidiert, bei denen die OLB die überwiegende Mehrheit der Stimmrechte und sämtliche Anteile am Kapital hält. Die OLB hat im abgelaufenen Geschäftsjahr gemeinsam mit den persönlich haftenden Gesellschaftern die unternehmerische Entscheidung getroffen, dass ab dem 1. Januar 2015 das Bankhaus W. Fortmann & Söhne seine rechtliche Selbstständigkeit als Kommanditgesellschaft beendet und als W. Fortmann & Söhne, Zweigniederlassung der Oldenburgische Landesbank AG, firmiert. Der Kommanditanteil der OLB an der Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster, wurde mit Vertragsabschluss im Dezember 2014 und mit Wirkung zum 1. Januar 2015 an die VR-Bank Westmünsterland eG, Borken, verkauft. Der Vollzug der Übertragung steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Beide Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, die organisatorische und regulatorische Komplexität innerhalb der OLB zu reduzieren. Neben den genannten Banktochtergesellschaften hielt die OLB diverse kleinere Beteiligungen, die u. a. der Vernetzung in der Finanzindustrie und in der regionalen Wirtschaft dienen.

Der Anspruch der OLB, ihre Privat- und Geschäftskunden, Private Banking- und Freiberuflerkunden sowie Firmenkunden umfassend und individuell zu beraten, erfordert eine systematische Zielgruppenorientierung in den Markteinheiten. Die Steuerung und Berichterstattung der Bank basiert daher auf drei strategischen Geschäftsfeldern: Privat- und Geschäftskunden, Private Banking & Freie Berufe, Firmenkunden.

Das Privat- und Geschäftskundensegment umfasst das klassische Filial-Geschäft mit Privatpersonen und Geschäftskunden. Über das Einlagengeschäft hinaus sind die Kontoführung, Zahlungsverkehrsabwicklung, Konsumentenkredite, private Baufinanzierungen, kleinere Geschäftskredite, Absicherungs-/Vorsorgeprodukte und die strukturierte Vermögensanlage die wesentlichen Produktgruppen. Das Segment ist die wichtigste Quelle der OLB für eine stabile Einlagen- und damit Liquiditäts- bzw. Refinanzierungsbasis.

Im Segment Private Banking & Freie Berufe erfolgt eine individuelle, ganzheitliche Betreuung der Kunden von der Anlageberatung bis zum Kreditgeschäft. Neben den klassischen Bankprodukten im Zahlungsverkehrs-, Einlagen- und Kreditgeschäft und individuellen Lösungen bei der privaten Absicherung und Vorsorge liegt in diesem Geschäftsfeld ein besonderer Fokus auf der Vermögensanlage mit starker Ausrichtung auf gemanagte Anlageformen und Vermögensverwaltung sowie auf der orderbegleitenden Wertpapierberatung und der Immobilienvermittlung und -finanzierung.

Im Segment Firmenkunden konzentriert sich die OLB auf das angestammte breite mittelständische Firmenkundenkreditgeschäft mit den regionalen Schlüsselbranchen Erneuerbare Energien sowie Landwirtschaft und Ernährung. Neben dem Kreditgeschäft bilden der Zahlungsverkehr und das Provisionsgeschäft den Schwerpunkt des OLB-Angebots.

Die OLB verfolgt finanzwirtschaftlich das Ziel, eine angemessene Rendite für ihre Aktionäre zu erwirtschaften. Angemessen ist eine Rendite auf das eingesetzte Eigenkapital oberhalb der Kapitalkosten im Durchschnitt eines konjunkturellen Zyklus. Der Rahmen zur Sicherstellung dieses strukturellen Gewinnerzielungspotenzials wird durch die jederzeitige Beherrschbarkeit der eingegangenen Risiken gesteckt. Das Steuerungssystem der OLB leitet sich aus diesen geschäfts- und risikopolitischen Grundsätzen ab.

Grundlage für die Steuerung der Bank bilden die in der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegten geschäftspolitischen Ziele sowie die zu deren Erreichung geplanten Mittel und Maßnahmen einschließlich der Allokation des zur Risikodeckung bereitgestellten Kapitals. Beide strategischen Dokumente werden vom Vorstand der OLB beschlossen, mit dem Aufsichtsrat erörtert und mindestens einmal jährlich überprüft, um veränderte Rahmenbedingungen zeitnah zu berücksichtigen.

Im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses werden auf Basis der strategischen Vorgaben Ergebniszielgrößen für die Geschäftseinheiten festgelegt. Dabei werden die den Einheiten zugeordneten Ressourcen wie Kapital und Risikolimits unter Einbeziehung der damit verbundenen Ergebnisansprüche entsprechend berücksichtigt.

Die Beurteilung des Erfolgs in der Umsetzung der strategischen Zielsetzungen wird anhand von Schlüsselkennzahlen („Key Performance Indicators – KPIs“) auf Basis eines Plan-Ist-Vergleiches vorgenommen. Das Reporting der wesentlichen Steuerungsgrößen erfolgt monatlich und enthält eine ausführliche Kommentierung, die dem Vorstand die wesentlichen aktuellen Entwicklungen und Handlungsfelder aufzeigt. Durch die frühzeitige Identifizierung von Soll-Ist-Abweichungen in der Gesamtbank sowie innerhalb der strategischen Geschäftsfelder wird gewährleistet, dass die Geschäftsführung bei erkannten Ziel-Abweichungen möglichst direkt Maßnahmen zur Korrektur der Geschäftsaktivitäten beschließen kann.

Die Auswahl der KPIs für die Gesamtbank orientiert sich am übergeordneten finanzwirtschaftlichen Ziel einer angemessenen Rendite bei jederzeitiger Beherrschung der eingegangenen Risiken. Die wesentlichen finanziellen Leistungskennzahlen bilden daher die Eigenkapitalrendite¹, die Kernkapitalquote², die Deckungsquote des Risikokapitalbedarfs³ sowie die Liquidity Coverage Ratio⁴ als Kennzahl für die Zahlungsfähigkeit der Bank. Zur Bewertung der Kosteneffizienz auf Gesamtbankebene wird die Cost-Income-Ratio⁵ herangezogen.

Die Steuerung der kundengruppenorientierten Vertriebsorganisation basiert auf den drei strategischen Geschäftsfeldern. Sie erfolgt insbesondere über das operative Ergebnis und seine wesentlichen Komponenten: Laufende Erträge und Laufende Aufwendungen. Neben diesen GuV-Kennzahlen wird auch auf dieser Ebene die Kosteneffizienz beurteilt, was über den Ausweis der **Cost-Income-Ratio** der Geschäftsfelder in der Segmentberichterstattung sichergestellt wird.

Die genannten Schlüsselgrößen sind eingebettet in ein System weiterer finanzieller und nichtfinanzieller Kennziffern zur Steuerung spezifischer Aspekte, die aber für die Steuerung des Gesamtunternehmens von untergeordneter Bedeutung sind.

1 Ergebnis vor Steuern / durchschnittliches IFRS-Eigenkapital ohne Berücksichtigung der Neubewertungsrücklage

2 Verhältnis von Kernkapital zu risikogewichteten Aktiva

3 Verhältnis von Risikodeckungsmasse zu Risikokapitalbedarf

4 Verhältnis des Bestands als hoch liquide eingestufte Aktiva zum erwarteten Mittelabfluss der nächsten 30 Tage

5 Verhältnis der laufenden Aufwendungen zur Summe der laufenden Erträge

 siehe Glossar Seite 170

Angaben nach § 289 Abs. 4 und § 315 Abs. 4 HGB sowie erläuternder Bericht

 siehe Glossar Seite 173

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das gezeichnete Kapital der OLB in Höhe von 60.468.571,80 Euro ist in 23.257.143 **Stückaktien** eingeteilt. Die Stückaktien lauten auf den Inhaber. Die Aktien sind voll eingezahlt. Mit allen Aktien sind die gleichen Rechte und Pflichten verbunden. Jede Stückaktie hat eine Stimme. Die Anteile der Aktionäre am Gewinn der Gesellschaft bestimmen sich nach ihrem Anteil am Grundkapital (§ 60 Aktiengesetz, AktG). Vom Stimmrecht und dem Gewinnbezugsrecht ausgenommen sind von der Gesellschaft gehaltene eigene Aktien (§ 71b AktG). Ein Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Aktien ist gemäß § 5 Abs. 2 Satz 2 der Satzung ausgeschlossen. Die Rechte und Pflichten der Aktionäre ergeben sich im Einzelnen aus den Regelungen des Aktiengesetzes, insbesondere aus den §§ 12, 53a ff., 118 ff. und 186 AktG.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Stimmrechtsbeschränkungen oder Beschränkungen hinsichtlich der Übertragung von Aktien bestehen nach Kenntnis des Vorstands nicht.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Die Allianz Deutschland AG, München, hält rund 90,2 % der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG (Stand 31. Dezember 2014). Alleingesellschafterin der Allianz Deutschland AG ist die Allianz SE, München.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestehen nicht.

Art der Stimmrechtskontrolle bei von Arbeitnehmern gehaltenen Aktien

Sofern Arbeitnehmer am Kapital der Oldenburgische Landesbank AG beteiligt sind, nehmen diese ihre Kontrollrechte unmittelbar wahr.

Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern sowie über Satzungsänderungen

Die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands erfolgen gemäß § 84 AktG durch den Aufsichtsrat. Vorstandsmitglieder werden für eine Amtsdauer von höchstens fünf Jahren bestellt, wobei eine Verlängerung der Amtszeit und eine wiederholte Bestellung zulässig sind. Bei der Bestellung ist insbesondere darauf zu achten, dass die Vorstandsmitglieder zuverlässig und für die Leitung eines Kreditinstituts fachlich geeignet sind (vgl. § 33 Abs. 1 Nr. 2, 4 Kreditwesengesetz, KWG). Die Absicht, ein neues Mitglied des Vorstands zu bestellen, sowie die Bestellung selbst sind der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) nach § 24 Abs. 1 Nr. 1 KWG anzuzeigen. Der Vorstand besteht gemäß § 7 der Satzung aus mindestens zwei Personen. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Gericht auf Antrag eines Beteiligten nach § 85 AktG das Mitglied zu bestellen.

Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Vorstandsmitglieder.

Auf den Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG finden die Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes (MitbestG) Anwendung. Nach § 31 Abs. 2 MitbestG erfordert die Bestellung eines Vorstandsmitglieds eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, richtet sich das weitere Verfahren nach § 31 Abs. 3 und 4 MitbestG.

Vorstandsmitglieder können vom Aufsichtsrat abberufen werden, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt (§ 84 Abs. 3 AktG). Die Beschlussfassung folgt denselben Regeln, die für die Bestellung gelten. Das Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds ist der BaFin nach § 24 Abs. 1 Nr. 2 KWG anzuzeigen. § 36 KWG gibt der BaFin unter bestimmten Voraussetzungen die Befugnis, die Abberufung von Mitgliedern des Vorstands zu verlangen. Ein Abberufungsverlangen kommt insbesondere bei Unzuverlässigkeit oder mangelnder fachlicher Eignung eines Vorstandsmitglieds in Betracht.

Über Änderungen der Satzung hat die Hauptversammlung zu beschließen. Der Beschluss der Hauptversammlung bedarf der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen (§ 133 Abs. 1 AktG) und einer Kapitalmehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals (§ 179 Abs. 2 Satz 1 AktG). § 16 Abs. 5 Satz 2 der Satzung sieht vor, dass anstelle der in § 179 Abs. 2 Satz 1 AktG geforderten Kapitalmehrheit (mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals) die einfache Kapitalmehrheit ausreicht, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung der Satzung betreffen, wurde in § 12 der Satzung dem Aufsichtsrat übertragen.

Befugnisse des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 27. Mai 2010 ist der Vorstand ermächtigt, bis zum 26. Mai 2015 eigene Aktien der Oldenburgische Landesbank AG zum Zwecke des Wertpapierhandels mit der Maßgabe zu erwerben, dass der Handelsbestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien fünf vom Hundert des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen darf.

Gemäß § 6 der Satzung ist der Vorstand ferner ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 30. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um 15 Mio. Euro, zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Durch diese Ermächtigung wird der Vorstand in die Lage versetzt, schnell und flexibel einen etwaigen Kapitalbedarf zu decken.

Im Übrigen richten sich die Möglichkeiten des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurück zu erwerben nach den gesetzlichen Vorschriften.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die Oldenburgische Landesbank AG ist Vertragspartei folgender Vereinbarungen, die bestimmte Bedingungen für den Fall eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots beinhalten:

- Im Rahmen des Allianz Sustained Performance Plan (ASPP) werden Restricted Stock Units (RSU), also virtuelle Allianz Aktien, als aktienbasierter Vergütungsbestandteil weltweit an das Top-Management der Allianz Gruppe, einschließlich der Oldenburgische Landesbank AG, ausgegeben. Darüber hinaus wurden bis 2010 im Rahmen des Group-Equity-Incentive (GEI)-Programms auch Stock Appreciation Rights (SAR), also virtuelle Optionen auf Allianz Aktien, ausgegeben, die teilweise noch bestehen. Die Bedingungen für diese RSU und SAR enthalten Regelungen für den Fall eines Kontrollwechsels (Change of Control-Klauseln). Diese kommen zur Anwendung, wenn die Mehrheit des stimmberechtigten Kapitals an der Oldenburgische Landesbank AG durch einen oder mehrere Dritte, die nicht zum Allianz Konzern gehören, unmittelbar oder mittelbar erworben wird. Die Change of Control-Klauseln sehen eine Ausnahme von den ordentlichen Ausübungsfristen vor. Die RSU werden gemäß den Rahmenbedingungen für die RSU-Pläne am Tag des Kontrollwechsels durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ohne Berücksichtigung der ansonsten geltenden Sperrfrist ausgeübt. Die SAR werden gemäß den Rahmenbedingungen für die SAR-Pläne am Tag des Kontrollwechsels abweichend von den ordentlichen Ausübungsfristen durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ausgeübt. Die Ausübung der SAR setzt aber voraus, dass die Erfolgshürden erfüllt sind. Der für den Fall eines Kontrollwechsels vorgesehene Wegfall der Ausübungssperrfrist trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die Bedingungen für die Aktienkursentwicklung bei einem Kontrollwechsel wesentlich ändern.
- Die Oldenburgische Landesbank führt aus der früheren Allianz Bank, deren Geschäftstätigkeit im Jahre 2013 beendet wurde, noch verschiedene Geschäftsbeziehungen fort. Mit Allianz Vertretern und Allianz Mitarbeitern wird in gewissem Umfang auch Neugeschäft getätigt. Beide Bereiche werden in der OLB in der Einheit „Direktbetreuung Banking Services“ (DBS) betreut. Für alle im Zusammenhang mit diesem Geschäft stehenden potenziellen Verluste hat die Allianz Deutschland mit Erklärung vom 3./16. Dezember 2014 die Verpflichtung übernommen, diese auszugleichen. Die Verlustübernahmeverpflichtung, welche die bisher schon für die Allianz Bank bestehende Verlustübernahme inhaltsgleich fortführt, hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2019 und kann von der Allianz Deutschland jeweils mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten zum Jahresende gekündigt werden.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots

Entschädigungsvereinbarungen mit Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots bestehen nicht.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die weltwirtschaftliche Entwicklung blieb 2014 bei einer vorläufigen Wachstumsschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) von 3,3 % unter den allgemeinen Erwartungen. Gründe dafür waren das langsamere Wachstum großer Volkswirtschaften wie China, Russland oder Japan, geringere Aktivitäten erdölexportierender Länder und weltweit zunehmende Risiken aufgrund militärischer Konflikte. Insbesondere die europäische Wirtschaft entwickelte sich nur verhalten. Der Zuwachs des **Bruttoinlandsprodukt** für den Euroraum belief sich nach vorläufigen Angaben des IWF auf 0,8 % für das Jahr 2014.

 siehe Glossar Seite 170

Die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft waren damit im Jahr 2014 weniger günstig als noch zum Jahresende 2013 angenommen. Die Stimmungskennzeichen trübten sich im Jahresverlauf auf breiter Front ein und die deutsche Konjunktur durchlief nach einem wachstumsstarken Jahresbeginn im Sommer eine Schwächephase. Insbesondere Auftragseingänge, Umsätze und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe entwickelten sich im Schnitt der zweiten Jahreshälfte schwächer als erwartet. Als weiterhin konjunkturstützend hingegen erwies sich der private Konsum. Dahinter stehen eine bundesweit relativ geringe Arbeitslosenquote von jahresdurchschnittlich 6,7 % und eine stetige Zunahme der Beschäftigtenzahlen, wenngleich sich die positive Dynamik aus den Vorjahren merklich abschwächte. In Summe ist die deutsche Wirtschaft 2014 nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mit 1,5 % moderat gewachsen.

Das Zinsniveau ist in Deutschland weiterhin sehr niedrig. Die Europäische Zentralbank beschloss 2014 eine Reihe von expansiven geldpolitischen Maßnahmen. In zwei Schritten senkte sie im Juni und September den Hauptrefinanzierungssatz auf 0,05 %. Die Zinsen für Staatsanleihen sind, nachdem sie zu Beginn des Jahres leicht anzogen, kräftig gesunken. Gleichzeitig engten sich die Zinsdifferenzen zwischen Staatsanleihen höchster Bonität und Staatsanleihen der Krisenländer ein. Auch Zinsen für Unternehmensanleihen aller Bonitäten sind auf neue Tiefststände gefallen. Für März 2015 schließlich kündigte die EZB ein historisches Programm zum Ankauf von Anleihen in Höhe von monatlich 60 Mrd. Euro an, das bis mindestens September 2016 laufen wird. Damit verstärkt sie ihren Kurs der lockeren Geldpolitik.

Für das Jahr 2015 geht die Bank für die Eurozone insgesamt von einer weiterhin verhaltenen Konjunkturentwicklung aus, wobei die Aussichten der einzelnen Euroländer sehr divergieren. Insbesondere die Perspektiven der deutschen Volkswirtschaft haben sich verbessert. Aufgrund des im Außenwert deutlich niedriger bewerteten Euros hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure erhöht, weshalb konjunkturelle Impulse durch den Außenhandel zu erwarten sind. Vom stark gesunkenen Ölpreis dürfte insbesondere die Konsumkonjunktur profitieren, auch regen steigende Lohn- und Transfereinkommen die Verbrauchernachfrage an. Kostensteigerungen infolge von Tarifierpassungen und anziehende Importpreise könnten wieder zu höheren Verbraucherpreissteigerungen führen. Die Investitionstätigkeit dürfte angesichts einer etwas höheren Kapazitätsauslastung, des niedrigen Zinsniveaus und einer guten Ertragslage trotz weiterhin bestehender Unsicherheiten moderat anziehen. Insgesamt wird für 2015 ein Wirtschaftswachstum angenommen, das sich auf oder leicht über dem Wachstumsniveau des Vorjahres bewegt. Nicht vorhersehbare, exogene Schocks, bspw. ausgehend von weiteren Eskalationen geopolitischer Konflikte, könnten die Aussichten jedoch eintrüben.

Mit Blick auf die weitere Entwicklung des Zinsniveaus deutet keiner der vier zentralen Einflussfaktoren – Inflationshöhe, Leitzins, Konjunktorentwicklung und Markterwartungen – auf eine kurz- bis mittelfristige Erholung hin. Die Inflationsrate im Euroraum liegt derzeit weit unterhalb der von der Europäischen Zentralbank (EZB) angestrebten Zielgröße von 2 %. Vor dem Hintergrund der schleppenden europäischen Konjunktorentwicklung und des umfangreichen Anleihekaufprogramms der EZB zeigen sich die geldpolitischen Rahmenbedingungen weiterhin locker, sodass das allgemeine Zinsniveau weiterhin auf einem niedrigen Niveau verharren dürfte.

Wirtschaft im Nordwesten

Die konjunkturelle Entwicklung der nordwestdeutschen Wirtschaft zeigte sich 2014 wie auch in den Vorjahren im Gleichklang mit der gesamtdeutschen Konjunktur. Ebenso wie im übrigen Bundesgebiet hatte die nordwestdeutsche Wirtschaft im Sommer zwischenzeitlich einen merklichen Dämpfer erhalten. Zum Jahresende zeigten sich Geschäftslage und -erwartungen der Unternehmen jedoch wieder deutlich verbessert.

Für das laufende Jahr geht die OLB von einem weiterhin grundsätzlichen Gleichlauf der regionalen und bundesdeutschen Konjunktur aus. Allerdings wird der von der Euroabwertung ausgelöste außenwirtschaftliche Impuls in der Region voraussichtlich schwächer ausfallen, da der Weser-Ems-Raum eine deutlich geringere Exportquote als die Bundesrepublik aufweist. Der niedrige Ölpreis wirkt sich über die Senkung der Betriebskosten über fast alle Branchen positiv aus. Insbesondere das Transport- und Logistikgewerbe und speziell die Schifffahrtsbranche könnte hiervon profitieren. Auch dürfte sich die Rückkehr stabiler Rahmenbedingungen in den Schlüsselbranchen Landwirtschaft und Energie für die Region positiv auswirken, nachdem die 2013 neu gewählte niedersächsische Landesregierung ihre agrarpolitischen Ziele formuliert hat bzw. nachdem das Erneuerbare-Energien-Gesetz reformiert wurde.

Bankenumfeld

Die Finanzwirtschaft befindet sich nach wie vor in einer Phase des Umbruchs und der Erneuerung. Besonders relevante Auswirkungen ergeben sich aus dem beschleunigten Wandel des regulatorischen Umfelds, einer zunehmenden Wettbewerbsintensität im Privat- und Firmenkundengeschäft sowie einem sich spürbar wandelnden Nutzungsverhalten der Kunden mit erhöhten Anforderungen an die technisch-organisatorischen und personellen Ressourcen einer Bank.

Auf Seiten der Gesetzgeber und der Aufsichtsbehörden sind zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung von Liquidität und Eigenkapital der Banken sowie zum Verbraucherschutz auf den Weg gebracht bzw. bereits umgesetzt worden. Besonders hervorzuheben sind die Regelungen, welche in der Capital Requirements Directive (CRD) IV bzw. Capital Requirements Regulation (CRR) der Europäischen Union umgesetzt wurden und seit 2014 bindend sind. Diese neuen Regelungen erhöhen vor allem die quantitativen und qualitativen Anforderungen an das haftende Eigenkapital und die Liquiditätsposition von Banken und müssen schrittweise bis 2019 umgesetzt werden.

Zudem verschärft sich das wettbewerbliche Umfeld u. a. durch eine sich verstärkende Rückbesinnung insbesondere der überregionalen Institute auf das vergleichsweise stabile Geschäft mit Privat- und Firmenkunden sowie den Eintritt neuer Akteure in diese Kundensegmente. Gleichzeitig stellen die stetig wachsende Verbreitung elektronischer Medien sowie ein sich veränderndes Kundenverhalten mit zunehmender Nutzung von Online- und Mobile-Banking-Angeboten das Filialbankgeschäft vor Herausforderungen. Die Folgen sind erhöhte Wettbewerbsintensität und anhaltender Margendruck.

Zusammenfassend betrachtet bedeuten diese Marktveränderungen, dass zahlreichen Kostentreibern in der Finanzwirtschaft eine strukturell bedingt nachlassende Ertragsdynamik gegenübersteht, die sich im gegenwärtigen und weiter anhaltenden Niedrigzinsumfeld noch verstärkt.

Geschäftsentwicklung

Ertragslage

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinserträge (und ähnliche Erträge)	454,8	483,9	- 29,1	- 6,0
Zinsaufwendungen (und ähnliche Aufwendungen)	217,6	246,2	- 28,6	- 11,6
Zinsüberschuss	237,2	237,7	- 0,5	- 0,2
Provisionserträge	94,1	115,2	- 21,1	- 18,3
Provisionsaufwendungen	23,2	34,2	- 11,0	- 32,2
Provisionsüberschuss	70,9	81,0	- 10,1	- 12,5
Laufendes Handelsergebnis	4,2	3,5	0,7	20,0
Übrige Erträge	0,4	17,6	- 17,2	- 97,7
Laufende Erträge	312,7	339,8	- 27,1	- 8,0
Laufender Personalaufwand	153,5	167,0	- 13,5	- 8,1
Sachaufwand	84,4	97,1	- 12,7	- 13,1
Übrige Aufwendungen	6,7	1,9	4,8	> 100
Laufende Aufwendungen	244,6	266,0	- 21,4	- 8,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	39,0	81,5	- 42,5	- 52,1
Ergebnis aus Restrukturierung	3,0	- 90,3	93,3	k. A.
Ausgleich Restrukturierungsaufwand	—	90,3	- 90,3	- 100,0
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	3,2	16,9	- 13,7	- 81,1
Nicht laufendes Handelsergebnis	- 0,6	- 0,1	- 0,5	> 100
Ergebnis aus Finanzanlagen	2,6	16,8	- 14,2	- 84,5
Ergebnis vor Steuern	34,7	9,1	25,6	> 100
Steuern	9,8	0,4	9,4	> 100
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	24,9	8,7	16,2	> 100
Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie (Euro)	1,07	0,37	0,70	> 100

 siehe Glossar Seite 173

Die in den vergangenen Jahren das Marktumfeld prägenden Entwicklungen haben sich auch 2014 fortgesetzt: Das Zinsniveau ist nochmals deutlich zurückgegangen, in der privaten Vermögensanlage setzten Kunden unverändert auf hochliquide Einlagen, die regulatorischen Anforderungen nahmen zu und binden zunehmend Ressourcen. In diesem herausfordernden Umfeld konnte die OLB im abgelaufenen Geschäftsjahr eine solide Geschäftsentwicklung erzielen. Das Ergebnis vor Steuern hat sich mit 34,7 Mio. Euro deutlich gegenüber dem Vorjahr (9,1 Mio. Euro) verbessert. Insbesondere haben zu dieser Entwicklung eine geringere **Risikovorsorge** und ein stabiler Zinsüberschuss bei gleichzeitig rückläufigen Aufwendungen im Jahr 2014 beigetragen. Um die zukunftsfähige Aufstellung der Bank zu stärken, hat die OLB im abgelaufenen Geschäftsjahr die Modernisierung des Privatkundengeschäfts vorangetrieben. Die Modernisierungsmaßnahmen tragen insbesondere dem sich verändernden Kundenverhalten Rechnung: Kunden wünschen sowohl den persönlichen Kontakt zum Berater als auch zunehmend die technischen Möglichkeiten, Bankgeschäfte schnell und bequem mobil und online abwickeln zu können.

Zu den Ergebniskomponenten im Einzelnen:

Zinsüberschuss

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen (%)
Zinserträge (und ähnliche Erträge)	454,8	483,9	-29,1	-6,0
Zinsaufwendungen (und ähnliche Aufwendungen)	217,6	246,2	-28,6	-11,6
Zinsüberschuss	237,2	237,7	-0,5	-0,2
Kundenkreditvolumen zum Stichtag (vor Risikovorsorge)	10.516,3	10.527,7	-11,4	-0,1

Mit Blick auf die Zinsentwicklung kam es 2014 zu keiner Trendwende in der Politik der EZB. Das Zinsniveau ist gegenüber dem Vorjahr weiter gesunken. Im Juni 2014 wurden erstmals negative Zinsen auf bei der EZB unterhaltene Guthaben eingeführt. Damit lag die tatsächliche Marktentwicklung deutlich unter der noch Ende 2013 prognostizierten stabilen Entwicklung des Zinsniveaus. Dennoch konnte die OLB unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen den Zinsüberschuss mit 237,2 Mio. Euro auf dem Niveau des Vorjahres (237,7 Mio. Euro) stabilisieren. Im Kreditgeschäft wurden fällige Tilgungen durch Neugeschäft ausgeglichen. Das Kundeneinlagenvolumen legte auf hohem Niveau nochmals um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr zu. Der aufgrund der Zinsentwicklung anhaltende Margendruck konnte im Rahmen von Zinsanpassungen in weiten Teilen an die Kunden weitergegeben werden. Das Kundengeschäft entwickelte sich somit im Wesentlichen erwartungsgemäß. Das stabil hohe Niveau der Kundeneinlagen ermöglichte eine weitgehend kapitalmarktunabhängige Finanzierung des Kreditgeschäfts und trug damit zur Stabilisierung des Zinsüberschusses bei.

Provisionsüberschuss

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen (%)
Wertpapiergeschäft	13,6	35,4	-21,8	-61,6
Vermögensverwaltung	11,7	11,0	0,7	6,4
Zahlungsverkehr	25,1	26,4	-1,3	-4,9
Auslandsgeschäft	2,2	2,2	—	—
Versicherungs-, Bauspar-, Immobilien-geschäft	12,8	14,0	-1,2	-8,6
Kreditkartengeschäft	1,6	1,5	0,1	6,7
Sonstiges	3,9	-9,5	13,4	k. A.
Provisionsüberschuss	70,9	81,0	-10,1	-12,5

Das Provisionsergebnis wird in seiner Entwicklung im Wesentlichen durch den Zahlungsverkehr und Leistungen der OLB für die private Vermögensanlage ihrer Kunden bestimmt. Das Geschäft mit den Kunden der Regionalbank im Nordwesten verlief ohne größere Schwankungen. Die Kunden legten in ihrer Vermögensdisposition unverändert hohen Wert auf Sicherheit und eine kurzfristige Verfügbarkeit ihrer Anlagen. Die Entwicklung des Provisionsergebnisses aus dem Wertpapiergeschäft lag unter den Erwartungen. Auf Konzernebene wirkte sich im Vorjahresvergleich die zum 30. Juni 2013 beendete Geschäftstätigkeit der Allianz Bank aus und führte erwartungsgemäß zu einem Rückgang des Provisionsüberschusses auf 70,9 Mio. Euro (Vorjahr: 81,0 Mio. Euro).

Laufendes Handelsergebnis

In dieser Position werden zum einen die Ergebnisse aus Kundengeschäften mit Devisen und Zins-sicherungsinstrumenten ausgewiesen. Aus diesen Transaktionen resultierte auch im Jahr 2014 ein stabiler Ergebnisbeitrag von 1,7 Mio. Euro (Vorjahr: 2,2 Mio. Euro). Zum anderen sind im Laufenden Handelsergebnis auch die Bewertungen von Sicherungsgeschäften der Bank abzubilden. Die OLB setzte insbesondere **Swap**geschäfte zur Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken ein. Aus der Bewertung der Grund- und Sicherungsgeschäfte ergab sich im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Ergebnis von 2,8 Mio. Euro (Vorjahr: 0,9 Mio. Euro).

 siehe Glossar Seite 173

Verwaltungsaufwand

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen (%)
Laufender Personalaufwand	153,5	167,0	-13,5	-8,1
Sachaufwand	84,4	97,1	-12,7	-13,1
Verwaltungsaufwand	237,9	264,1	-26,2	-9,9
Mitarbeiter (Anzahl) per 31. Dezember	2.314	2.445	-131	-5,4
Mitarbeiterkapazität per 31. Dezember	1.897	1.946	-49	-2,5
Cost-Income-Ratio in %	78,2	78,3	k. A.	k. A.

Im Vorjahresvergleich bestimmt die Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank die Entwicklung der Verwaltungsaufwendungen. Insgesamt ist – trotz des Wegfalls von Kostendegressionseffekten aus der gemeinsamen Nutzung zentraler Funktionen – ein deutlicher Rückgang der Personal- und Sachaufwendungen auf 237,9 Mio. Euro zu verzeichnen (Vorjahr: 264,1 Mio. Euro). In der Regionalbank war die Kostenentwicklung neben Tariferhöhungen im Personalbereich und laufenden Preissteigerungen in einzelnen Sachkostenpositionen durch Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der OLB geprägt. Steigende Anforderungen der Aufsichtsbehörden an die Regulierung des Bankgeschäfts machten den Aufbau einer umfangreichen Berichterstattung sowie einen Ausbau des Risikomanagements notwendig. Der zunehmende Wunsch der Kunden nach technischen Möglichkeiten, Bankgeschäfte schnell und bequem direkt abzuwickeln, erforderte Investitionen in Geschäftsprozesse und den Ausbau des Online- und Mobile Banking-Angebots.

Insgesamt konnte die Cost-Income-Ratio mit 78,2 % auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden, während in der Planung noch mit einer leichten Abschwächung gerechnet worden war.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Insgesamt trat im Jahr 2014 entsprechend vorheriger Prognose der Bank mit einem Nettoaufwand für Risikovorsorgen im Kreditgeschäft von 39,0 Mio. Euro eine deutlich geringere Ergebnisbelastung als im Vorjahr (81,5 Mio. Euro) ein. Insbesondere im mittelständisch geprägten Firmenkundenportfolio kann die OLB auf eine günstige Risikoentwicklung zurückblicken. Die Branchenkrise in der Schifffahrt hielt auch 2014 noch an. Die im Vorjahr der Bewertung zugrunde liegende Annahme einer Markterholung trat noch nicht im erwarteten Umfang ein. Eine weitere Zuspitzung der Situation blieb aber aus, sodass die notwendigen Zuführungen zur Risikovorsorge im Vergleich zum Vorjahr deutlich reduziert werden konnten.

Ergebnis aus Finanzanlagen

Aus Umschichtungen im Rahmen der Steuerung der Liquiditätsreserve resultierte ein Ergebnis von 2,6 Mio. Euro. Das im Vergleich deutlich höhere Vorjahresergebnis war auf den Sondereffekt von realisierten Kursgewinnen aus der Anpassung der Finanzanlagen im Rahmen der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank zurückzuführen.

Ergebnis aus Restrukturierung

Im Vorjahr entstanden Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 90,3 Mio. Euro für die Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank, die von der Allianz Deutschland AG erstattet wurden. Ein Teil der gebildeten Rückstellungen wurde 2014 nicht benötigt und konnte aufgelöst werden. Die OLB nutzte den sich daraus ergebenden Spielraum, um erforderliche Maßnahmen für den Umbau und die Modernisierung des Privatkundengeschäftes zu initiieren. In diesem Zusammenhang fielen Rückstellungen in Höhe von 4,1 Mio. Euro an. In Summe wurde ein positives Ergebnis aus Restrukturierung in Höhe von 3,0 Mio. Euro erzielt.

Segmentergebnisse

Die Steuerung und Berichterstattung der OLB basiert seit Jahresbeginn 2014 auf drei strategischen Geschäftsfeldern entlang der Kernzielgruppen: Privat- und Geschäftskunden, Private Banking & Freie Berufe sowie Firmenkunden. Die Geschäftsfelder bilden die Basis für die aktuelle Segmentberichterstattung.

Das Privat- und Geschäftskundengeschäft umfasst das klassische Filialgeschäft mit Privat- und Geschäftskunden. Über das Einlagengeschäft hinaus werden hier die Kontoführung, Zahlungsverkehrsabwicklung, Konsumentenkredite, private Baufinanzierungen, kleinere Geschäftskredite, Absicherungs- und Vorsorgeprodukte und die strukturierte Vermögensanlage angeboten. Das Segment ist die wichtigste Quelle der OLB für eine stabile Einlagen- und damit Liquiditäts- bzw. Refinanzierungsbasis.

Im Segment Private Banking & Freie Berufe erfolgt eine individuelle, ganzheitliche Betreuung von der Anlageberatung bis zum Kreditgeschäft. Neben den klassischen Bankprodukten im Zahlungsverkehrs-, Einlagen- und Kreditgeschäft und individuellen Lösungen bei der privaten Absicherung und Vorsorge liegt in diesem Geschäftsfeld ein besonderer Fokus auf der Vermögensanlage mit starker Ausrichtung auf gemanagte Anlageformen und Vermögensverwaltung sowie der Immobilienvermittlung und -finanzierung.

Im Segment Firmenkunden konzentriert sich die OLB auf das angestammte breite mittelständische Firmenkundenkreditgeschäft insbesondere mit den regionalen Schlüsselbranchen Erneuerbare Energien sowie Land- und Ernährungswirtschaft. Neben dem Kreditgeschäft bilden der Zahlungsverkehr und das Provisionsgeschäft den Schwerpunkt des OLB-Angebots.

In der Spalte „Betrieb und Steuerung“ werden Personal- und Sachkosten von zentralen Betriebs-, Steuerungs- und Stabsfunktionen ausgewiesen. In den Betriebsbereichen werden Marktfolge- und Abwicklungsleistungen zentral für die drei strategischen Geschäftsfelder erbracht. In den Steuerungs- und Stabsbereichen wird die Lenkung der Bank verantwortet. „Nicht berichtspflichtige Segmente“ fasst u. a. die Ergebnisbeiträge und die Aktiva und Passiva aus zwei Spezialfonds, dem Abbauportfolio Schiffe sowie im Bereich DBS den fortgeführten Kunden der ehemaligen Allianz Bank, zusammen. Darüber hinaus umfasst diese Position Aktiva, Passiva und Ergebnisbeiträge im Rahmen des zentralen Managements der Aktiv- und Passivpositionen durch das Treasury.

Die noch für 2013 gültige Segmentdarstellung von OLB Regionalbank und Allianz Bank wurde damit abgelöst. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend der neuen Steuerungslogik angepasst.

Die OLB beurteilt den finanziellen Erfolg der berichtspflichtigen Segmente und der übrigen Einheiten auf Basis des operativen Ergebnisses. Das operative Ergebnis stellt den Saldo der Erträge und Aufwendungen aus dem laufenden Kerngeschäft dar, welche dem Segment oder der Einheit direkt zugerechnet werden können. Weitere Erläuterungen zum operativen Ergebnis auf Segmentebene finden sich im Anhang.

	1.1. – 31.12.2014					
	Privat- und Geschäfts- kunden	Private Banking & freie Berufe	Firmen- kunden	Zentrale und Sonstiges		OLB- Konzern Gesamt
Mio. Euro				Betrieb und Steuerung	nicht berichts- pflichtige Segmente	
Zinsüberschuss	85,9	26,8	115,7	—	8,8	237,2
Provisionsüberschuss und Sonstige Erträge	32,6	19,0	15,9	—	8,0	75,5
Laufende Erträge	118,5	45,8	131,6	—	16,8	312,7
Laufender Personalaufwand	46,0	12,8	15,9	63,5	15,3	153,5
Sachaufwand und Sonstige Aufwendungen	18,8	3,3	2,8	53,7	12,5	91,1
Laufende Aufwendungen	64,8	16,1	18,7	117,2	27,8	244,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2,4	–0,1	14,5	—	22,2	39,0
Ergebnis aus Restrukturierung ¹	—	—	—	—	3,0	3,0
Ausgleich Restrukturierungsaufwand	—	—	—	—	—	—
Operatives Ergebnis	51,3	29,8	98,4	–117,2	–30,2	32,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	—	—	—	—	2,6	2,6
Segmentergebnis	51,3	29,8	98,4	–117,2	–27,6	34,7
Segmentvermögen in Mrd. Euro	3,8	0,8	5,4	—	4,1	14,1
Segmentsschulden in Mrd. Euro	2,3	1,1	2,3	—	7,8	13,5
Cost-Income-Ratio in %	54,7	35,2	14,2	k. A.	165,5	78,2
Risikokapital (Durchschnitt) ²	45,9	19,5	251,9	—	210,9	496,8
Risikoaktiva (Durchschnitt)	812,8	236,6	3.018,2	—	1.829,5	5.897,1

¹ Nettoauflösung von Restrukturierungsrückstellungen im Jahr 2014

² Gesamtsumme Konzern < Summe der Segmente, da das Risikokapital wegen Diversifizierungseffekten nicht additiv ist.

Mio. Euro	1.1. – 31.12.2013					
	Privat- und Geschäftskunden	Private Banking & freie Berufe	Firmenkunden	Zentrale und Sonstiges		OLB-Konzern Gesamt
				Betrieb und Steuerung	nicht berichtspflichtige Segmente	
Zinsüberschuss	84,0	25,6	113,8	—	14,3	237,7
Provisionsüberschuss und Sonstige Erträge	34,4	19,0	15,5	—	33,2	102,1
Laufende Erträge	118,4	44,6	129,3	—	47,5	339,8
Laufender Personalaufwand	47,9	12,5	15,9	60,6	30,1	167,0
Sachaufwand und Sonstige Aufwendungen	18,9	3,7	2,9	50,4	23,1	99,0
Laufende Aufwendungen	66,8	16,2	18,8	111,0	53,2	266,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	4,2	1,4	24,6	—	51,3	81,5
Ergebnis aus Restrukturierung	—	—	—	—	–90,3	–90,3
Ausgleich Restrukturierungsaufwand ¹	—	—	—	—	90,3	90,3
Operatives Ergebnis	47,4	27,0	85,9	–111,0	–57,0	–7,7
Ergebnis aus Finanzanlagen	—	—	—	—	16,8	16,8
Segmentergebnis	47,4	27,0	85,9	–111,0	–40,2	9,1
Segmentvermögen in Mrd. Euro	3,7	0,7	5,4	—	4,4	14,2
Segmentschulden in Mrd. Euro	2,2	1,0	1,8	—	8,6	13,6
Cost-Income-Ratio in %	56,4	36,3	14,5	k.A.	112,0	78,3
Risikokapital ²	42,7	16,8	247,3	—	182,9	456,5
Risikoaktiva (Durchschnitt)	914,5	236,2	3.370,7	—	1.796,9	6.318,3

¹ Im Rahmen des von der Allianz Deutschland gezahlten Verlustausgleiches für die Restrukturierungsaufwendungen der Allianz Bank

² Gesamtsumme Konzern < Summe der Segmente, da das Risikokapital wegen Diversifizierungseffekten nicht additiv ist. Der Wert bezieht sich auf Stand Dezember 2013 nach Einführung des ökonomischen Risikomodells für die Segmente und stellt somit keinen Jahresdurchschnitt dar.

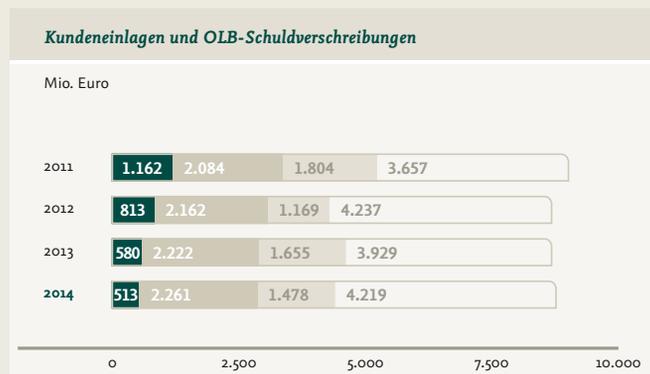
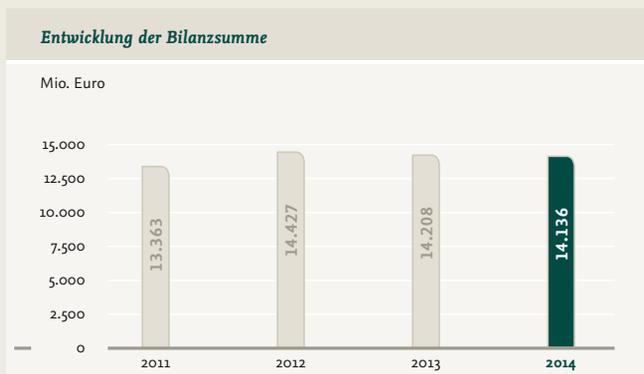
Die Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder war im abgelaufenen Geschäftsjahr im Wesentlichen gleichgerichtet. Der Zinsüberschuss stieg in allen drei Segmenten leicht an. Das Kreditvolumen konnte auf dem hohen Niveau des Vorjahres gehalten werden.

Gleichzeitig gelang es insbesondere im Firmenkundengeschäft, die Neugeschäftsmargen auszubauen. Im Einlagengeschäft konnten Zuwächse in den Kundeneinlagen den Margendruck ausgleichen. Das Provisionsgeschäft entwickelte sich leicht rückläufig gegenüber dem Vorjahr. Das Geschäft in den Bereichen Wertpapier, Versicherung und Bausparen verlief insbesondere im Segment Privat- und Geschäftskunden verhalten. Dieser Entwicklung standen erste Kosteneinsparungen im Zuge der Effizienz- und Modernisierungsmaßnahmen im Filialgeschäft gegenüber. Somit konnte das operative Ergebnis vor Risikokosten in allen drei Geschäftsfeldern gegenüber dem Vorjahr verbessert werden. Auch die Cost-Income-Ratio in allen drei Segmenten hat sich gegenüber Vorjahr leicht verbessert. In der Breite des Privat- und Firmenkundengeschäfts entwickelte sich die Risikoversorge günstig. Besonders stark profitierte hiervon im Vorjahresvergleich das Firmenkundengeschäft. Insgesamt lag bei den laufenden Erträgen die Steigerung im Segment Private Banking & freie Berufe über den Prognosen aus dem Vorjahr. In den übrigen Geschäftssegmenten entwickelten sich die Erträge weniger dynamisch als erwartet. Bei den laufenden Aufwendungen konnten im Segment Privat- und Geschäftskunden über die Ziele für das Geschäftsjahr 2014 hinausgehende Einsparungen realisiert werden. Die Kosten der übrigen Segmente entwickelten sich planmäßig. Das operative Ergebnis der Segmente lag – auch begünstigt durch die Risikoversorgeentwicklung – über der Prognose für 2014.

Die Veränderungen der Laufenden Aufwendungen und Erträge der nicht berichtspflichtigen Segmente sind im Wesentlichen auf die Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank zurückzuführen. Die hier ausgewiesene Risikoversorge ist hauptsächlich dem Schiffsportfolio zuzuordnen.

Ergebnis / Steuern

Für 2014 betrug das Ergebnis vor Steuern 34,7 Mio. Euro und lag damit entsprechend der letztjährigen Prognose deutlich über dem Vorjahresergebnis von 9,1 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung einer Steuerbelastung von 9,8 Mio. Euro ergab sich damit ein Nachsteuerergebnis von 24,9 Mio. Euro (Vorjahr: 8,7 Mio. Euro).



■ Verbriefte Verbindlichkeiten ■ Spareinlagen □ befristet □ täglich fällig

Vermögens- und Finanzlage

Kreditvolumen

Die OLB konnte das Kreditvolumen gegenüber Vorjahr auf hohem Niveau stabil halten. Dabei legt die Bank in ihrer Geschäftssteuerung unverändert hohen Fokus auf die Durchsetzung ihrer Margenerfordernisse und auf die Verbesserung der Risikostruktur des Portfolios. Der größte Zuwachs war im Privatkundengeschäft zu verzeichnen. Das anhaltend niedrige Zinsniveau nutzten weiterhin viele Kunden für private Baufinanzierungen und für die Finanzierung anderer Anschaffungen. Das Kreditgeschäft mit Firmenkunden hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr stabil entwickelt.

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kundenkredite Inland	10.448,7	10.460,2	- 11,5	- 0,1
Kundenkredite Ausland	67,6	67,5	0,1	0,1
Kreditvolumen (brutto)	10.516,3	10.527,7	- 11,4	- 0,1
abzüglich: Risikovorsorge	215,9	224,3	- 8,4	- 3,7
Kreditvolumen (netto)	10.300,4	10.303,4	- 3,0	—

Liquidität

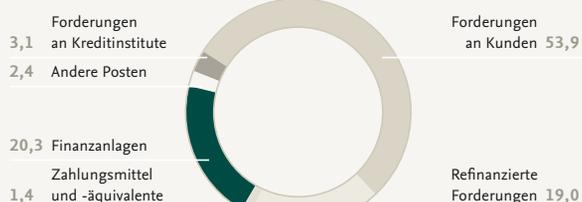
Die Liquiditätsausstattung der Bank ist angemessen; die OLB verfügt aufgrund hoher Kundeneinlagen über ausreichend Liquidität, um bei Berücksichtigung konservativer Sicherheitspuffer die Zahlungsfähigkeit der Bank auch im Fall einer plötzlichen krisenhaften Zuspitzung an den Finanzmärkten zu gewährleisten. Die Kundeneinlagen bilden die wesentliche Säule für die Refinanzierung des eigenen Kreditgeschäfts. Das Angebot langfristiger Tendergeschäfte der EZB nahm die OLB nicht in Anspruch. Die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer lag am Bilanzstichtag bei 1,74 (Vorjahr: 1,62) und damit weiterhin deutlich über der Mindestgrenze von 1,0. Die ebenfalls aufsichtsrechtlich relevante Kennzahl Liquidity Coverage Ratio (LCR) wurde parallel ermittelt. Die Kennzahl stellt das Verhältnis hochliquider Aktiva zum erwarteten Mittelabfluss in den nächsten 30 Tagen dar und wird seit Mitte 2014 für die OLB regelmäßig ermittelt. Die LCR der OLB lag am 31. Dezember 2014 bei 284% und damit ebenfalls deutlich über der aufsichtsrechtlichen Grenze von 100%.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen der OLB dienen im Wesentlichen der Liquiditätsreserve. Das Portfolio besteht weitestgehend aus Pfandbriefen und staatlichen Schuldverschreibungen sehr guter Bonität. Der Bestand entwickelte sich im Jahresverlauf stabil und lag zum Jahresende mit 2,9 Mrd. Euro knapp über dem Vorjahr (2,7 Mrd. Euro).

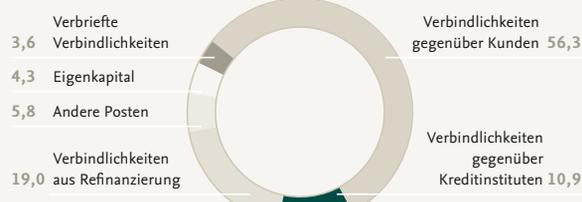
Bilanzstruktur Aktiva

in %



Bilanzstruktur Passiva

in %



Fremde Gelder

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kundengelder	7.957,9	7.806,3	151,6	1,9
täglich fällig	4.219,2	3.929,4	289,8	7,4
befristet	1.478,2	1.654,7	-176,5	-10,7
Spareinlagen	2.260,5	2.222,2	38,3	1,7
Bankengelder	4.231,5	4.498,5	-267,0	-5,9
täglich fällig	60,7	338,7	-278,0	-82,1
befristet	4.170,8	4.159,8	11,0	0,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	512,5	579,6	-67,1	-11,6
Nachrangige Verbindlichkeiten	220,9	253,6	-32,7	-12,9
Fremde Gelder insgesamt	12.922,8	13.138,0	-215,2	-1,6

Eigenkapital

Das Eigenkapital des OLB-Konzerns lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 614,7 Mio. Euro. Es erhöhte sich damit leicht gegenüber dem Vorjahreswert von 602,9 Mio. Euro. Dies ist überwiegend auf das gestiegene Ergebnis nach Steuern zurückzuführen. Im kumulierten Sonstigen Ergebnis werden die Bewertungsergebnisse aus Finanzanlagen und Pensionsrückstellungen erfasst. Aus der Senkung des Zinsfußes für die Abzinsung der Pensionsverbindlichkeiten ergab sich eine Belastung in Höhe von 39,0 Mio. Euro. Dem stand ein positives Bewertungsergebnis aus den unter Finanzanlagen ausgewiesenen festverzinslichen Wertpapieren der Liquiditätsreserve in Höhe von 28,2 Mio. Euro gegenüber.

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern der OLB lag damit im Jahr 2014 bei 5,7% und konnte entsprechend der Prognose deutlich gegenüber Vorjahr um 4,2 Prozentpunkte gesteigert werden.

Aufsichtsrechtliches Kapital (§10a KWG i. V. m. Art. 25 bis 88 CRR)

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen (%)
Kernkapital	572,6	581,0	-8,4	-1,4
Ergänzungskapital ¹	171,9	234,0	-62,1	-26,5
Eigenmittel	744,5	815,0	-70,5	-8,7
Risikoaktiva Adressrisiken	5.235,7	5.513,0	-277,3	-5,0
Risikoaktiva Marktrisiken	26,0	25,0	1,0	4,0
Risikoaktiva Operationelle Risiken	562,5	575,0	-12,5	-2,2
Risikoaktiva	5.824,2	6.113,0	-288,8	-4,7

¹ Maximal 100 % des Kernkapitals

%	2014	2013
Kernkapitalquote	9,8	9,5
Gesamtkapitalquote	12,8	13,3

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel des OLB-Konzerns setzen sich aus Kernkapital und Ergänzungskapital zusammen. Das Kernkapital wird auf Basis des handelsrechtlichen Eigenkapitals unter Berücksichtigung von aufsichtsrechtlichen Hinzurechnungen und Abschlägen ermittelt. Das Kernkapital umfasst in erster Linie das gezeichnete Kapital, die Rücklagen sowie das kumulierte Sonstige Ergebnis, das im Wesentlichen die Bewertungsergebnisse aus der Bewertung der Finanzanlagen und der Pensionsrückstellungen beinhaltet. Die Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel erfolgte 2014 erstmals auf Basis der europäischen Regelungen der Capital Requirements Regulation (CRR).

Auf Basis des festgestellten Jahresabschlusses betrug das Kernkapital der OLB zum Jahresende 572,6 Mio. Euro (Vorjahr: 581,0 Mio. Euro). Das im Wesentlichen aus nachrangigen Verbindlichkeiten bestehende Ergänzungskapital belief sich auf 171,9 Mio. Euro (–26,5 % gegenüber Vorjahr). Der Rückgang ist überwiegend auf geänderte Vorschriften zur Anrechnung in Abhängigkeit von der Restlaufzeit der Nachrangverbindlichkeiten zurückzuführen. Die gesamten Eigenmittel betragen somit 744,5 Mio. Euro (Vorjahr: 815,0 Mio. Euro).

Die Risikoaktiva konnten im Vergleich zum Vorjahr erneut gesenkt werden. Sie lagen mit 5,8 Mrd. Euro rund 5 % unter dem Vorjahreswert (6,1 Mrd. Euro). Der spürbare Rückgang betrifft den Bereich der Adressrisiken. Diese Entwicklung ist auf verschiedene Maßnahmen und Entwicklungen zurückzuführen: Neben der Anpassung relevanter Bewertungsparameter an aktualisierte Trendverläufe sowie einer Verbesserung der Sicherheitenunterlegung trugen Bewegungen in der Portfoliostruktur hin zu risikoärmeren Bonitätsklassen zum Rückgang der risikogewichteten Aktiva bei.

Insgesamt verbesserte sich die Kernkapitalquote auf 9,8 % (Vorjahr: 9,5 %). Sie liegt damit bereits deutlich über dem durch Basel III für 2019 formulierten Zielwert von 8,5 %. Die Gesamtkapitalquote lag per 31. Dezember 2014 bei 12,8 % (Vorjahr: 13,3 %). Eine gute Kapitalbasis ist für die OLB von zentraler Bedeutung, um auch künftig das Wachstum der Privat- und Firmenkunden in der Region eng begleiten zu können.

Die OLB wird daher auf der Hauptversammlung am 13. Mai 2015 vorschlagen, mit 14,2 Mio. Euro einen wesentlichen Teil des Bilanzgewinns zur weiteren Stärkung der Gewinnrücklagen zu verwenden.

Zusammenfassende Gesamtaussage

Die OLB konnte 2014 unter herausfordernden Rahmenbedingungen eine solide Geschäftsentwicklung erzielen. Das Kundengeschäft hat sich stetig entwickelt. Die Ertragslage hat sich im Zuge einer erheblich geringeren Risikovorsorge deutlich verbessert. Die Kapitalbasis wurde gestärkt, Risiken wurden abgebaut und bevorsorgt. Die Liquiditätsausstattung ist stabil. Der Geschäftsverlauf im abgelaufenen Geschäftsjahr war insgesamt günstig und zeigte die prognostizierte deutliche Erholung des Ergebnisses gegenüber 2013. Auf dieser Basis gilt es, im Jahr 2015 die Bank weiter nachhaltig zu stärken.

Vergütungsbericht und Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289a HGB

Der Vergütungsbericht und die Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289a HGB sind Teile des zusammengefassten Lageberichts und sind dem Corporate-Governance-Bericht zu entnehmen. Aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichten wir auf einen Abdruck an dieser Stelle.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Berichterstattung über die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns ist in die folgende Darstellung der Prognose zum Geschäftsverlauf und der Lage des Konzerns integriert. Ergänzend finden sich im Konzernrisikobericht des Lageberichts weitere Angaben zum Risikomanagementsystem, einzelnen Risiken und zur Risikolage.

Die Geschäftsentwicklung für das Geschäftsjahr 2015 wird im Wesentlichen von folgenden Einflussfaktoren und den daraus resultierenden Chancen und Risiken beeinflusst:

Die Wirtschaft im Nordwesten erwartet im neuen Jahr weiterhin einen Gleichlauf mit der gesamtdeutschen Konjunktur. Dabei wird mit einer Wachstumsrate auf bzw. leicht über Vorjahresniveau gerechnet. Arbeitslosenquote und Beschäftigungszahlen werden in etwa unverändert erwartet. Die im Vorjahr bestehende Unsicherheit hinsichtlich der politischen Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene für die regionalen Schlüsselbranchen Landwirtschaft und Erneuerbare Energien ist weitgehend klaren Erwartungen gewichen. Die OLB geht davon aus, dass sich damit ein stabiles Umfeld für die Entwicklung des Kreditgeschäfts und der Risikovorsorge ergibt. Chancen bestehen insbesondere in der weiteren Begleitung der Entwicklung und Finanzierung von Projekten im Rahmen der Erneuerbaren Energien, insbesondere im Bereich der Windenergie.

Hinsichtlich der Entwicklung im Schifffahrtssektor hat die OLB ihrer Planung zugrunde gelegt, dass den strukturellen Ursachen der angespannten Situation der Schifffahrtsbranche auch im Jahr 2015 nur allmählich Lösungen zugeführt werden. Der Prozess des Abbaus des bestehenden Kapazitätsüberhangs in der Schifffahrtsbranche wird sich über mehrere Jahre erstrecken, sodass die Charratern erst mittelfristig auf ein normalisiertes Niveau ansteigen dürften. Eine nachhaltige Verzögerung der Erholung der Charratern und ein damit verbundenes Anhalten der Branchenkrise würde die Risikovorsorge der OLB erneut belasten. Hingegen würde eine zügige Konsolidierung in der Branche in Verbindung mit einer positiven konjunkturellen Entwicklung und aufgrund eines niedrigen Ölpreises dauerhaft reduzierter Betriebskosten die Möglichkeit für eine Reduzierung des geplanten Risikovorsorgebedarfs mit sich bringen.

Trotz der erwarteten stetigen konjunkturellen Entwicklung in Deutschland weist auf europäischer Ebene keiner der zentralen Einflussfaktoren – Inflationshöhe, Leitzins, Konjunkturentwicklung und Markterwartungen – auf eine Erholung des Zinsniveaus im Geschäftsjahr 2015 hin. Dies wurde untermauert durch die Ankündigung eines Rückkaufprogramms für Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis September 2016 seitens der EZB. Die OLB hat für die Planung ein anhaltend niedriges Zinsniveau bei einem normalen Verlauf der Zinsstrukturkurve unterstellt. Dies wirkt unmittelbar auf die Bewertung der Finanzanlagen und der langfristigen Rückstellungen (z. B. Pensionsrückstellungen). Der Zinsüberschuss im Geschäftsjahr 2015 wird über die Verzinsung des Neugeschäfts sowie des variabel verzinsten Bestandsgeschäfts nur teilweise durch aktuelle Zinsentwicklungen bestimmt. Ein weiteres deutliches Absinken des Zinsniveaus insbesondere einhergehend mit einer Abflachung der Zinsstrukturkurve würde den Margendruck im Aktiv- und Passivgeschäft weiter verschärfen und die Ertragssituation insbesondere mittelfristig deutlich belasten. Korrespondierend besteht für die OLB die Chance, bei der aktuellen Bilanzstruktur deutlich von einem Zinsanstieg zu profitieren.

Aufgrund des stabilen Einlagengeschäftes kann die OLB ihr eigenes Kreditgeschäft weitgehend selbst finanzieren. Die Bank ist damit wenig anfällig für Störungen an den Geld- und Kapitalmärkten, die die Beschaffung von Liquidität erschweren oder nur zu hohen Zinsaufschlägen erlauben würden. Die OLB unterhält eine Liquiditätsreserve unter Einhaltung von ausreichend bemessenen Liquiditätspuffern, sodass vorübergehende potenzielle Marktengpässe überbrückt werden können. Mit Blick auf das Jahr 2015 werden somit keine wesentlichen Risiken aus unvorhergesehenen Zuspitzungen an den Geld- und Kapitalmärkten gesehen. Chancen für eine verbesserte Gesamtertragslage sieht die OLB in möglichen, über dem Planwert liegenden Erträgen aus dem Beteiligungsportfolio der Bank.

Der Gesetzgeber und die Aufsichtsbehörden haben umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung von Liquidität und Eigenkapital der Banken, Regelungen zum Verbraucherschutz sowie erweiterte Berichts- und Prüfungspflichten auf den Weg gebracht. Mit Blick auf das Geschäftsjahr 2015 stellen die Kosten für die Implementierung eine wesentliche Belastung dar. Mittelfristig ergibt sich aus diesem Trend das Risiko, dass bestehende Leistungsangebote der Bank u. a. wegen fehlender Skaleneffekte und erhöhter Eigenkapitalunterlegung stark in ihrem Ertragspotenzial eingeschränkt werden. Auf der anderen Seite bestehen durch neue Dienstleistungsangebote und aus der verbesserten Kontrolle und Steuerung von Geschäftsrisiken Chancen für den künftigen Geschäftsverlauf durch die Vermeidung von Kreditausfällen und anderer operativer Risiken. Mit Blick auf die Rechtsprechung besteht das Risiko, dass im Namen des Verbraucherschutzes weitere einseitig den Bankensektor belastende Urteile ergehen.

Die OLB geht für das Geschäftsjahr 2015 von einer weiterhin hohen Wettbewerbsintensität im Kundengeschäft aus. Neben den Wettbewerbern vor Ort wird auch die Konkurrenz durch Direktbanken anhalten. Neue Angebote, die moderne Technologien zur Ermöglichung oder Bereitstellung finanzieller Dienstleistungen nutzen (z. B. Mobile-Payment, Crowdfunding), werden sich weiter entwickeln und zunehmend in Konkurrenz zum Produktangebot der Banken treten. Neben dem anhaltenden Druck auf Margen und Preise ergibt sich aus dieser Entwicklung mittel- bis langfristig das Risiko, dass Kunden ihr Nutzungsverhalten nachhaltig verändern und bestehende Bankdienstleistungen, z. B. im Zahlungsverkehr, nur noch eingeschränkt nutzen. Die zunehmende Digitalisierung der Geschäftsprozesse bietet auf der anderen Seite die Möglichkeit, Prozesse effizienter zu organisieren und kostengünstiger abzuwickeln.

In diesem herausfordernden Umfeld plant die Bank den eingeschlagenen Kurs der Modernisierung ihres Privatkundengeschäftes fortzusetzen, das Serviceangebot durch verstärkten Einsatz von Geldein- und -auszahlautomaten im Standortnetz auszubauen sowie parallel auch im Online- und Mobile-Banking die Leistungsvielfalt zu erweitern. In Verbindung mit dem Einsatz ihrer sehr gut ausgebildeten Mitarbeiter und einer leistungsfähigen Produktpalette erwartet die Bank, die solide Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr auch im Geschäftsjahr 2015 fortzusetzen. Zu den wesentlichen Einflussgrößen auf den erwarteten Geschäftsverlauf im Jahr 2015 im Einzelnen:

Auf Basis einer erwarteten soliden konjunkturellen Entwicklung im Nordwesten plant die OLB ein gegenüber 2014 moderat erhöhtes Wachstum des Kreditvolumens. Neben einer stabilen Kreditnachfrage sowohl im Baufinanzierungsbereich als auch bei gewerblichen Projekten sollen einfachere und schnellere Kreditprozesse diesen Zuwachs ermöglichen. Die der Hauptversammlung am 13. Mai 2015 vorzuschlagende Stärkung der Rücklagen soll den geplanten Anstieg des Kreditvolumens unterlegen und die Kapitalquote der Bank stabil halten. Im Einlagengeschäft erwartet die OLB, dass die Zunahme im Aktivgeschäft durch ein weiteres Volumenwachstum der Kundeneinlagen weitgehend refinanziert werden kann. Auf Basis steigender Ergebnisbeiträge aus dem Kundengeschäft sowie einer weiteren Optimierung der Bilanzstruktur und des Refinanzierungsnutzens aus den Kundeneinlagen erwartet die Bank, den Zinsüberschuss im Jahr 2015 deutlich auszubauen.

Die Belegung des Wertpapiergeschäftes mit Kunden insbesondere in Form der Vermögensverwaltung wird 2015 einen Schwerpunkt der vertrieblichen Aktivitäten der OLB bilden. Die Bank setzt darauf, durch qualifizierte Beratung neue Kunden und Mittel zu akquirieren und bestehende Kundenbeziehungen zu intensivieren. Damit ist diese Geschäftssparte der wesentliche Treiber der erwarteten deutlichen Steigerung des Provisionsüberschusses im Jahr 2015.

Die Verwaltungsaufwendungen werden im Geschäftsjahr 2015 neben einer weiteren Tarifierhöhung und allgemeinen Kostensteigerungen durch einen erwarteten deutlichen Anstieg der Bankenabgabe belastet. Die OLB steuert diesen Kostensteigerungen durch die im Rahmen der Modernisierung des Privatkundengeschäftes begonnene Optimierung von Prozessabläufen, den Einsatz moderner SB-Technik sowie konsequenter Automatisierung und Digitalisierung gegen. Darüber hinaus plant die Bank gegenüber dem besonders belasteten Geschäftsjahr 2014 mit einem geringeren Aufwand für die Implementierung aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Insgesamt erwartet die OLB daher 2015 einen signifikanten Rückgang der Laufenden Aufwendungen und damit eine deutliche Verbesserung der Cost-Income-Ratio.

Auf Basis der beschriebenen Rahmenbedingungen insbesondere mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Branchenentwicklung in der Schifffahrt entwickelt die OLB für die Prognose verschiedene Szenarien mit unterschiedlichen Belastungen aus der Risikovorsorge. Im Sinne einer soliden Herangehensweise mit dem Ziel einer belastbaren Planung hat sich die Bank für die prognostizierte Entwicklung im Jahr 2015 für einen bewusst konservativen Ansatz entschieden. Dieser sieht vor, dass sich einerseits die günstige Entwicklung der Risikovorsorge in der Breite des Portfolios 2015 nicht wiederholt, sondern auf das statistisch erwartete Niveau ansteigt. Mit Blick auf das Schifffahrtsportfolio wird andererseits ein zusätzlicher Belastungspuffer für eine verzögerte Erholung der Chartersraten berücksichtigt. Auf Basis dieses konservativen Szenarios ergibt sich für 2015 ein deutlicher Anstieg der Risikovorsorge gegenüber dem abgelaufenen Geschäftsjahr.

Mit Blick auf die Segmententwicklung wird erwartet, dass die drei strategischen Geschäftsfelder denselben maßgeblichen Einflussfaktoren unterliegen und grundsätzlich eine gleichgerichtete Entwicklung aufweisen werden. Der geplante Anstieg des Wertpapierertrages wird im Wesentlichen im Segment Private Banking & Freie Berufe erwartet, während die Modernisierungsmaßnahmen überwiegend im Segment Privat- und Geschäftskunden zu Kosteneinsparungen führen werden.

Insgesamt erwartet die OLB für das Geschäftsjahr 2015 die Fortsetzung der soliden Ergebnisentwicklung aus 2014. Bei vollumfänglicher Umsetzung der ambitionierten Ertrags- und Kostenziele erwartet die Bank für 2015 trotz einer robust geplanten Risikovorsorge eine deutliche Steigerung des Ergebnisses vor Steuern und der Eigenkapitalrendite gegenüber Vorjahr, auch wenn das Niveau von 2012 voraussichtlich noch nicht wieder erreicht wird.

Ergänzende Erläuterungen zum Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG (HGB)

Ergänzend zur Berichterstattung über den OLB-Konzern wird im Folgenden die Entwicklung der Oldenburgische Landesbank AG erläutert.

Der Jahresabschluss der Oldenburgische Landesbank AG wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt. Daraus resultierten Bewertungsunterschiede zu dem nach International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellten Konzernabschluss. Diese betrafen vor allem Finanzinstrumente, Rückstellungen und latente Steuern.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gewinn- und Verlustrechnung der Oldenburgische Landesbank AG für das Berichtsjahr mit Vorjahresvergleich:

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen %
Zinsüberschuss	236,0	236,6	-0,6	-0,3
Provisionsüberschuss	68,7	79,0	-10,3	-13,0
Zins- und Provisionsüberschuss	304,7	315,6	-10,9	-3,5
Nettoergebnis aus dem Handelsbestand	-0,8	-0,7	-0,1	14,3
Personalaufwand	135,3	152,8	-17,5	-11,5
Andere Verwaltungsaufwendungen ¹	85,1	98,8	-13,7	-13,9
Verwaltungsaufwand	220,4	251,6	-31,2	-12,4
Saldo sonstiger betrieblicher Erträge und Aufwendungen	-17,3	100,8	-118,1	k. A.
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	66,2	164,1	-97,9	-59,7
Risikovorsorge	33,5	60,3	-26,8	-44,4
Betriebsergebnis	32,7	103,8	-71,1	-68,5
Außerordentliches Ergebnis	0,2	-95,7	95,9	k. A.
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,6	0,6	—	—
Gewinn vor Steuern	33,5	8,7	24,8	k. A.
Steuern	13,5	4,0	9,5	k. A.
Jahresüberschuss	20,0	4,7	15,3	k. A.

¹ Einschließlich Abschreibungen auf Sachanlagen

Die Oldenburgische Landesbank AG hat einen Anteil an der Konzernbilanz von mehr als 99 % und bestimmt damit maßgeblich die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Konzerns. Die Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Oldenburgische Landesbank AG steht somit im Einklang mit der für den Konzern beschriebenen Entwicklung.

Der Zinsüberschuss entwickelte sich auch in der Oldenburgische Landesbank AG aufgrund des erfolgreichen Kredit- und Einlagengeschäfts stabil. Während sich der Zinsüberschuss im abgelaufenen Geschäftsjahr stetig entwickelte, wirkte sich die Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank gegenüber dem Vorjahr durch einen deutlichen Rückgang im Provisionsüberschuss aus. Dies führte auch zu dem deutlichen Rückgang des Verwaltungsaufwands sowie des Saldos der Sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen, da unter dieser Position im Vorjahr noch die Erstattung des saldiereten Gesamtaufwands der Allianz Bank in Höhe von 107,5 Mio. Euro gezeigt wurde. Die Risikovorsorge ging gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück, was im Wesentlichen auf die günstige Entwicklung im mittelständisch geprägten Firmenkundenportfolio der Bank zurückzuführen war.

Insgesamt ergab sich für das Berichtsjahr ein deutlich gesteigerter Gewinn vor Steuern von 33,5 Mio. Euro nach 8,7 Mio. Euro im Vorjahr. Unter Berücksichtigung einer Steuerbelastung von 13,5 Mio. Euro betrug der Jahresüberschuss 20,0 Mio. Euro (Vorjahr: 4,7 Mio. Euro). Da es keine Gewinnvorräte aus dem Vorjahr gab, entspricht dies auch dem Bilanzgewinn.

Auf der Hauptversammlung am 13. Mai 2015 wird den Aktionären vorgeschlagen, 5,8 Mio. Euro der Zahlung einer Bar-Dividende von 0,25 Euro je Stückaktie und weitere 14,2 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zuzuführen.

Bilanzentwicklung

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen %
Barreserve	188	301	-113	-37,5
Forderungen an Kreditinstitute	445	633	-188	-29,7
Forderungen an Kunden	10.193	10.158	35	0,3
Wertpapiere	2.872	2.764	108	3,9
Sachanlagevermögen	82	82	—	—
Treuhandvermögen	4	7	-3	-42,9
Sonstige Aktiva	261	228	33	14,5
Summe der Aktiva	14.045	14.173	-128	-0,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.341	4.607	-266	-5,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.845	7.641	204	2,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	761	760	1	0,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	228	262	-34	-13,0
Genussrechtskapital	—	—	—	—
Treuhandverbindlichkeiten	4	7	-3	-42,9
Eigenkapital	—	—	—	—
Gezeichnetes Kapital und Rücklagen	599	597	2	0,3
Bilanzgewinn	20	5	15	k. A.
Sonstige Passiva	247	294	-47	-16,0
Summe der Passiva	14.045	14.173	-128	-0,9

Zur Erläuterung der Entwicklung der Bilanz und der Vermögens- und Finanzlage wird auf die entsprechenden Ausführungen zur Situation des Konzerns verwiesen.

Risikobericht

Aufgrund der weitgehenden Überschneidung der Oldenburgische Landesbank AG als Mutterunternehmen und des OLB-Konzerns unterliegt die Geschäftsentwicklung den gleichen Risiken und einheitlichen Risikomanagementprozessen. Für weitere Informationen wird daher auf den Risikobericht verwiesen.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die zukünftige Geschäftsentwicklung der Oldenburgische Landesbank AG unterliegt aufgrund der weitgehenden Überschneidung der Oldenburgische Landesbank AG als Mutterunternehmen und des OLB-Konzerns denselben maßgeblichen Einflussfaktoren. Die OLB erwartet eine gleichgerichtete Entwicklung der AG und des Konzerns. Die weiteren Informationen zur erwarteten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Gesellschaft sowie zu den Annahmen, die der Prognose zugrunde liegen, sind im Prognose-, Chancen- und Risikobericht des OLB-Konzerns enthalten.

Sonstige Pflichtangaben

Zweigniederlassungen

Im Zuge der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank wurden die bestehenden Agenturfilialen der Allianz Bank geschlossen. Im Nordwesten ist die OLB Regionalbank mit 176 Niederlassungen flächendeckend vertreten.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Gemäß § 271 Abs. 2 HGB ist die Bank ein mit der Allianz SE verbundenes Unternehmen und wird in den Konzernabschluss der Allianz SE einbezogen.

Die Allianz Deutschland AG (AZ D) hält die Mehrheit des Kapitals der Oldenburgische Landesbank AG (OLB). Im Bericht über die Beziehungen der Bank zur Allianz Deutschland AG und zu den mit der Allianz Deutschland AG verbundenen Unternehmen beziehungsweise zur Allianz SE und zu den mit der Allianz SE verbundenen Unternehmen hat der Vorstand gemäß § 312 AktG erklärt:

Nach den Umständen, die dem Institut jeweils zu dem Zeitpunkt bekannt waren, an dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, hat die Bank bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, ist die Bank nicht benachteiligt worden.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Seit dem 1. Januar 2015 ist die rechtliche Selbstständigkeit der Tochtergesellschaft Bankhaus W. Fortmann & Söhne KG beendet. Die OLB führt die Geschäfte als Rechtsnachfolgerin unter der Firma W. Fortmann & Söhne, Zweigniederlassung der Oldenburgische Landesbank AG weiter.

Der Kommanditanteil der OLB an der Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster, wurde Ende Dezember 2014 an die VR-Bank Westmünsterland eG, Borken, verkauft. Der Verkauf steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Risikobericht

Grundsätze der gesamtbankweiten Risikosteuerung

Risikostrategie

Die Risikostrategie wird vom Vorstand der OLB beschlossen und mindestens einmal jährlich überprüft, wobei die im Rahmenwerk der Allianz festgelegten Grundsätze ihren Niederschlag in den risikostrategischen Maßnahmen bzw. den daraus abgeleiteten Aktivitäten des Risikomanagements der OLB finden.

Die Risikostrategie leitet sich aus der Geschäftsstrategie ab und berücksichtigt die Ergebnisse der Risikoinventur, die Risikotragfähigkeit, die Ergebnisziele und die organisatorischen Rahmenbedingungen der Bank. Die Formulierung der Risikostrategie erfolgt im Rahmen eines strukturierten Strategieprozesses, der sicherstellt, dass

- die Geschäfts- und Risikostrategie sowie die Geschäftsplanung der OLB konsistent sind,
- nur Risiken eingegangen werden, die einem Steuerungsprozess unterworfen sind und die in ihrer Höhe die Unternehmensexistenz nicht gefährden,
- eine risikosensitive Limitierung der wesentlichen Risikoarten und der Risiken auf Geschäftsfeldebene die jederzeitige Risikotragfähigkeit der OLB sicherstellt,
- die jederzeitige Zahlungsfähigkeit gewährleistet und mithilfe von Limiten überwacht wird und
- eine angemessene Risikoberichterstattung und -überwachung vorhanden sind.

Die OLB versteht sich als nachhaltig wirtschaftende, kundenorientierte Bank mit langfristiger Geschäftsausrichtung und einem auf Solidität und Stetigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell. Der Risikomanagementprozess der Bank unterstützt die Umsetzung dieser Strategie, indem die Nachhaltigkeit der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens durch die Beherrschung der eingegangenen Risiken sichergestellt wird.

Aus geschäfts- und risikostrategischer Sicht kommt der angemessenen Ausgestaltung des Vergütungssystems der Mitarbeiter eine besondere Rolle zu, da die Ausgestaltung neben anderen personalpolitischen Zielen auch das risikoadäquate Handeln sicherstellt. Die Ausgestaltung wird daher regelmäßig vom Aufsichtsrat überprüft.

Die Entscheidung über das strategische Vorgehen wird unter Abwägung der mit den Risiken verbundenen Chancen bzw. im Falle von operationellen Risiken unter Abwägung der Kosten, die mit einer Reduzierung oder Vermeidung dieser Risiken einhergehen, getroffen.

Um die Konsistenz der Risikostrategien im OLB-Konzern zu gewährleisten, haben die beiden Tochterinstitute ihre relevanten Strategien und Konzepte mit der OLB abgestimmt.

Definition der Risikoarten

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur wird überprüft, welche Risiken für die OLB relevant und ob alle wesentlichen Risikoarten einem angemessenen Risikomanagementprozess unterworfen sind. Das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko werden als wesentliche Risiken klassifiziert, da sie aufgrund ihrer Höhe und Ausprägung materiell für den Fortbestand des Unternehmens sind. Über die Risikostrategie finden die Ergebnisse der Risikoinventur Eingang in den Risikotragfähigkeitsprozess.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist definiert als das Ausfallrisiko, das Migrationsrisiko, das Spread-Risiko sowie das Länderrisiko:

- *Ausfallrisiko*

Das Ausfallrisiko ist definiert als potenzieller Verlust, der durch den Ausfall eines Geschäftspartners (Kontrahent, Emittent, anderer Vertragspartner) entstehen kann, d. h. durch seine Unfähigkeit oder fehlende Bereitschaft, vertragliche Verpflichtungen zu erfüllen.

Migrationsrisiko

Das Migrationsrisiko ist definiert als potenzielle Veränderung des Barwertes einer Forderung durch Verschlechterung der Kreditwürdigkeit des Kontrahenten bzw. Schuldners.

- *Spread-Risiko*

Das Spread-Risiko ist definiert als potenzielle Veränderung des Barwertes aufgrund von Veränderungen von Liquiditäts-Spreads und/oder **Credit-Spreads** am Markt.

- *Länderrisiko*

Das Länderrisiko als Teil des Kreditrisikos wird definiert als Übernahme eines grenzüberschreitenden Risikos, insbesondere eines Transfer- und Konvertierungsrisikos, d. h. des Risikos, dass wegen Moratorien und/oder Beschränkungen des Zahlungsverkehrs die Rückführung von Zins- und/oder Tilgungszahlungen in lokaler und/oder Fremdwährung unmöglich ist.

 siehe Glossar Seite 170

Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet die Gefahr, dass die Bank Verluste aufgrund von unerwarteten Änderungen der Marktpreise oder der die Marktpreise beeinflussenden Parameter erleidet. Es beinhaltet zudem das Risiko von Wertänderungen, die entstehen, wenn der Kauf oder der Verkauf von großen Positionen innerhalb einer vorgegebenen Zeitspanne nur zu nicht marktgerechten Preisen möglich ist.

Liquiditätsrisiko

Als Liquiditätsrisiko bezeichnet die OLB zum einen das Risiko, dass die OLB die Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit gewährleisten kann (Zahlungsunfähigkeitsrisiko). Zum anderen versteht die Bank darunter auch das Risiko von Preisauflagen bei der Mittelaufnahme zur Schließung bestehender Refinanzierungslücken, die durch die Ausweitung von Liquiditäts- und Kreditaufschlägen auf den Zins marktbedingt entstehen können (Liquiditätskostenrisiko).

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko ist für die Bank das Risiko eines direkten oder indirekten Verlustes infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von Mitarbeitern, Systemen oder internen Verfahren bzw. infolge externer Ereignisse. Hierunter fallen auch das Rechtsänderungsrisiko, das Modellrisiko, das Risiko sonstiger strafbarer Handlungen, das Reputationsrisiko und das Projektrisiko.

- *Rechtsänderungsrisiko*

Das Rechtsänderungsrisiko ist für die OLB das Risiko eines Verlustes aufgrund neuer Gesetze oder Vorschriften oder einer nachteiligen Änderung bestehender Gesetze oder Vorschriften. Dies beinhaltet auch das Risiko, dass vertragliche Vereinbarungen rechtlich nicht mehr durchsetzbar sind.

- *Modellrisiko*

Das Modellrisiko entsteht aus der Anwendung nicht geeigneter oder der unsachgemäßen Anwendung von Modellen zur Bewertung von Risiken.

- *Risiko sonstiger strafbarer Handlungen*

Unter dem Risiko sonstiger strafbarer Handlungen versteht die OLB das Kriminalitätsrisiko und das Korruptionsrisiko:

- *Kriminalitätsrisiko*

Das Kriminalitätsrisiko ist bei der OLB das Risiko von Verlusten aufgrund krimineller Handlungen durch Mitarbeiter und/oder Dritte.

- *Korruptionsrisiko*

Korruption im juristischen Sinn bezeichnet den Missbrauch einer Vertrauensstellung, um einen materiellen oder immateriellen Vorteil zu erlangen, auf den kein rechtlich begründeter Anspruch besteht. Die OLB definiert folglich das Korruptionsrisiko als den wirtschaftlichen Verlust, den die Bank als Folge von Korruption erleiden kann.

- *Reputationsrisiko*
Das Reputationsrisiko ist das Risiko eines direkten oder indirekten Verlustes aufgrund einer Verschlechterung des Ansehens der Bank aus Sicht der Anteilhaber, Kunden, Mitarbeiter, Geschäftspartner oder der breiten Öffentlichkeit.
- *Projektrisiko*
Die OLB versteht unter Projektrisiko den potenziellen Schaden, der durch Verzögerung, Kostenerhöhung, Qualitätseinbußen oder Scheitern von Projekten entstehen kann.

Risikotragfähigkeit

Die OLB verwendet für die Feststellung ihrer Risikotragfähigkeit zwei Sichtweisen: eine wertorientierte und eine periodenorientierte Sicht als strenge Nebenbedingung.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit

Zur Beurteilung der wertorientierten Risikotragfähigkeit stellt die OLB ihr nach einem Liquidationsszenario berechnetes Risikodeckungspotenzial den bankweiten Risiken gegenüber. Dabei wird das Risikodeckungspotenzial aus bilanziellen Größen des IFRS-Konzernabschlusses abgeleitet. Um die Risikotragfähigkeit zu gewährleisten, muss das Risikodeckungspotenzial die bankweiten Risiken stets übersteigen. Zur Sicherung der Unternehmensexistenz und des geschäftspolitischen Handlungsspielraums ist in der Risikostrategie der OLB zusätzlich ein über diese Minimalanforderung hinausgehender Risikopuffer definiert.

Das bankweite Risiko wird durch Addition der einzelnen Risikobeiträge der für diese Betrachtung relevanten Risikoarten ermittelt. Bei dieser Sichtweise bleiben Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten unberücksichtigt. Zur Berechnung des Risikos sind für die verschiedenen Risikoarten in der Bank ein **Konfidenzniveau** in Höhe von 99,93 % und eine Haltedauer von einem Jahr definiert, das heißt, dass aus der Verlusthistorie abgeleitet in nur 0,07 % der Fälle ein Verlust erwartet wird, der höher als das berechnete Risiko ist.

 siehe Glossar Seite 172

Periodenorientierte Risikotragfähigkeit

Zur Überprüfung der periodenorientierten Risikotragfähigkeit betrachtet die OLB in einem Fortführungsansatz die Auswirkungen eines Verlust-Szenarios „Schwerer konjunktureller Abschwung“ auf die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Grundlage der Betrachtung sind die Gewinn- und Verlustrechnung für das laufende Jahr sowie die Planung für das folgende Geschäftsjahr. Ergänzt wird diese Betrachtung um risikorelevante Aspekte, die sich aus dem Szenario für die wesentlichen Risikoarten Kreditrisiko, Marktrisiko, Liquiditätsrisiko und operationelles Risiko ergeben. Ziel ist es, Handlungsimpulse für die Steuerung zu generieren, um die Risikotragfähigkeit der Bank sicherzustellen und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen zu gewährleisten.

Organisation des Risikomanagements und -controllings

Im Rahmen seiner Gesamtverantwortung und nach § 25c KWG ist der Vorstand der OLB für die Festlegung der Strategien des Instituts sowie für die Einrichtung und Aufrechterhaltung eines angemessenen, konsistenten und aktuellen Risikomanagementsystems verantwortlich. Er legt die Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling und den organisatorischen Aufbau fest und überwacht deren Umsetzung.

In der Risk Policy werden – als Ausgestaltung der Vorgaben aus der Risikostrategie – die wesentlichen Aspekte zur Organisation des Risikomanagements beschrieben. Hierbei ist das Risikokomitee unterhalb des Vorstands als das zentrale Gremium zur Überwachung und Steuerung der Risikotragfähigkeit der Bank installiert. Im Risikokomitee sind der Risikovorstand, der Finanzvorstand sowie die Leiter der Abteilungen Risikocontrolling, Groß- und Spezialkredite, Treasury, Finanzen/Controlling und Qualitätsmanagement Kredit vertreten. Als Unterausschüsse des Risikokomitees sind der Risikomethoden- und

Prozessausschuss, der Ausschuss für operationelle Risiken und der Kreditportfolioausschuss eingerichtet, die jeweils vom Risikovorstand geleitet werden. Änderungen an Methoden und Risikoparametern werden im Ausschuss für operationelle Risiken (für die operationellen Risiken) sowie im Risikomethoden- und Prozessausschuss (für alle übrigen Risikoarten) fachlich beurteilt. Der Kreditportfolioausschuss beurteilt Vorschläge zu Portfoliomaßnahmen und deren Auswirkungen auf das Geschäftsmodell. Die abschließende Entscheidung über strategisch risikorelevante Aspekte trifft der Gesamtvorstand. Er ist dabei an die vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung gebunden, die die erforderlichen Rahmenbedingungen definiert. Darüber hinausgehende Entscheidungen außerhalb der Kompetenz des Gesamtvorstands werden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt.

Risikomanagement

Für die Steuerung der wesentlichen Risikoarten sind die folgenden Gremien und Organisationseinheiten verantwortlich:

Risikoart	Gremium / Organisationseinheit
Kreditrisiko	Risikokomitee (Kreditportfolioausschuss)
Markt- und Liquiditätsrisiko	Treasury
Operationelles Risiko	Risikokomitee (Ausschuss für Operationelle Risiken)

Sie haben unter Berücksichtigung der vom Vorstand in der Geschäfts- und Risikostrategie definierten strategischen Ausrichtung und Ziele sowie der erlassenen Kompetenzen und Limite die Aufgabe, die Risiken auf Basis ihrer Analysen und Bewertungen angemessen zu steuern. Die adäquate Gestaltung von organisatorischen Strukturen, Prozessen und Zielvereinbarungen ist Teil dieser Aufgabe; die Entscheidung über Einzelkreditrisiken obliegt gemäß geltender Kompetenzordnung hingegen unterschiedlichen Organisationsstufen.

Risikoüberwachung

Die Risikoüberwachung erfolgt in den Abteilungen Risikocontrolling und Compliance, die organisatorisch unabhängige Bestandteile des Risikomanagements der OLB sind. Es besteht sowohl eine strikte Trennung zwischen diesen beiden Abteilungen als auch zwischen den Einheiten, die für die Initiierung bzw. den Abschluss sowie die Beurteilung und Genehmigung von Geschäften zuständig sind. Aufgabe des Risikocontrollings ist es, die Risiken vollständig und konsistent zu analysieren, zu messen und zu kontrollieren. Es stellt dem Risikomanagement die zur aktiven und risikoadäquaten Steuerung erforderlichen Risikoanalysen und Risikoinformationen zur Verfügung. Die Abteilung Compliance ist verantwortlich dafür, den Risiken, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen und Vorgaben ergeben können, entgegenzuwirken. Hierbei hat die Compliance-Funktion auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung wesentlicher rechtlicher Regelungen und entsprechender Kontrollen hinzuwirken.

Zusätzlich nimmt die interne Revision eine prozessunabhängige Einschätzung der Angemessenheit des Risikomanagement- und -controllingsystems vor, um Funktionsfähigkeit und Effektivität des gesamten Risikoprozesses und damit zusammenhängender Prozesse zu prüfen.

Risikoreporting

Im Rahmen des Risikoreportings berichtet das Risikocontrolling in regelmäßigen Abständen an die Entscheidungsträger (Gesamtvorstand, Risikokomitee, betroffene Abteilungsleiter) und den Aufsichtsrat sowie den durch den Aufsichtsrat eingesetzten Risikoausschuss. Dabei ist die Häufigkeit der Berichterstattung von der Bedeutung des Risikos sowie von aufsichtsrechtlichen Anforderungen abhängig. Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen werden unverzüglich an die Geschäftsleitung, die jeweiligen Verantwortlichen und gegebenenfalls an die interne Revision sowie an die Abteilung Compliance weitergeleitet.

Die das Kreditgeschäft betreffenden externen Risikomeldungen an die Deutsche Bundesbank sind Aufgabe der Abteilung Finanzen/Controlling.

Die Tochterinstitute der OLB haben an ihre Größenordnung angepasste organisatorische Verfahrensweisen implementiert.

Management und Controlling spezifischer Risiken

Kreditrisiko

Risikomanagement Kundenkreditgeschäft

Das Management sämtlicher Kreditrisiken im Kundenkreditgeschäft basiert auf einem integrierten Konzept von Richtlinien, Kompetenzstrukturen und Anforderungssystemen, das in Einklang steht mit der strategischen Ausrichtung und den Zielen des Hauses.

Konsistent zu diesem Konzept ist der Kreditentscheidungsprozess gestaltet. Eine organisatorische und disziplinarische Trennung von Markt und Marktfolge ist auf allen Ebenen gewährleistet.

Abhängig von dem zu entscheidenden Kreditrisiko sind unterschiedliche organisatorische Regelungen getroffen. Ziel ist es, mit der Struktur und Aufgabenverteilung eine risikoadäquate und effiziente Entscheidungsfindung und Bearbeitung von Kreditengagements in Abhängigkeit von Losgrößen, Risikogehalt und Komplexität zu erreichen. Engagements, die zu dem in der OLB als nicht risikorelevant definierten Geschäft zählen, unterliegen vereinfachten Votierungs-, Entscheidungs- und Überwachungsprozessen. Die Engagements des als risikorelevant eingestuften Portfolios werden aufgrund ihres spezifischen Risikogehalts – innerhalb festgelegter Regeln – in der Gemeinschaftskompetenz des Marktes mit der Marktfolge votiert und entschieden.

Die Risikobeurteilung und die Genehmigung der Kredite erfolgt im nicht risikorelevanten Geschäft in Abhängigkeit von der Geschäftsart und Betreuungszuständigkeit des Kunden. Kredite an Privat- und Geschäftskunden im Filialgeschäft entscheidet bei Finanzierungen bis 50 Tsd. Euro und bei privaten Baufinanzierungen bis 250 Tsd. Euro der Markt, soweit angemessene Bonität gegeben ist. Kreditgewährungen an Kunden aus den Bereichen „Private Banking & Freie Berufe“ und „Firmenkunden“ werden – bei angemessener Bonität – durch die zuständigen marktseitigen Betreuer bis 250 Tsd. Euro entschieden. Im Rahmen der Eigenkompetenz des Marktes (sofern es sich nicht um Baufinanzierungs- oder Verbraucherkreditgeschäft handelt) unterstützt die Marktfolge den Markt bei der Durchführung der Bonitätsprüfung und Raterstellung. Bei allen übrigen Engagements erfolgen die Beurteilung der Risiken und die Kreditentscheidung in Zusammenarbeit von Markt und Marktfolge.

Im Neugeschäft wird für jeden Kreditnehmer auf Basis von statistischen Bonitätsbeurteilungsverfahren das Risiko seiner Zahlungsunfähigkeit in Form einer Bonitätsklasse ermittelt. Parallel dazu wird die Bewertung der vom Kunden gestellten Sicherheiten vorgenommen. Diese findet in Abhängigkeit von Umfang und Komplexität unter Einbeziehung der Marktfolge oder durch externe Gutachter statt. Zusammen ergeben Kreditvolumen, Bonitätsklasse und Besicherung ein absolutes Maß für das Kreditrisiko des Kunden.

Während der Laufzeit der Kredite unterliegen sämtliche Engagements einer permanenten Kreditüberwachung. Bei Gesamtengagements mit einem Volumen über 250 Tsd. Euro (ohne private Baufinanzierungen) und einer Einzelkundengröße von mehr als 50 Tsd. Euro wird jährlich eine individuelle Aktualisierung der Bonitätsklasse vorgenommen. Engagements von Firmenkunden und Freiberuflern unterliegen bis zu einem Gesamtvolumen von 250 Tsd. Euro und bei einer Einzelkundengröße von mehr als 50 Tsd. Euro einem individuellen, über Risikofrüherkennungsmerkmale angesteuerten

Ratingprozess. Für Spezialfinanzierungen und Banken gelten besondere Ratingregeln. Alle übrigen Engagements werden einem maschinellen, monatlich durchgeführten Bestands-Rating unterzogen.

Zusätzlich werden alle Engagements durch verschiedene maschinelle und manuelle Risikofrüherkennungsverfahren überwacht, die im Bedarfsfall eine Ratingpflicht auslösen und vordefinierte Analyse- und Berichtsprozesse in Gang setzen.

Turnus und Umfang der wiederkehrenden Bewertung von Sicherheiten sind abhängig von der Art der Sicherheit und dem ihr beigemessenen Wert. So ist vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung von Realsicherheiten für die Bank ein zentrales Immobilienmonitoring installiert, das regionale Preisentwicklungen am Immobilienmarkt verfolgt und bei wesentlichen Veränderungen eine individuelle Überprüfung der regional betroffenen Immobilienwerte veranlasst.

Die qualitativen und quantitativen Anforderungen an die Genehmigung der Kreditvergabe und an die Kreditüberwachung sind an das jeweilige Risiko gekoppelt. In Abhängigkeit von Volumen und Bonitätsklasse sind entsprechende Kompetenzen definiert, sodass Kreditentscheidungen risikoabhängig immer auf adäquater Ebene getroffen werden.

Um das Risiko des Kreditportfolios insgesamt auf ein angemessenes Maß zu begrenzen, existieren entsprechende Anforderungssysteme. So regeln z. B. Richtlinien die Hereinnahme und Bewertung von Sicherheiten. Limitierungen auf Kreditnehmerebene oder von Finanzierungsarten führen dazu, dass bei Bedarf z. B. entsprechende Konsortialpartner eingebunden werden. Risikoabhängige Preise in Verbindung mit einer risikobereinigten Ertragsmessung der Vertriebsseinheiten schaffen Anreize, Neugeschäft nur bei entsprechender Bonität und angemessener Besicherung einzugehen.

Um eine angemessene Beurteilung der Risiken auf Dauer sicherzustellen, wird auf eine hohe Qualität der Prozesse Wert gelegt. Eine umfangreiche Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter und eine regelmäßige Überprüfung der Prozesse sind dabei von entscheidender Bedeutung. Nachgelagerte Analysen und Validierungen erlauben zudem ein Urteil darüber, wie aussagekräftig die Ergebnisse der Bonitätsbeurteilung und Sicherheitenbewertung tatsächlich sind, und ermöglichen eine Prognose über die zukünftige Risikosituation.

Um auf Portfolioebene Risikokonzentrationen zu vermeiden, sind in der Risikostrategie über die Kompetenzen hinaus Einzelengagement- und Teilportfoliolimite definiert. Die Überwachung dieser Limite ist Aufgabe der Abteilung Risikocontrolling.

Darüber hinaus wird vierteljährlich durch das Risikocontrolling die Entwicklung der Kreditrisiken insgesamt untersucht. Dabei werden Strukturanalysen des Portfolios (**Rating**, Sicherheiten, Größenklassen, Branchen, Neugeschäft etc.) vorgenommen und die Auswirkungen auf den erwarteten Verlust (**Expected Loss**) und die ökonomischen sowie aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen eruiert. Die Ergebnisse sind Teil der vierteljährlichen Risikoberichterstattung an das Risikokomitee, den Gesamtvorstand und den Aufsichtsrat.

Handelsgeschäft

Risikomessung

Die OLB ist ein Nichthandelsbuchinstitut.

Zur Limitierung der Kreditrisiken aus Handelsgeschäften wird die Marktbewertungsmethode unter Hinzuziehung aufsichtsrechtlicher Add-ons verwendet. Die aufsichtsrechtliche Risikoanrechnung erfolgt über den fortgeschrittenen IRB-Ansatz nach CRR.

 siehe Glossar Seite 171 und 172

 siehe Glossar Seite 173

Daneben hat die Bank die Kreditrisiken aus Handelsgeschäften in das interne Kreditportfoliomodell integriert, das die Abbildung aller Kreditrisiken in Form eines Value-at-Risk-Ansatzes ermöglicht. Als **Value-at-Risk** wird dabei der potenzielle Verlust bezeichnet, der mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) für einen vorgegebenen Zeitraum nicht überschritten wird. Das Ergebnis für den Value-at-Risk bei einem Konfidenzniveau in Höhe von 99,93% und einer Haltedauer von einem Jahr stellt die Risikoposition für die Kreditrisiken in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung dar.

Risikomanagement

Im Anlagebuch werden Handelsgeschäfte mit dem Ziel getätigt, die Liquidität der Bank langfristig zu sichern und Zinsänderungsrisiken im Rahmen der definierten Limite zu steuern. Sie dienen damit der Sicherung der langfristigen Unternehmensexistenz und der Stabilität der Ertragslage. Hierbei eingesetzte Instrumente sind im Wesentlichen der Geldhandel sowie der Handel bzw. die Emission von eigenen Schuldverschreibungen. Ergänzt werden diese durch Derivatgeschäfte. Die Anlagen in zwei Spezialfonds, die hauptsächlich in Anleihen und Aktien investiert sind, vervollständigen das Portfolio und diversifizieren das Risiko.

Den Emittenten- und Kontrahentenausfallrisiken im Handelsgeschäft mit Banken und bei Wertpapieranlagen begegnet die Bank mit einer grundsätzlichen Beschränkung auf Handelspartner vorwiegend aus dem Kreis der nationalen und internationalen systemrelevanten Kreditinstitute (auf Basis der Kriterien der entsprechenden Aufsichtsinstitutionen), der nationalen und internationalen Förderinstitute mit staatlichem Hintergrund, der nationalen und internationalen Realkreditinstitute sowie der nationalen Kreditinstitute, die einer institutserhaltenden Sicherungseinrichtung angehören. Weitere Kontrahenten sind die Bundesrepublik Deutschland, die Bundesländer, Staaten und internationale Staatengemeinschaften sowie staatseigene und supranationale Unternehmen und Körperschaften. Darüber hinaus wirken ein dezidiertes Limitsystem sowie ein gut diversifiziertes Portfolio Ausfallrisiken entgegen.

Die Kreditrisiken aus dem Handelsgeschäft werden im Rahmen der Genehmigung analog zum kommerziellen Kreditgeschäft behandelt.

Marktrisiken

Risikomessung

Die OLB unterliegt Marktrisiken im Kunden- und Handelsgeschäft. Wesentliche Faktoren dabei sind:

- die Entwicklung von Zinssätzen und Zinsstrukturkurven,
- der Preis von Aktien und
- die Währungskursverhältnisse
- sowie die Schwankungen (**Volatilitäten**) dieser Größen.

 siehe Glossar Seite 173

 siehe Glossar Seite 171

Die Bank hat den auf die Erzielung kurzfristiger Kursgewinne ausgerichteten Eigenhandel eingestellt und das **Handelsbuch** geschlossen. Die verbliebenen Restpositionen wurden in das Anlagebuch überführt und umfassen lediglich noch die von Kunden initiierten Devisengeschäfte zuzüglich der dazugehörigen Absicherungsgeschäfte. Eine offene Devisenposition ist nur noch im Rahmen von technischen Bagatellgrößen möglich. Das Risiko im Anlagebuch liegt im Wesentlichen in der Zinsentwicklung. Darüber hinaus sind in begrenztem Umfang Aktien- und Devisenkursrisiken aus den Spezialfonds zu nennen.

Die Überwachung der Risikopositionen erfolgt durch das Risikocontrolling, wobei die Entwicklung von Risiken und Ergebnisse der Liquiditätsreserve täglich und der Value-at-Risk des Bankbuches monatlich berichtet werden.

Die Quantifizierung und Limitierung der Marktrisiken erfolgt auf Gesamtbankebene insbesondere mittels Value-at-Risk-Modellen.

Das Value-at-Risk-Modell für das Anlagebuch basiert auf einer historischen Simulation, in die die Zins- und Aktienkursveränderungen seit 1988 zeitlich gleichgewichtet einbezogen werden. Zur Quantifizierung des Zinsrisikos werden die Veränderungen des Zinsbuchbarwertes ermittelt, die sich bei Eintritt der historisch beobachteten Zinsänderungen ergeben würden. Für die variablen Produkte wird dabei eine Ablaufkition auf Basis ihres historischen Zinsanpassungsverhaltens geschätzt. Sonder tilgungsrechte im Kreditgeschäft gehen ebenfalls als Modell-Cashflow in die Risikomessung ein.

Das Währungsrisiko wird auf Basis der Standardmethode gemäß CRR berechnet. Die OLB geht Währungsrisiken nur in Zusammenhang mit Kundengeschäften ein. Diese werden soweit möglich täglich geschlossen. Für nicht geschlossene Positionen wird ein Limit von 0,5 Mio. Euro überwacht.

Für die Risiken aus dem Bestand an Sorten und Edelmetallen besteht ein Limit von 2 Mio. Euro.

Risikomanagement

Verantwortlich für die Steuerung der Marktrisiken ist die Gruppe Treasury. Über die Positionierung im Anlagebuch wird im Banksteuerungskomitee beraten und entschieden. Die Überwachung und Limitierung der Kreditrisiken erfolgt im Kreditkomitee, die der Marktrisiken im Risikokomitee.

Zur Limitierung der Risiken dient der Value-at-Risk für das Marktrisiko (99,93 % / 1 Jahr), welcher unter Berücksichtigung der Diversifikation weiter auf die beiden Positionen Aktien und Zinsbuch allokiert wird.

Zur Bewertung der Marktrisiken werden ergänzend zur statistischen Risikomessung mithilfe von Value-at-Risk-Modellen regelmäßig sowohl regulatorische als auch ökonomische Stresstests durchgeführt.

Liquiditätsrisiken

Risikomessung

Auf Basis täglich verfügbarer Liquiditätsablaufbilanzen erfolgt mit einer Vorausschau auf die nächsten 30 Tage die Messung und Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken (im Sinne des Zahlungsunfähigkeitsrisikos). Neben den deterministischen Zu- und Abflüssen werden auch Annahmen zur Weiterentwicklung des variablen Geschäfts getroffen. Die Auswertungen zum zukünftigen Liquiditäts-cashflow finden dabei sowohl unter normalen Marktbedingungen als auch unter Stressszenarien statt. Die inhaltliche Ausgestaltung der Szenarien entspricht dabei grundsätzlich derjenigen aus der mittel- und langfristigen Sicht.

Die Messung und Steuerung der mittel- und langfristigen Liquiditätsrisiken basiert auf Auswertungen, die monatlich den zukünftigen Liquiditäts-cashflow mit einer Vorausschau auf die nächsten zehn Jahre analysieren. Der Liquiditäts-cashflow stellt dabei den Saldo aller zukünftigen Ein- und Auszahlungen bis zum jeweiligen Zeitpunkt dar. In diesem Zusammenhang findet die Geschäftsentwicklung sowohl unter normalen Marktbedingungen als auch unter Stressszenarien Berücksichtigung.

Im „Normal Case“ werden für das erste Jahr auf Basis von Plan- bzw. Erfahrungswerten Wachstumsannahmen für die Bestände an Krediten und Einlagen getroffen. Nach diesem Zeitraum wird grundsätzlich ein konstantes Geschäftsvolumen unterstellt. Dieses Szenario stellt die Liquiditätssituation unter normalen Geschäftsbedingungen dar.

Das Szenario „Rezession“ beschreibt die Folgen einer rezessiven wirtschaftlichen Entwicklung. Aufgrund der Annahme von zunehmenden Kreditausfällen, einer verstärkten Inanspruchnahme von Kreditlinien sowie einer abnehmenden Sparquote kommt es mittelfristig zu Mittelabflüssen. Durch die zusätzlich unterstellten höheren Bewertungsabschläge bei den Wertpapieren der Liquiditätsreserve enthält das Szenario darüber hinaus Elemente einer Marktkrise.

Das Szenario „Downgrade“ unterstellt eine Bonitätsverschlechterung der Bank. Dabei wird von einem kurzfristigen Mittelabfluss bei Termingeldern, Sicht- und Spareinlagen sowie OLB-Anleihen ausgegangen. Das Szenario enthält damit Elemente eines Bank Runs.

Das Szenario „Kombiniert“ verbindet die Annahmen des Szenarios „Rezession“ mit denen des Szenarios „Downgrade“.

Ergänzend werden Risikokonzentrationsanalysen in der Liquiditätsrisikobetrachtung berücksichtigt. Dabei fließen zusätzlich die Unwägbarkeiten aus Mittelabflüssen der Top-10-Einlegekunden ein.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffer ist integrativer Teil der Risikomessung. Neben der Überwachung des aktuellen Liquiditätskoeffizienten der Liquiditätsverordnung überprüft die OLB die Kennzahl Liquidity Coverage Ratio (LCR) der CRR. Die LCR fordert die Haltung eines Liquiditätspuffers, der die innerhalb von 30 Tagen unter marktweiten und idiosynkratischen Stressbedingungen anfallenden Nettozahlungsabflüsse mindestens abdeckt. Die Positionen der LCR nach CRR sind seit dem 31. März 2014 monatlich zu melden und werden ab dem 1. Oktober 2015 durch die Kennzahl ergänzt. Vervollständigt wird diese Betrachtung durch einen Liquiditätspuffer für den Zeitraum einer Woche. Alle Maßnahmen dienen der Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit insbesondere durch Halten einer angemessenen Liquiditätsreserve.

Das Liquiditätskostenrisiko wird als unwesentlich eingestuft, da über die Limitierung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos in der Szenarioanalyse keine wesentlichen Liquiditätskostenrisiken entstehen können. Sollten die Liquiditätscashflows eine Refinanzierungslücke ausweisen, werden die Auswirkungen in der Risikotragfähigkeit analysiert.

Risikomanagement

Die kurzfristigen Liquiditätsrisiken sind auf Basis der aufsichtsrechtlichen Kennziffer der Liquiditätsverordnung limitiert. Zusätzlich wird die Liquidity Coverage Ratio als Indikator für das Liquiditätsrisiko betrachtet. Forderungen und Verbindlichkeiten werden dazu auf Laufzeitbänder verteilt. Das Verhältnis von Zahlungsmitteln zu Verbindlichkeiten darf gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderung im ersten Laufzeitband (täglich oder bis zu einem Monat) die Zahl 1 nicht unterschreiten. Um die Einhaltung dieser Anforderung jederzeit sicherzustellen, ist ein internes Limit definiert, das bei Erreichen entsprechende risikoreduzierende Maßnahmen auslöst. Über die Entwicklung dieser Kennzahl wird regelmäßig dem Risikokomitee berichtet. Ein vorzuhaltender Liquiditätspuffer, der sich aus den wöchentlichen Liquiditätsabflüssen aus Kundengeschäften ableitet, ergänzt diese Betrachtungen. Die Limitierung der Liquiditätsrisiken basiert auf der Kennzahl der „kumulierten relativen Liquiditätsüberhänge“.

Diese stellt für definierte Laufzeitbänder den Liquiditätscashflow ins Verhältnis zum Gesamtbestand an Verbindlichkeiten. Limite existieren dabei für die Stressszenarien „Rezession“, „Downgrade“, „Top-10-Einlagekunden“ sowie das Szenario „Kombiniert“. Ein Unterschreiten der Limite löst entsprechend risikoreduzierende Maßnahmen aus.

Das Liquiditätsrisiko wird im Bereich Treasury gesteuert. Das Management kann bei Bedarf jederzeit auf die Wertpapierbestände der Liquiditätsreserve zurückgreifen und durch Verkauf, durch Verpfändung für Bundesbank-Refinanzierungsfazilitäten oder durch Terminverkauf im Rahmen von **Repo-Geschäften** zusätzlichen Liquiditätsbedarf decken. Langfristiger Liquiditätsbedarf wird außer über das Kundengeschäft durch die Aufnahme von Refinanzierungsdarlehen oder durch die Platzierung von Schuldscheindarlehen gedeckt.

 siehe Glossar Seite 172

Operationelles Risiko

Risikomessung

Zur Identifikation und Bewertung operationeller Risiken werden im OLB-Konzern einheitliche und aufeinander abgestimmte Instrumente eingesetzt. Die Basis dafür bildet eine Kategorisierung der Geschäftsprozesse der Bank. Darauf aufbauend erfolgt eine systematische Erfassung und Zuordnung von Verlust- und Risikodaten.

Seit 2003 werden relevante Verlustdaten aus operationellen Schadensfällen in einer Datenbank erfasst. Die Erkenntnisse aus den erfassten Schadensfällen bilden die Basis für eine zielgerichtete und detaillierte Ursachenanalyse und Ursachenbehebung.

Zur Ermittlung des Risikopotenzials aus operationellen Risiken werden im OLB-Konzern jährliche Szenarioanalysen in Form eines Risk-Assessments durchgeführt. Hierbei werden kritische Szenarien ausgewählt, die bei geringer Eintrittswahrscheinlichkeit eine hohe finanzielle Auswirkung auf die Bank hätten bzw. im Einzelfall geringe Schadenspotenziale bergen, aber häufig auftreten können.

Die Szenarien werden in gemeinsamen Workshops der Abteilungen Risikocontrolling und Organisation mit den entsprechenden Prozessverantwortlichen besprochen und hinsichtlich möglicher Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Szenarioanalyse erfolgt die Ermittlung des Potenzials operationeller Risiken für die laufende Risikotragfähigkeitsrechnung.

Der regulatorische Kapitalbedarf für das operationelle Risiko wird nach dem Standardverfahren ermittelt.

Risikomanagement

Das Management von operationellen Risiken basiert auf den durchgeführten Szenarioanalysen, den Analysen der eingetretenen Schadensfälle sowie den Risikoindikatoren für operationelle Risiken. Je nach Bedeutung der erkannten Risikofelder gilt es, Maßnahmen zu ergreifen, die unter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen-Erwägungen die Risiken begrenzen. Dazu gehören die Optimierung von Prozessen oder die adäquate Information der Mitarbeiter (unter anderem durch Fortbildung und Nutzung moderner Kommunikationsverfahren) genauso wie die Versicherung gegen Großschadensfälle (beispielsweise Gebäudebrand der Zentrale) oder ein angemessenes Backup-System für EDV-technische Daten.

Risikolage

Wertorientierte Risikotragfähigkeit (Zerschlagungsansatz)

Für die Feststellung der Risikotragfähigkeit der OLB ergeben sich die folgenden Risikopositionen:

Mio. Euro	2014	2013
Kreditrisiko	366,7	361,0
Marktrisiko	92,5	58,9
Operationelles Risiko	27,8	27,6
Bankweites Risiko	487,0	447,5

Mit dem zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenzial konnte das bankweite Risiko per 31. Dezember 2014 zu 150 % (Vorjahr zu 163 %) abgeschirmt werden. Die allokierten Limite wurden zum gleichen Stichtag zu 124 % (Vorjahr zu 126 %) durch das Risikodeckungspotenzial gedeckt. Für das Geschäftsjahr 2015 wird eine stabile Entwicklung der Deckungsquote erwartet.

Der periodische Vergleich des bankweiten Risikos mit dem Risikodeckungspotenzial zeigte, dass für die OLB auf Basis eines Konfidenzniveaus in Höhe von 99,93 % die Risikotragfähigkeit im gesamten Berichtsjahr gegeben war.

Seit Januar 2014 wird eine methodisch überarbeitete Risikotragfähigkeitsermittlung verwendet. Vor diesem Hintergrund wurden die historischen Werte zum 31. Dezember 2013 noch einmal nach der neuen Methode berechnet, um die Vergleichbarkeit zum 31. Dezember 2014 herzustellen. Das Liquiditätsrisiko wird in der Oldenburgische Landesbank AG durch einen eigenen Risikomanagementprozess gesteuert und überwacht, der sicherstellt, dass auch in ungünstigen, aber denkbaren Marktsituationen genügend liquide Aktiva vorhanden sind, um die Zahlungsfähigkeit des Instituts jederzeit zu gewährleisten. Aus diesem Grund, und weil die Risikodeckungsmasse in der wertorientierten Risikotragfähigkeit nicht geeignet ist, die Zahlungsfähigkeit sicherzustellen, ist das Liquiditätsrisiko im Sinne der Zahlungsfähigkeit hier nicht enthalten. Durch die Erledigung des Handelsgeschäfts entfällt auch die differenzierte Darstellung des Marktrisikos nach Anlagebuch und Handelsgeschäft.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko wird auf Basis eines Credit-Value-at-Risk aus einem Kreditportfoliomodell nach CreditMetrics™ berechnet. Der leichte Anstieg der Risikobewertung liegt in der Portfolioentwicklung begründet, die sowohl über die aus dem Portfolio abgeleiteten Modellparameter wie Migrationen und Korrelationen, als auch über die aktuelle Entwicklung der Bonitätsstruktur, Besicherung, Konzentrationen und Volumina Berücksichtigung findet.

Marktrisiko des Anlagebuchs

Das Marktrisiko des Anlagebuches wird wertorientiert über die historischen Zins- und Aktienkursveränderungen bewertet und limitiert. Das Limit für Marktrisiken und die Auslastung wurden im Jahresverlauf bewusst erhöht.

Operationelles Risiko

Für das operationelle Risiko wird der Risikobetrag auf Basis eines Value-at-Risk aus einer OLB-individuellen Szenarioanalyse ermittelt. Die Szenarioanalyse wird jährlich oder bei Bedarf anlassbezogen aktualisiert. Für die Szenarioanalyse des Jahres 2014 ergab sich gegenüber 2013 eine nur geringfügig andere Risikoeinschätzung. Eine anlassbezogene Aktualisierung war im Jahr 2014 nicht notwendig.

Bankweites Risiko

Das bankweite Risiko ergibt sich durch Addition der Risikopositionen des Kreditrisikos, des Marktrisikos und des operationellen Risikos. Dieser Ansatz zur Berechnung des Risikos berücksichtigt keine risikomindernden Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten. Das bankweite Risiko zum Stichtag 31. Dezember 2014 beträgt unter dieser Annahme 487,0 Mio. Euro.

Periodenorientierte Risikotragfähigkeit (Fortführungsansatz)

Die aufsichtsrechtliche Mindestkapitalausstattung war im Jahr 2014 im Verlust-Szenario „Schwerer konjunktureller Abschwung“ jederzeit gegeben.

Kreditrisiko

Als Ergebnis des laufenden Kreditentscheidungs- und -überwachungsprozesses lässt sich das Kreditportfolio des OLB-Konzerns wie folgt strukturiert darstellen. Die genannten Volumina stellen dabei das maximale Kreditausfallrisiko im Sinne IFRS 7.36 (a) dar (Buchwerte nach Abzug der Risikovorsorge):

Kreditportfolio nach Forderungsklassen

Mio. Euro	2014	2013
Forderungen an Kunden	10.300,4	10.303,7
Forderungen an Kreditinstitute	435,1	628,5
Finanzanlagen	2.865,4	2.722,4
Handelsgeschäft	14,9	13,7
Eventualverbindlichkeiten	303,3	306,4
Offene Kreditzusagen	600,1	520,4
Summe	14.519,2	14.495,1

Das Kreditportfolio des OLB-Konzerns wird mit 77 % (Vorjahr: 77 %) zum überwiegenden Teil aus dem Kundenkreditgeschäft gebildet. Diesem sind die Positionen Forderungen an Kunden, Eventualverbindlichkeiten und offene Kreditzusagen zugeordnet.

Kreditportfolio nach Qualität der Forderung

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Offene Kreditzusagen	Sonstige Klassen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Nicht überfällig und nicht einzelwertberichtigt	9.761,4	290,2	577,6	3.314,5	13.943,7	13.857,2
Überfällig, aber nicht einzelwertberichtigt	211,9	10,3	20,8	0,4	243,4	273,0
Überfällig und einzelwertberichtigt	327,1	2,8	1,7	0,5	332,1	364,9
Summe	10.300,4	303,3	600,1	3.315,4	14.519,2	14.495,1

Als „überfällig“ werden Kunden eingestuft, die gemäß CRR eine wesentliche Überziehung aufweisen. Diese ist definiert als eine Kontoüberziehung oder ein Darlehensrückstand in Höhe von mindestens 100 Euro und mindestens 2,5 % des genehmigten Kreditvolumens des Kunden. Zudem werden in der OLB Überziehungen bzw. Rückstände ab 250 Tsd. Euro unabhängig vom Kreditvolumen des Kunden als wesentlich eingestuft.

Besteht eine wesentliche Überziehung länger als 90 Tage, gilt der Kunde als ausgefallen (notleidend). Er wird in das Verfahren zur Bildung von Einzelwertberichtigungen aufgenommen und bei Bedarf wertberichtigt (Kategorie „Überfällig und einzelwertberichtigt“).

Bonitätsklassen

Die folgende Übersicht zeigt das nicht überfällige und nicht einzelwertberichtigte Kreditportfolio der OLB gegliedert nach Bonitätsklassen. Dabei beruht die Einstufung auf der internen Ratingklasse, die über statistische Verfahren im Rahmen der Kreditbearbeitung regelmäßig ermittelt wird. Bei staatlich garantierten Papieren wird auf das Länderrating des Garanten abgestellt.

Nicht überfällige und nicht einzelwertberichtigte Forderungen – Gliederung nach Bonitätsklassen –

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kreditinstitute	Finanzanlagen	Handels-geschäft	Eventual-verbindlichkeiten	Offene Kredit-zusagen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
1–2	518,3	203,3	2.337,3	—	5,4	20,2	3.084,5	2.996,1
3–4	1.190,4	229,7	435,0	3,5	44,3	86,1	1.989,0	1.798,5
5–6	2.255,9	—	—	0,8	107,7	187,0	2.551,4	2.537,4
7–8	3.513,2	0,9	—	1,0	77,2	180,4	3.772,7	3.878,9
9–10	1.592,8	—	—	1,3	44,5	81,2	1.719,8	1.814,8
11–12	521,6	—	—	0,3	10,1	21,0	553,0	596,7
13–14	142,6	0,5	—	—	1,0	1,4	145,5	121,7
n. a.	26,6	0,7	93,1	7,1	—	0,3	127,8	113,1
Summe	9.761,4	435,1	2.865,4	14,0	290,2	577,6	13.943,7	13.857,2

Bonitätsklasse ¹	Bewertung
1–2	Unzweifelhafte Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung
3–4	Große Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung
5–6	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung auch in schwierigen Konjunkturphasen
7–8	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung mit kleineren Einschränkungen
9–10	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung mit Einschränkungen
11–12	Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung beeinträchtigt
13–14	Erhöhte bis ausgeprägte Anfälligkeit für Zahlungsverzug

¹ Die Bonitätsklassen 15 und 16 umfassen Kreditnehmer, die sich nach CRR im Zahlungsverzug befinden oder als ausgefallen gelten.

In der Kategorie der nicht überfälligen und nicht einzelwertberechtigten Forderungen wird für rund 94 % (Vorjahr: 94 %) der Volumina die Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen als gegeben angesehen (Bonitätsklasse 1 – 10), bei 4 % (Vorjahr: 4,3 %) ist unter negativen Umständen von einer Beeinträchtigung auszugehen (Bonitätsklasse 11 – 12). Wahrscheinlich ist die Zahlungsunfähigkeit bei lediglich 1 % (Vorjahr: 0,9 %) (Bonitätsklasse 13 – 14).

Sicherheiten

Die Sicherheiten im Kreditportfolio des OLB-Konzerns entstammen zum einen dem Kundenkreditgeschäft und sind entsprechend den Forderungsklassen Forderungen an Kunden, Eventualverbindlichkeiten und Offene Kreditzusagen zuzuordnen. Zum anderen werden im Rahmen von Geldmarktgeschäften Wertpapiere als Sicherheit für Forderungen gegenüber Kreditinstituten hereingenommen. Die Volumina der übrigen Forderungsklassen sind unbesichert.

Kreditvolumen und zugeordnete Sicherheiten im Kundenkreditgeschäft

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kreditinstitute	Eventualverbindlichkeiten	Offene Kreditzusagen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Volumen der Forderungsklasse	10.300,4	435,1	303,3	600,1	11.638,9	11.759,0
Zugeordnete Sicherheiten	6.203,6	50,0	66,0	—	6.319,6	6.361,0

Die Forderungen des Kundenkreditgeschäftes sind zu rund 60 % (Vorjahr: 59 %) besichert. Den wesentlichen Anteil der Sicherheiten bilden Grundpfandrechte an wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Immobilien mit 76 % (Vorjahr: 77 %), gefolgt von liquiden Sicherheiten wie Kontoguthaben, Bausparverträgen und Lebensversicherungen mit 10 % (Vorjahr: 11 %). Auf die sonstigen Sicherheiten – im Wesentlichen Sicherungsübereignungen – entfallen etwa 14 % (Vorjahr: 12 %). Die Forderungen an Kreditinstitute sind zu 11 % besichert.

Saldierung von finanziellen Vermögenswerten, finanziellen Verbindlichkeiten und Sicherheitsleistungen (gem. IFRS 7.13)

Finanzielle Vermögenswerte

						2014
Mio. Euro	Bruttowerte	Saldierungs- betrag gem. IAS 32	Nettowerte gem. Bilanz- ausweis	Sonstige Saldierungsposten		Nettorisiko
				a) bilanzierte Finanzinstru- mente, die nicht IAS 32 erfüllen	b) finanzielle Sicherheiten (inkl. Bar- sicherheiten) zum Fair Value	
Echte Kompensationsvereinbarungen gemäß RechKredV						
Forderungen an Kunden	157,1	-133,3	23,8	—	—	23,8
Besicherte Marktwerte von Derivaten						
Positive Marktwerte aus Derivaten	31,9	—	31,9	-31,9	—	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte mit zentralem Kontrahenten						
Forderungen an Kreditinstitute	50,0	—	—	—	-50,0	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte OTC						
Forderungen an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Gesamt						
Finanzielle Vermögenswerte	239,0	-133,3	55,7	-31,9	-50,0	23,8

						2013
Mio. Euro	Bruttowerte	Saldierungs- betrag gem. IAS 32	Nettowerte gem. Bilanz- ausweis	Sonstige Saldierungsposten		Nettorisiko
				a) bilanzierte Finanzinstru- mente, die nicht IAS 32 erfüllen	b) finanzielle Sicherheiten (inkl. Bar- sicherheiten) zum Fair Value	
Echte Kompensationsvereinbarungen gemäß RechKredV						
Forderungen an Kunden	111,4	-87,2	24,2	—	—	24,2
Besicherte Marktwerte von Derivaten						
Positive Marktwerte aus Derivaten	3,7	—	3,7	-3,7	—	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte mit zentralem Kontrahenten						
Forderungen an Kreditinstitute	245,0	—	—	—	-245,0	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte OTC						
Forderungen an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Gesamt						
Finanzielle Vermögenswerte	360,1	-87,2	27,9	-3,7	-245,0	24,2

Finanzielle Verbindlichkeiten

						2014
Mio. Euro	Bruttowerte	Saldierungs- betrag gem. IAS 32	Nettowerte gem. Bilanz- ausweis	Sonstige Saldierungsposten		Nettorisiko
				a) bilanzierte Finanzinstru- mente, die nicht IAS 32 erfüllen	b) finanzielle Sicherheiten (inkl. Barsi- cherheiten) zum Fair Value	
Echte Kompensationsvereinbarungen gemäß RechKredV						
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	- 166,6	133,3	- 33,3	—	—	- 33,3
Besicherte Marktwerte von Derivaten						
Bilanzierte Barmittel, in diesem Zuge erhalten	—	—	—	—	—	—
Negative Marktwerte aus Derivaten	- 122,3	—	- 122,3	31,9	90,4	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte mit zentralem Kontrahenten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	—	—	—	—	—	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte OTC						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	- 1.117,6	—	- 1.117,6	—	1.068,6	- 49,0
Gesamt						
Finanzielle Verbindlichkeiten	- 1.406,5	133,3	- 1.273,2	31,9	1.159,0	- 82,3

						2013
Mio. Euro	Bruttowerte	Saldierungs- betrag gem. IAS 32	Nettowerte gem. Bilanz- ausweis	Sonstige Saldierungsposten		Nettorisiko
				a) bilanzierte Finanzinstru- mente, die nicht IAS 32 erfüllen	b) finanzielle Sicherheiten (inkl. Barsi- cherheiten) zum Fair Value	
Echte Kompensationsvereinbarungen gemäß RechKredV						
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	- 123,0	87,2	- 35,8	—	—	- 35,8
Besicherte Marktwerte von Derivaten						
Bilanzierte Barmittel, in diesem Zuge erhalten	—	—	—	—	—	—
Negative Marktwerte aus Derivaten	- 102,0	—	- 102,0	3,7	98,3	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte mit zentralem Kontrahenten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	—	—	—	—	—	—
Besicherte Geldmarktgeschäfte OTC						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	- 954,1	—	- 954,1	—	939,9	- 14,2
Gesamt						
Finanzielle Verbindlichkeiten	- 1.179,1	87,2	- 1.091,9	3,7	1.038,2	- 50,0

Rückstände

**Überfällige, aber nicht einzelwertberichtigte Forderungen
– Gliederung nach Dauer des Rückstands –**

Mio. Euro	Forderungen an Kunden	Eventualverbindlichkeiten	Offene Kreditzusagen	Sonstige Klassen	Gesamt	Gesamt Vorjahr
Bis 30 Tage	209,7	10,3	20,8	0,4	241,2	265,7
31 – 60 Tage	1,1	—	—	—	1,1	6,6
61 – 90 Tage	1,1	—	—	—	1,1	0,7
Summe	211,9	10,3	20,8	0,4	243,4	273,0

In der Kategorie der überfälligen, aber nicht einzelwertberichtigten Forderungen ist der überwiegende Teil in Höhe von 99,1 % (Vorjahr: 97,3 %) maximal 30 Tage rückständig. Auf längerfristige Rückstände entfallen 0,9 % (Vorjahr: 2,7 %).

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen im Bereich des Kreditrisikos werden im Rahmen der vierteljährlichen Risikoberichterstattung analysiert. Dabei finden Analysen auf Basis von Einzelengagements (Größenkonzentration), Branchen oder darüber hinaus definierter Teilportfolios statt.

Im zurückliegenden Jahr wurde die Granularität im Kundenkreditportfolio weiter erhöht.

Die Branchenverteilung des Kreditportfolios ist geprägt durch die in der Geschäftsregion ansässige Kundschaft. Daneben bildet das Kreditgeschäft im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere die Finanzierung von Windkraft-, Biogas- und Fotovoltaikanlagen, einen Schwerpunkt.

Zur Begrenzung von Risiken aus Branchenkonzentrationen im Kreditportfolio sind Teilportfoliolimite für den Bereich der erneuerbaren Energien definiert.

Schiffsfinanzierungen

Die im Schifffahrtsbereich seit 2008 anhaltende Branchenkrise wirkte sich auch im abgelaufenen Jahr weiter auf die Bewertung aus. So wurden vor dem Hintergrund der 2014 beobachteten Entwicklung bei den Charterraten unter anderem die Erwartungen einer künftigen Charterraterholung konservativer gestaltet, da eine Markterholung noch nicht im erwarteten Umfang eintrat. Zusätzlich wurden einzelne Schiffe vom Fortführungswert auf den Substanzwert zurückgenommen.

Sicherheiten

Neben der Konzentration auf einzelne Kreditnehmer können Risikokonzentrationen auch durch die Fokussierung auf einzelne Sicherheitengeber hervorgerufen werden. Da die Sicherheiten dem breit gestreuten Portfolio der Kundenkredite entstammen, sieht die Bank dort jedoch aktuell keine relevanten Risikokonzentrationen für den OLB-Konzern.

Dort wo sich Konzentrationen aufgrund der Sicherheitenart bzw. des Sicherheitengegenstandes ergeben, wurden geeignete Maßnahmen zur Überwachung implementiert:

Sicherheit	Überwachung
Immobilien	Immobilienmarktmonitoring zur Überwachung regionaler Marktpreisschwankungen
Binnen- und Seeschiffe	Halbjährliches Marktwertgutachten

Kreditinstitute

Die Adressrisiken aus Forderungen an Kreditinstitute und von Kreditinstituten begebenen Anleihen sind insgesamt gering. Die Volumina entfallen nahezu vollständig auf Bonitätsklassen im Bereich Investment Grade (1 – 6). 99,9% der Forderungen liegen im Bereich 1 – 4, der Rest in Höhe von 1,4 Mio. Euro verteilt sich auf die Bonitätsklassen 7 – 14.

Das Volumen wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter reduziert. Die OLB setzt in diesem Segment die konservative Risikopolitik fort.

 siehe Grafik unten links

Länderrisiko

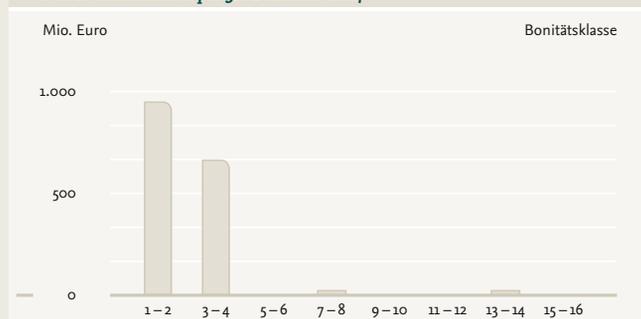
Länderrisiken als spezifische Ausprägung des Adressrisikos spielen im OLB-Konzern keine wesentliche Rolle.

Marktrisiko

Handelsgeschäft

Der Handel wurde zum Jahresende 2012 eingestellt; neue Positionen wurden dem Anlagebuch zugeordnet.

Bonitätsklassenverteilung der Forderungen an Kreditinstitute und Anleihen von Kreditinstituten per 31. Dezember 2014



VaR-Anlagebuch 2014 (99,93 %/1 Jahr)



■ Minimum, Maximum, Mittelwert ■ VaR

Anlagebuch

Value-at-Risk des Anlagebuches (99,93 % / 1 Jahr) im Jahr 2014:

Mio. Euro	VaR
Mittelwert	86,5
Minimum	66,1
Maximum	102,9

📌 siehe Grafik Seite 077 rechts

Die Marktpreisrisiken des Anlagebuches (VaR-Modell 99,93 % / 1 Jahr) bewegten sich im Jahr 2014 oberhalb des Niveaus des Vorjahres. So lag der durchschnittliche Value-at-Risk mit 86,5 Mio. Euro über dem Wert für 2013 in Höhe von 81,8 Mio. Euro. Das Limit in Höhe von 100 Mio. Euro wurde nur im Oktober kurzfristig leicht überschritten.

Aufgrund des unverändert anziehenden Darlehensgeschäfts und durch Zukäufe in der Liquiditätsreserve stieg der Value-at-Risk im Laufe des Jahres kontinuierlich an. Zur Reduzierung des Risikos wurden im Juli und November entsprechende Payer Swaps abgeschlossen.

Die Meldegrenze für den Basel II-Koeffizienten wurde im Verlauf des Jahres 2014 zu keinem Zeitpunkt überschritten.

Operationelles Risiko

Im Rahmen des jährlichen Risk-Assessments werden von den Abteilungen Organisation und Risikocontrolling Risikoszenarien entwickelt und fortgeschrieben. Nach Absprache werden die relevanten Szenarien in Workshops mit Experten aus den Fachabteilungen besprochen und von diesen hinsichtlich möglicher Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet.

Mittels einer Monte Carlo-Simulation wird der VaR zum 99,93 % Quantil bestimmt. Sofern bei Szenarien unterjährige Veränderungen auftreten, erfolgt eine Neubewertung der entsprechenden Szenarien. In der Szenarioanalyse 2014 ergab sich mit 27,8 Mio. Euro nur eine geringfügig andere Risikoeinschätzung als im Vorjahr (27,6 Mio. Euro).

Beispiele für relevante Szenarien:

Szenario	Zuständiger Fachbereich
Betrügerische Transaktionen	Organisation und Compliance
Beratungshaftung	Produktmanagement
Ausfall unternehmenskritischer IT	Informationstechnologie
Unzutreffendes Modell-Risiko bei der Bemessung des Marktpreisrisikos	Risikocontrolling
Pandemie	Organisation

Liquiditätsrisiko**Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Meldekennziffer**

	2014	2013
Mittelwert	1,52	1,55
Minimum	1,41	1,42
Maximum	1,74	1,71

Der Mindestwert der Meldekennziffer in Höhe von 1 wurde das ganze Jahr über eingehalten. Im Durchschnitt lag die Kennziffer 52 % über der Mindestanforderung. Zum 31. Dezember 2014 betrug die Kennziffer 1,74.

Die Liquiditätskennziffer bewegte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr infolge der weiterhin hohen Einlagenbestände auf dem Vorjahresniveau.

Neben der Überwachung des aktuellen Liquiditätskoeffizienten der Liquiditätsverordnung überprüft die OLB die Kennzahl Liquidity Coverage Ratio (LCR) der CRR. Die Positionen der LCR nach CRR sind seit dem 31. März 2014 monatlich zu melden und werden ab dem 1. Oktober 2015 durch die Kennzahl ergänzt werden. Die LCR der OLB lag am 31. Dezember 2014 bei 284 % und damit ebenfalls deutlich über der aufsichtsrechtlichen Grenze von 100 %.

Fälligkeiten

Zur Bemessung und Steuerung der Liquiditätsrisiken bedarf es diverser Fälligkeitsannahmen für Forderungen und Verbindlichkeiten. Die OLB folgt diesbezüglich den Annahmen der Liquiditätsverordnung.

Unabhängig von den Annahmen der Liquiditätsverordnung ist in den folgenden Tabellen dargestellt, in welche Restlaufzeiten sich die Forderungen und Verbindlichkeiten tatsächlich gliedern. Bei den Angaben handelt es sich um Buchwerte vor Abzug der Risikovorsorge.

Forderungen 2014

Mio. Euro	2014				
	bis 3 Monate ¹	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	160,4	56,0	—	—	216,4
Forderungen an Kunden	1.449,0	669,0	2.597,3	5.801,0	10.516,3
Forderungen zum 31. Dezember 2014	1.609,4	725,0	2.597,3	5.801,0	10.732,7

¹ In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 850,2 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Verbindlichkeiten 2014

Mio. Euro	2014				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	60,7	—	—	—	60,7
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	954,3	573,3	1.177,7	1.465,5	4.170,8
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.219,2	—	—	—	4.219,2
Spareinlagen	2.073,9	163,1	23,5	—	2.260,5
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	368,8	342,6	265,0	501,8	1.478,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	19,6	43,7	122,5	326,7	512,5
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	102,2	33,7	114,1	236,8	486,8
Steuerschulden	—	—	1,8	—	1,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	—	—	117,9	103,0	220,9
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2014	7.798,7	1.156,4	1.822,5	2.633,8	13.411,4

Daneben existieren Forderungen und Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten. Die folgende Tabelle weist die Verbindlichkeiten aus Derivaten aus. Dazu wurden die negativen Marktwerte mit ihrem Fälligkeitsdatum eingestellt.

Verbindlichkeiten aus Derivaten 2014

Mio. Euro	2014				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Zinsswaps	—	—	54,4	79,4	133,8
Devisentermingeschäfte / Devisenswaps	—	—	2,4	—	2,4
Devisenoptionen	—	—	—	—	—
Aktienindexoptionen	—	—	—	—	—
Futuresoptionen	—	—	—	—	—
Aktienoptionen	—	—	—	—	—
Caps	—	—	—	—	—
Summe zum 31. Dezember 2014	—	—	56,8	79,4	136,2

Forderungen 2013

Mio. Euro					2013
	bis 3 Monate ¹	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	175,0	—	—	—	175,0
Forderungen an Kunden	1.383,1	660,1	2.654,3	5.830,5	10.528,0
Forderungen zum 31. Dezember 2013	1.558,1	660,1	2.654,3	5.830,5	10.703,0

¹ In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 854,0 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Verbindlichkeiten 2013

Mio. Euro					2013
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	338,7	—	—	—	338,7
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.017,5	356,3	1.243,8	1.542,2	4.159,8
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.929,4	—	—	—	3.929,4
Spareinlagen	2.026,4	176,3	19,5	—	2.222,2
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	617,2	266,0	170,3	601,2	1.654,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	28,3	39,5	124,5	387,3	579,6
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	97,4	52,9	106,6	194,0	450,9
Steuerschulden	—	—	9,2	—	9,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	15,0	33,0	117,8	87,8	253,6
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2013	8.069,9	924,0	1.791,7	2.812,5	13.598,1

Daneben existieren Forderungen und Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten. Die folgende Tabelle weist die Verbindlichkeiten aus Derivaten aus. Dazu wurden die negativen Marktwerte mit ihrem Fälligkeitsdatum eingestellt.

Verbindlichkeiten aus Derivaten 2013

Mio. Euro					2013
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Zinsswaps	3,9	3,8	60,4	38,7	106,8
Devisentermingeschäfte/Devisenswaps	1,0	0,6	—	—	1,6
Devisenoptionen	—	0,1	—	—	0,1
Aktienindexoptionen	—	—	—	—	—
Futuresoptionen	—	—	—	—	—
Aktienoptionen	—	—	—	—	—
Caps	—	—	—	—	—
Summe zum 31. Dezember 2013	4,9	4,5	60,4	38,7	108,5

Deckung der Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden insgesamt gedeckt durch bilanzielle Aktiva wie die Kassenposition, Guthaben bei Zentralnotenbanken, Wertpapiere und gedeckte Schuldverschreibungen, Anteile an Spezialfonds sowie Forderungen an Kunden und Kreditinstitute. Durch einen Verkauf der Schuldverschreibungen der Kategorie **Available-for-Sale** (AFS) können eventuelle Liquiditätsanforderungen aus bestehenden Verbindlichkeiten kurzfristig erfüllt werden. Sollte eine Veräußerung aufgrund der Marktsituation nicht möglich sein, können diese Schuldverschreibungen alternativ im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit der EZB zur Beschaffung von kurzfristiger Liquidität herangezogen werden.

 siehe Glossar Seite 170

Die OLB verfügt aufgrund ihrer breiten Kundenbasis über sehr unterschiedliche Finanzierungsquellen und besitzt wegen dieser kleinteiligen Engagements weder bei Vermögenswerten noch Finanzierungsquellen wesentliche Konzentrationen von Liquiditätsrisiken.

 siehe Grafik unten links

Liquiditätscashflows per 31. Dezember 2014

Neben den oben dargestellten Übersichten zur Restlaufzeitenstruktur der Forderungen und Verbindlichkeiten zeigt die folgende Grafik die Liquiditätscashflows über einen Zeitraum von 7 Jahren. Dabei wird unterstellt, dass die Liquiditätsreserve – sobald verfügbar – zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt wird.

Der Liquiditätscashflow signalisiert für die kommenden sieben Jahre für alle Szenarien einen deutlichen Liquiditätsüberschuss.

**Interne Kontrollen der Finanzberichterstattung
(Angaben nach §289 Absatz 5 HGB sowie erläuternder Bericht)**

Rahmenwerk

Die Finanzberichterstattung der Bank unterliegt den Anforderungen des einheitlichen Rahmenwerks der Allianz Gruppe „Internal Controls over Financial Reporting“ (ICOFR).

In diesem Zusammenhang wurden Vorgehensweisen entwickelt, mit denen Risiken für wesentliche Fehler im Jahresabschluss identifiziert und verringert werden können. Das interne Kontrollsystem (ICOFR) beruht auf dem Regelwerk des „Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission“ (COSO) und wird von der Bank regelmäßig überprüft sowie aktualisiert. Darüber hinaus umfasst dieser Ansatz folgende fünf zusammenhängende Komponenten:

Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollmaßnahmen, Information und Kommunikation sowie Überwachung. Diese fünf Bestandteile werden von einem „Entity Level Control Assessment Process“ (ELCA), den „IT General Controls“ (ITGC) sowie Kontrollen auf Prozessebene abgedeckt. Im ELCA-Rahmenwerk sind dabei Kontrollen wie ein Compliance-Programm oder eine Committee-Governance-Struktur festgeschrieben, während im ITGC-Rahmenwerk beispielsweise Kontrollen für die Zugriffsrechteverwaltung oder Projekt- und Change-Management-Kontrollen definiert sind.



Ansatz des internen Kontrollsystems

Umfang festlegen	Bestimmung der wesentlichen Prozesse, die das interne Kontrollsystem abdecken soll
Risiken identifizieren	Identifizierung von Risikoszenarien, die zu einer wesentlichen Falldarstellung führen können
Kontrollen implementieren	Implementierung geeigneter Schlüsselkontrollen, die Fehler oder Betrug, die aus den Risikoszenarien resultieren können, erkennen oder verhindern
Wirksamkeit überprüfen	Überprüfung der Ausgestaltung und der operativen Wirksamkeit der Schlüsselkontrollen

Bilanzierungsprozesse

Am Rechnungslegungsprozess sind neben den eingebundenen Tochtereinheiten im Wesentlichen die Abteilung Finanzen/Controlling mit den Gruppen Bilanz, Finanzbuchhaltung, Controlling und Meldewesen/Regulatorik sowie die beiden Abteilungen Risikocontrolling und Informationstechnologie beteiligt. Die Organisation und Kontrolle der Buchhaltung unterliegt der Gruppe Finanzbuchhaltung. Die Organisation und Kontrolle der Abschlusserstellung wird von der Gruppe Bilanz wahrgenommen und durch die Gruppe Finanzbuchhaltung unterstützt. Mit qualitätssichernden Maßnahmen unterstützen die Gruppen Controlling und Meldewesen/Regulatorik den Abschlussprozess, speziell an den Schnittstellen zwischen interner und externer Berichterstattung. Die Abteilung Risikocontrolling liefert insbesondere Daten zur Bewertung von Geschäften, die zu Barwerten in den Rechnungslegungsprozess einfließen. Die Abteilung Informationstechnologie liefert die Infrastruktur für die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Systeme. Die eingesetzten Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen im EDV-Bereich gegen unbefugte Zugriffe geschützt. Im Bereich der eingesetzten Systeme wird, soweit wie möglich, Standardsoftware eingesetzt.

 siehe Grafik Seite 082 rechts

Der Ansatz lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Die Bank nutzt einen risikoorientierten Ansatz. Zu Beginn eines jeden ICOFR-Jahres wird eine Überprüfung der ICOFR-relevanten Prozesse auf Vollständigkeit durchgeführt. Hierfür werden die Fachbereiche auf mögliche ICOFR-relevante Risiken analysiert. Neben diesem jährlich wiederkehrenden Prozess werden unterjährig von der ICOFR-Koordination die Prüfungsergebnisse der internen Revision und anderer externer Prüfer auf ICOFR-relevante Themen und Feststellungen geprüft.

Daran anschließend werden Risiken identifiziert, die zu wesentlichen finanziellen Falschdarstellungen führen können. Dabei werden alle möglichen relevanten Ursachen (insbesondere menschliche Verarbeitungsfehler, Betrug, Systemschwächen, externe Faktoren usw.) berücksichtigt. Nach der Identifizierung und Analyse der Risiken werden die potenziellen Auswirkungen und die Eintrittswahrscheinlichkeiten beurteilt.

Im Finanzberichterstattungsprozess werden präventive und aufdeckende Schlüsselkontrollen durchgeführt, um die Wahrscheinlichkeit und die Auswirkungen finanziell falscher Darstellungen zu reduzieren. Tritt ein potenzielles Risiko tatsächlich ein, werden Maßnahmen ergriffen, um die Auswirkung dieser Falschdarstellungen zu reduzieren. Da die Finanzberichterstattung in hohem Maße von Systemen der Informationstechnologie abhängig ist, werden auch IT-Kontrollen durchgeführt.

Kontrollen müssen sowohl angemessen konzipiert sein als auch wirksam umgesetzt werden. Daher werden für Komponenten des internen Kontrollsystems – etwa Prozesse, zugehörige Schlüsselkontrollen und deren Durchführung – durchgängige Dokumentationen vorgeschrieben. Zudem wird das Kontrollsystem einer jährlichen Bewertung unterzogen, um dessen Wirksamkeit zu erhalten und kontinuierlich zu verbessern. Die interne Revision stellt sicher, dass die Qualität des internen Kontrollsystems der Bank regelmäßig überprüft wird, um dessen Angemessenheit und Wirksamkeit zu gewährleisten.

Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass auch angemessen und funktionsfähig eingerichtete Systeme keine absolute Sicherheit zur Identifikation und Steuerung der Risiken gewähren können.

Oldenburg, 6. März 2015
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand



Patrick Tessmann

Vorsitzender



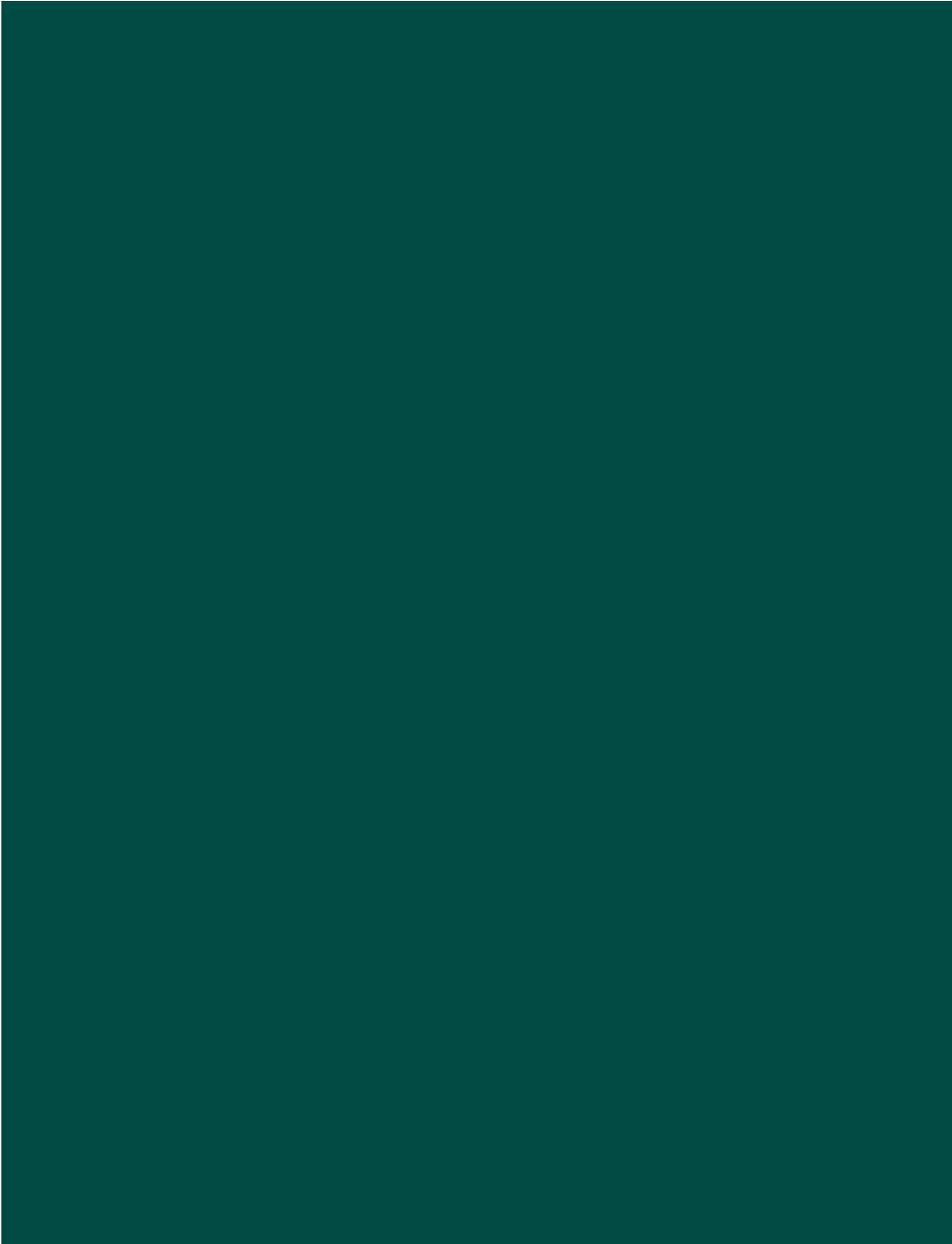
Dr. Thomas Bretzger



Karin Katerbau



Hilger Koenig



085

KONZERNABSCHLUSS

Gesamtergebnisrechnung	086
Bilanz	088
Eigenkapitalveränderungsrechnung	090
Kapitalflussrechnung	091

Gesamtergebnisrechnung des Oldenburgische Landesbank Konzerns für den Zeitraum 1.1. – 31.12.2014

Gewinn- und Verlustrechnung

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen (%)	Anhang/Seite
Zinserträge (und ähnliche Erträge)	454,8	483,9	-29,1	-6,0	
Zinsaufwendungen (und ähnliche Aufwendungen)	217,6	246,2	-28,6	-11,6	
Zinsüberschuss	237,2	237,7	-0,5	-0,2	<i>02 / 110</i>
Provisionserträge	94,1	115,2	-21,1	-18,3	
Provisionsaufwendungen	23,2	34,2	-11,0	-32,2	
Provisionsüberschuss	70,9	81,0	-10,1	-12,5	<i>03 / 111</i>
Laufendes Handelsergebnis	4,2	3,5	0,7	20,0	<i>04 / 112</i>
Übrige Erträge	0,4	17,6	-17,2	-97,7	<i>05 / 112</i>
Laufende Erträge	312,7	339,8	-27,1	-8,0	
Laufender Personalaufwand	153,5	167,0	-13,5	-8,1	
Sachaufwand	84,4	97,1	-12,7	-13,1	
Übrige Aufwendungen	6,7	1,9	4,8	> 100	
Laufende Aufwendungen	244,6	266,0	-21,4	-8,0	<i>06 / 113</i>
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	39,0	81,5	-42,5	-52,1	<i>07 / 114</i>
Ergebnis aus Restrukturierung	3,0	-90,3	93,3	k.A.	<i>08 / 114</i>
Ausgleich Restrukturierungsaufwand	—	90,3	-90,3	-100,0	
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	3,2	16,9	-13,7	-81,1	
Nicht laufendes Handelsergebnis	-0,6	-0,1	-0,5	> 100	
Ergebnis aus Finanzanlagen	2,6	16,8	-14,2	-84,5	<i>09 / 114</i>
Ergebnis vor Steuern	34,7	9,1	25,6	> 100	
Steuern	9,8	0,4	9,4	> 100	<i>10 / 115</i>
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	24,9	8,7	16,2	> 100	
Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie (Euro)	1,07	0,37	0,70	> 100	<i>11 / 115</i>

Sonstiges Ergebnis

Mio. Euro	2014	2013	Veränderungen	Veränderungen (%)
Ergebnis nach Steuern (Gewinn)	24,9	8,7	16,2	> 100
Sonstiges Ergebnis aus AfS-Finanzinstrumenten (durch GuV realisierbar oder realisiert)				
Unrealisierte Marktwertveränderungen brutto	43,7	-3,8	47,5	k. A.
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung brutto				
wegen realisierter Gewinne (-) und Verluste (+)	-3,9	-17,4	13,5	-77,6
wegen Wertberichtigungen	0,2	0,1	0,1	100,0
Steuern auf unrealisierte Marktwertveränderungen	-12,3	3,5	-15,8	k. A.
Steuern auf Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung	0,5	4,1	-3,6	-87,8
Sonstiges Ergebnis aus Netto-Pensionsverpflichtungen (nicht durch GuV realisierbar)				
Veränderungen des Verpflichtungsumfangs brutto	-56,5	9,2	-65,7	k. A.
Steuern auf Veränderungen des Verpflichtungsumfangs	17,5	-2,8	20,3	k. A.
Sonstiges Ergebnis	-10,8	-7,1	-3,7	52,1
Gesamtergebnis	14,1	1,6	12,5	> 100

Alle Positionen nach dem Ergebnis nach Steuern werden in der Note 35a zum kumulierten Bewertungseffekt aufgegriffen.

Bilanz

des Oldenburgische Landesbank Konzerns

zum 31.12.2014

Aktiva Mio. Euro	31.12.2014	31.12.2013	Veränderungen	Veränderungen (%)	Anhang/Seite
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	192,9	312,3	- 119,4	- 38,2	13 / 119
Handelsaktiva	14,9	13,7	1,2	8,8	14 / 119
Forderungen an Kreditinstitute (netto nach Risikovorsorge in Höhe von 0,1 Mio. Euro, Vorjahr: 0,05 Mio. Euro)	435,1	628,5	- 193,4	- 30,8	15 / 119
Forderungen an Kunden (netto nach Risikovorsorge in Höhe von 215,9 Mio. Euro, Vorjahr: 224,3 Mio. Euro)	10.300,4	10.303,7	- 3,3	—	16 / 120
Finanzanlagen	2.865,4	2.722,4	143,0	5,3	19 / 121
Sachanlagen	82,2	82,9	- 0,7	- 0,8	20 / 124
Immaterielle Vermögenswerte	10,0	10,9	- 0,9	- 8,3	21 / 125
Sonstige Aktiva	87,1	75,9	11,2	14,8	22 / 125
Ertragsteueransprüche	21,8	22,4	- 0,6	- 2,7	23 / 126
Aktive latente Steuern	43,1	35,1	8,0	22,8	
Vermögenswerte einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe (netto nach Risikovorsorge in Höhe von 1 Mio. Euro)	82,8	—	82,8	k. A.	1 / 94
Summe der Aktiva	14.135,7	14.207,8	- 72,1	- 0,5	

Passiva Mio. Euro	31.12.2014	31.12.2013	Veränderungen	Veränderungen (%)	Anhang / Seite
Handelspassiva	7,8	6,8	1,0	14,7	25 / 127
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.231,5	4.498,5	-267,0	-5,9	26 / 127
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.957,9	7.806,3	151,6	1,9	27 / 127
Verbriefte Verbindlichkeiten	512,5	579,6	-67,1	-11,6	28 / 128
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	486,8	450,9	35,9	8,0	29 / 128
Ertragsteuerschulden	1,8	9,2	-7,4	-80,4	32 / 132
Nachrangige Verbindlichkeiten	220,9	253,6	-32,7	-12,9	34 / 135
Schulden einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe	101,8	—	101,8	k.A.	1 / 94
Eigenkapital	614,7	602,9	11,8	2,0	35 / 135
Gezeichnetes Kapital	60,5	60,5	—	—	
Kapitalrücklage	202,9	202,9	—	—	
Gewinnrücklagen	369,7	347,1	22,6	6,5	
kumuliertes Sonstiges Ergebnis	-18,0	-7,6	-10,4	> 100	
kumuliertes Sonstiges Ergebnis einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe	-0,4	—	-0,4	k.A.	1 / 94
Summe der Passiva	14.135,7	14.207,8	-72,1	-0,5	

Eigenkapitalveränderungsrechnung des Oldenburgische Landesbank Konzerns für den Zeitraum 1.1. – 31.12.2014

Mio. Euro	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Kumuliertes Sonstiges Ergebnis (OCI)	OCI einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe	Eigenkapital gesamt
31. Dezember 2012	60,5	202,9	344,2	-0,5	—	607,1
Periodengewinn	—	—	8,7	—	—	8,7
Sonstiges Ergebnis aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten	—	—	—	-13,4	—	-13,4
Sonstiges Ergebnis aus Netto-Pensionsverpflichtungen	—	—	—	6,3	—	6,3
Gesamtergebnis	—	—	8,7	-7,1	—	1,6
Dividendenausschüttung aus Gewinnvortrag	—	—	-5,8	—	—	-5,8
31. Dezember 2013	60,5	202,9	347,1	-7,6	—	602,9
Periodengewinn	—	—	24,9	—	—	24,9
Sonstiges Ergebnis aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten	—	—	—	28,2	—	28,2
Sonstiges Ergebnis aus Netto-Pensionsverpflichtungen	—	—	—	-38,6	-0,4	-39,0
Gesamtergebnis	—	—	24,9	-10,4	-0,4	14,1
Dividendenausschüttung aus Gewinnvortrag	—	—	-2,3	—	—	-2,3
31. Dezember 2014	60,5	202,9	369,7	-18,0	-0,4	614,7

Im Berichtsjahr 2014 wurde 0,10 Euro je Aktie ausgeschüttet (Vorjahr: 0,25 Euro).

Weitere Angaben zum kumulierten sonstigen Ergebnis einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe folgen im Anhang unter Note (1).

Weitere Angaben zu den Bestandteilen des Eigenkapitals folgen im Anhang unter Note (35).

Kapitalflussrechnung des Oldenburgische Landesbank Konzerns für den Zeitraum 1.1. – 31.12.2014

Mio. Euro	2014	2013	Anhang / Seite
Laufende Geschäftstätigkeit			
Gewinn	24,9	8,7	
Abschreibungen auf Investitionen	0,2	0,1	
Zuschreibungen auf Investitionen	—	—	
Abschreibungen und Zuschreibungen auf Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	14,4	14,2	20, 21 / 124, 125
Veränderung der Rückstellungen und der Risikovorsorge im Kreditgeschäft	146,7	182,9	7, 29 / 114, 128
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	-83,8	-53,9	
Gewinne aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen	-4,2	-17,7	
Sonstige Anpassungen	-229,6	-218,6	
Zwischensumme	-131,4	-84,3	
Veränderung der Forderungen an Kreditinstitute	193,2	-213,9	15 / 119
Veränderung der Forderungen an Kunden	-160,8	-4,5	16 / 120
Veränderung des Handelsbestands	-0,3	-2,8	14, 25 / 119, 127
Veränderung der Anderen Aktiva	-21,3	-10,2	
Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-237,6	476,9	26 / 127
Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	219,6	-415,2	27 / 127
Veränderung der Verbrieften Verbindlichkeiten	-67,1	-233,3	28 / 128
Veränderung der Anderen Passiva	15,0	-37,7	29 / 128
Erhaltene Zinsen	460,7	488,4	
Erhaltene Dividenden	1,1	0,8	
Gezahlte Zinsen	-215,6	-253,5	
Ertragsteuerzahlungen	-16,6	-17,1	
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	38,9	-306,4	
Investitionstätigkeit			
Erlöse aus der Veräußerung von Finanzanlagen	681,9	895,7	
Erlöse aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,4	0,7	
Zahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-726,1	-287,5	
Zahlungen für den Erwerb von Sachanlagen und Immateriellen Vermögenswerten	-12,9	-9,7	20, 21 / 124, 125
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-56,7	599,2	
Finanzierungstätigkeit			
Erlöse aus Kapitalveränderungen	-48,8	-39,2	
Dividendenzahlungen	-2,3	-5,8	
Veränderung der Nachrangverbindlichkeiten	-32,7	-20,6	34 / 135
Nettoausgabe von Genussrechtskapital	—	—	
Zinsaufwand für Genussrechtskapital	—	—	
Mittelveränderungen aus Sonstiger Finanzierungstätigkeit	—	1,0	
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-83,8	-64,6	
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente			
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zum 1. Januar	312,3	84,1	13 / 119
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zum 31. Dezember	210,7	312,3	13 / 119
Veränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-101,6	228,2	

Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2014 des Oldenburgische Landesbank Konzerns

01 Grundlagen der Rechnungslegung

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Oldenburgische Landesbank AG (OLB) ist gemäß § 340i Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 290 Abs. 1 HGB verpflichtet, für den Teilkonzern OLB einen Konzernabschluss aufzustellen, da die Befreiungstatbestände des § 291 Abs. 1 HGB wegen der Ausschlussklausel in § 291 Abs. 3 Nr. 1 HGB nicht greifen.

Der Konzernabschluss ist nach den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS) und Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC), wie sie durch die EU verabschiedet sind, als verpflichtender Konzernabschluss gemäß Art. 4 der IAS-VO aufgestellt. Darüber hinaus regelt § 340i Abs. 2 HGB i. V. m. § 315a Abs. 1 HGB die Anwendung der genannten Vorschriften des HGB, wie z. B. zum Konzernlagebericht, die auch auf den IFRS-Konzernabschluss anzuwenden sind, sowie weitere explizite Zusatzangaben.

Bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses wurden alle Standards angewandt, deren Anwendung für die Geschäftsjahre Pflicht war, sofern sie für den OLB-Konzern einschlägig waren.

Folgende neue Standards, Änderungen bzw. Ergänzungen bestehender Vorschriften waren erstmals verpflichtend für das Geschäftsjahr 2014 anzuwenden, sofern sie für den OLB-Konzern einschlägig sind, und haben keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss:

- IFRS 11 – Gemeinschaftliche Tätigkeiten, inkl. Änderungen 2012
- IFRS 12 – Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen, inkl. Änderungen 2012
- Änderungen im IAS 27 – Einzelabschlüsse
- Änderungen im IAS 28 – Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen
- Änderungen im IAS 32 – Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Schulden
- Änderungen im IAS 36 – Wertminderungen von Vermögenswerten
- Änderungen im IAS 39 – Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung

Außerdem wurde der Rechnungslegungsstandard „IFRS 10 – Konzernabschlüsse“ erstmalig im Geschäftsjahr 2014 angewendet:

Mit diesem Standard wird der Begriff der Beherrschung neu und umfassend definiert. Beherrscht ein Unternehmen ein anderes Unternehmen, hat das Mutterunternehmen das Tochterunternehmen zu konsolidieren. Nach dem neuen Konzept ist Beherrschung gegeben, wenn das potenzielle Mutterunternehmen die Entscheidungsgewalt aufgrund von Stimmrechten oder anderer Rechte über das potenzielle Tochterunternehmen hat, es an positiven oder negativen variablen Rückflüssen aus dem Tochterunternehmen partizipiert und diese Rückflüsse durch seine Entscheidungsgewalt beeinflussen kann. Der neue Standard war für IFRS-Anwender in der EU erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 begonnen haben. IFRS 10 ist – mit bestimmten Ausnahmen – retrospektiv anzuwenden.

Gemäß den Übergangsvorschriften des IFRS 10 hat die OLB die Beherrschung ihrer Beteiligungsunternehmen und die mögliche Beherrschung von Unternehmen ohne Vorliegen eines Beteiligungsverhältnisses zum 1. Januar 2014 neu beurteilt. Es ergaben sich dadurch keine Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Konsolidierungskreises.

Darüber hinaus wurde eine Reihe weiterer Standards und Interpretationen verabschiedet, geändert oder ergänzt, die erstmalig im folgenden Geschäftsjahr anzuwenden sind und die nach den Erwartungen der Bank keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss haben werden:

Änderungen aufgrund Annual Improvements to IFRSs 2010 – 2012

(EU-Endorsement noch ausstehend)

- IFRS 2 – Anteilsbasierte Vergütung
- IFRS 3 – Unternehmenszusammenschlüsse
- IFRS 8 – Geschäftssegmente
- IFRS 13 – Fair Value-Bewertung
- IAS 16 – Sachanlagen
- IAS 24 – Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen
- IAS 38 – Immaterielle Vermögenswerte

Änderungen aufgrund Annual Improvements to IFRSs 2011 – 2013

(EU-Endorsement erfolgt)

- IFRS 1 – Erstmalige Anwendung der IFRS
- IFRS 3 – Unternehmenszusammenschlüsse
- IFRS 13 – Bewertung zum beizulegenden Zeitwert
- IAS 40 – Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
- IFRIC 21 – Abgaben (EU-Endorsement erfolgt)

Die Änderungen treten im Falle eines erfolgten EU-Endorsements für Berichtsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Juli 2014 beginnen, für den OLB-Konzern also ab dem 1. Januar 2015.

Der Konzernabschluss ist Bestandteil des Jahresfinanzberichts im Sinne des Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (§ 37v WpHG) vom 5. Januar 2007.

Die im OLB-Konzern angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden stehen im Einklang mit den Normen der europäischen Bilanzrichtlinien. Die von den EU-Richtlinien geforderten zusätzlichen Angaben wurden in den Anhang mit aufgenommen. Die Regelungen des Aktiengesetzes (AktG) sowie des Bilanzrechtsreformgesetzes wurden beachtet. Berichtswährung und funktionale Währung ist der Euro, Berichtsjahr das Kalenderjahr. Beträge sind in der Regel auf Mio. Euro mit einer Nachkommastelle kaufmännisch gerundet.

Gegenstand der Bank ist gemäß § 2 der Satzung der Betrieb von Bank- und Finanzgeschäften aller Art mit Ausnahme des Investmentgeschäfts i. S. v. § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 KWG a. F.

Unter Anwendung von IFRS 10 konsolidiert die Bank Tochterunternehmen, bei denen sie die überwiegende Mehrheit der Stimmrechte und sämtliche Anteile am Kapital hält. Konsolidiert wurden:

- W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg,
- Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster.

Spezialfonds werden gemäß IFRS 10 konsolidiert, da die Bank Entscheidungsmacht über diese ausüben kann und von variablen Rückflüssen profitiert. Hierbei handelt es sich um:

- AGI-Fonds Ammerland,
- AGI-Fonds Weser-Ems.

Diese werden von der Allianz Global Investors (AGI) verwaltet.

Durch erfolgte Kündigung der Kommanditanteile an der W. Fortmann & Söhne KG seitens ihrer zwei persönlich haftenden Gesellschafter kam es mit Wirkung zum 1. Januar 2015 zum Anwachsen dieser Anteile an die Oldenburgische Landesbank AG als einzig verbleibender Kommanditistin. Es handelt sich aus Sicht der OLB AG um eine vertikale Fusion mit einem nachgelagerten Unternehmen unter

Konsolidierungskreis

gemeinsamer Beherrschung der übergeordneten Allianz SE. Zum Bilanzstichtag erfolgt noch eine Konsolidierung im vorliegenden Konzernabschluss.

Der Verkauf der Kommanditanteile an der Münsterländische Bank Thie & Co. KG an die VR-Bank Westmünsterland eG, Borken steht zum Bilanzstichtag unter Genehmigungsvorbehalt der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Zum Bilanzstichtag erfolgt noch eine Konsolidierung im vorliegenden Konzernabschluss unter Klassifizierung als Veräußerungsgruppe.

Bilanzierung gemäß IFRS 5

Veräußerungsgruppen, die als zur Veräußerung gehalten eingestuft werden, sind zum niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen.

Die Bewertungsvorschriften des IFRS 5,5 sind nicht anzuwenden auf die folgenden Vermögenswerte, die durch die nachfolgend angegebenen IFRS abgedeckt werden:

(a) latente Steueransprüche (IAS 12 Ertragsteuern); (b) Vermögenswerte, die aus Leistungen an Arbeitnehmer resultieren (IAS 19 Leistungen an Arbeitnehmer) bzw. (c) finanzielle Vermögenswerte, die in den Anwendungsbereich von IAS 39 Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung fallen.

Die Vermögenswerte der Veräußerungsgruppe fallen – bis auf Betriebs- und Geschäftsausstattung (BGA) – alle unter die Ausnahmen des IFRS 5,5. Für Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden Sonderabschreibungen in Höhe von 0,1 Mio. Euro vorgenommen.

Vermögenswerte einer als zur Veräußerung gehalten eingestuften Veräußerungsgruppe werden in der Bilanz getrennt von anderen Vermögenswerten dargestellt. Die Schulden einer als zur Veräußerung gehalten eingestuften Veräußerungsgruppe werden getrennt von anderen Schulden in der Bilanz ausgewiesen:

Mio. Euro	2014	Mio. Euro	2014
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	17,8	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	29,3
Forderungen an Kreditinstitute	0,1	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	68,0
Forderungen an Kunden	64,3	Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	4,5
Sonstige Aktiva	0,1		
Aktive latente Steuern	0,5		
Vermögenswerte einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe	82,8	Schulden einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe	101,8

Alle im sonstigen Ergebnis erfassten kumulativen Erträge oder Aufwendungen, die in Verbindung mit Veräußerungsgruppen stehen, die als zur Veräußerung gehalten eingestuft werden, werden mit –0,4 Mio. Euro gesondert ausgewiesen.

Die Gesamtergebnisrechnung enthält mit den oben genannten Sonderabschreibungen in Höhe von 0,1 Mio. Euro das Ergebnis nach Steuern, das bei der Bewertung erfasst wurde.

Da die Veräußerungsgruppe keinen „wesentlichen“ Geschäftsbereich darstellt, liegt gemäß IFRS 5,32 kein „aufgegebener“ Geschäftsbereich vor. Deswegen erfolgen keine separate Darstellung innerhalb der Gesamtergebnisrechnung und keine Anpassung von Vorjahreszahlen.

Finanzinstrumente

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Unternehmen zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswertes und bei dem anderen zur Entstehung einer finanziellen Verbindlichkeit oder eines Eigenkapitalinstruments führt.

Die Käufe und Verkäufe der finanziellen Vermögenswerte werden zum Handelstag (trade date) angesetzt bzw. ausgebucht.

Gemäß IAS 39 sind alle Finanzinstrumente in der Bilanz zu erfassen, in vorgegebene Bestandskategorien einzuteilen und in Abhängigkeit von dieser Einteilung zu bewerten:

- Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Schulden (Held-for-Trading) dienen hauptsächlich dazu, Gewinne aus kurzfristigen Preisschwankungen oder der Händlermarge zu erzielen. Derivate sind gemäß IAS 39.9 grundsätzlich als zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Schulden (Held-for-Trading) zu kategorisieren, wenn diese nicht eine Finanzgarantie darstellen oder in eine effektive Sicherungsbeziehung einbezogen werden.
- Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzanlagen (Held-to-Maturity) sind Vermögenswerte mit festen Zahlungen und fester Laufzeit, die die Bank bis zur Endfälligkeit halten kann und will. Die Halteabsicht und -fähigkeit ist bei Erwerb und zu jedem Bilanzstichtag zu dokumentieren. Zum Berichtsstichtag hat die Bank keine Vermögenswerte in diese Kategorie eingestuft.
- Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen (Loans and Receivables) sind finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind. Diese Kategorie beinhaltet im Wesentlichen die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.
- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale) sind die Residualgröße, also alle finanziellen Vermögenswerte, die nicht einer der vorstehenden Kategorien zuzuordnen sind, d. h., die Bank nutzt diese Kategorie nicht als Designationskategorie. Die Bank weist diese Bestände als Finanzanlagen aus.
- Von der Möglichkeit, finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verpflichtungen als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet einzustufen (Designated as at Fair Value), wird nicht Gebrauch gemacht.

Zu den finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht Handelszwecken dienen, zählen insbesondere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieft Verbindlichkeiten.

Die Erstbewertung sämtlicher Finanzinstrumente erfolgt zu Anschaffungskosten (unter Einbeziehung von Transaktionskosten), die dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value, bzw. Marktwert) der hingegebenen (beim Erwerb finanzieller Vermögenswerte) oder erhaltenen (beim Erwerb finanzieller Verpflichtungen) Gegenleistung entsprechen. In der Folge werden finanzielle Vermögenswerte grundsätzlich mit dem Fair Value bewertet. Ausgenommen hiervon sind ausgereichte Kredite und Forderungen, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, und bestimmte finanzielle Vermögenswerte, deren Fair Value nicht zuverlässig ermittelt werden kann. Diese Ausnahmen werden mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Sofern es sich um Eigenkapitalinstrumente handelt, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und ein Fair Value nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden diese finanziellen Vermögenswerte zu Anschaffungskosten (at cost) bewertet. Finanzielle Verbindlichkeiten werden – sofern sie nicht zum Fair Value bewertete Handelspassiva sind – ebenfalls mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Von der Fair-Value-Option macht die OLB keinen Gebrauch.

Die entsprechende Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen in die oben genannten Kategorien wird bei Ersterfassung festgelegt. Umwidmungen haben im Berichtsjahr nicht stattgefunden.

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts erfolgt bei Verlust der Kontrolle über die vertraglichen Rechte aus diesem Vermögenswert. Eine finanzielle Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn diese getilgt ist.

Bezüglich der Bewertungs- und Bilanzierungsgrundlagen der einzelnen Bilanzposten und GuV-Positionen verweist die Bank auf die Angaben in den ergänzenden Erläuterungen (Notes).

Kategorien der Finanzinstrumente

Währungs- umrechnung	<p>Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des IAS 21. Danach werden auf Fremdwährung lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte zu Kassamittelkursen des Bilanzstichtags in Euro umgerechnet. Devisentermingeschäfte werden zu aktuellen, für die Restlaufzeit gültigen Terminkursen bewertet. Nicht-monetäre Vermögenswerte, die mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet sind, werden mit dem aktuellen Wechselkurs in Euro umgerechnet.</p> <p>Aufwendungen und Erträge, die sich aus der Währungsumrechnung ergeben, schlagen sich grundsätzlich in den entsprechenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nieder. Es bestanden keine wesentlichen offenen Nettodevisenpositionen zum Ende des Geschäftsjahres.</p>
Aufrechnung	<p>Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden aufgerechnet und als Saldo in der Bilanz ausgewiesen, wenn gegenüber dem Geschäftspartner ein einklagbares Recht auf Aufrechnung der Beträge besteht und die Erfüllung der Geschäfte auf Nettobasis erfolgt oder gleichzeitig mit der Realisierung des Vermögenswertes die Verbindlichkeit beglichen wird.</p>
Zinsüberschuss	<p>Zinserträge und Zinsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt. Zu Zinserträgen gehören Zinserträge aus Forderungen und Wertpapieren sowie aufgelaufene Agien und Disagien.</p> <p>Unter den laufenden Erträgen werden Dividenden aus Aktien, Dividenden aus Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ausgewiesen.</p> <p>Dividenden werden zum Zeitpunkt der rechtlichen Entstehung des Dividendenanspruchs erfolgswirksam. Bei Zinsen für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert berechnet werden, erfolgt der Ansatz nach der Effektivzinsmethode.</p> <p>Das Unwinding als Barwertveränderung wertberichtigter oder abgeschriebener Forderungen erfolgt als Belastung der Risikovorsorge zugunsten des Zinsertrages. Die Bruttoforderung wird insoweit nicht verändert.</p> <p>Zinserträge und -aufwendungen aus Repo- und Reverse-Repo-Geschäften werden ebenfalls periodengerecht abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen.</p>
Provisionsüberschuss	<p>In dieser Position sind Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft, der Vermögensverwaltung, dem Zahlungsverkehr, dem Auslandsgeschäft und Provisionen aus Dienstleistungen für Treuhandgeschäfte sowie aus der Vermittlung von Bankgeschäften, Versicherungen, Kreditkarten, Bausparverträgen und Immobilien enthalten. Die OLB stellt das regulatorische Haftungsdach für den Vertrieb von AGI Produkten durch die selbstständigen Vertreter der Allianz. Die damit verbundene Vergütung für die Sicherstellung der Wertpapier-Compliance wird als Provisionsertrag ausgewiesen. Die Vertreterprovisionen für diese Produkte unter dem Haftungsdach werden im rechtlichen Außenverhältnis von der OLB geschuldet. Hierfür fallen sonstige Provisionsaufwendungen an. In identischer Höhe erhält die OLB sonstige Provisionserträge als Ausgleich von der Allianz. Provisionen werden zum Zeitpunkt der Erbringung der Dienstleistung erfolgswirksam.</p>
Laufendes Handelsergebnis	<p>Das Laufende Handelsergebnis umfasst alle realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste aus den Handelsaktiva und -passiva, soweit sie dem laufenden Geschäft zugeordnet sind. Darüber hinaus sind Provisionen sowie sämtliche aus Handelsaktivitäten resultierenden Zinserträge/-aufwendungen und Dividendenerträge im Laufenden Handelsergebnis enthalten. Die durch Hedge Accounting auftretenden Ineffektivitäten in den definierten Schranken des IAS 39 schlagen sich ebenfalls im Laufenden Handelsergebnis nieder.</p>
Fair Value Hedge Accounting	<p>Die Bank bildet Sicherungsbeziehungen nach den Regeln des IAS 39 ab.</p>

Es werden nur „Fair Value-Hedges“ zur Absicherung von Marktwertveränderungen bilanzierter Vermögenswerte und Verbindlichkeiten bezüglich des Zinsänderungsrisikos gebildet. Als das abgesicherte Risiko wird das Risiko der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts der abgesicherten Grundgeschäfte angesehen, das auf eine Veränderung des zugrunde liegenden Referenzzinssatzes zurückgeführt werden kann.

Als Sicherungsderivate dienen Zinsswaps mit definierten Laufzeiten. Die Festzinsseite wird über die Laufzeit fixiert. Der variable Zinssatz ist an den Referenzzinssatz als Index gekoppelt.

Die zugeordnete Zinsstrukturkurve korrespondiert dabei – hinsichtlich der Laufzeit – mit der vertraglich vereinbarten Laufzeit der variablen Seite des jeweiligen Swaps; dies gilt für die zugeordneten Grundgeschäfte entsprechend.

Die abgesicherten Grundgeschäfte betreffen einzelne Passivgeschäfte, homogene Portfolios gleichartiger Kredite der Kategorie „Loans and Receivables“ sowie einzelne Wertpapiere aus dem Finanzanlagebestand der Available-for-Sale-Finanzinstrumente und Schuldscheindarlehen auf der Passivseite.

Für diese Fair Value-Hedges werden sowohl die Bewertung der Sicherungsderivate als auch die Bewertung der Grundgeschäfte bezüglich des Zinsänderungsrisikos im Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres gezeigt. Gegenläufige Bewertungsänderungen kompensieren einander; auftretende Ineffektivitäten in den definierten Schranken des IAS 39 schlagen sich im Laufenden Handelsergebnis nieder.

Positive Marktwerte von Sicherungsderivaten im Rahmen des Hedge Accounting werden der Position „Sonstige Aktiva“ zugeordnet. Positive Marktwerte der Derivate, die nicht im Hedge Accounting als Sicherungsbeziehung designiert sind, werden den Handelsaktiva zugeordnet.

Negative Marktwerte von Sicherungsderivaten im Rahmen des Hedge Accountings werden den Sonstigen Passiva in der Bilanzposition „Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten“ zugeordnet. Negative Marktwerte der Derivate, die nicht im Hedge Accounting als Sicherungsbeziehung designiert sind, werden den Handelspassiva zugeordnet.

Das Bewertungsergebnis von Derivaten der Spezialfonds Ammerland und Weser-Ems, die beide dem Finanzanlagevermögen zugeordnet sind, wird im Nicht laufenden Handelsergebnis ausgewiesen. Die Derivate werden zur Steuerung der Anlageposition dieser Fonds eingesetzt und unterliegen einer vollen Marktbewertung. Das Nicht laufende Handelsergebnis wird zusammen mit dem realisierten Ergebnis aus Finanzanlagen zum Ergebnis aus Finanzanlagen zusammengefasst.

**Nicht laufendes
Handelsergebnis**

Die Berücksichtigung von Restrukturierungsaufwendungen erfolgt zu dem Zeitpunkt, zu dem die Bank einen detaillierten Restrukturierungsplan für bestimmte Programme verabschiedet hat, dem formell zugestimmt und mit dessen Umsetzung begonnen wurde. Die Bemessung der erfassten Aufwendungen erfolgt auf der Basis qualifizierter Schätzungen über die zu erwartenden Kosten der einzelnen Maßnahmen.

**Ergebnis aus
Restrukturierung**

Künftige Verpflichtungen, die über den Horizont eines Jahres hinausgehen, werden dabei auf den zugrunde liegenden Barwert abgezinst. Die vorgenommenen Schätzungen werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft und ggf. angepasst. Nicht rückstellungsfähige Restrukturierungskosten werden in der Periode erfasst, in der sie angefallen sind.

Restrukturierungsaufwendungen beziehen sich auf aufgegebenen Aktivitäten oder Geschäftsbereiche, die so klar abgegrenzt sind, dass sie mit der zukünftigen Unternehmensfortführung nicht in Zusammenhang gebracht werden können.

Steuern

Auf den Gewinn zu zahlende Ertragsteuern auf Basis der geltenden Steuergesetzgebung werden periodengerecht als Aufwand erfasst. Latente Ertragsteuern werden unter Anwendung des bilanzorientierten Ansatzes für temporäre Differenzen zwischen dem steuerlichen Ansatz von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten und ihren Buchwerten in den Abschlüssen vollständig, unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Umkehr, erfasst. Der Ausweis erfolgt zu den gesetzlich bereits verabschiedeten oder gesetzlich angekündigten Steuersätzen, die voraussichtlich zu dem Zeitpunkt, zu dem sich die Steuerlatenz umkehrt, gelten werden. Für zusätzliche Steuerzahlungen oder fällige Erstattungen werden Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerschulden erfasst. Latente Steueransprüche werden in der Höhe erfasst, in der es wahrscheinlich ist, dass künftig zu versteuernde Gewinne zur Verfügung stehen, gegen die die temporären Differenzen verwendet werden können.

Sonstige Steuern werden unter dem Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Angaben zur Segmentberichterstattung

Basis der Segmentberichterstattung bildet im Einklang mit IFRS 8 die interne Finanzberichterstattung als ein monatlich erstelltes, entscheidungsorientiertes Instrument zur Unterstützung der Konzernsteuerung und -kontrolle und zur Abbildung der Risiken und Chancen. Änderungen der Organisationsstruktur sowie Modifikationen der Ertrags- und Kostenzuordnung werden rückwirkend in der Berichterstattung des laufenden Jahres und wenn möglich auch in der Darstellung des Vorjahres berücksichtigt.

Die interne Steuerung und Berichterstattung der OLB basiert seit Jahresbeginn 2014 auf drei strategischen Geschäftsfeldern entlang der Kernzielgruppen: Privat- und Geschäftskunden, Private Banking & Freie Berufe sowie Firmenkunden. Die Geschäftsfelder bilden die Basis für die aktuelle Segmentberichterstattung.

Das Privat- und Geschäftskundengeschäft umfasst das klassische Filialgeschäft mit Privat- und Geschäftskunden. Es ist die wichtigste Quelle der OLB für eine stabile Einlagen- und damit Liquiditäts- bzw. Refinanzierungsbasis. Über das Einlagengeschäft hinaus werden hier die Kontoführung, Zahlungsverkehrsabwicklung, Konsumentenkredite, private Baufinanzierungen, kleinere Geschäftskredite, Absicherungs- und Vorsorgeprodukte und die strukturierte Vermögensanlage angeboten.

Im Segment Private Banking & Freie Berufe erfolgt eine individuelle, ganzheitliche Betreuung von der Anlageberatung bis zum Kreditgeschäft. Neben den klassischen Bankprodukten im Zahlungsverkehrs-, Einlagen- und Kreditgeschäft und individuellen Lösungen bei der privaten Absicherung und Vorsorge liegt in diesem Geschäftsfeld ein besonderer Fokus auf der Vermögensanlage mit starker Ausrichtung auf gemanagte Anlageformen und Vermögensverwaltung sowie der Vermittlung von Immobilien. Das Segment Private Banking & Freie Berufe enthält zusätzlich die Ergebnisbeiträge der Tochterbank W. Fortmann & Söhne KG.

Im Segment Firmenkunden konzentriert sich die OLB auf das angestammte breite mittelständische Firmenkundenkreditgeschäft insbesondere mit den regionalen Schlüsselbranchen Erneuerbare Energien sowie Landwirtschaft und Ernährung. Neben dem Kreditgeschäft bilden der Zahlungsverkehr und das Auslandsgeschäft den Schwerpunkt des OLB-Angebots.

In der Spalte „Betrieb und Steuerung“ werden Personal- und Sachkosten von zentralen Betriebs-, Steuerungs- und Stabsfunktionen ausgewiesen. In den Betriebsbereichen werden Marktfolge- und Abwicklungsleistungen zentral für die drei Geschäftsfelder erbracht. In den Steuerungs- und Stabsbereichen wird die Lenkung der Bank verantwortet. Eine interne Leistungsverrechnung mit den am Markt tätigen Geschäftssegmenten erfolgt nicht.

„Nicht berichtspflichtige Segmente“ fasst die Ergebnisbeiträge

- der Spezialfonds,
 - des Abbauportfolios Schiffe,
 - der im Bereich Direct Banking Services fortgeführten Kundenbeziehungen der früheren Zweigniederlassung „Allianz Bank“ sowie
 - der Veräußerungsgruppe Münsterländische Bank Thie & Co. KG
- zusammen.

Die OLB beurteilt den finanziellen Erfolg der berichtspflichtigen Segmente und der übrigen Einheiten auf Basis des operativen Ergebnisses. Das operative Ergebnis stellt den Saldo der Erträge und Aufwendungen aus dem laufenden Kerngeschäft dar, die dem Segment oder der Einheit direkt zugeordnet werden können.

Der Zinsüberschuss wird auf Basis einer getrennten Bestandsführung kostenstellengerecht ermittelt und den Segmenten zugeordnet.

Der Verwaltungsaufwand beinhaltet direkte Kosten, die den Segmenten zugeordnet werden. Um die Überleitung zum Konzernergebnis sicherzustellen, wird der gesamte Gemeinkostenblock in der Spalte „Betrieb und Steuerung“ ausgewiesen, da er nicht direkt den Segmenten zuordenbar ist.

Die Allokation des Risikokapitals erfolgt anhand der Zuordnung von risikogewichteten Aktiva auf die Segmente. Marktpreisrisiken und operationelle Risiken sowie derzeit vorhandene freie Kapitalanteile werden dem Bereich „Zentrale und Sonstiges“ zugeordnet.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten den Kassenbestand sowie täglich fällige Guthaben bei Zentralnotenbanken. Bilanziert sind die Bestände zum Nennwert.

**Zahlungsmittel
und Zahlungsmittel-
äquivalente**

Handelsaktiva umfassen grundsätzlich Schuldtitel, Aktien und positive Marktwerte von Derivaten. In den Handelspassiva sind ausschließlich negative Marktwerte aus Derivaten enthalten. Marktwerte aus Sicherungsderivaten, die im Rahmen der internen Risikosteuerung eingesetzt werden, jedoch nicht für das Hedge Accounting gemäß IAS 39 qualifizieren, werden ebenfalls hier ausgewiesen.

**Handelsaktiva
und Handelspassiva**

Handelsaktiva und -passiva werden am Handelstag zum Fair Value zuzüglich Transaktionskosten erfasst und in der Folge ebenfalls mit dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Dadurch werden Transaktionskosten sofort erfolgswirksam erfasst.

In Fällen, in denen keine Börsennotierungen vorliegen, werden zur Bestimmung des Fair Values die Marktpreise vergleichbarer Instrumente oder anerkannte Bewertungsmodelle herangezogen, insbesondere Barwertmethoden oder Optionspreismodelle. Dabei werden angemessene Anpassungen für Bewertungsrisiken vorgenommen. Gewinne oder Verluste aus der Bewertung werden erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Diese Kategorie wird von der Bank zurzeit nicht genutzt.

**Der Fair Value-Option
zugeordnete
Vermögenswerte bzw.
Verbindlichkeiten**

Die Finanzanlagen des Konzerns bestehen aus Schuldverschreibungen einschließlich anderer festverzinslicher Wertpapiere, aus Aktien einschließlich anderer nicht festverzinslicher Wertpapiere, aus Beteiligungen und aus Anteilen an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen.

Finanzanlagen

Die *Anteile an verbundenen Unternehmen* betreffen zwei Gesellschaften, an denen der OLB-Konzern eine Mehrheitsbeteiligung hält, diese aber wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht in den Konzernabschluss einbezieht.

Beteiligungen sind Unternehmen, auf die die Bank keinen maßgeblichen Einfluss ausüben kann und deren Zweck die Herstellung einer dauernden Verbindung zu den betreffenden Unternehmen dient.

Alle Finanzanlagen werden als jederzeit veräußerbare finanzielle Vermögenswerte angesehen und bei der Erstbewertung mit ihrem Fair Value zuzüglich der dem Kauf direkt zuordenbaren Transaktionskosten angesetzt. In der Folgebewertung werden sie grundsätzlich zum Fair Value bilanziert. Sind jedoch bei nicht börsennotierten Aktien sowie Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen weder ein liquider Marktpreis noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar, werden diese zu Anschaffungskosten angesetzt.

Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale) stellt der OLB-Konzern Gewinne und Verluste aus der Bewertung erfolgsneutral in das „Sonstige Ergebnis“ ein. Bei Veräußerung sowie bei Abschreibung (Impairment) eines Available-for-Sale-Finanzinstruments wird der bisher im „Sonstigen Ergebnis“ erfasste Betrag der kumulierten Bewertungsgewinne und -verluste erfolgswirksam realisiert.

Ein Impairment-Test für die als zur Veräußerung verfügbar klassifizierten Wertpapiere (Available-for-Sale) wird regelmäßig zur Prüfung auf Wertminderung durchgeführt. Dabei wird hinsichtlich der Indikatoren zwischen Aktienwerten und Schuldtiteln unterschieden.

Eigenkapitalinstrumente der „Available-for-Sale“-Kategorie werden als wertgemindert betrachtet, wenn ihr Fair Value entweder signifikant oder dauerhaft unter die Anschaffungskosten gesunken ist; jedes Kriterium stellt für sich allein ein Abschreibungsindiz dar. Signifikanz besteht, wenn der Fair Value mindestens 20 % unterhalb der fortgeführten Anschaffungskosten liegt. Dauerhaftigkeit liegt vor, wenn der Fair Value für mindestens neun Monate permanent unterhalb der Anschaffungskosten liegt. Der Betrag der Wertminderungen wird erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Bei Eigenkapitalinstrumenten der „Available-for-Sale“-Kategorie sind ergebniswirksame Zuschreibungen bis zu den Anschaffungskosten bei Wegfall des Abschreibungsgrunds nicht mehr zulässig („once impaired – always impaired“). Weitere Wertverluste werden erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen. Wertaufholungen werden stattdessen erfolgsneutral im „Sonstigen Ergebnis“ erfasst. Erst bei Veräußerung eines Vermögenswerts wird die Rücklage erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen aufgelöst.

Wenn der Marktwert (Fair Value) von *Schuldtiteln der „Available-for-Sale“-Kategorie* deutlich unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegt, ist dies ein Indiz für eine Wertminderung. Dabei bedeutet ‚deutlich‘, dass der Fair Value mehr als sechs Monate permanent mindestens 20 % unterhalb der fortgeführten Anschaffungskosten liegt. Um einen Wertminderungsbedarf objektiviert nachzuweisen, analysiert die Bank als Auslösekriterien ebenfalls erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten, Vertragsbruch, Zugeständnisse an den Emittenten aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe (sogenannte „Forbearance Maßnahmen“), die im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten stehen, Wahrscheinlichkeit der Insolvenz oder Sanierungsnotwendigkeit des Emittenten und Verschwinden eines aktiven Marktes für den finanziellen Vermögenswert aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten. Wertminderungen auf festverzinsliche Wertpapiere, die jederzeit veräußerbar sind, werden dann ergebniswirksam erfasst, wenn objektive Hinweise darauf vorliegen, dass ein Verlustereignis eingetreten ist, das die erwarteten Zahlungsströme reduziert. Die Minderung des Zeitwerts unter die fortgeführten Anschaffungskosten aufgrund von Änderung des risikofreien Zinssatzes stellt keinen objektiven Hinweis auf ein Verlustereignis dar. Der Betrag der Wertminderungen wird erfolgswirksam in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Wenn die Gründe für die vorherige Abschreibung entfallen sind, wird für Fremdkapitaltitel eine spätere Wertaufholung erfolgswirksam maximal bis zur Höhe des fortgeschriebenen ursprünglichen Anschaffungswerts in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen vorgenommen.

Der Ausweis der Laufenden Erträge aus Schuldverschreibungen einschließlich über die Laufzeit abgegrenzter Agien oder Disagien erfolgt im Zinsüberschuss. Dividendenerträge aus Aktien sowie Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen fließen in die gleiche Position ein. Die beim Verkauf dieser Wertpapiere realisierten Gewinne und Verluste werden unter dem Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen. Die Ergebniseffekte aus Derivaten, die den Spezialfonds ökonomisch zuzuordnen sind und nicht für Hedge Accounting qualifizieren, werden unter dem Nicht laufenden Handelsergebnis ausgewiesen.

Bei einem Repo-Geschäft verkauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken aus Zinsänderung und Adressenausfall bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte im Konzern. Entsprechend werden die Wertpapiere weiterhin in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwert aus dem rechtlichen Verkauf ist in der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden enthalten und als Verbindlichkeit aus Repo-Geschäften ausgewiesen.

Repo-Geschäfte

Zinsaufwendungen aus Repo-Geschäften werden periodengerecht abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Bei einem Reverse-Repo-Geschäft kauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzugeben. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken aus Zinsänderung und Adressenausfall bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte beim Kontrahenten. Entsprechend werden die Wertpapiere nicht in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwert aus dem rechtlichen Kauf ist in der Bilanzposition Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden enthalten und als Forderung aus Reverse-Repo-Geschäften ausgewiesen.

Reverse-Repo-Geschäfte

Zinserträge aus Reverse-Repo-Geschäften werden periodengerecht abgegrenzt und im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Originäre Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie angekaufte Forderungen, die nicht zu Handelszwecken dienen und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten, ggf. abzüglich Wertberichtigungen, angesetzt. Die Erstbewertung dieser Forderungen erfolgt zum Transaktionspreis, der dem dem Schuldner zur Verfügung gestellten Geldbetrag entspricht. Der Buchwert dieser Forderungen bei Ersterfassung beinhaltet deswegen auch eingepreiste Transaktionskosten.

Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden

Zinserträge werden nach der Effektivzinsmethode erfasst. Ein Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag sowie Kreditbearbeitungsgebühren werden – sofern Zinscharakter vorliegt – effektivzinsgerecht erfolgswirksam abgegrenzt. Kreditforderungen werden als ausfallgefährdet eingestuft, wenn es auf Basis aktueller Informationen oder Ereignisse wahrscheinlich ist, dass ein Kunde seine Zins- oder Tilgungsleistungen bei Fälligkeit nicht vertragsgemäß erbringen wird. Ungeachtet eines Rechtsanspruchs werden Zinsen auf die bestehenden Forderungen nicht mehr vereinnahmt, wenn die Kapitalrückzahlung zweifelhaft und deshalb mit einer Risikovorsorge belegt wird. Von diesem Zeitpunkt an werden sämtliche Zahlungen zunächst zur Rückführung der Kapitalforderung verwandt. Das Unwinding als Barwertveränderung wertberichtigter oder abgeschriebener Forderungen erfolgt im Wege der Verwendung des Wertberichtigungskontos zugunsten des Zinsertrages. Bezüglich der Effekte aus Unwinding wird auf die Tabelle zum Zinsüberschuss verwiesen und unterschieden, ob es sich um Effekte aus wertgeminderten oder aus abgeschriebenen finanziellen Vermögenswerten handelt.

Bei Anwendung von Hedge Accounting wird die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführende Bewertungsänderung (Fair Value-Änderung) der betrachteten Grundgeschäfte – soweit es sich um Forderungen an Kunden handelt – als Ausgleich zur Bewertungsänderung der korrespondierenden

Zinsswaps in die Position Forderungen an Kunden eingebucht. Der Marktwert der Zinsswaps wird in den Positionen Sonstige Aktiva / Sonstige Passiva gezeigt.

Die Aufgliederung der Forderungen an Kunden in den Anhangangaben basiert – losgelöst von der internen Steuerung – auf den Unterscheidungsmerkmalen bezüglich Rechtsform und Branche. Öffentliche Haushalte werden anhand der Branche eingeordnet. Zu den Firmenkunden zählen im Wesentlichen Kapitalgesellschaften sowie Personengesellschaften und im Handelsregister eingetragene Einzelunternehmungen. Privatpersonen, Vereine und Gesellschaften des bürgerlichen Rechts werden unter Privatkunden ausgewiesen.

Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft (Risikovorsorge)

Um einen Wertminderungsbedarf objektiviert nachzuweisen, analysiert die Bank als Auslösekriterien

- erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder Schuldners,
- Vertragsbruch,
- Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe (sogenannte „Forbearance-Maßnahmen“), die im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten stehen,
- Wahrscheinlichkeit der Insolvenz oder Sanierungsnotwendigkeit des Kreditnehmers sowie
- das Anzeigen beobachtbarer Daten, dass eine messbare Minderung der erwarteten künftigen Zahlungsströme einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten seit erstmaligem Ansatz eingetreten ist, obwohl die Minderung nicht einem einzelnen finanziellen Vermögenswert der Gruppe zugerechnet werden kann.

Die Ausfallgefährdung eines Kunden ist insbesondere dann zu überprüfen, wenn Anhaltspunkte darauf hindeuten, dass die Bank nicht alle im Kreditvertrag bestimmten und fälligen Forderungen termingerecht erzielen wird. Eine Ausfallgefährdung ist dann gegeben, wenn es für die Bank auf Basis der aktuellen Informationen und Ereignisse wahrscheinlich ist, dass sie nicht alle im Kreditvertrag bestimmten und fälligen Forderungen termingerecht erzielen wird. Dabei kann die Zahlung des Kapitaldienstes in der durch den Kreditvertrag geregelten Höhe oder dem dort geregelten Zeitpunkt in Frage stehen.

Die Risikovorsorge stellt den Erwartungswert der Wertminderungen der Kreditforderungen dar, wobei neben den eingetretenen Wertminderungen auch latente Risiken aus der Struktur und Qualität des Kreditportfolios berücksichtigt werden. Die Bemessung der Risikovorsorge ist aufgrund der verwendeten Verfahren einer Schätzungsunsicherheit unterworfen. Die OLB hält die gebildete Risikovorsorge für ausreichend.

Grundsätzlich kann die Bemessungsmethodik von der Bedeutung der Forderung für das Kreditinstitut abhängig gemacht werden (signifikante bzw. nicht signifikante Forderungen). Die OLB unterscheidet daher das Mengenkreditgeschäft mit nahezu gleich verteiltem Risiko (homogenes Portfolio), das Einzelkreditgeschäft mit individuellem Risikogehalt (nicht homogenes Kreditportfolio) und die Länderrisiken (s. u.) sowie die dazugehörigen Vorsorgearten:

Nicht homogenes Portfolio

Zur Berücksichtigung festgestellter individuell signifikanter Ausfälle werden im nicht-homogenen Portfolio Einzelwertberichtigungen (Specific Loan Loss Provisions = SLLP) gebildet. Die Höhe bemisst sich – unter Berücksichtigung der diskontierten Sicherheitenwerte – nach dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert der Forderung und dem Barwert der erwarteten Zahlungseingänge auf diese Forderung. Darüber hinaus werden für Wertminderungen im nicht individuell vorgesorgten Forderungsvolumen Portfoliowertberichtigungen (General Loan Loss Provisions = GLLP) gebildet, da erwartet werden muss, dass Ausfälle am Bilanzstichtag zwar schlagend geworden sind, diese aber noch nicht identifiziert werden können. Für die Beurteilung der Wertminderung fasst die Bank finanzielle Vermögenswerte mit ähnlichen Risikoeigenschaften zusammen. Die Höhe der Risikovorsorge für das nicht homogene Portfolio ergibt sich unter Berücksichtigung der diskontierten Sicherheitenwerte aus den historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten und abgeleiteten Verlustquoten.

Den ermittelten Ausfällen des homogenen Portfolios wird mit pauschalierten Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Darüber hinaus werden Pauschalwertberichtigungen für am Bilanzstichtag zwar vorhandene, aber noch nicht identifizierte Ausfälle gebildet. Beide Risikovorsorgebeträge zusammen bilden die Portfolio Loan Loss Provision (PLLP). Die Höhe errechnet sich – unter Berücksichtigung von Sicherheiten – aus den historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten und abgeleiteten Verlustquoten. Wertberichtigte Kredite werden spätestens nach Ablauf von definierten Fristen einzeln bewertet und mit einer Specific Loan Loss Provision (SLLP) bevorsorgt. Die Länge der Fristen ist insbesondere abhängig von der Besicherung und von den Erfahrungswerten.

Homogenes Portfolio

Die Parameter zur Ermittlung der GLLP, PLLP und Rückstellungen auf Avale werden jährlich aktualisiert. Für die GLLP und PLLP wird bei Bedarf zusätzlich ein Risikozuschlag im Sinne von IAS 39 AG 89 zur Berücksichtigung konjunkturell bedingter, höherer Insolvenzwahrscheinlichkeiten einkalkuliert. Im Rahmen der Bewertung des Seeschiffsportfolios wurden im Berichtsjahr die Annahmen zur Erholung der Charterraten geändert. Hinsichtlich der erwarteten Erholung der Charterraten wurde bisher ein Anstieg auf das langfristige historische Charterrateniveau (10-Jahres-Durchschnitt) innerhalb von vier Kalenderjahren modelliert. Für den Abschluss 2013 wurde ein Erholungszeitraum der Charterraten auf den 10-Jahres-Durchschnitt von fünf Kalenderjahren zugrunde gelegt. Da die Erholung im Jahr 2014 nicht wie erwartet eingetreten ist, wurde die erwartete Erholungsdauer um ein Jahr verlängert, sodass auch für den Jahresabschluss 2014 eine Erholungsdauer von fünf Kalenderjahren zugrunde gelegt wird. Aus der Änderung dieser rechnungslegungsbezogenen Schätzung resultierte eine zusätzliche Risikovorsorge von 2,2 Mio. Euro.

Jährliche Schätzung der Parameter

Die Länderrisikovorsorge bildet das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko von Forderungen gegenüber Kreditnehmern mit Sitz im Ausland ab. Die Höhe der Vorsorge wird – unter Berücksichtigung werthaltiger Sicherheiten und einer eventuell bestehenden Kundenrisikovorsorge – als erwartete Ausfallquote (Länderrisikovorsorgequote) auf die Kundeninanspruchnahme berechnet. Zum Bilanzstichtag war eine Länderrisikovorsorge nicht erforderlich.

Länderrisiken

Sobald eine Forderung uneinbringlich ist, wird sie zu Lasten einer bestehenden Einzelwertberichtigung, einer bilanziellen Abschreibung oder aber direkt zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung ausgebucht. Eine Ausbuchung der Forderungen erfolgt, wenn eine Forderung gekündigt und uneinbringlich ist und

Ausbuchung von Forderungen

- aus einem bestehenden Insolvenzverfahren kein Zufluss mehr erwartet werden kann und hierfür die Stellungnahme des Insolvenzverwalters vorliegt,
- eine eidesstattliche Versicherung (Abgabe des Vermögensverzeichnisses) des Kreditnehmers vorliegt,
- der Gerichtsvollzieher fruchtlos vollstreckt hat und nichts mehr einzutreiben ist,
- der Schuldner in einem Schuldnerverzeichnis des betreffenden Bundeslandes aufgeführt ist und
- das Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnet wurde.

Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam in der Position Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Eingänge auf abgeschriebene Forderungen

Die Bank nimmt in signifikanten Einzelfällen bei bestimmten Forderungen, die aufgrund verschlechterter wirtschaftlicher Verhältnisse des Kreditnehmers sonst überfällig oder wertgemindert würden, eine Neuverhandlung der Vertragskonditionen vor. Beispielsweise im Rahmen von Flex- und Unterstützungsdarlehen bei Schiffsfinanzierungen nutzt die Bank Instrumente der temporären Zins- bzw. Kapitalstundung, gegebenenfalls im Rahmen einer Verlängerung der Laufzeit an den Kreditnehmer. Die Verwendung der Instrumente setzt voraus, dass mit der Kreditvergabe grundsätzlich die Aussicht auf eine erfolgreiche Kreditbedienung und -rückzahlung verbunden ist. In jedem Fall erfolgt eine Prüfung auf Wesentlichkeit der Veränderung der Kreditvereinbarung. Sofern der Barwert des Flex- bzw. Unterstützungsdarlehens sich um 10,0% oder mehr gegenüber dem Barwert der ursprünglichen Kreditvereinbarung(en) verschlechtert, ist von einer wesentlichen Veränderung der ursprünglichen Kreditvereinbarung auszugehen.

Restrukturierung von Forderungen

Darüber hinaus werden auch qualitative Kriterien zur Beurteilung einer wesentlichen Veränderung der ursprünglichen Kreditvereinbarung herangezogen. Der zusätzliche Risikovorsorgeaufwand aus wesentlichen Veränderungen der Kreditvereinbarung („Fair Value Hit“) ergibt sich aus einer Anpassung des Diskontierungszinses auf den risikoadjustierten Zins als ursprünglichem Effektivzinssatz. Dies entspricht der Logik, dass das ursprüngliche Finanzinstrument ausgebucht und das neue Finanzinstrument zum beizulegenden Zeitwert eingebucht wird. Der beizulegende Zeitwert verlangt die Verwendung des risikoadjustierten Zinses für die Diskontierung. Bei unveränderter Cashflow-Schätzung ergibt sich aus Zeitablauf und der damit verbundenen Barwertänderung eine Auflösung des Fair Value Hit, der vom Sinngehalt der geforderten Amortisation entspricht. Eine weitere Anpassung des risikoadjustierten Zinses ergibt sich nur, wenn aufgrund der neuen Finanzierungsstruktur eine erneute wesentliche Veränderung der Kreditvereinbarung festgestellt wird. In einem Fall kam es zu einer wesentlichen Veränderung der ursprünglichen Kreditvereinbarung.

Sachanlagen

Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung werden zu fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgewiesen. Nachträgliche Anschaffungs- / Herstellungskosten werden aktiviert, soweit sie den wirtschaftlichen Nutzen der entsprechenden Vermögenswerte erhöhen. Reparaturen, Wartungen und andere Instandhaltungskosten werden als Aufwand der jeweiligen Periode erfasst. Sachanlagen werden – entsprechend der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzung – über folgende Zeiträume linear abgeschrieben:

- Gebäude 25 bis 50 Jahre
- Betriebs- und Geschäftsausstattung 3 bis 13 Jahre.

Die Abschreibungen sind unter den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen. Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf von Sachanlagen bzw. bei selbst genutzten Grundstücken und Gebäuden werden unter den Übrigen Erträgen oder den Übrigen Aufwendungen ausgewiesen.

Immaterielle Vermögenswerte

Unter dieser Position weist die OLB erworbene Software und eine erworbene Domain aus. Die Software wird unter den Sonstigen Verwaltungsaufwendungen linear über die voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Der Wert der Domain wird nicht abgeschrieben.

Nach erstmaligem Ansatz zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden immaterielle Vermögenswerte mit diesen historischen Werten abzüglich aller kumulierten planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen angesetzt. Grundsätzlich werden Hostanwendungen über sieben Jahre und Client-Server-Anwendungen über fünf Jahre abgeschrieben. Die Kosten für die Wartung der Softwareprogramme werden bei Anfall erfolgswirksam erfasst.

Verzinsliche und unverzinsliche Verbindlichkeiten

Verzinsliche und unverzinsliche Verbindlichkeiten werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung direkt zurechenbarer Transaktionskosten bilanziert. Ein Disagio wird zeitanteilig gemäß der Effektivzinsmethode erfolgswirksam abgegrenzt.

Rückstellungen

Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, wenn der Konzern bestehende rechtliche oder faktische Verpflichtungen hat, die aus zurückliegenden Transaktionen oder Ereignissen resultieren. Bei diesen Rückstellungen ist es wahrscheinlich, dass zur Erfüllung der Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen erforderlich ist und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Rückstellungen unterliegen einer jährlichen Überprüfung und Neufestsetzung.

Rückstellungen für Bonitätsrisiken in außerbilanziell abgebildeten Kreditzusagen werden zu Lasten der Risikovorsorge im Kreditgeschäft gebildet. Die übrigen Zuführungen zu den Rückstellungen werden grundsätzlich dem Verwaltungsaufwand und gegebenenfalls dem Zins- und Provisionsaufwand belastet. Auflösungen werden unter den Positionen, unter denen die Rückstellungen gebildet wurden, erfasst.

Die Mehrzahl der Mitarbeiter des Konzerns ist in eine betriebliche Altersversorgung eingebunden, die in Form von Altersversorgungs-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenrenten gezahlt wird. Der andere Teil der Mitarbeiter erhält eine Kapitalzusage, die bei Erreichen der Altersgrenze, bei Erwerbsunfähigkeit oder bei Tod ausgezahlt wird.

Altersversorgungs- verpflichtungen

Pensionspläne werden im Allgemeinen durch Zahlungen der entsprechenden Konzerngesellschaften finanziert, darüber hinaus gibt es auch Regelungen mit Eigenbeiträgen der Mitarbeiter.

Für die versicherungsmathematische Berechnung des Barwertes der erdienten Pensionsansprüche, des Netto-Pensionsaufwands sowie ggf. der Mehrkosten aus Änderungen leistungsorientierter Pensionspläne werden die Pensionsverpflichtungen jährlich von unabhängigen qualifizierten Versicherungsmathematikern nach der Projected-Unit-Credit-Method berechnet, es handelt sich dabei um ein Anwartschaftsansammlungsverfahren.

Die Pensionsverpflichtung wird zum Barwert der zum Bewertungsstichtag erdienten Pensionsansprüche angesetzt. Dabei werden ein den aktuellen Marktkonditionen entsprechender Zinssatz (für fristenkongruente, erstklassige, festverzinsliche Industrieanleihen) angewandt und angenommene Lohn- und Gehaltssteigerungen, Rententrends und erwartete Erträge des Planvermögens berücksichtigt. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste – die sich aus erfahrungsbedingten Anpassungen, Änderungen versicherungsmathematischer Annahmen und Planänderungen ergeben – werden im Kumulierten Sonstigen Ergebnis erfasst. Der Pensionsaufwand wird unter dem Verwaltungsaufwand als Aufwendungen für Altersversorgung ausgewiesen.

Darüber hinaus erwerben Mitarbeiter eine Anwartschaft auf Versorgungsansprüche aufgrund einer mittelbaren Versorgungszusage. Zur Finanzierung werden unter Beteiligung der Mitarbeiter festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger, unter anderem an den Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G., Berlin, geleistet. Die Beiträge an die externen Versorgungsträger werden als laufender Aufwand erfasst und in der Position „Verwaltungsaufwand“ als Aufwendungen für Altersversorgung ausgewiesen.

Vermögenswerte und Schulden, die der Konzern im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung hält, sind nicht in die Bilanz aufgenommen. Die im Rahmen dieser Geschäfte angefallenen Vergütungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Provisionsertrag ausgewiesen.

Treuhandgeschäft

In der Kapitalflussrechnung wird die Veränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des OLB-Konzerns durch die Zahlungsströme aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit dargestellt. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode aus dem Konzernabschluss generiert. Die Zahlungsströme der Investitionstätigkeit, die nach der direkten Methode ermittelt werden, umfassen vor allem Erlöse aus der Veräußerung sowie Zahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen und Sachanlagen. Die Finanzierungstätigkeit, die ebenfalls nach der direkten Methode ermittelt wird, bildet sämtliche Zahlungsströme aus Transaktionen mit Eigenkapital sowie mit Nachrangkapital und Genussrechtskapital ab. Alle übrigen Zahlungsströme werden – internationalen Usancen für Kreditinstitute entsprechend – der laufenden Geschäftstätigkeit zugeordnet. Die dargestellten Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen den Kassenbestand und das Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Angaben zur Kapitalflussrechnung

Schätzunsicherheiten und Ermessensentscheidungen	Schätzunsicherheiten und Ermessensentscheidungen bestehen insbesondere bei zukunftsbezogenen Annahmen. Diese wirken sich unter anderem bei der Bestimmung beizulegender Zeitwerte (Fair Values) sowie im Rahmen der Ermittlung von Pensionsverpflichtungen, bei der Bestimmung der angenommenen Zahlungszeitpunkte und Zahlungsströme sowie der notwendigen Höhe für Rückstellungen, im Rahmen der Risikovorsorgeermittlung und beim Ansatz von latenten Steuern aus.
Angaben zu Art und Ausmaß der Risiken	Zusätzlich zu den in einzelnen Anhangangaben enthaltenen Darstellungen zu Risiken aus dem Einsatz von Finanzinstrumenten enthält der Risikobericht weiterführende qualitative und quantitative Informationen, insbesondere zu Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken.
Änderungen im Ausweis der Rechnungslegung	<p>Im Konzernfinanzbericht 2013 wurde erstmalig der Bestand an bilanzieller Abschreibung als Risikovorsorgebestand ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2014 wurde der Prozess der Erfassung einer bilanziellen Abschreibung abgeschafft und die bis dahin hierfür ausgewiesenen Risikovorsorgebestände wurden in Höhe von 107,3 Mio. Euro in den SLLP-Bestand umgebucht. Der Prozess der Ausbuchung von Forderungen bei Uneinbringlichkeit auf Kundenkontoebene wurde hiervon nicht berührt.</p> <p>Da Forderungen an Kunden und Kreditinstitute in der Bilanz netto nach Risikovorsorge dargestellt werden, ergaben sich keine Änderungen von Posten im Abschluss. Ebenso wenig ergab sich eine Änderung des unverwässerten oder verwässerten Ergebnisses je Aktie.</p> <p>Eine bilanzielle Abschreibung erfolgte bis zur Umstellung in der OLB in Anlehnung an Regelungen der US-GAAP im inhomogenen Portfolio</p> <ul style="list-style-type: none"> • spätestens 1 Jahr nach erstmaliger Bildung einer Risikovorsorge oder • spätestens 1/2 Jahr nach Kündigung <p>und im homogenen Portfolio bei wesentlicher Überziehung oder Eskalation</p> <ul style="list-style-type: none"> • nach 2 Jahren bei überwiegend dinglicher Besicherung oder • nach 1/2 Jahr bei nicht überwiegend dinglicher Besicherung. <p>Der Wegfall dieser Fristenregelung und die Angleichung an die vergleichbare und geübte Praxis im europäischen Bankenraum stellen eine rückwirkend vorzunehmende Änderung der Rechnungslegungsmethode gemäß IAS 8.14(b) in Verbindung mit IAS 8.19(b) und IAS 8.20 dar. Da sich die rückwirkenden Änderungen lediglich in Form von Verschiebungen innerhalb des Risikovorsorgebestands und innerhalb des Risikovorsorgeergebnisses auswirken, ergeben sich keine Auswirkungen auf in der Bilanz- und Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Posten des Vorjahres, ebenso wenig auf die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung oder die Segmentberichterstattung. Auswirkungen ergeben sich somit ausschließlich in den Anhangangaben zum Risikovorsorgebestand bzw. zum Risikovorsorgeergebnis. Nach dieser Ausweisänderung stimmt die bilanzielle Behandlung der Uneinbringlichkeit von Forderungen mit der bei der OLB bereits praktizierten Behandlung auf Kundenkontoebene überein.</p>

Die Änderungen innerhalb des ausgewiesenen Risikovorsorgebestandes ergeben sich wie folgt:

Mio. Euro	SLLP	PLLP	GLLP	Rückstellungen	Bilanzielle Abschreibungen	Risikovorsorgebestand
Bestand zum 1. Januar 2013	46,5	13,0	18,1	3,9	104,3	185,8
Verbrauch	37,4	15,9	—	0,2	31,7	85,2
Auflösungen	10,3	—	1,8	1,7	14,7	28,5
Auflösungen aus Unwinding	3,6	—	—	—	0,3	3,9
Zuführungen	94,4	13,3	0,7	4,6	49,7	162,7
Umbuchung	—	—	—	—	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2013	89,6	10,4	17,0	6,6	107,3	230,9
Anpassung nach IAS 8	107,3	—	—	—	-107,3	—
Bestand zum 1. Januar 2014	196,9	10,4	17,0	6,6	—	230,9
Verbrauch	44,0	3,7	—	—	—	47,7
Auflösungen	27,3	—	0,2	3,2	—	30,7
Auflösungen aus Unwinding	3,8	—	—	—	—	3,8
Zuführungen	70,4	1,0	0,3	1,0	—	72,7
Umbuchung ¹	-0,9	—	-0,1	—	—	-1,0
Bestand zum 31. Dezember 2014	191,3	7,7	17,0	4,4	—	220,4

¹ Die Umbuchungen im Jahr betreffen eine Umbuchung von Risikovorsorgebeständen im Rahmen der Anwendung des IFRS 5 in die Vermögenswerte einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe.

02 Zinsüberschuss

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung und Segmentberichterstattung

Mio. Euro	2014	2013
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	400,5	425,3
wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten ¹	1,5	3,6
abgeschriebenen finanziellen Vermögenswerten ¹	2,3	0,3
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	32,8	39,7
Zinsswaps	16,1	13,6
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	1,1	0,8
Sonstiges	0,5	0,6
Zinserträge insgesamt	454,8	483,9
Zinsaufwendungen für		
Einlagen	158,4	175,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	5,3	7,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	11,1	12,4
Zinsswaps	39,3	47,0
Sonstiges	3,5	3,3
Zinsaufwendungen insgesamt	217,6	246,2
Zinsüberschuss	237,2	237,7

¹ Aufgelaufen gemäß IAS 39 (Unwinding)

Der gesamte Zinsertrag für finanzielle Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 438,7 Mio. Euro (Vorjahr: 470,3 Mio. Euro). Der gesamte Zinsaufwand für finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 178,3 Mio. Euro (Vorjahr: 199,2 Mio. Euro).

Mio. Euro	2014	2013
Wertpapiergeschäft	13,6	35,4
Erträge	16,0	38,7
Aufwendungen	2,4	3,3
Vermögensverwaltung	11,7	11,0
Erträge	12,0	12,0
Aufwendungen	0,3	1,0
Zahlungsverkehr	25,1	26,4
Erträge	27,6	28,5
Aufwendungen	2,5	2,1
Auslandsgeschäft	2,2	2,2
Erträge	2,2	2,2
Aufwendungen	—	—
Versicherungs-, Bauspar-, Immobiliengeschäft	12,8	14,0
Erträge	18,2	18,5
Aufwendungen	5,4	4,5
Kreditkartengeschäft	1,6	1,5
Erträge	4,1	4,5
Aufwendungen	2,5	3,0
Treuhandgeschäft und andere treuhänderische Tätigkeiten	—	—
Erträge	—	—
Aufwendungen	—	—
Sonstiges	3,9	-9,5
Erträge	14,0	10,8
Aufwendungen	10,1	20,3
Provisionsüberschuss	70,9	81,0
Erträge	94,1	115,2
Aufwendungen	23,2	34,2

03 Provisionsüberschuss

Die OLB stellt seit dem 1. Juli 2013 das regulatorische Haftungsdach für den Vertrieb von AGI-Produkten durch die selbstständigen Vertreter der Allianz. Für die Sicherstellung der Wertpapier-Compliance und den damit verbundenen Aufwand erhielt die OLB einen sonstigen Provisionsertrag von 1,0 Mio. Euro (Vorjahr: 0,5 Mio. Euro für 6 Monate). Die Vertreterprovisionen für diese Produkte unter dem Haftungsdach werden im rechtlichen Außenverhältnis von der OLB geschuldet. Hierfür fielen sonstige Provisionsaufwendungen in Höhe von 8,0 Mio. Euro (Vorjahr: 3,2 Mio. Euro für 6 Monate) an. In identischer Höhe erhielt die OLB sonstige Provisionserträge als Ausgleich von der Allianz.

Der gesamte Provisionsertrag für finanzielle Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 3,9 Mio. Euro (Vorjahr: 3,8 Mio. Euro). Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Avalprovisionen.

04 Laufendes Handelsergebnis

Bei der Fair Value-Ermittlung von Handelsaktiva und Handelspassiva werden grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die Fair Values nach der Barwertmethode oder anhand geeigneter Optionspreismodelle ermittelt. Im Handelsergebnis ist neben dem realisierten Ergebnis auch das Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten der OLB enthalten, die der Bewertungskategorie „Held for Trading“ zugeordnet sind.

Das Zinsergebnis im Handel resultiert aus laufenden Aufwendungen und Erträgen bei Zinsprodukten.

Handelsbezogene Provisionen bestehen aus Aufwendungen der Bank für die Börsenabwicklung und verdienten Margen im Devisen- und Edelmetallgeschäft.

Die Position „Effekt aus Grundgeschäften und Derivaten zur Steuerung des Zinsbuches“ zeigt die Bewertungsänderungen dieser Geschäfte.

In der Position Sonstiges sind im Wesentlichen Ergebnisse aus Sicherungsgeschäften bezüglich der aktienbasierten Vorstandsvergütung abgebildet.

04 a Laufendes Handelsergebnis nach Produkten

Mio. Euro	2014	2013
Handel in Zinsprodukten	-0,4	0,1
Devisen- und Edelmetallgeschäft	2,1	2,1
Effekt aus Grundgeschäften und Derivaten zur Steuerung des Zinsbuches	2,8	0,9
Sonstiges	-0,3	0,4
Laufendes Handelsergebnis	4,2	3,5

04 b Laufendes Handelsergebnis nach Realisierungs- und Bewertungs- ergebnis

Mio. Euro	2014	2013
Realisierungsergebnis (netto)	-0,4	0,3
Bewertungsergebnis (netto) ¹	2,8	1,0
Zuschreibungen	4,6	4,0
Abschreibungen	1,8	3,0
Zinsergebnis im Handel	0,1	0,7
Handelsbezogene Provisionen	1,8	1,6
Wechselkursveränderungen aus der Fremdwährungsumrechnung	-0,1	-0,1
Laufendes Handelsergebnis	4,2	3,5

¹ Inklusive Effekt aus Grundgeschäften und Derivaten zur Steuerung des Zinsbuches

Die im Handelsergebnis enthaltenen Ineffektivitäten aus dem Hedge Accounting werden in der Anhangsangabe zum Derivategeschäft erläutert.

05 Übrige Erträge

Mio. Euro	2014	2013
Übrige Erträge	0,4	17,6

Die Übrigen Erträge des Vorjahres bestehen im Wesentlichen aus Erstattungen für die Übernahme des laufenden Ergebnisses der Allianz Bank durch die Allianz Deutschland AG in Höhe von 17,3 Mio. Euro.

Mio. Euro	2014	2013
Löhne und Gehälter	104,4	111,5
Soziale Abgaben	19,8	22,1
Gratifikationen, Boni	14,3	17,5
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	15,0	15,9
Laufender Personalaufwand insgesamt	153,5	167,0
IT-Aufwendungen	15,2	18,6
Aufwendungen für Vertriebsunterstützung und Serviceleistungen im Rahmen des Allianz-Konzernverbundes	—	8,1
Raumkosten	12,2	15,0
Aufwendungen für Werbung und Repräsentation	4,3	5,3
Aufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung	3,0	3,5
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	35,4	32,7
Sachaufwand vor Laufenden Abschreibungen	70,1	83,2
Laufende Abschreibungen auf Sachanlagen und Immaterielle Vermögenswerte	14,3	13,9
Übrige Aufwendungen	6,7	1,9
Laufende Aufwendungen	244,6	266,0

o6 Laufende Aufwendungen

In den sonstigen Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen Kosten für die Einlagensicherung und Bankenabgabe sowie Kosten für die technische Führung von Kundenkonten und Kundenzahlungsverkehr (EC-Karten, Postversand von Kontoauszügen und Belegbearbeitung von Überweisungsaufträgen) enthalten. Außerdem enthält diese Position Aufwendungen für eingekaufte Dienstleistungen und Beratung, sowie Ausbildungs- und Reisekosten und Kosten für die Nutzung von Marktinformationssystemen.

Bei den übrigen Aufwendungen handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen zur Vorsorge für Prozesskosten und -risiken. Der Anstieg im Jahr 2014 auf 6,7 Mio. Euro (Vorjahr: 1,9 Mio. Euro) ist im Wesentlichen auf die im Rahmen der aktuellen Rechtsprechung zum Verbraucherschutz erwarteten Aufwendungen zurückzuführen.

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die OLB – ohne Auszubildende – 2.347 Mitarbeiter (Vorjahr: 2.619). Dies entspricht einer Mitarbeiterkapazität von 1.915 (Vorjahr: 2.125) Vollzeitäquivalenten.

07 Risikovorsorge
im Kreditgeschäft

Mio. Euro	2014	2013 ¹	2013
Nettoergebnis aus Wertberichtigungen	44,2	81,6	96,3
Zuführungen zu Wertberichtigungen	71,7	108,4	108,4
Auflösungen von Wertberichtigungen	27,5	26,8	12,1
Nettoergebnis aus Rückstellungen	-2,2	2,9	2,9
Zuführungen zu Rückstellungen	1,0	4,6	4,6
Auflösungen von Rückstellungen	3,2	1,7	1,7
Direktabschreibungen	0,1	0,1	0,1
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	3,1	3,1	17,8
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	39,0	81,5	81,5

¹ Nach Anpassung gemäß IAS 8 – vgl. hierzu auch Anhangangabe (1) „Grundlagen der Rechnungslegung“

08 Ergebnis aus
Restrukturierung

Mio. Euro	2014	2013
Ergebnis aus Restrukturierung	3,0	-90,3
Ausgleich Restrukturierungsaufwand	—	90,3

Das im Berichtsjahr ausgewiesene Ergebnis aus Restrukturierung ergab sich per saldo aus Rückstellungszuführungen zum Programm „Filiale 2.0“ zur Modernisierung des Privatkundengeschäftes in Höhe von 4,1 Mio. Euro und Rückstellungsaufhebungen von 6,9 Mio. Euro für geplante, aber nicht benötigte Maßnahmen im Zusammenhang mit der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank, weiteren Auflösungen aus alten Restrukturierungsprogrammen in Höhe von 0,8 Mio. Euro und laufenden Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 0,6 Mio. Euro, die nicht rückstellungsfähig waren.

09 Realisiertes Ergebnis
aus Finanzanlagen
und Nicht laufendes
Handelsergebnis

Das Ergebnis aus Finanzanlagen umfasst Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestandes, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, sowie den nicht laufenden Teil des Handelsergebnisses. In der Position Nicht laufendes Handelsergebnis sind die Komponenten enthalten, die nicht dem Laufenden Handelsergebnis zuzurechnen sind. Hier werden Handelsergebnisbeiträge der Spezialfonds AGI-Fonds Weser-Ems und Ammerland abgebildet, die aus dem Abschluss von Derivategeschäften resultieren.

Mio. Euro	2014	2013
Realisierungsergebnis (netto)	3,4	17,0
Bewertungsergebnis (netto)	-0,2	-0,1
Zuschreibungen	—	—
Abschreibungen	0,2	0,1
Realisiertes Ergebnis aus Finanzanlagen	3,2	16,9
Realisierungsergebnis (netto)	-0,2	-0,1
Bewertungsergebnis (netto)	-0,4	—
Zuschreibungen	—	—
Abschreibungen	0,4	—
Nicht laufendes Handelsergebnis	-0,6	-0,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	2,6	16,8

Das Realisierungsergebnis in Höhe von 3,4 Mio. Euro (Vorjahr: 17,0 Mio. Euro) im Realisierten Ergebnis aus Finanzanlagen resultiert aus Realisierungen von Wertpapieren der Kategorie „Available-for-Sale“ (AFS). Das Bewertungsergebnis liegt bei –0,2 Mio. Euro (Vorjahr: –0,1 Mio. Euro).

Das Realisierungsergebnis in Höhe von –0,2 Mio. Euro (Vorjahr: –0,1 Mio. Euro) im Nicht laufenden Handelsergebnis resultiert aus dem Ergebnis bei Verkauf oder Fälligkeit von Derivaten in den Spezialfonds. Das Bewertungsergebnis liegt bei –0,4 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro).

Mio. Euro	2014	2013
Ergebnis aus dem zur Veräußerung bestimmten Wertpapierbestand	3,2	16,9
Veräußerungs- und Bewertungsergebnis aus verbundenen Unternehmen	—	—
Ergebnis aus sonstigen Finanzanlagen	—	—
Nicht laufendes Handelsergebnis	–0,6	–0,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	2,6	16,8

Mio. Euro	2014	2013
Tatsächliche Steuern (lfd. Jahr)	10,9	3,5
Tatsächliche Steuern (Vorjahre)	1,7	–0,5
Latente Steuern (lfd. Jahr)	0,2	–2,5
Latente Steuern (Vorjahre)	–3,0	–0,1
Steuern	9,8	0,4

10 Steuern

Für das unverwässerte sowie verwässerte Ergebnis je Aktie wird der Gewinn durch die während des Geschäftsjahres im Umlauf befindliche durchschnittliche gewichtete Aktienanzahl dividiert.

	2014	2013
Gewinn (Mio. Euro)	24,9	8,7
Durchschnittliche Stückzahl im Umlauf befindlicher Aktien (Mio. Stück)	23,3	23,3
Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie (Euro)	1,07	0,37

11 Unverwässertes sowie verwässertes Ergebnis je Aktie

Es gibt keine Verwässerungseffekte im OLB-Konzern. Ein differenzierter Ausweis des Ergebnisses je Aktie ergibt sich somit nicht.

12 Segmentberichterstattung

Zu Grundlagen und Methoden der Segmentberichterstattung verweist die Bank auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aus Note (1).

Mio. Euro	1.1. – 31.12.2014					
	Privat- und Geschäftskunden	Private Banking & freie Berufe	Firmenkunden	Zentrale und Sonstiges Betrieb und Steuerung	nicht berichts- pflichtige Segmente	OLB- Konzern Gesamt
Zinsüberschuss	85,9	26,8	115,7	—	8,8	237,2
Provisionsüberschuss und Sonstige Erträge	32,6	19,0	15,9	—	8,0	75,5
Laufende Erträge	118,5	45,8	131,6	—	16,8	312,7
Laufender Personalaufwand	46,0	12,8	15,9	63,5	15,3	153,5
Sachaufwand und Sonstige Aufwendungen	18,8	3,3	2,8	53,7	12,5	91,1
Laufende Aufwendungen	64,8	16,1	18,7	117,2	27,8	244,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2,4	–0,1	14,5	—	22,2	39,0
Ergebnis aus Restrukturierung ¹	—	—	—	—	3,0	3,0
Ausgleich Restrukturierungsaufwand	—	—	—	—	—	—
Operatives Ergebnis	51,3	29,8	98,4	–117,2	–30,2	32,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	—	—	—	—	2,6	2,6
Segmentergebnis	51,3	29,8	98,4	–117,2	–27,6	34,7
Segmentvermögen in Mrd. Euro	3,8	0,8	5,4	—	4,1	14,1
Segmentsschulden in Mrd. Euro	2,3	1,1	2,3	—	7,8	13,5
Cost-Income-Ratio in %	54,7	35,2	14,2	k. A.	165,5	78,2
Risikokapital (Durchschnitt) ²	45,9	19,5	251,9	—	210,9	496,8
Risikoaktiva (Durchschnitt)	812,8	236,6	3.018,2	—	1.829,5	5.897,1

¹ Nettoauflösung von Restrukturierungsrückstellungen im Jahr 2014

² Gesamtsumme Konzern < Summe der Segmente, da das Risikokapital wegen Diversifizierungseffekten nicht additiv ist.

	1.1. – 31.12.2013					
	Privat- und Geschäftskunden	Private Banking & freie Berufe	Firmenkunden	Zentrale und Sonstiges Betrieb und Steuerung	nicht berichtspflichtige Segmente	OLB-Konzern Gesamt
Mio. Euro						
Zinsüberschuss	84,0	25,6	113,8	—	14,3	237,7
Provisionsüberschuss und Sonstige Erträge	34,4	19,0	15,5	—	33,2	102,1
Laufende Erträge	118,4	44,6	129,3	—	47,5	339,8
Laufender Personalaufwand	47,9	12,5	15,9	60,6	30,1	167,0
Sachaufwand und Sonstige Aufwendungen	18,9	3,7	2,9	50,4	23,1	99,0
Laufende Aufwendungen	66,8	16,2	18,8	111,0	53,2	266,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	4,2	1,4	24,6	—	51,3	81,5
Ergebnis aus Restrukturierung	—	—	—	—	–90,3	–90,3
Ausgleich Restrukturierungsaufwand ¹	—	—	—	—	90,3	90,3
Operatives Ergebnis	47,4	27,0	85,9	–111,0	–57,0	–7,7
Ergebnis aus Finanzanlagen	—	—	—	—	16,8	16,8
Segmentergebnis	47,4	27,0	85,9	–111,0	–40,2	9,1
Segmentvermögen in Mrd. Euro	3,7	0,7	5,4	—	4,4	14,2
Segmentschulden in Mrd. Euro	2,2	1,0	1,8	—	8,6	13,6
Cost-Income-Ratio in %	56,4	36,3	14,5	k.A.	112,0	78,3
Risikokapital ²	42,7	16,8	247,3	—	182,9	456,5
Risikoaktiva (Durchschnitt)	914,5	236,2	3.370,7	—	1.796,9	6.318,3

¹ Im Rahmen des von der Allianz Deutschland gezahlten Verlustausgleiches für die Restrukturierungsaufwendungen der Allianz Bank

² Gesamtsumme Konzern < Summe der Segmente, da das Risikokapital wegen Diversifizierungseffekten nicht additiv ist. Der Wert bezieht sich auf Stand Dezember 2013 nach Einführung des ökonomischen Risikomodells für die Segmente und stellt somit keinen Jahresdurchschnitt dar.

Wesentliche zahlungsunwirksame Posten vor Steuern, bei denen es sich nicht um planmäßige Abschreibungen handelt:

Mio. Euro	1.1. – 31.12.2014					
	Privat- und Geschäftskunden	Private Banking & freie Berufe	Firmenkunden	Zentrale und Sonstiges Betrieb und Steuerung	nicht berichtspflichtige Segmente	OLB-Konzern Gesamt
Zuführung aktivische Risikovorsorge	6,3	0,6	26,4	—	38,4	71,7
Auflösung aktivische Risikovorsorge	0,4	0,3	3,3	—	6,7	10,7
Rückstellungsbildung	1,9	0,4	0,6	37,4	—	40,3
Rückstellungsauflösung	—	—	—	24,2	—	24,2
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Handelsinstrumente	—	—	—	—	2,8	2,8
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Finanzanlagen	—	—	—	—	-0,6	-0,6
Zinsertrag aus Zinsabgrenzungen	0,4	0,1	0,6	—	30,2	31,3
Zinsaufwand aus Zinsabgrenzungen	0,3	0,1	0,2	—	46,3	46,9

Mio. Euro	1.1. – 31.12.2013					
	Privat- und Geschäftskunden	Private Banking & freie Berufe	Firmenkunden	Zentrale und Sonstiges Betrieb und Steuerung	nicht berichtspflichtige Segmente	OLB-Konzern Gesamt
Zuführung aktivische Risikovorsorge	8,9	2,0	31,3	—	66,2	108,4
Auflösung aktivische Risikovorsorge	0,5	—	2,4	—	9,2	12,1
Rückstellungsbildung	1,5	0,3	0,4	112,2	—	114,4
Rückstellungsauflösung	—	—	—	10,0	—	10,0
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Handelsinstrumente	—	—	—	—	1,0	1,0
Nettobetrag aus Zuschreibungen und Abschreibungen auf Finanzanlagen	—	—	—	—	-0,1	-0,1
Zinsertrag aus Zinsabgrenzungen	0,6	0,1	0,8	—	36,2	37,7
Zinsaufwand aus Zinsabgrenzungen	0,4	0,2	0,4	—	56,0	57,0

Außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,3 Mio. Euro) betrafen die Zentrale und Sonstiges.

Im Lagebericht werden die wesentlichen Ergebniskomponenten der Segmente erläutert.

Angaben zur Bilanz – Aktiva

Mio. Euro	2014	2013
Kassenbestand	103,9	87,1
Guthaben bei Zentralnotenbanken	89,0	225,2
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	89,0	225,2
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	192,9	312,3

13 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Die Guthaben bei der Deutschen Bundesbank dienen unter anderem dazu, die Mindestreserveanforderungen zu erfüllen.

Handelsaktiva beinhalten Bestände aus dem Kundengeschäft mit Devisen und Zinssicherungsinstrumenten sowie ggf. positive Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung.

14 Handelsaktiva

Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten sind unter den Handelsaktiva ausgewiesen. Zinszahlungen der als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivate zur Steuerung des Zinsbuches werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Mio. Euro	2014	2013
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7,6	6,6
Positive Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	7,3	7,1
Handelsaktiva	14,9	13,7

Mio. Euro	2014			2013		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Börsen- und Zahlungsabwicklung	16,1	3,2	19,3	6,1	6,2	12,3
Forderungen aus Reverse-Repo-Geschäften	50,0	—	50,0	245,0	—	245,0
Barsicherheiten gezahlt	92,2	—	92,2	101,8	—	101,8
Sonstige Forderungen	217,3	56,4	273,7	144,4	125,0	269,4
Kredite	—	—	—	—	—	—
Forderungen an Kreditinstitute	375,6	59,6	435,2	497,3	131,2	628,5
abzüglich: Risikovorsorge	0,1	—	0,1	—	—	—
Forderungen an Kreditinstitute (nach Risikovorsorge)	375,5	59,6	435,1	497,3	131,2	628,5

15 Forderungen an Kreditinstitute

16 Forderungen
an Kunden

Mio. Euro	2014			2013		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Firmenkunden	4.154,0	23,5	4.177,5	4.199,7	26,9	4.226,6
Öffentliche Haushalte	12,2	—	12,2	10,9	—	10,9
Privatkunden	6.282,5	44,1	6.326,6	6.249,9	40,6	6.290,5
Forderungen an Kunden	10.448,7	67,6	10.516,3	10.460,5	67,5	10.528,0
abzüglich: Risikovorsorge	215,9	—	215,9	224,3	—	224,3
Forderungen an Kunden (nach Risikovorsorge)	10.232,8	67,6	10.300,4	10.236,2	67,5	10.303,7

Die Forderungen an Kunden werden banküblich besichert. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Grundpfandrechte, schuldrechtliche Sicherungsvereinbarungen, Depots und sonstige Barunterlegungen.

Im Rahmen von Hedge Accounting wurden seit Beginn der Hedgebeziehungen aufgelaufene positive bereinigte Marktwertveränderungen in Höhe von +76,0 Mio. Euro (Vorjahr: +54,7 Mio. Euro) den fortgeführten Anschaffungskosten zugerechnet.

16 a Aufgliederung
nach Branchen
(vor Risikovorsorge)

Mio. Euro	2014			2013		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Verarbeitendes Gewerbe	496,8	4,9	501,7	539,5	4,6	544,1
Baugewerbe	115,2	—	115,2	108,4	—	108,4
Handel	362,5	4,5	367,0	378,0	6,1	384,1
Finanzierungsinstitutionen und Versicherungsunternehmen	6,9	—	6,9	6,2	—	6,2
Transport	417,0	9,7	426,7	421,9	10,1	432,0
Dienstleistungen	1.056,6	4,4	1.061,0	1.075,6	6,2	1.081,8
Energie- und Wasserversorgung	1.366,9	—	1.366,9	1.402,1	—	1.402,1
Sonstige	332,1	—	332,1	267,9	—	267,9
Firmenkunden	4.154,0	23,5	4.177,5	4.199,6	27,0	4.226,6
Öffentliche Haushalte	12,2	—	12,2	10,9	—	10,9
Privatpersonen	6.282,5	44,1	6.326,6	6.250,0	40,5	6.290,5
Forderungen an Kunden	10.448,7	67,6	10.516,3	10.460,5	67,5	10.528,0

16 b Aufgliederung
nach Geschäftsarten
(vor Risikovorsorge)

Mio. Euro	2014			2013		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Kredite	10.423,7	67,6	10.491,3	10.438,8	67,5	10.506,3
darunter: Hypothekendarlehen	—	—	—	—	—	—
darunter: Kommunalkredite	86,0	1,0	87,0	106,9	1,3	108,2
darunter: Andere durch Grundpfandrechte gesicherte Kredite	5.220,5	28,9	5.249,4	5.118,1	29,9	5.148,0
Sonstige Forderungen	25,0	—	25,0	21,7	—	21,7
Forderungen an Kunden	10.448,7	67,6	10.516,3	10.460,5	67,5	10.528,0

Als Sicherheitsleistungen für eigene Verbindlichkeiten wurden Forderungen an Kunden in Höhe von 2.743,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2.841,5 Mio. Euro) übertragen.

Im Kreditvolumen werden nur solche Forderungen gezeigt, für die besondere Kreditvereinbarungen mit den Kreditnehmern geschlossen wurden.

17 Kreditvolumen

Mio. Euro	2014			2013		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Firmenkunden	4.154,0	23,5	4.177,5	4.199,7	26,9	4.226,6
Öffentliche Haushalte	12,2	—	12,2	10,9	—	10,9
Privatkunden	6.282,5	44,1	6.326,6	6.249,6	40,6	6.290,2
Kredite an Kunden	10.448,7	67,6	10.516,3	10.460,2	67,5	10.527,7
Kredite an Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—
Kreditvolumen	10.448,7	67,6	10.516,3	10.460,2	67,5	10.527,7
abzüglich: Risikovorsorge	215,9	—	215,9	224,3	—	224,3
Kreditvolumen (nach Risikovorsorge)	10.232,8	67,6	10.300,4	10.235,9	67,5	10.303,4

Neben der in der Bilanz aktivisch abgesetzten Risikovorsorge in Höhe von 216,0 Mio. Euro (Vorjahr: 117,0 Mio. Euro, nach Anpassung gemäß IAS 8: 224,3 Mio. Euro) sind im Bestand der Risikovorsorge auch die passivisch ausgewiesenen Rückstellungen in Höhe von 4,4 Mio. Euro (Vorjahr: 6,6 Mio. Euro) für Eventualverbindlichkeiten enthalten.

18 Entwicklung des Bestands an Risikovorsorge

Mio. Euro	SLLP	PLL ^P	GLLP ³	Rückstellungen	Bilanzielle Abschreibungen ⁴	Risikovorsorgebestand
Bestand zum 31. Dezember 2013	89,6	10,4	17,0	6,6	107,3	230,9
Anpassungen nach IAS 8	107,3	—	—	—	-107,3	—
Bestand zum 1. Januar 2014	196,9	10,4	17,0	6,6	—	230,9
Verbrauch	44,0	3,7	—	—	—	47,7
Auflösungen ¹	27,3	—	0,2	3,2	—	30,7
Auflösungen aus Unwinding ²	3,8	—	—	—	—	3,8
Zuführungen	70,4	1,0	0,3	1,0	—	72,7
Umbuchung ⁵	-0,9	—	-0,1	—	—	-1,0
Bestand zum 31. Dezember 2014	191,3	7,7	17,0	4,4	—	220,4

¹ Ohne Unwinding

² Zugunsten von Zinserträgen aus wertgeminderten, finanziellen Vermögenswerten, aufgelaufen gemäß IAS 39 (Unwinding)

³ Davon betreffen 0,05 Mio. Euro Zuführungen von Risikovorsorge der Position Forderungen an Kreditinstitute und 0,05 Mio. Euro den Bestand dieser Position.

⁴ Im Geschäftsjahr 2014 wurde der Prozess der Erfassung einer bilanziellen Abschreibung abgeschafft und die bis dahin hierfür ausgewiesenen Risikovorsorgebestände wurden in den SLLP-Bestand umgebucht. Vgl. hierzu auch Anhangangabe (1) „Grundlagen der Rechnungslegung“.

⁵ Die Reklassifizierung von Risikovorsorgebeständen im Rahmen der Anwendung des IFRS 5 führte zu einer Umbuchung in Höhe von 1,0 Mio. Euro in die Vermögenswerte einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe. Vgl. hierzu auch Anhangangabe (1) „Grundlagen der Rechnungslegung“.

Die Finanzanlagen, die der Kategorie Available-for-Sale (AfS-Bestand) zugeordnet werden, beinhalten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

19 Finanzanlagen

Der Finanzanlagebestand gliedert sich wie folgt:

Mio. Euro	2014	2013
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.811,2	2.672,9
Aktien	—	—
Aktien (at cost)	0,1	0,1
Investmentfonds	53,0	48,4
Wertpapiere insgesamt	2.864,3	2.721,4
Beteiligungen (at cost)	1,0	0,9
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (at cost)	0,1	0,1
Finanzanlagen	2.865,4	2.722,4

Die Buchwerte der zu Anschaffungskosten bewerteten Beteiligungen betragen 1,0 Mio. Euro (Vorjahr: 0,9 Mio. Euro).

Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen in Höhe von 52 Tsd. Euro (Vorjahr: 52 Tsd. Euro) sind kaufmännisch gerundet ausgewiesen.

19 a Aufgliederung der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere

Mio. Euro	2014	2013
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	1.408,0	1.077,2
Anleihen und Schuldverschreibungen, durch öffentliche Hand gedeckt	732,7	788,3
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	670,5	807,4
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.811,2	2.672,9
darunter: börsenfähige Werte	2.784,0	2.639,7
darunter: börsennotiert	2.784,0	2.639,7

Im Jahr 2014 werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Nominalvolumen in Höhe von 462,3 Mio. Euro fällig (Vorjahr: 530,0 Mio. Euro).

19 b Aufgliederung der Aktien und anderer nicht festverzinslicher Wertpapiere

Mio. Euro	2014	2013
Aktien	0,1	0,1
Sonstige	54,1	49,3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	54,2	49,4
darunter: börsenfähige Werte	19,6	13,0
darunter: börsennotiert	19,6	13,0

Bei den sonstigen nicht festverzinslichen Wertpapieren handelt es sich im Wesentlichen um Anteile an Investmentfonds.

Mio. Euro	2014		2013	
	Beteiligungen	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	Beteiligungen	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen
Historische Anschaffungskosten	0,9	0,1	0,9	0,1
Historische Zuschreibungen	—	—	—	—
Historische Abschreibungen	—	—	—	—
Buchwert zum 1. Januar	0,9	0,1	0,9	0,1
Zugänge bewertet zu Anschaffungskosten	0,2	—	—	—
Abgänge bewertet zu Anschaffungskosten	—	—	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Zuschreibungen	—	—	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Abschreibungen	—	—	—	—
Zugänge durch Umbuchungen	—	—	—	—
Abgänge durch Umbuchungen	—	—	—	—
Bestandsveränderungen des Geschäftsjahres	0,2	—	—	—
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	—	—	—	—
Abschreibungen des Geschäftsjahres	0,1	—	—	—
Bewertungsänderungen des Geschäftsjahres	-0,1	—	—	—
Buchwert zum 31. Dezember	1,0	0,1	0,9	0,1

19 c Bestandsentwicklung

Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen beinhalten zum 31. Dezember 2014 den Buchwert der nicht konsolidierten 100%igen Tochtergesellschaften OLB-Immobilien dienst-GmbH, Oldenburg, und OLB-Service Gesellschaft mbH, Oldenburg, in Höhe von jeweils 26 Tsd. Euro.

20 Sachanlagen

Mio. Euro	2014			2013		
	Grund- stücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstat- tung	Gesamt	Grund- stücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstat- tung	Gesamt
Historische Anschaffungskosten	146,1	124,2	270,3	146,0	127,0	273,0
Historische Zuschreibungen	—	—	—	—	—	—
Historische Abschreibungen	91,1	96,3	187,4	87,8	94,2	182,0
Buchwert zum 1. Januar	55,0	27,9	82,9	58,2	32,8	91,0
Zugänge bewertet zu Anschaffungskosten	—	11,0	11,0	—	6,1	6,1
Abgänge bewertet zu Anschaffungskosten	—	9,5	9,5	—	8,9	8,9
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Zuschreibungen	—	—	—	—	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Abschreibungen	—	9,4	9,4	—	8,4	8,4
Zugänge durch Umbuchungen	—	—	—	—	—	—
Abgänge durch Umbuchungen	—	—	—	—	—	—
Bestandsveränderungen des Geschäftsjahres	—	10,9	10,9	—	5,6	5,6
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	—	—	—	—	—	—
Abschreibungen des Geschäftsjahres (planmäßig)	3,2	8,3	11,5	3,3	10,1	13,4
Abschreibungen des Geschäftsjahres (außerplanmäßig)	—	0,1	0,1	—	0,3	0,3
Bewertungsänderungen des Geschäftsjahres	-3,2	-8,4	-11,6	-3,3	-10,4	-13,7
Buchwert zum 31. Dezember	51,8	30,4	82,2	54,9	28,0	82,9

Im Konzern wurden Grundstücke und Gebäude mit einem Buchwert von 51,8 Mio. Euro genutzt (Vorjahr: 54,9 Mio. Euro).

Im Geschäftsjahr 2014 wurden keine Zuschreibungen (Wertaufholungen) aufgrund früherer Abschreibungen (Wertminderungen) vorgenommen.

Alle außerplanmäßigen Abschreibungen wurden im Jahr der Abschreibung im Sachaufwand erfasst.

Zum Bilanzstichtag waren wie im Vorjahr keine Sachanlagen als Sicherheitsleistungen für eigene Verbindlichkeiten übertragen.

Mio. Euro	2014	2013
Historische Anschaffungskosten	33,4	33,6
Historische Zuschreibungen	—	—
Historische Abschreibungen	22,5	23,7
Buchwert zum 1. Januar	10,9	9,9
Zugänge bewertet zu Anschaffungskosten	1,9	3,5
Abgänge bewertet zu Anschaffungskosten	—	3,8
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Zuschreibungen	—	—
In den Abgängen des Jahres enthaltene historische Abschreibungen	—	3,8
Zugänge durch Umbuchungen	—	—
Abgänge durch Umbuchungen	—	—
Bestandsveränderungen des Geschäftsjahres	1,9	3,5
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	—	—
Abschreibungen des Geschäftsjahres (planmäßig)	2,8	2,5
Abschreibungen des Geschäftsjahres (außerplanmäßig)	—	—
Bewertungsänderungen des Geschäftsjahres	-2,8	-2,5
Buchwert zum 31. Dezember	10,0	10,9

21 Immaterielle Vermögenswerte

Bei den Immateriellen Vermögenswerten handelt es sich um Software.

Außerplanmäßige Abschreibungen – soweit vorhanden – werden im Jahr der Abschreibung im Sachaufwand erfasst.

Mio. Euro	2014	2013
Zinsabgrenzung	28,4	35,5
Positive Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting	32,6	3,6
Sonstige Vermögenswerte	26,1	36,8
Sonstige Aktiva	87,1	75,9

22 Sonstige Aktiva

Im Jahr 2014 bestand ausgelagertes Planvermögen im Rahmen eines „Contractual Trust Arrangement“ (CTA) für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von 4,4 Mio. Euro (Vorjahr: 4,5 Mio. Euro) und wurde in der Position Andere Rückstellungen gegen Sonstige Aktiva saldiert.

Darüber hinaus sind in der Position Sonstige Vermögenswerte diverse Provisionsforderungen und zum Einzug erhaltene Papiere enthalten.

23 Ertragsteuer-
ansprüche

Mio. Euro	2014	2013
Steuererstattungsansprüche	21,8	22,4

Die Ertragsteueransprüche beziehen sich auf Steuerpositionen gemäß IAS 12, d. h., in dieser Bilanzposition werden Ertragsteueransprüche aus Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer als Steuern vom Einkommen und Ertrag gezeigt. Weitere Steuerforderungen aus sonstigen Steuern werden in der Bilanzposition Sonstige Aktiva ausgewiesen.

24 Übertragene
Vermögenswerte

Es wurden Schuldverschreibungen im Rahmen von Repo-Geschäften, Sicherheitenverpfändungen und Offenmarktgeschäften übertragen, deren Zinsänderungs- und Adressausfallrisiken bei der Bank verbleiben. Die Bank bilanziert diese Schuldverschreibungen in den Finanzanlagen zum Fair Value in Höhe von 1.226,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.125,9 Mio. Euro). Die zugehörigen Verbindlichkeiten betragen 1.192,6 Mio. Euro (Vorjahr: 1.054,9 Mio. Euro). Diese Verbindlichkeiten sind in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen.

Im Rahmen des Refinanzierungsgeschäfts mit Instituten und Versicherungen wurden aus einem Gesamtbestand an Kundenforderungen in Höhe von 2.743,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2.841,5 Mio. Euro) Forderungen an die Refinanzierer übertragen, deren Zinsänderungs- und Adressausfallrisiken bei der Bank verbleiben. Der Fair Value der Kundenforderungen des Refinanzierungsgeschäfts betrug 2.908,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2.943,7 Mio. Euro). Die zugehörigen Verbindlichkeiten der Refinanzierungsgelder betragen 2.755,1 Mio. Euro (Vorjahr: 2.841,9 Mio. Euro). Diese sind in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten ausgewiesen.

Angaben zur Bilanz – Passiva

Mio. Euro	2014	2013
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7,8	6,8
Negative Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	—	—
Handelsspassiva	7,8	6,8

25 Handelsspassiva

Mio. Euro	2014	2013
Sichteinlagen	13,0	83,0
Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften	1.103,4	954,1
genommene Barsicherheiten	14,1	—
Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe	40,0	40,0
Börsen- und Zahlungsabwicklung	33,6	255,7
Termineinlagen	285,1	343,9
Befristete andere Verbindlichkeiten	2.742,3	2.821,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.231,5	4.498,5
davon inländische Kreditinstitute	4.228,6	4.498,4
davon ausländische Kreditinstitute	2,9	0,1

26 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 4.184,9 Mio. Euro (Vorjahr: 4.159,8 Mio. Euro) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten in Höhe von 46,6 Mio. Euro (Vorjahr: 338,7 Mio. Euro).

Die erhaltenen Barmittel im Zuge der Übertragung von Vermögenswerten bei gleichzeitiger Vereinbarung von Rückkaufverpflichtungen im Rahmen von Repo-Geschäften inklusive genommener Barsicherheiten betragen 1.117,5 Mio. Euro (Vorjahr: 954,1 Mio. Euro).

Mio. Euro	2014	2013
Sichteinlagen	4.190,9	3.895,2
Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften	—	—
Spareinlagen	2.260,5	2.222,2
Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe	793,1	780,0
Börsen- und Zahlungsabwicklung	28,3	34,2
Termineinlagen	680,7	865,8
Befristete andere Verbindlichkeiten	4,4	8,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.957,9	7.806,3

27 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Im Rahmen von Hedge Accounting wurden seit Beginn der Hedgebeziehungen aufgelaufene negative bereinigte Marktwertveränderungen in Höhe von –31,4 Mio. Euro (Vorjahr: +2,2 Mio. Euro) den fortgeführten Anschaffungskosten zugerechnet.

27 a Aufgliederung nach Kundengruppen

Mio. Euro	2014			2013		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Firmenkunden	2.758,2	127,2	2.885,4	2.775,5	33,7	2.809,2
Öffentliche Haushalte	207,1	—	207,1	256,2	—	256,2
Privatkunden	4.824,3	41,1	4.865,4	4.688,0	52,9	4.740,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.789,6	168,3	7.957,9	7.719,7	86,6	7.806,3

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten in Höhe von 2.922,8 Mio. Euro (Vorjahr: 3.227,8 Mio. Euro) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten in Höhe von 5.035,1 Mio. Euro (Vorjahr: 4.578,5 Mio. Euro).

28 Verbriefte Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2014	2013
Begebene Schuldverschreibungen	512,5	579,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	512,5	579,6

Verbriefte Verbindlichkeiten setzen sich ausschließlich aus begebenen eigenen Schuldverschreibungen zusammen. Von den begebenen Schuldverschreibungen werden im Jahr 2015 Tranchen mit einem Nominalwert von 64,1 Mio. Euro (Vorjahr: 67,8 Mio. Euro) fällig. Die Verbrieften Verbindlichkeiten enthalten variabel verzinsliche Anleihen in Höhe von 326,7 Mio. Euro (Vorjahr: 387,3 Mio. Euro).

29 Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2014	2013
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	238,0	184,7
Andere Rückstellungen	63,6	92,7
Zinsabgrenzung	33,9	38,8
Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting	129,0	102,9
Andere Verbindlichkeiten	22,3	31,8
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	486,8	450,9

Die Rückstellungen sind überwiegend mittel- bis langfristiger Natur.

Andere Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Rückstellungen für Abschlussvergütungen, Vorruhestandsverpflichtungen, Restrukturierungsmaßnahmen, die Bonifizierung von Spareinlagen, Kreditgeschäft sowie für Rechtsstreitigkeiten.

In den anderen Verbindlichkeiten sind unter anderem noch nicht abgerechnete Lieferungen und Leistungen sowie noch abzuführende Gehaltsabzüge enthalten. In den Anderen Verbindlichkeiten sind Ertragsteuerschulden in Höhe von 9,0 Mio. Euro, darunter 6,7 Mio. Euro abzuführende Kapitalertragssteuern (Vorjahr: 6,9 Mio. Euro), sowie 2,3 Mio. Euro abzuführende Umsatzsteuern enthalten.

Mio. Euro	2014	2013	2012	2011	2010
Pensionsverpflichtungen zum 1. Januar	184,7	191,9	163,1	155,3	131,7
Abzüglich versicherungsmathematischem Verlust zum 1. Januar	—	—	27,6	26,7	9,6
Ausgewiesene Pensionsrückstellungen zum 1. Januar	184,7	191,9	135,5	128,6	122,1
Laufender Dienstzeitaufwand	5,5	6,0	4,6	5,1	3,4
Kalkulatorischer Zinsaufwand	7,4	7,0	7,8	7,5	6,9
Kalkulatorischer Zinsertrag	-1,1	-0,9	-0,8	-0,3	-0,1
Tilgung der Kosten aus Planänderung	—	—	—	—	1,6
Tilgung der versicherungsmathematischen Gewinne (-) / Verluste (+)	—	—	0,9	0,8	—
Netto-Pensionsaufwand	11,8	12,1	12,5	13,1	11,8
Amortisation und Transfer	-4,2	-0,2	-0,1	-0,1	0,4
Pensionszusagen durch Entgeltumwandlung	-0,6	-0,8	-0,7	-0,8	-0,7
Dotierung zum Beitragsorientierten Pensionsvertrag	-4,3	-3,4	-14,2	—	—
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-5,9	-5,6	-5,4	-5,3	-5,0
Steuern aus Vermögen bezahlt	—	0,1	—	—	—
Gewinne (-) / Verluste (+) aus demografischen Annahmen	—	1,7	—	—	—
Gewinne (-) / Verluste (+) aus finanziellen Annahmen	58,7	-8,2	—	—	—
Gewinne (-) / Verluste (+) aus erfahrungsbedingter Berichtigung	-2,2	-2,9	—	—	—
Änderung der versicherungsmathematischen Gewinne (-) / Verluste (+)	56,5	-9,4	—	—	—
Ausgewiesene Pensionsrückstellungen zum 31. Dezember	238,0	184,7	127,6	135,5	128,6
Versicherungsmathematischer Verlust zum 31. Dezember	—	—	64,3	27,6	26,7
Gesamte Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember	238,0	184,7	191,9	163,1	155,3

30 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Im Folgenden werden die Veränderungen beim Verpflichtungsumfang und beim Zeitwert des Fondsvermögens sowie der Stand der Bilanzwerte für die verschiedenen leistungsorientierten Pensionspläne dargestellt:

Mio. Euro	2014	2013
Veränderung des Verpflichtungsumfanges		
Barwert der erdienten Pensionsansprüche zum 1. Januar	214,7	216,2
Laufender Dienstzeitaufwand	5,4	6,0
Kalkulatorischer Zinsaufwand	7,4	6,9
Mitarbeiterbeiträge	2,4	1,5
Kosten aus Planänderungen	—	—
Gewinne (-)/Verluste (+) aus demografischen Annahmen	—	1,7
Gewinne (-)/Verluste (+) aus finanziellen Annahmen	58,7	-8,2
Gewinne (-)/Verluste (+) aus erfahrungsbedingter Berichtigung	-1,8	-3,6
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	56,9	-10,1
Pensionszahlungen	-5,9	-5,6
Akquisitionen	—	—
Zugänge (+)/Abgänge (-)	-5,0	-0,2
Barwert der erdienten Pensionsansprüche 31. Dezember¹	275,9	214,7
Veränderung im Zeitwert des Fondsvermögens		
Zeitwert des Fondsvermögens zum 1. Januar	30,0	24,3
Kalkulatorischer Zinsertrag	1,1	0,9
Ertrag aus Planvermögen ohne kalkulatorische Zinserträge	0,4	-0,8
Arbeitgeberbeiträge	4,9	4,2
Mitarbeiterbeiträge	2,4	1,5
aus Fondsvermögen gezahlte Pensionen	-0,1	—
aus Fondsvermögen gezahlte Steuern	—	-0,1
Übertragungen	-0,8	—
Zeitwert des Fondsvermögens zum 31. Dezember	37,9	30,0
Finanzierungsstatus (Bilanzwert) 31. Dezember	238,0	184,7

¹ Davon von Konzernunternehmen zum 31. Dezember 2014 direkt zugesagt 219,0 Mio. Euro (Vorjahr: 173,5 Mio. Euro) sowie mit Fondsvermögen hinterlegt 41,2 Mio. Euro (Vorjahr: 37,3 Mio. Euro). Der beizulegende Zeitwert des zugehörigen Planvermögens betrug zum 31. Dezember 2014 37,9 Mio. Euro (Vorjahr: 30,0 Mio. Euro).

Fondsvermögen

Bezogen auf den Zeitwert des Fondsvermögens, stellt sich die aktuelle Allokation der Vermögenswerte (gewichtete Durchschnitte) folgendermaßen dar:

%	2014	2013
Aktien	3,6	3,3
Anleihen	9,9	9,4
Immobilien	0,4	0,4
Sonstige	86,1	86,9
Gesamt	100,0	100,0

Der Großteil des in der Position Sonstige ausgewiesenen Fondsvermögens entfällt auf Rückdeckungsversicherungen.

Die wichtigsten Kennzahlen für leistungsorientierte Pensionspläne sind nachfolgend aufgeführt:

Mio. Euro	2014	2013	2012	2011	2010
Barwert der erdienten Pensionsansprüche	275,9	214,7	216,2	170,6	160,8
Zeitwert des Fondsvermögens	37,9	30,0	24,3	7,5	5,5
Finanzierungsstatus	238,0	184,7	191,9	163,1	155,3

Bei den Berechnungen werden aktuelle, versicherungsmathematisch entwickelte biometrische Wahrscheinlichkeiten zugrunde gelegt. Des Weiteren kommen Annahmen über die künftige Fluktuation in Abhängigkeit von Alter und Dienstjahren ebenso zur Anwendung wie konzerninterne Pensionierungswahrscheinlichkeiten.

Bewertungsprämissen

Die gewichteten Annahmen für die Ermittlung des Barwertes der erdienten Pensionsansprüche sowie für die Ermittlung des Netto-Pensionsaufwands stellen sich wie folgt dar:

%	2014	2013	2012	2011	2010
Zinsfuß für die Abzinsung	2,00	3,50	3,25	4,75	4,75
Erwarteter Vermögensertrag ¹	k. A.	k. A.	4,58	4,70	4,70
Erwartete Gehaltssteigerung	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50
Erwartete Rentensteigerung	1,70	1,90	1,90	1,90	1,90

¹ Der erwartete Vermögensertrag ist mit Inkrafttreten des IAS 19 (2011) zum 1.1.2013 keine bei der Ermittlung des Nettopensionsaufwandes zu berücksichtigende Annahme mehr.

Für den Netto-Pensionsaufwand gelten die jeweiligen Annahmen zum Bilanzstichtag des vorhergehenden Geschäftsjahres.

Die Annahmen zum Rechnungszins spiegeln die Marktverhältnisse am Bilanzstichtag für erstklassige festverzinsliche Anleihen entsprechend der Währung und der Duration der Pensionsverbindlichkeiten wider.

Insbesondere der Rechnungszins führt zu einer Unsicherheit mit einem erheblichen Risiko. Eine Veränderung des Rechnungszinses um 0,50 Prozentpunkte hätte bei einer Erhöhung einen negativen Effekt von 26,9 Mio. Euro (Vorjahr: 16,7 Mio. Euro), eine Absenkung um 0,50 Prozentpunkte hätte einen positiven Effekt von 31,4 Mio. Euro (Vorjahr: 19,3 Mio. Euro) auf den Barwert der erdienten Pensionsansprüche.

Im Wesentlichen durch die Veränderung des Rechnungszinssatzes um 150 Basispunkte stieg der versicherungsmathematische Verlust um 56,5 Mio. Euro. Darauf entfallen 0,6 Mio. Euro (nach Steuern 0,4 Mio. Euro) auf versicherungsmathematische Verluste der Münsterländischen Bank, die zum Bilanzstichtag als kumuliertes Sonstiges Ergebnis einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe ausgewiesen wurden.

Die bei vernünftiger Betrachtungsweise mögliche Bandbreite für Veränderungen des Diskontierungszinssatzes als einer der maßgeblichen versicherungsmathematischen Annahmen hätte bei Konstanthalten der übrigen Annahmen und Parameter die leistungsorientierte Verpflichtung mit den oben angegebenen Beträgen beeinflusst. Obwohl die Analyse die vollständige Verteilung der nach dem Plan erwarteten Cashflows nicht berücksichtigt, liefert sie einen Näherungswert für die Sensitivität der dargestellten Annahmen.

Als Rechnungsgrundlagen wurden die Allianztafeln „AT2010GA“ verwendet. Es handelt sich hierbei um unternehmensspezifisch modifizierte „Richttafeln 2005 G“ der Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln. Wie im Vorjahr galten die versicherungsmathematischen Annahmen sowohl für tariflich als auch für außertariflich Angestellte.

Am Bilanzstichtag lag die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtungen bei 17,4 Jahren (Vorjahr: 15,8 Jahren).

Zur Finanzierung der Pensionszusage durch Entgeltumwandlung wurden Rückdeckungsversicherungen bei der Allianz Lebensversicherungs-AG abgeschlossen. Die Leistungen aus der Pensionszusage entsprechen den Leistungen aus der Rückdeckungsversicherung. Die Leistungen aus dieser Rückdeckungsversicherung sind zur Sicherung der Versorgungsansprüche aus der Pensionszusage an die Mitarbeiter und ihre versorgungsberechtigten Hinterbliebenen verpfändet.

Beitragszahlungen

Für das Geschäftsjahr 2015 erwartet der Konzern, dass für leistungsorientierte Pensionspläne Arbeitgeberbeiträge zum Fondsvermögen in Höhe von 4,0 Mio. Euro gezahlt werden (Vorjahr: 2,7 Mio. Euro) sowie direkte Pensionszahlungen an Begünstigte in Höhe von 6,1 Mio. Euro (Vorjahr: 5,6 Mio. Euro).

Beitragszusagen

Beitragszusagen werden über externe Versorgungsträger oder ähnliche Institutionen finanziert. Dabei werden an diese Einrichtungen fest definierte Beiträge (z. B. bezogen auf das maßgebliche Einkommen) gezahlt, wobei der Anspruch des Leistungsempfängers gegenüber diesen Einrichtungen besteht und der Arbeitgeber über die Zahlung der Beiträge hinaus faktisch keine weitere Verpflichtung hat.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden Aufwendungen für Beitragszusagen in Höhe von 2,9 Mio. Euro (Vorjahr: 3,3 Mio. Euro) als Beiträge für die Mitarbeiter an den Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G., Berlin, gezahlt. An die gesetzliche Rentenversicherung wurden 10,5 Mio. Euro (Vorjahr: 11,6 Mio. Euro) Beiträge entrichtet.

31 Andere Rückstellungen

Mio. Euro	Restrukturierungs-rückstellung	Rückstellung im Kreditgeschäft	Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	Übrige Rückstellungen	Gesamt
Bestand zum 1. Januar 2014	33,8	6,6	35,7	16,6	92,7
Verbrauch	21,9	—	14,2	3,2	39,3
Auflösungen	7,7	3,2	6,1	7,2	24,2
Zuführungen	4,1	1,0	21,2	8,5	34,8
Umbuchungen	-0,7	—	0,4	-0,1	-0,4
Bestand zum 31. Dezember 2014	7,6	4,4	37,0	14,6	63,6

In den Anderen Rückstellungen sind Rückstellungen in Höhe von 22,2 Mio. Euro (Vorjahr: 25,9 Mio. Euro) mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr enthalten, bei denen eine Abzinsung erfolgte. Ansonsten wurde keine Abzinsung vorgenommen. Der Zinsaufwand bei den Anderen Rückstellungen beträgt per saldo 2,9 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) und setzt sich zusammen aus 1,5 Mio. Euro Aufwand aus Zeiteffekten (Vorjahr: Ertrag 0,6 Mio. Euro) und 1,4 Mio. Aufwand aus der Veränderung des Zinssatzes (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro).

Im Jahr 2014 bestand ausgelagertes Planvermögen in Höhe von 4,4 Mio. Euro (Vorjahr: 4,5 Mio. Euro) im Rahmen eines „Contractual Trust Arrangement“ (CTA) für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von 6,0 Mio. Euro (Vorjahr: 6,3 Mio. Euro) und wurde in der Position Andere Rückstellungen gegen Sonstige Aktiva saldiert.

32 Ertragsteuerschulden

Mio. Euro	2014	2013
Bestand zum 1. Januar	9,2	7,1
Verbrauch	6,8	—
Auflösungen	0,8	—
Zuführungen	0,2	2,1
Bestand zum 31. Dezember	1,8	9,2

Die Ertragsteuerschulden beziehen sich auf Steuerpositionen gemäß IAS 12, d. h., in dieser Bilanzposition werden Ertragsteuerschulden aus Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer als Steuern vom Einkommen und Ertrag gezeigt. Weitere Steuerverbindlichkeiten werden in der Bilanzposition Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Aktive latente Steueransprüche bzw. Rückstellungen für latente Steuern sind für Differenzen zwischen den steuerlichen Wertansätzen und den bilanziellen Wertansätzen für folgende Bilanzpositionen gebildet worden:

33 Latente Steuern und Ertragsteuern

33 a Latente Steueransprüche und Steuerverbindlichkeiten

Mio. Euro	Ausweis der Veränderung	2014			2013
		Ertragsteueranspruch	Ertragsteuerverpflichtung	Saldo	Saldo
Forderungen an Kunden		1,8	-23,6	-21,8	-15,2
darunter: Hedge Accounting	Zinsüberschuss/ Handelsergebnis	—	-23,6	-23,6	-17,0
darunter: Risikovorsorge	Risikovorsorge	1,8	—	1,8	1,8
Finanzanlagen		21,8	-41,9	-20,1	-4,7
darunter: AfS-Finanzinstrumente	Ergebnis aus Finanzanlagen	17,3	-13,8	3,5	6,9
darunter: kumuliertes Sonstiges Ergebnis aus AfS-Finanzinstrumenten	Sonstiges Ergebnis	4,5	-28,1	-23,6	-11,6
Handelsbestände		42,3	-14,3	28,0	30,3
darunter: Hedge Accounting	Zinsüberschuss/ Handelsergebnis	40,0	-10,1	29,9	30,8
darunter: Sonstige Handelsbestände	Handelsergebnis	2,3	-4,2	-1,9	-0,5
Verbindlichkeiten ggü. Kunden		9,8	—	9,8	—
darunter: Hedge Accounting	Zinsüberschuss/ Handelsergebnis	9,8	—	9,8	—
Pensionsrückstellungen		48,1	-1,2	46,9	28,8
darunter: Nettopensionsverpflichtungen	Verwaltungs- aufwand	12,2	-0,1	12,1	11,3
darunter: kumuliertes Sonstiges Ergebnis aus Nettopensionsverpflichtungen	Sonstiges Ergebnis	35,9	-1,1	34,8	17,5
Andere Rückstellungen	Verwaltungs- aufwand	5,1	-0,4	4,7	6,3
Sonstiges		5,4	-9,8	-4,4	-10,4
darunter: Hedge Accounting	Zinsüberschuss/ Handelsergebnis	1,2	-9,5	-8,3	-10,6
darunter: Sonstiges	Verwaltungs- aufwand	4,2	-0,3	3,9	0,2
Gesamt		134,3	-91,2	43,1	35,1

Bilanzielle Aufrechnungen von aktivischen und passivischen Posten der Steuerabgrenzung wurden auf Gesellschaftsebene vorgenommen, soweit es sich um Ertragsteuern handelt, die an dieselbe Steuerbehörde zu entrichten sind und für die ein einklagbares Recht zur Aufrechnung besteht. Per saldo ergeben die Ertragsteueransprüche in Höhe von 134,3 Mio. Euro (Vorjahr: 91,3 Mio. Euro) und die Ertragsteuerverpflichtungen in Höhe von 91,2 Mio. Euro (Vorjahr: 56,2 Mio. Euro) einen latenten Steueranspruch in Höhe von 43,1 Mio. Euro (Vorjahr: 35,1 Mio. Euro).

Die Veränderung des Saldos der latenten Steuern i. H. v. 8,0 Mio. Euro (Vorjahr: 7,3 Mio. Euro) resultiert aus Veränderungen von temporären Differenzen und schlug sich mit 2,7 Mio. Euro (Vorjahr: 2,2 Mio. Euro) in der Gewinn- und Verlustrechnung und mit 5,3 Mio. Euro (Vorjahr: 5,1 Mio. Euro) im Sonstigen Ergebnis nieder.

33 b Ertragsteuern

Als Ertragsteuern werden die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie der Betrag des latenten Steueraufwands/-ertrags ausgewiesen:

Mio. Euro	2014	2013
Tatsächliche Steuern (Ifd. Jahr)	10,9	3,5
Tatsächliche Steuern (Vorjahre)	1,7	-0,5
Latente Steuern (Ifd. Jahr)	0,2	-2,5
Latente Steuern (Vorjahre)	-3,0	-0,1
Ausgewiesene Ertragsteuern	9,8	0,4

Die Berechnung der tatsächlichen Steuern für 2014 erfolgt unter Berücksichtigung eines effektiven Körperschaftsteuersatzes inklusive Solidaritätszuschlag von 15,8 % (Vorjahr: 15,8 %) zuzüglich eines effektiven Gewerbesteuersatzes von 14,1 % (Vorjahr: 14,1 %).

Die Berechnung der latenten Steuern für 2014 erfolgt unter Berücksichtigung eines effektiven Körperschaftsteuersatzes inklusive Solidaritätszuschlag von 15,8 % (Vorjahr: 15,8 %) zuzüglich eines effektiven Konzerngewerbesteuersatzes von 15,2 % (Vorjahr: 15,2 %).

33 c Überleitungsrechnungen

Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Überleitung des erwarteten Ertragsteueraufwands auf den effektiv ausgewiesenen Steueraufwand.

Mio. Euro	2014	2013
Ergebnis vor Steuern	34,7	9,1
Anzuwendender Steuersatz in %	31,000	31,000
Rechnerische Ertragsteuern	10,8	2,8
Steuereffekte		
Gewerbesteuer	-0,3	-0,1
Steuerfreie Einnahmen	-0,5	-2,3
Sonstige steuerliche Zu- und Abrechnungen	1,4	0,8
Körperschaftsteuerguthaben	-0,2	-0,2
Steuern Vorjahre	-1,4	-0,6
Ausgewiesene Ertragsteuern	9,8	0,4

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 220,9 Mio. Euro (Vorjahr: 253,7 Mio. Euro), die sich aus nachrangigen Schuldscheindarlehen von Kunden in Höhe von 113,1 Mio. Euro (Vorjahr: 146,1 Mio. Euro) sowie nachrangigen OLB-Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 107,8 Mio. Euro (Vorjahr: 107,6 Mio. Euro) zusammensetzen, dürfen im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung besteht nicht.

Der Zinsaufwand für die Nachrangigen Verbindlichkeiten erreichte im Geschäftsjahr 10,9 Mio. Euro (Vorjahr: 12,2 Mio. Euro). Die Zinssätze für Nachrangige Verbindlichkeiten mit Festsätzen liegen in der Bandbreite von 3,2 % bis 6,0 %. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 4,66 %.

	Inhaberschuldverschreibungen 2014	Schuldscheindarlehen 2014
Emissionsjahr	2010 – 2013	2004 – 2014
Nominalbetrag (Mio. Euro)	107,6	113,5
Emittent	OLB	OLB
Zinssatz in %	3,2 – 5,1	4,8 – 6,0
Fälligkeitsjahr	2017 – 2023	2016 – 2028

34 Nachrangige Verbindlichkeiten

Gezeichnetes Kapital. Das gezeichnete Kapital war unverändert zum Vorjahr in Höhe von 60,5 Mio. Euro am 31. Dezember 2014 in 23.257.143 nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Jede Aktie repräsentiert einen anteiligen Betrag am Grundkapital und gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Die Aktien sind voll eingezahlt.

Gemäß IAS 27 ist die Bank ein mit der Allianz SE verbundenes Unternehmen und wird in den Konzernabschluss der Allianz einbezogen. Dieser ist bei der Allianz SE in 80802 München, Königinstraße 28, erhältlich und wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Genehmigtes Kapital. Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 30. Mai 2017 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Stückaktien gegen Bareinlagen einmalig oder mehrfach, jedoch insgesamt höchstens um bis zu 15 Mio. Euro, zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen.

Von der ursprünglich bis zum 21. Mai 2012 befristeten und durch die Hauptversammlung bis zum 30. Mai 2017 verlängerten Ermächtigung, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen, wurde im Geschäftsjahr kein Gebrauch gemacht.

Kapitalrücklage. In der Kapitalrücklage ist der Mehrerlös (Agio) enthalten, der bei der Ausgabe eigener Aktien erzielt wird.

Gewinnrücklagen. Die Gewinnrücklagen nehmen die thesaurierten Gewinne des Konzerns sowie sämtliche erfolgswirksamen Konsolidierungsmaßnahmen auf.

35 Angaben zum Eigenkapital

Gewinnverwendung des HGB-Einzelabschlusses. Für das Geschäftsjahr 2014 ergab sich nach HGB ein maßgeblicher Jahresüberschuss von 20,0 Mio. Euro. Da es keine Vorrträge oder Veränderungen der Rücklagen gab, entspricht dies dem Bilanzgewinn. Zur Verwendung dieses Gewinnes soll den Aktionären in der Hauptversammlung am 13. Mai 2015 vorgeschlagen werden, für das Geschäftsjahr 2014 eine Dividende in Höhe von 0,25 Euro je Stückaktie auszuschütten und 14,2 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zuzuführen.

35 a Kumuliertes Sonstiges Ergebnis

Diese Position nimmt die Bewertungsänderungen aus den Available-for-Sale-Finanzinstrumenten auf, die zum Zeitpunkt der tatsächlichen Realisierung sowie im Falle einer Wertberichtigung in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht werden. Ebenso werden im Kumulierten Sonstigen Ergebnis zunächst erfasste Wertänderungen aus Finanzinstrumenten, die dem Hedge Accounting unterliegen, wieder in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht. Außerdem werden Bewertungsänderungen aus Netto-Pensionsverpflichtungen erfasst, die nicht mehr durch die Gewinn- und Verlustrechnung realisierbar sind.

Mio. Euro	2014	2013
Bestand zum 1. Januar	-7,6	-0,5
Sonstiges Ergebnis aus AfS-Finanzinstrumenten (durch GuV realisierbar oder realisiert)		
Unrealisierte Marktwertveränderungen brutto	43,7	-3,8
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung brutto		
wegen realisierter Gewinne (-) und Verluste (+)	-3,9	-17,4
wegen Wertberichtigungen	0,2	0,1
Steuern auf unrealisierte Marktwertveränderungen	-12,3	3,5
Steuern auf Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen Realisierung	0,5	4,1
Sonstiges Ergebnis aus Netto-Pensionsverpflichtungen (nicht durch GuV realisierbar)		
Veränderungen des Verpflichtungsumfangs brutto	-56,5	9,2
Steuern auf Veränderungen des Verpflichtungsumfangs	17,5	-2,8
Bestand zum 31. Dezember	-18,4	-7,6

Alle im sonstigen Ergebnis erfassten kumulativen Erträge oder Aufwendungen, die in Verbindung mit Veräußerungsgruppen stehen, die als zur Veräußerung gehalten eingestuft werden, werden in der Bilanz mit -0,4 Mio. Euro gesondert ausgewiesen.

35 b Kapitalsteuerung, Eigenmittel und Risikoaktiva nach § 10a KWG

Die OLB unterliegt hinsichtlich ihrer Ausstattung mit Eigenkapital den aufsichtsrechtlichen Vorschriften des Kreditwesengesetzes (KWG) und der SolvV (§ 23) i. V. m. der CRR (Art. 25–88), die eine Unterlegung der Risikoaktiva mit mindestens 8 % Eigenmitteln vorschreiben. Dieser Wert wird sukzessive ab 2016 von 8,625 % bis 2019 auf 10,5 % ansteigen. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel setzen sich aus zwei Kategorien zusammen: dem Kernkapital und dem Ergänzungskapital. Das Kernkapital beinhaltet das Eigenkapital des Konzerns sowie weitere Anpassungen. Das Ergänzungskapital besteht im Wesentlichen aus längerfristigen Nachrangigen Verbindlichkeiten. Die Einhaltung der Mindestkapitalanforderungen im Konzern und in den Einzelgesellschaften der Gruppe muss bei der Steuerung des Kapitals und der Eigenmittel stets gewährleistet werden.

Seit 2014 bilden CRD IV bzw. CRR ein neues bindendes Rahmenwerk für die erforderliche Kapitalunterlegung von Risikoaktiva. Diese neuen Regelungen erhöhen vor allem die quantitativen und qualitativen Anforderungen an das haftende Eigenkapital. Die derzeit erforderliche Unterlegung der Risikoaktiva mit Kernkapital von 5,5 % steigt bis 2019 schrittweise auf den Mindestwert von 8,5 %. Damit nimmt die Bedeutung des Kernkapitals als Steuerungsgröße weiter zu.

Vor diesem Hintergrund misst die OLB in ihrer Planung einer weiteren Kapitalstärkung durch Gewinnthesaurierung sowie einer systematischen Risiko-Ertragssteuerung der bankweiten Risiken eine zentrale Bedeutung bei. Es wird angestrebt, durch geeignete Maßnahmen ausreichende Spielräume bei der Eigenmittelausstattung zu wahren, um insbesondere die Handlungsfähigkeit als Mittelstandsfinanzierer zu gewährleisten.

Mio. Euro	2014	2013
Kernkapital	572,6	581,0
darunter: Abzugsposten ¹	4,4	7,0
Ergänzungskapital	171,9	234,0
darunter: Nachrangige Verbindlichkeiten	159,6	225,0
darunter: Neubewertungsreserven auf Wertpapiere (davon 45 %)	—	16,0
darunter: Zurechnungsposten ²	15,2	—
darunter: Abzugsposten ¹	2,9	7,0
Eigenmittel (§ 10a KWG)	744,5	815,0
Risikoaktiva Adressrisiken	5.235,7	5.513,0
Risikoaktiva Marktrisiken	26,0	25,0
Risikoaktiva Operationelle Risiken	562,5	575,0
Risikoaktiva	5.824,2	6.113,0

¹ Gemäß Artikel 159 CRR

² Gemäß Artikel 62d CRR

Die aufsichtsrechtlichen Erfordernisse zur Eigenkapitalausstattung wurden jederzeit eingehalten.

%	2014	2013
Kernkapitalquote	9,8	9,5
Gesamtkapitalquote	12,8	13,3

35 c Kapitalquoten
nach § 10a KWG

36 Sicherheitsleistungen für eigene Verbindlichkeiten

Angaben zur Bilanz – Sonstiges

Für nachstehende Verbindlichkeiten wurden Vermögenswerte in der angegebenen Höhe als Sicherheiten übertragen:

Mio. Euro	2014	2013
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.069,1	3.997,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,9	0,9
Besicherte Verbindlichkeiten	4.070,0	3.998,5

Der Gesamtbetrag (zu Buchwerten) der übertragenen Sicherheiten setzt sich aus folgenden Vermögenswerten zusammen:

Mio. Euro	2014	2013
Forderungen an Kunden	2.743,9	2.841,5
Schuldverschreibungen	1.226,9	1.125,9
Übertragene Sicherheiten¹	3.970,8	3.967,4

¹ Beinhalten in Pension gegebene Vermögenswerte

Bei den übertragenen Forderungen an Kunden handelt es sich ausschließlich um refinanzierte Darlehen. Die OLB arbeitet maßgeblich mit den Förderkreditinstituten KfW, NBank und LRB zusammen. Nach deren Allgemeinen Bedingungen tritt die OLB grundsätzlich die Kundenforderung einschließlich aller Nebenrechte, auch Sicherheiten, die der Kunde für die refinanzierte Forderung gestellt hat, an das Refinanzierungsinstitut ab. Der Fair Value der als Sicherheit übertragenen Kundenforderungen betrug 2.908,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2.943,7 Mio. Euro).

Der Fair Value der übertragenen Schuldverschreibungen entspricht dem oben angegebenen Buchwert.

37 Fremdwährungsvolumina

Mio. Euro	2014	2013
Vermögenswerte der Währung		
USD	103,0	89,9
GBP	7,9	4,9
Sonstige	21,6	27,2
Vermögenswerte insgesamt	132,5	122,0
Schulden der Währung		
USD	93,7	84,2
GBP	4,1	2,4
Sonstige	14,1	20,9
Schulden insgesamt	111,9	107,5

Die Beträge stellen jeweils Summen aus Euro-Gegenwerten der Währungen außerhalb des Euro-raumes dar.

Forderungen und Verbindlichkeiten sind in dem Laufzeitraster nach Endfälligkeiten bzw. Kündigungssterminen gegliedert.

38 a Restlaufzeitengliederungen der Forderungen und Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2014				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	160,4	56,0	—	—	216,4
Forderungen an Kunden	1.449,0	669,0	2.597,3	5.801,0	10.516,3
Forderungen zum 31. Dezember 2014	1.609,4	725,0	2.597,3	5.801,0	10.732,7

In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 850,2 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Mio. Euro	2013				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Befristete Forderungen an Kreditinstitute	175,0	—	—	—	175,0
Forderungen an Kunden	1.383,1	660,1	2.654,3	5.830,5	10.528,0
Forderungen zum 31. Dezember 2013	1.558,1	660,1	2.654,3	5.830,5	10.703,0

In den Forderungen an Kunden mit einer Restlaufzeit bis drei Monate sind Forderungen in Höhe von 864,0 Mio. Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Mio. Euro	2014				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	60,7	—	—	—	60,7
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	954,3	573,3	1.177,7	1.465,5	4.170,8
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.219,2	—	—	—	4.219,2
Spareinlagen	2.073,9	163,1	23,5	—	2.260,5
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	368,8	342,6	265,0	501,8	1.478,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	19,6	43,7	122,5	326,7	512,5
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	102,2	33,7	114,1	236,8	486,8
Ertragsteuerschulden	—	—	1,8	—	1,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	—	—	117,9	103,0	220,9
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2014	7.798,7	1.156,4	1.822,5	2.633,8	13.411,4

Mio. Euro	2013				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	338,7	—	—	—	338,7
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.017,5	356,3	1.243,8	1.542,2	4.159,8
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.929,4	—	—	—	3.929,4
Spareinlagen	2.026,4	176,3	19,5	—	2.222,2
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	617,2	266,0	170,3	601,2	1.654,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	28,3	39,5	124,5	387,3	579,6
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	97,4	52,9	106,6	194,0	450,9
Ertragsteuerschulden	—	—	9,2	—	9,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	15,0	33,0	117,9	87,8	253,7
Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2013	8.069,9	924,0	1.791,8	2.812,5	13.598,2

38 b Restlaufzeiten- gliederung der Ver- bindlichkeiten nach Gesamtverbind- lichkeiten

Gemäß IFRS 7 ist auch eine Restlaufzeitengliederung der Verbindlichkeiten nach Gesamtverbindlichkeiten anzugeben.

Dies wird in den folgenden Tabellen dargestellt:

Mio. Euro	2014				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	60,7	—	—	—	60,7
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	955,7	574,1	1.179,4	1.467,6	4.176,8
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.219,2	—	—	—	4.219,2
Spareinlagen	2.073,9	163,1	23,5	—	2.260,5
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	368,8	342,6	265,0	501,8	1.478,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	19,6	44,5	122,4	326,7	513,2
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	102,2	31,2	44,6	212,4	390,4
Ertragsteuerschulden ¹	—	—	1,8	—	1,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	—	—	117,6	103,5	221,1
Bilanzielle Posten	7.800,1	1.155,5	1.754,3	2.612,0	13.321,9
Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen	903,4	—	—	—	903,4
Gesamtverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2014	8.703,5	1.155,5	1.754,3	2.612,0	14.225,3

¹ Ertragsteuerschulden stellen keine Finanzinstrumente im Sinne des IFRS 7 dar, werden aber zwecks Übersichtlichkeit und Abstimmbarkeit in den Tabellen mit aufgeführt.

Mio. Euro	2013				
	bis 3 Monate	größer 3 Monate bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	338,7	—	—	—	338,7
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.019,8	357,1	1.246,6	1.545,6	4.169,1
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.929,4	—	—	—	3.929,4
Spareinlagen	2.026,4	176,3	19,5	—	2.222,2
Andere befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	617,2	266,0	170,3	601,2	1.654,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	28,3	39,5	126,3	387,3	581,4
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	93,6	49,5	49,3	159,2	351,6
Ertragsteuerschulden ¹	—	—	9,2	—	9,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	15,0	33,0	117,7	88,2	253,9
Bilanzielle Posten	8.068,4	921,4	1.738,9	2.781,5	13.510,2
Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen	826,8	—	—	—	826,8
Gesamtverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2013	8.895,2	921,4	1.738,9	2.781,5	14.337,0

¹ Ertragsteuerschulden stellen keine Finanzinstrumente im Sinne des IFRS 7 dar, werden aber zwecks Übersichtlichkeit und Abstimmbarkeit in den Tabellen mit aufgeführt.

Derivative Finanzinstrumente, die die Übertragung von Markt- und Kreditrisiken zwischen verschiedenen Parteien ermöglichen, leiten ihren Wert unter anderem von Zinssätzen und Indizes sowie von Aktien- und Devisenkursen ab. Für Kontrahentenrisiken werden bei positiven Marktwerten Abschläge berücksichtigt. Die wichtigsten genutzten derivativen Produkte umfassen Swaps und Devisentermingeschäfte. Derivate können als standardisierte Kontrakte an der Börse oder in Form von bilateral ausgehandelten Transaktionen außerbörslich („Over The Counter“) abgeschlossen werden.

Derivate finden Verwendung sowohl im bankinternen Risikomanagement als auch im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung.

Hinsichtlich der Bewertung wird zwischen börsen- und außerbörslich gehandelten Produkten unterschieden.

Nach Abschluss von Index-Optionen findet bei börsengehandelten Kontrakten täglich ein Barausgleich statt.

Positive und negative Marktwerte werden dann ausgewiesen, wenn die Vertragsvereinbarungen eine vollständige Abwicklung erst zum Fälligkeitstag (nur bei europäischen Optionen; EUREX-Produkte = amerikanische Optionen) vorsehen oder die Variation Margin (nur bei Futures) am Bilanzstichtag (beispielsweise aufgrund der unterschiedlichen Zeitzonen der Börsenplätze) noch nicht reguliert wurde.

39 Derivategeschäfte

Falls keine Marktpreise notiert werden (OTC-Derivate), finden die an den Finanzmärkten etablierten Schätzverfahren (unter anderem Barwertmethode und Optionspreismodelle) Anwendung. Der Marktwert eines Derivats entspricht dabei der Summe aller auf den Bewertungsstichtag diskontierten zukünftigen Cashflows (Present-Value- bzw. Dirty-Close-Out-Wert). Die folgende Tabelle weist die Nominalvolumina nach Restlaufzeiten sowie die positiven und negativen Marktwerte (Fair Values) der von der Bank abgeschlossenen derivativen Geschäfte aus. Die Nominalbeträge dienen grundsätzlich nur als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen (beispielsweise Zinsansprüche und/oder -verbindlichkeiten bei Zinsswaps) und repräsentieren damit keine Bilanzforderungen und/oder -verbindlichkeiten.

Mio. Euro	Positive Fair Values	Negative Fair Values	Fälligkeit			Gesamt	
			bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2014	2013
Zinsbezogene Derivate	38,1	-134,4	71,7	777,9	748,8	1.598,4	1.582,9
davon Zinsswaps der Zinsbuchsteuerung	32,6	-129,0	50,0	665,0	701,0	1.416,0	1.346,0
Währungsbezogene Derivate	2,1	-2,4	128,4	2,0	—	130,4	166,2
davon Devisenoptionen: Käufe	—	—	—	—	—	—	6,8
davon Devisenoptionen: Verkäufe	—	—	—	—	—	—	6,8
Derivate der aktienbezogenen Vergütung	7,3	—	4,2	4,9	—	9,1	11,4
Derivate insgesamt	47,5	-136,8	204,3	784,8	748,8	1.737,9	1.760,5
davon Produkte EUR	37,5	-133,8	71,8	768,3	737,5	1.577,6	1.578,2
davon Produkte USD	2,6	-2,4	110,4	11,5	11,3	133,2	137,0
davon Produkte GBP	—	—	5,2	—	—	5,2	6,5
davon Produkte JPY	—	—	—	—	—	—	1,6

Zum Jahresende waren Zinsswaps im Nominalvolumen von 1.416,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1.346,0 Mio. Euro) für Hedge Accounting designed.

Im Rahmen der Bildung von bilanziellen Sicherungsbeziehungen nach den Regeln des IAS 39 (Hedge Accounting) ergaben sich für Zinsswaps zur Steuerung des Zinsbuches negative bereinigte Marktwertveränderungen in Höhe von -11,8 Mio. Euro (Vorjahr: +35,4 Mio. Euro). Für korrespondierende Forderungen und Verbindlichkeiten ggü. Kunden und Finanzanlagen ergaben sich in der Summe positive bereinigte Marktwertveränderungen in Höhe von +10,7 Mio. Euro (Vorjahr: -37,0 Mio. Euro). Der Nettoeffekt von -1,1 Mio. Euro (Vorjahr: -1,6 Mio. Euro) wird im Laufenden Handelsergebnis ausgewiesen.

Außerbilanzielles Geschäft

Die Eventualverbindlichkeiten und Anderen Verpflichtungen enthalten potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns, die aus von der Bank den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen und terminlich begrenzten Kreditlinien erwachsen. Der Konzern ermöglicht seinen Kunden durch Kreditfazilitäten schnellen Zugriff auf Gelder, die von den Kunden zur Erfüllung ihrer kurzfristigen Verpflichtungen sowie der langfristigen Finanzierungsbedürfnisse benötigt werden. Ferner werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen sowie Akkreditive ausgewiesen. Die Erträge aus Bürgschaften werden im Provisionsergebnis erfasst. Die Höhe der Erträge wird durch Anwendung vereinbarter Sätze auf den Nominalbetrag der Bürgschaften bestimmt.

Aus den nachstehend aufgeführten Werten kann nicht direkt auf die hieraus erwachsenden Liquiditätserfordernisse geschlossen werden. Weitere Ausführungen zu Liquiditätsrisiken und deren Steuerung und Überwachung enthält der Risikobericht.

Mio. Euro	2014	2013
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		
Kreditbürgschaften	11,7	11,0
Sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen	285,0	291,1
Akkreditive	6,6	4,3
davon Akkreditiveröffnungen	6,5	3,7
davon Akkreditivbestätigungen	0,1	0,6
Eventualverbindlichkeiten	303,3	306,4
Unwiderrufliche Kreditzusagen		
Buchkredite	409,6	345,6
Avalkredite	131,9	103,8
Hypothekendarlehen / Kommunalkredite	58,6	71,0
Andere Verpflichtungen	600,1	520,4

Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen wurde unter Andere Rückstellungen ausgewiesen.

Die in den Tabellen dargestellten Zahlen reflektieren die Beträge, die im Falle der vollständigen Ausnutzung der Fazilitäten durch den Kunden und den darauf folgenden Zahlungsverzug – unter der Voraussetzung, dass keine Sicherheiten vorhanden sind – abgeschrieben werden müssten. Ein großer Teil dieser Verpflichtungen verfällt möglicherweise, ohne in Anspruch genommen zu werden. Die Werte spiegeln nicht abschließend das tatsächliche künftige Kreditengagement oder aus diesen Verpflichtungen erwachsende Liquiditätserfordernisse wider. Sicherheiten dienen ggf. dem Gesamtbligo von Kunden aus Krediten und Avalen. Daneben gibt es Unterbeteiligungen Dritter zu unwiderruflichen Kreditzusagen und Avalen.

40 Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen

41 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Mio. Euro	2014			
	bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Verpflichtungen aus Miet- und Nutzungsverträgen	20,5	67,2	20,9	108,6
Verpflichtungen für Instandhaltung von Informationstechnologie	1,2	4,7	1,1	7,0
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	0,9	—	—	0,9
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	0,1	—	—	0,1
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	22,7	71,9	22,0	116,6

Mio. Euro	2013			
	bis 1 Jahr	größer 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Verpflichtungen aus Miet- und Nutzungsverträgen	21,9	66,0	20,5	108,4
Verpflichtungen für Instandhaltung von Informationstechnologie	0,9	3,9	1,0	5,8
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	1,6	—	—	1,6
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	2,1	—	—	2,1
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	26,5	69,9	21,5	117,9

Verpflichtungen aus Mietverträgen betreffen Miet- und Leasingverträge für Gebäude und Geschäftsausstattung. Sie führten im Berichtsjahr zu Aufwendungen in Höhe von 7,9 Mio. Euro (Vorjahr: 10,1 Mio. Euro). Die Mietverträge für Gebäude haben in der Regel eine Laufzeit von 10 Jahren. Leasingverträge für Geschäftsausstattung haben Laufzeiten zwischen 3 und 5 Jahren.

Einzahlungsverpflichtungen für Aktien, Anleihen und sonstige Anteile beliefen sich auf 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,1 Mio. Euro), Mithaftungen gemäß § 26 GmbH-Gesetz bestanden nicht (Vorjahr: 2,0 Mio. Euro).

Die Oldenburgische Landesbank AG ist Mitglied des Einlagensicherungsfonds, durch den bis zu einem Höchstbetrag Verbindlichkeiten gegenüber Gläubigern gedeckt werden. Als Mitglied des Einlagensicherungsfonds, der selbst Gesellschafter der oben genannten Beteiligung ist, ist die Oldenburgische Landesbank AG zusammen mit den anderen Mitgliedern des Fonds gesondert haftbar für zusätzliche Kapitaleistungen, maximal in Höhe des unten aufgeführten Jahresbeitrags der Oldenburgische Landesbank AG.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds hat sich die OLB außerdem verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten von in ihrem Mehrheitsbesitz stehenden Kreditinstituten anfallen. Gemäß gleichen Statuts hat sich die Allianz Deutschland AG verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V. von allen Verlusten freizustellen, die durch § 2 Absatz 2 zu Gunsten der Bank entstehen. Diese Erklärung ist unwiderruflich, solange die Allianz Deutschland AG zu der OLB in einer Verbindung gemäß § 5 Absatz 10 des Statuts steht. § 2 regelt die Aufgabe und den Zweck des Einlagensicherungsfonds. Der Einlagensicherungsfonds hat die Aufgabe, bei drohenden oder bestehenden finanziellen Schwierigkeiten von Banken, insbesondere bei drohender Zahlungseinstellung, im Interesse der Einleger Hilfe zu leisten,

um Beeinträchtigungen des Vertrauens in die privaten Kreditinstitute zu verhüten. Gemäß § 2 Absatz 2 sind zur Durchführung dieser Aufgabe alle zur Hilfeleistung geeigneten Maßnahmen zulässig, und zwar insbesondere Zahlungen an einzelne Gläubiger, Leistungen an Banken, die Übernahme von Garantien oder die Übernahme von Verpflichtungen im Rahmen von Maßnahmen gemäß § 46a KWG.

Für das Jahr 2014 ist von der Oldenburgische Landesbank AG eine Umlage für den Einlagensicherungsfonds und die Entschädigungseinrichtung Deutscher Banken in Höhe von 5,6 Mio. Euro (Vorjahr: 5,4 Mio. Euro) erhoben worden.

Zusätzlich wurden 0,6 Mio. Euro (Vorjahr: 0,5 Mio. Euro) in den Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute (Bankenabgabe) eingezahlt.

Für eine weitere Beteiligung besteht eine wieder aufgelebte Haftung gemäß § 172 Abs. 4 HGB in Höhe von 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,1 Mio. Euro).

Mio. Euro	2014	2013
Forderungen an Kunden	3,8	7,2
Treuhandvermögen¹	3,8	7,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3,2	5,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,6	1,6
Treuhandverbindlichkeiten	3,8	7,2

¹ Hierin sind 3,8 Mio. Euro (Vorjahr: 7,2 Mio. Euro) Treuhandkredite enthalten.

42 Treuhandgeschäfte

Ergänzende Angaben

Zu den Finanzinstrumenten der nachfolgenden Tabelle zählen im Wesentlichen bilanzierte und nicht bilanzierte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Anwendungsbereich von IFRS 13. Für diese Finanzinstrumente werden Klassen gebildet, die eine Unterscheidung nach fortgeführten Anschaffungskosten und beizulegenden Zeitwerten als den relevanten Bewertungsmaßstäben von IAS 39 ermöglichen. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente werden zum Nominalwert bilanziert und werden aus Gründen der Übersichtlichkeit in den Spalten „bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten“ gezeigt. Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting werden in der Spalte „bilanziert zum Fair Value“ gezeigt. Pro Klasse wird außerdem angegeben, zu welcher Bewertungskategorie die Finanzinstrumente gehören. Die in der Tabelle verwendeten Kürzel haben folgende Bedeutung: LaR = Loans and Receivables; HfT = Held-for-Trading; AfS = Available-for-Sale; FVH = Fair-Value-Hedging Instruments; oL = other Liabilities; k. A. = keine Angabe – kein Finanzinstrument. Für jede Bewertungsklasse von Finanzinstrumenten werden die beizulegenden Zeitwerte den Buchwerten gegenübergestellt und eine Überleitung zu den Posten der Aktiv- und Passivseite der Bilanz vollzogen. Zusätzlich werden die zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente in die drei Fair Value-Kategorien gemäß der IFRS Fair Value-Hierarchie eingeordnet.

43 Fair Values und Buchwerte von Finanzinstrumenten nach Bewertungsklassen und Bilanzposten und deren Einstufung in die Fair Value-Hierarchie

Aktiva	2014									
	Kategorie	Bilanzposten	Finanzinstrumente bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten			Bilanziert zum Fair Value	Σ Finanzinstrumente	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3
			Buchwert	Δ	Fair Value					
Mio. Euro		Buchwert	Buchwert	Δ	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente (bilanziert zum Nominalwert)	LaR	192,9	192,9	—	192,9	192,9	192,9	—	—	—
Handelsaktiva	HfT	14,9				14,9	14,9	—	14,9	—
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	HfT	—				—	—	—	—	—
Positive Marktwerte aus zinsbezogenen Derivaten	HfT	5,5				5,5	5,5	—	5,5	—
Positive Marktwerte aus währungsbezogenen Derivaten	HfT	2,1				2,1	2,1	—	2,1	—
Positive Marktwerte aus aktien-/indexbezogenen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	—
Positive Marktwerte aus sonstigen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	—
Positive Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	HfT	7,3				7,3	7,3	—	7,3	—
Forderungen an Kreditinstitute (netto nach Risikovorsorge)	LaR	435,1	435,1	1,3	436,4	436,4	436,4	—	—	436,4
Forderungen an Kunden (netto nach Risikovorsorge)	LaR	10.300,4	10.300,4	919,0	11.219,4	11.219,4	11.219,4	—	—	11.219,4
Finanzanlagen	AfS	2.865,4				2.865,4	2.865,4	591,4	2.272,8	1,2
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	AfS	1.408,0				1.408,0	1.408,0	510,8	897,2	—
Sonstige Anleihen und Schuldverschreibungen	AfS	1.403,2				1.403,2	1.403,2	36,3	1.366,9	—
Aktien	AfS	—				—	—	—	—	—
Aktien (at cost)	AfS	0,1				0,1	0,1	—	—	0,1
Investmentfonds	AfS	53,0				53,0	53,0	44,3	8,7	—
Beteiligungen (at cost)	AfS	1,0				1,0	1,0	—	—	1,0
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (at cost)	AfS	0,1				0,1	0,1	—	—	0,1
Sachanlagen	k. A.	82,2								
Immaterielle Vermögenswerte	k. A.	10,0								
Sonstige Aktiva	k. A.	87,1								
Zinsabgrenzung	LaR	28,4	28,4	—	28,4	28,4	28,4	—	—	28,4
Positive Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting	FVH	32,6				32,6	32,6	—	32,6	—
Sonstige Vermögenswerte	k. A.	26,1								
Ertragsteueransprüche	k. A.	21,8								
Aktive latente Steuern	k. A.	43,1								
Vermögenswerte einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe	k. A.	82,8								
Summe der bilanziellen Aktiva		14.135,7								
davon Finanzinstrumente		13.869,7	10.956,8	920,3	11.877,1	2.912,9	14.797,1	784,3	2.320,3	11.692,5
Loans and Receivables	LaR	10.956,8	10.956,8	920,3	11.877,1	—	11.877,1	192,9	—	11.684,2
Held-for-trading	HfT	14,9	—	—	—	14,9	14,9	—	14,9	—
Available-for-Sale	AfS	2.865,4	—	—	—	2.865,4	2.865,4	591,4	2.272,8	1,2
Fair Value Hedging Instruments	FVH	32,6	—	—	—	32,6	32,6	—	32,6	—

Passiva	2014									
	Kategorie	Bilanzposten	Finanzinstrumente bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten			Bilanziert zum Fair Value	Σ Finanzinstrumente	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3
			Buchwert	Δ	Fair Value					
Mio. Euro		Buchwert	Buchwert	Δ	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value
Handelspassiva	HfT	7,8				7,8	7,8	0,3	7,5	—
Negative Marktwerte aus zinsbezogenen Derivaten	HfT	5,4				5,4	5,4	0,3	5,1	—
Negative Marktwerte aus währungsbezogenen Derivaten	HfT	2,4				2,4	2,4	—	2,4	—
Negative Marktwerte aus aktien-/indexbezogenen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	—
Negative Marktwerte aus sonstigen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	—
Negative Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	HfT	—				—	—	—	—	—
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	oL	4.231,5	4.231,5	190,9	4.422,4	4.422,4	4.422,4	—	—	4.422,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	oL	7.957,9	7.957,9	187,3	8.145,2	8.145,2	8.145,2	—	—	8.145,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	oL	512,5	512,5	0,3	512,8	512,8	512,8	—	—	512,8
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	k.A.	486,8								
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	k.A.	238,0								
Andererückstellungen	k.A.	63,6								
Zinsabgrenzung	oL	33,9	33,9	—	33,9	33,9	33,9	—	—	33,9
Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting	FVH	129,0				129,0	129,0	—	129,0	—
Anderer Verbindlichkeiten	k.A.	22,3								
Ertragsteuerschulden	k.A.	1,8								
Nachrangige Verbindlichkeiten	oL	220,9	220,9	63,3	284,2	284,2	284,2	—	—	284,2
Schulden einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe	k.A.	101,8								
Eigenkapital	k.A.	614,7								
Summe der bilanziellen Passiva		14.135,7								
davon Finanzinstrumente		13.093,5	12.956,7	441,8	13.398,5	136,8	13.535,3	0,3	136,5	13.398,5
Held-for-trading	HfT	7,8	—	—	—	7,8	7,8	0,3	7,5	—
Other Liabilities	oL	12.956,7	12.956,7	441,8	13.398,5	—	13.398,5	—	—	13.398,5
Fair Value Hedging Instruments	FVH	129,0	—	—	—	129,0	129,0	—	129,0	—
Außerbilanzielle Positionen (ohne Kategorie)	k.A.	—					7,1	—	—	7,1
Eventualverbindlichkeiten	k.A.	—					-3,1	—	—	-3,1
Unwiderrufliche Kreditzusagen	k.A.	—					10,2	—	—	10,2

Aktiva	2013									
	Kategorie	Bilanzposten	Finanzinstrumente bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten			Bilanziert zum Fair Value	Σ Finanzinstrumente	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3
			Buchwert	Δ	Fair Value					
Mio. Euro		Buchwert	Buchwert	Δ	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente (bilanziert zum Nominalwert)	LaR	312,3	312,3	—	312,3	312,3	312,3	—	—	
Handelsaktiva	HfT	13,7				13,7	13,7	—	13,7	
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	HfT	—				—	—	—	—	
Positive Marktwerte aus zinsbezogenen Derivaten	HfT	5,5				5,5	5,5	—	5,5	
Positive Marktwerte aus währungsbezogenen Derivaten	HfT	1,1				1,1	1,1	—	1,1	
Positive Marktwerte aus aktien-/indexbezogenen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	
Positive Marktwerte aus sonstigen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	
Positive Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	HfT	7,1				7,1	7,1	—	7,1	
Forderungen an Kreditinstitute (netto nach Risikovorsorge)	LaR	628,5	628,5	0,8	629,3	629,3	—	—	629,3	
Forderungen an Kunden (netto nach Risikovorsorge)	LaR	10.303,7	10.303,7	627,0	10.930,7	10.930,7	—	—	10.930,7	
Finanzanlagen	AfS	2.722,4				2.722,4	2.722,4	262,2	2.459,1	1,1
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	AfS	1.077,2				1.077,2	1.077,2	135,3	941,9	—
Sonstige Anleihen und Schuldverschreibungen	AfS	1.595,7				1.595,7	1.595,7	78,5	1.517,2	—
Aktien	AfS	—				—	—	—	—	—
Aktien (at cost)	AfS	0,1				0,1	0,1	—	—	0,1
Investmentfonds	AfS	48,4				48,4	48,4	48,4	—	—
Beteiligungen (at cost)	AfS	0,9				0,9	0,9	—	—	0,9
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (at cost)	AfS	0,1				0,1	0,1	—	—	0,1
Sachanlagen	k. A.	82,9								
Immaterielle Vermögenswerte	k. A.	10,9								
Sonstige Aktiva	k. A.	75,9								
Zinsabgrenzung	LaR	35,5	35,5	—	35,5	35,5	—	—	—	35,5
Positive Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting	FVH	3,6				3,6	3,6	—	3,6	—
Sonstige Vermögenswerte	k. A.	36,8								
Ertragsteueransprüche	k. A.	22,4								
Aktive latente Steuern	k. A.	35,1								
Summe der bilanziellen Aktiva		14.207,8								
davon Finanzinstrumente		14.019,7	11.280,0	627,8	11.907,8	2.739,7	14.647,9	574,5	2.476,4	11.597,0
Loans and Receivables	LaR	11.280,0	11.280,0	627,8	11.907,8	—	11.907,8	312,3	—	11.595,5
Held-for-trading	HfT	13,7	—	—	—	13,7	13,7	—	13,7	—
Available-for-Sale	AfS	2.722,4	—	—	—	2.722,4	2.722,4	262,2	2.459,1	1,1
Fair Value Hedging Instruments	FVH	3,6	—	—	—	3,6	3,6	—	3,6	—

Passiva	Kategorie	Bilanzposten	Finanzinstrumente bilanziert zu fortgeführten Anschaffungskosten			Bilanziert zum Fair Value	Σ Finanzinstrumente	2013				
			Buchwert	Δ	Fair Value			Fair Value	Fair Value	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3
										Fair Value	Fair Value	Fair Value
Mio. Euro		Buchwert	Buchwert	Δ	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value	Fair Value		
Handelspassiva	HfT	6,8				6,8	6,8	—	6,8	—		
Negative Marktwerte aus zinsbezogenen Derivaten	HfT	5,2				5,2	5,2	—	5,2	—		
Negative Marktwerte aus währungsbezogenen Derivaten	HfT	1,6				1,6	1,6	—	1,6	—		
Negative Marktwerte aus aktien-/indexbezogenen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	—		
Negative Marktwerte aus sonstigen Derivaten	HfT	—				—	—	—	—	—		
Negative Marktwerte aus Sicherung der aktienbezogenen Vergütung	HfT	—				—	—	—	—	—		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	oL	4.498,5	4.498,5	75,2	4.573,7	4.573,7	4.573,7	—	—	4.573,7		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	oL	7.806,3	7.806,3	98,9	7.905,2	7.905,2	7.905,2	—	—	7.905,2		
Verbriefte Verbindlichkeiten	oL	579,6	579,6	-11,7	567,9	567,9	567,9	—	—	567,9		
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	k.A.	450,9										
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	k.A.	184,7										
Andere Rückstellungen	k.A.	92,7										
Zinsabgrenzung	oL	38,8	38,8	—	38,8	38,8	38,8	—	—	38,8		
Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting	FVH	102,9				102,9	102,9	—	102,9	—		
Andere Verbindlichkeiten	k.A.	31,8										
Ertragsteuerschulden	k.A.	9,2										
Nachrangige Verbindlichkeiten	oL	253,7	253,7	27,4	281,1	281,1	281,1	—	—	281,1		
Eigenkapital	k.A.	602,8										
Summe der bilanziellen Passiva		14.207,8										
davon Finanzinstrumente		13.286,6	13.176,9	189,8	13.366,7	109,7	13.476,4	—	109,7	13.366,7		
Held-for-trading	HfT	6,8	—	—	—	6,8	6,8	—	6,8	—		
Other Liabilities	oL	13.176,9	13.176,9	189,8	13.366,7	—	13.366,7	—	—	13.366,7		
Fair-Value-Hedging-Instruments	FVH	102,9	—	—	—	102,9	102,9	—	102,9	—		
Außerbilanzielle Positionen (ohne Kategorie)	k.A.	—					0,4	—	—	0,4		
Eventualverbindlichkeiten	k.A.	—					-5,1	—	—	-5,1		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	k.A.	—					5,5	—	—	5,5		

Als Fair Value bezeichnet man den Betrag, zu dem ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Parteien, die nicht unter Handlungszwang stehen, gehandelt werden kann. Der Fair Value wird am besten durch einen Marktwert ausgedrückt, soweit ein Marktpreis zur Verfügung steht. Zu den Finanzinstrumenten gehören in erster Linie Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Derivate. Für alle Finanzinstrumente wurde die Preisanbindung überprüft. Bei Vorliegen von gehandelten Marktpreisen wurden diese zugrunde gelegt und eine Kategorisierung in Stufe 1 vorgenommen. Bei Verwendung von Preismodellen unter Hinzunahme von im Wesentlichen am Markt beobachtbaren Parametern wurde eine Einordnung in Stufe 2 vorgenommen. Für die Mehrzahl der Finanzinstrumente, hauptsächlich für Kredite, Einlagen und nicht börsengängige Derivate, stehen Marktpreise nicht unmittelbar zur Verfügung, da es keine organisierten Märkte gibt, auf denen diese Instrumente gehandelt werden. Für diese Instrumente erfolgte die Ermittlung des Fair Values unter Anwendung finanzmathematisch anerkannter Bewertungsverfahren mit aktuellen Marktparametern. Zur Anwendung kamen insbesondere die Barwertmethode und Optionspreismodelle. Der Fair Value ist demnach ein stichtagsbezogener Modellwert, der nur als Indikator für einen beim künftigen Verkauf realisierbaren Wert herangezogen werden kann. Weitere Ausführungen zu Methoden der Messung von mit den Finanzinstrumenten verbundenen Risiken enthält der Risikobericht im Kapitel Risikolage, Risikotragfähigkeit unter Adressrisiken.

Täglich fällige Finanzinstrumente. Täglich fällige Finanzinstrumente wurden mit ihrem Nominalwert berücksichtigt. Zu diesen Instrumenten zählen der Kassenbestand sowie Kontokorrentkredite und Sichteinlagen gegenüber Kreditinstituten und Kunden.

Forderungen und Verbindlichkeiten. Für die Ermittlung der Fair Values wurden die zukünftigen vertraglich festgelegten Zahlungsströme berechnet und mit Nullkuponkurven diskontiert. Die Nullkuponkurven leiten sich direkt aus am Markt beobachtbaren Swapkurven ab. Der Bonität von Kreditnehmern wurde durch eine angemessene Adjustierung der Diskontierungssätze Rechnung getragen. Der Fair Value von Forderungen an Kunden und Kreditinstitute sowie Verbindlichkeiten der Stufe 3 der Fair-Value-Hierarchie wurde durch die Berücksichtigung von Credit Spreads als Verschiebung der Zinskurve bestimmt.

Zinsabgrenzungen. Aktive Zinsabgrenzungen werden in der Kategorie „LaR“ dargestellt, passive in der Kategorie „oL“. Sie stellen keine eigenständigen Finanzinstrumente dar, sondern jeweils einen rechnerischen Teil eines an anderer Stelle ausgewiesenen Finanzinstrumentes. Da es bezüglich der verwendeten Zinssätze keine Schätzunsicherheit gibt, ist die Angabe einer Sensitivität nicht notwendig.

Handelsaktiva/-passiva und Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting. Der Konzern bilanziert Handelsaktiva/-passiva und Marktwerte aus Sicherungsderivaten im Hedge Accounting einschließlich Schuldtiteln, Aktien, derivativen Finanzinstrumenten und Devisengeschäften zum Fair Value. Sind keine Preisquotierungen erhältlich, werden die Fair Values durch finanzmathematische Bewertungen ermittelt. Bei Sicherungsderivaten wurde unterschieden, ob eine Besicherung der Marktwerte vorgenommen wurde. Im besicherten Fall wurden risikolose Overnight-Index-Swap „OIS“-Kurven für die Diskontierung zugrunde gelegt, im unbesicherten Fall am Bankenmarkt gehandelte Swapkurven, dem Tenor der abgeschlossenen Geschäfte entsprechend.

Wertpapiere. Wertpapiere der Finanzanlagen werden gemäß IAS 39 als „Available-for-Sale-Finanzinstrumente“ klassifiziert und mit dem Fair Value bewertet. Über Preisserviceagenturen wurde auf bestimmte Plattformen zugegriffen, auf denen Broker ihre Kurse veröffentlichen. Lagen gehandelte Kurse von mindestens drei Brokern vor, wurden diese als Preisquotierung in Stufe 1 herangezogen. Lagen nicht mindestens drei verschiedene Broker-Kurse vor, wurde ein Durchschnittswert gebildet und dieser als Preisquotierung in Stufe 2 herangezogen. Sind keine Preisquotierungen erhältlich, werden die Fair Values durch finanzmathematische Bewertungen ermittelt. Aktien, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen - ausgewiesen „at cost“ - werden nicht an aktiven Märkten gehandelt. Sie sind von untergeordneter Bedeutung. Der Fair Value ist nicht verlässlich ermittelbar, daher erfolgt der Ansatz zu Anschaffungskosten.

Langfristige Verbindlichkeiten. Die Bewertung von Verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangigen Verbindlichkeiten wird auf der Basis quotierter Marktpreise vorgenommen, sofern diese vorhanden sind, und berücksichtigt verschiedene Faktoren, unter anderem die aktuellen Marktzinsen und das Kreditrating des Konzerns. Für die Ermittlung der Fair Values wurden die zukünftigen vertraglich festgelegten Zahlungsströme berechnet und mit Nullkuponkurven diskontiert. Die Nullkuponkurven leiten sich direkt aus am Markt beobachtbaren Swapkurven ab. Dem Kreditrating des Konzerns wurde durch eine angemessene Adjustierung der Diskontierungssätze Rechnung getragen. Der Fair Value wurde durch die Berücksichtigung von Credit Spreads als Verschiebung der Zinskurve bestimmt. Sind keine Preisquotierungen erhältlich, werden die Fair Values durch finanzmathematische Bewertungen ermittelt.

Außerbilanzielle Positionen. Diese Positionen gehören zu keiner Kategorie gemäß IAS 39. Avale sind Eventualverbindlichkeiten, die bei Ziehung in Forderungen resultieren. Hierfür ergibt sich der Fair Value aus den diskontierten erwarteten Zahlungsströmen bei Inanspruchnahme unter Berücksichtigung von Sicherheiten. Als Zeitpunkt der erwarteten Inanspruchnahme werden 3 Jahre angenommen, es sei denn, eine abweichende Annahme erscheint sachgerecht. Die Diskontierung erfolgt mit einem durchschnittlichen 3-Jahres-Zinssatz für erstklassige Unternehmensanleihen. Unwiderrufliche Kreditzusagen werden mit einer Ziehungs- und Ausfallwahrscheinlichkeit bemessen, die sich aus den internen Risikovorsorgemodellen ergibt. Zur Bemessung des Zinsänderungsrisikos bei Zinszusagen im Rahmen einer unwiderruflichen Kreditzusage wurden die zukünftigen vertraglich festgelegten Zahlungsströme berechnet und mit Nullkuponkurven diskontiert.

Transfer von Finanzinstrumenten. Im Jahr 2014 fanden keine Transfers zwischen den Stufen der Fair Value Hierarchie statt.

Wertminderungsaufwand. Die Höhe des Wertminderungsaufwandes für Handelsaktiva ist in den Notesangaben zum Handelsergebnis ausgewiesen. Wertminderungsaufwand für Finanzanlagen ist aus den Notesangaben im Ergebnis aus Finanzanlagen und im Kumulierten Bewertungseffekt aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten im „Sonstigen Ergebnis“ ersichtlich. Die Wertminderungen für Forderungen an Kunden und an Kreditinstitute spiegeln sich in der Notesangabe zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft wider. Nettoergebnisse für die betroffenen Klassen von Finanzinstrumenten finden sich hier ebenso wieder.

44 Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Allianz Deutschland AG hält rund 90,2 % (Vorjahr: 90,2 %) der Aktien an der Oldenburgische Landesbank AG. Alleingesellschafterin der Allianz Deutschland AG ist die Allianz SE.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Der Umfang dieser Transaktionen ist im Folgenden dargestellt, wobei im Rahmen der Konzernkonsolidierung eliminierte Transaktionen nicht Bestandteil der Darstellung sind. Bei den nahestehenden Personen handelt es sich um Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates der Oldenburgische Landesbank AG und der übergeordneten Gesellschaften Allianz Deutschland AG und Allianz SE sowie deren nahen Familienangehörige. Als Personen in Schlüsselpositionen werden Vorstand und Aufsichtsrat der Oldenburgische Landesbank AG angesehen. Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates der übergeordneten Gesellschaften werden unter Sonstige nahestehende Unternehmen und Personen mit einbezogen. Bei den nahe stehenden Unternehmen handelt es sich um nichtkonsolidierte Tochterunternehmen der Oldenburgische Landesbank AG (unter Tochterunternehmen ausgewiesen), Unternehmen bei denen Aufsichtsratsmitglieder der Bank eine Position in der Geschäftsleitung bekleiden, der Mehrheitsgesellschafterin Allianz Deutschland AG (unter Mutterunternehmen ausgewiesen) sowie anderen Konzerngesellschaften der Allianz unter dem Dach der Allianz SE.

Forderungen und Verbindlichkeiten

Mio. Euro	2014	2013
Forderungen an Kunden		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	1,1	4,0
Tochterunternehmen	0,2	0,2
Sonstige nahestehende Unternehmen und Personen	10,2	5,8
Sonstige Aktiva		
Mutterunternehmen	0,1	10,5
Sonstige nahestehende Unternehmen und Personen	19,4	20,5
Forderungen insgesamt	31,0	41,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	1,6	0,6
Tochterunternehmen	0,2	0,2
Sonstige nahestehende Unternehmen und Personen	53,7	121,3
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten		
Mutterunternehmen	0,3	1,5
Sonstige nahestehende Unternehmen und Personen	—	4,5
Verbindlichkeiten insgesamt	55,8	128,1

Bei den oben genannten Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden handelt es sich um Geldmarkttransaktionen, Kredite und Einlagen sowie um Refinanzierungsgelder. Die Forderungen gegenüber Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG sind nahezu vollständig grundpfandrechtlich besichert. Forderungen gegenüber den Mutterunternehmen und den Tochterunternehmen sind aufgrund des Konzernverbundes nicht besichert. Für Forderungen gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen und Personen wurden der Bank Sicherheiten i. H. v. 2,8 Mio. Euro (Vorjahr: 2,7 Mio. Euro) gestellt. Für Verbindlichkeiten wurde keine Besicherung gegeben. Daneben existierten zum 31. Dezember 2014 Avalkredite zu Gunsten sonstiger nahestehender Unternehmen und Personen in Höhe von 21,7 Mio. Euro (Vorjahr: 22,5 Mio. Euro). Außerdem wurden Dienstleistungs-, Wertpapier-, Devisenhandels- und Zinstermingeschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen getätigt.

Im Rahmen der *Ergebnisrechnung* schlugen sich diese Geschäfte gemäß folgender Tabelle nieder:

Mio. Euro	2014	2013
Zinsüberschuss		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	—	0,1
Mutterunternehmen	-0,2	—
Tochterunternehmen	0,4	0,2
Sonstige nahestehende Unternehmen und Personen	-0,6	-0,8
Provisionsüberschuss		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	—	—
Mutterunternehmen	—	—
Tochterunternehmen	2,5	2,4
Sonstige nahestehende Unternehmen und Personen	14,2	18,8
Sachaufwand		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	—	—
Mutterunternehmen	-0,1	-5,9
Tochterunternehmen	—	—
Sonstige nahestehende Unternehmen und Personen	-1,2	-7,0
Übrige Erträge und Erträge aus dem Ausgleich des Restrukturierungsaufwands		
Personen in Schlüsselpositionen der OLB AG	—	—
Mutterunternehmen	0,1	107,5
Tochterunternehmen	0,1	0,1
Sonstige nahestehende Unternehmen und Personen	—	—
Ergebnis Gesamt	15,2	115,4

Die Oldenburgische Landesbank führt aus der früheren Allianz Bank, deren Geschäftstätigkeit im Jahre 2013 beendet wurde, noch verschiedene Geschäftsbeziehungen fort. Mit Allianz Vertretern und Allianz Mitarbeitern wird in gewissem Umfang auch Neugeschäft getätigt. Beide Bereiche werden in der OLB in der Einheit „Direktbetreuung Banking Services“ (DBS) betreut. Für alle im Zusammenhang mit diesem Geschäft stehenden möglichen Verluste hat die Allianz Deutschland AG mit Erklärung vom 3./16. Dezember 2014 die Verpflichtung übernommen, diese auszugleichen. Diese Verlustübernahmeverpflichtung, die die bisher schon für die Allianz Bank bestehende Verlustübernahme inhalts-gleich fortführt, hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2019 und kann von der Allianz Deutschland AG jeweils mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten zum Jahresende gekündigt werden.

Im Rahmen der Ergebnisrechnung sind 16,5 Mio. Euro Erträge (Vorjahr: 128,3 Mio. Euro) und 0,5 Mio. Euro Aufwendungen (Vorjahr: 12,9 Mio. Euro) für Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen angefallen. Bei den Erträgen handelte es sich insbesondere um den Ausgleich des Verlustes aus dem laufenden Geschäft der Allianz Bank durch die Allianz Deutschland AG sowie um Provisionen von Konzerngesellschaften der Allianz für die Vermittlung und Bestandsführung von Fonds- und Versicherungsprodukten. Bei den Aufwendungen 2013 handelte es sich insbesondere um Restrukturierungsaufwendungen im Rahmen der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Bank. Die Konditionen und Bedingungen für das Zins- und Provisionsgeschäft, einschließlich der Besicherung, sowie für die konzerninternen Leistungsverrechnungen entsprachen marktüblichen Usancen.

Zur Freistellungserklärung der Allianz Deutschland AG zu Gunsten der Oldenburgische Landesbank AG gegenüber dem Bundesverband deutscher Banken e.V. verweist die Bank auf die Ausführungen im Abschnitt Sonstige Finanzielle Verpflichtungen.

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Vorstands stellt sich per 31. Dezember 2014 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionskrediten betrug insgesamt 140,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 425 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2014 mit 8,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 24,2 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze lagen jeweils bei 4,94%. Die Verzinsung und die Ausgestaltung waren marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 90,2 Tsd. Euro (Vorjahr: 60 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 0,9 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,4 Tsd. Euro) ausgenutzt. Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 486,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,0 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2014 mit 486,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,0 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze lagen zwischen 1,36% und 1,67%. Die Verzinsung und die Ausgestaltung waren marktüblich.

Die Kreditgewährung an Mitglieder des Aufsichtsrats stellte sich per 31. Dezember 2014 folgendermaßen dar: Die Einräumung von Dispositionskrediten betrug insgesamt 315,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 309,1 Tsd. Euro), die per 31. Dezember 2014 mit 26,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 128,6 Tsd. Euro) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze lagen zwischen 3,74% und 8,49%. Daneben bestand ein Avalkredit in Höhe von 5,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 5,7 Tsd. Euro), für den eine Avalprovision in Höhe von 3,25% gezahlt wurde. Die Verzinsung und die Ausgestaltung waren marktüblich. Weiterhin bestanden Darlehenszusagen in Höhe von 3.771,7 Tsd. Euro (Vorjahr 3.927 Tsd. EUR), die per 31. Dezember 2014 mit 3.715 Tsd. Euro (Vorjahr: 3.863 Tsd. EUR) in Anspruch genommen wurden. Die Zinssätze lagen zwischen 1,51% und 5,00%. Die Verzinsung und die Ausgestaltung waren marktüblich. Kreditkartenlimite in Höhe von 125,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 125,2 Tsd. Euro) wurden am Bilanzstichtag mit 7 Tsd. Euro (Vorjahr: 2,9 Tsd. Euro) ausgenutzt.

Die Gesamtvergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2014 betrug 3,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2,7 Mio. Euro). Hierin enthalten sind RSU mit einem Zeitwert von insgesamt 0,8 Mio. Euro (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro). Zum 31. Dezember 2014 betrug die Anzahl der von den Mitgliedern des Vorstands gehaltenen aktienbezogenen Rechte insgesamt 2.074 Stück SAR sowie 37.501 Stück RSU. Am 31. Dezember 2014 betrug auf Basis IFRS der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen für die Vorstandsmitglieder, die zu diesem Zeitpunkt aktiv waren, 3,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1,2 Mio. Euro). Der Aufwand für Pensionsverpflichtungen betrug 0,8 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro).

Die für das Geschäftsjahr 2014 als Aufwand erfassten Vergütungsbestandteile des Vorstands nach Kategorien im Sinne des IAS 24 sind in folgender Tabelle aufgeführt:

Mio. Euro	2014	2013
Kurzfristig fällige Leistungen	3,1	1,9
Andere langfristig fällige Leistungen	—	0,2
Anteilsbasierte Vergütung	0,8	0,6
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	—	—
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0,8	0,4
Summe	4,7	3,1

An frühere Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene hat die OLB 1,1 Mio. Euro gezahlt (Vorjahr: 1,1 Mio. Euro). Der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen auf IFRS-Basis für diesen Personenkreis betrug 20,5 Mio. Euro (Vorjahr: 19,3 Mio. Euro).

Die Vergütung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2014 betrug 0,9 Mio. Euro (Vorjahr: 0,8 Mio. Euro). Es handelte sich jeweils um kurzfristig fällige Leistungen.

Ein individualisierter Ausweis der Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats findet sich im Vergütungsbericht.

Aktienkaufpläne für Mitarbeiter. Aktien der Allianz SE werden auch berechtigten Mitarbeitern des OLB-Konzerns innerhalb einer vorgegebenen Frist zu vergünstigten Konditionen angeboten. Um teilnahmeberechtigt zu sein, müssen Mitarbeiter grundsätzlich mindestens sechs Monate vor dem Aktienangebot ununterbrochen in einem ungekündigten Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis beschäftigt gewesen sein; außerdem unterliegt der Kauf Einschränkungen bezüglich des Betrages, den Mitarbeiter in den Aktienkauf investieren können. Die Anzahl der durch diese Angebote ausgegebenen Aktien im OLB-Konzern belief sich im Geschäftsjahr auf 17.219 Stück (Vorjahr: 20.598 Stück); der Unterschiedsbetrag zwischen Ausübungs- und Marktpreis in Höhe von 0,2 Mio. Euro für 2014 (Vorjahr: 0,2 Mio. Euro) wurde unter dem Personalaufwand ausgewiesen.

Group-Equity-Incentive-Pläne. Die Group-Equity-Incentive-Pläne (GEI-Pläne) des OLB-Konzerns unterstützen die Ausrichtung des Top-Managements, insbesondere des Vorstands, auf die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes. Bis 2010 umfassen die GEI virtuelle Optionen (Stock Appreciation Rights, SAR) und virtuelle Aktien (Restricted Stock Units, RSU). Ab der Gewährung im Jahr 2011 ersetzt der Allianz Equity-Incentive-Plan (AEI) die GEI-Pläne. Im AEI-Plan werden den Anteilnehmern nur noch virtuelle Aktien (Restricted Stock Units) gewährt.

45 Aktienbezogene Vergütung

Stock-Appreciation-Rights-Pläne. Die SAR, die einem Planteilnehmer gewährt wurden, verpflichten den OLB-Konzern in Bezug auf jedes gewährte Recht, den Unterschiedsbetrag zwischen dem Börsenkurs der Allianz Aktie am Tag der Ausübung und dem Referenzkurs als Barzahlung zu leisten. Der maximale Unterschied ist auf 150 % des Referenzkurses begrenzt. Der Referenzkurs entspricht dem Durchschnitt der Schlusskurse der Allianz SE Aktie an den zehn Börsentagen, die im Ausgabejahr der Bilanzpressekonferenz der Allianz SE folgen. Die bis 2008 gewährten SAR können nach einer Sperrfrist von zwei Jahren ausgeübt werden und verfallen nach sieben Jahren. Für SAR, die ab 2009 gewährt wurden, gilt eine Sperrfrist von vier Jahren, und sie verfallen ebenfalls nach sieben Jahren. Nach Ablauf der Sperrfrist können die SAR vom Planteilnehmer ausgeübt werden, sofern folgende Marktbedingungen erfüllt sind:

1. die relative Kursentwicklung der Allianz SE Aktie hat während der Laufzeit die Entwicklung des Dow Jones Europe STOXX Price Index mindestens einmal für einen Zeitraum von fünf aufeinanderfolgenden Börsentagen übertroffen und
2. der Aktienkurs der Allianz SE übersteigt den Referenzkurs bei Ausübung um mindestens 20 %.

Darüber hinaus werden SAR vor dem Ablauf der Sperrfrist unter der Voraussetzung, dass die genannten Marktbedingungen erfüllt sind, durch das Unternehmen ausgeübt, wenn ein Planteilnehmer stirbt, sich die Mehrheitsverhältnisse ändern oder ein Planteilnehmer wegen betriebsbedingter Kündigung ausscheidet.

Die am letzten Tag des Plans nicht ausgeübten Rechte werden automatisch ausgeübt, sofern die oben genannten Bedingungen erfüllt sind. Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind oder ein Teilnehmer des Plans aus dem Beschäftigungsverhältnis zum OLB-Konzern ausgeschieden ist, verfallen die Rechte.

Der Zeitwert der SAR zum Zeitpunkt der Gewährung wird mittels eines Cox-Rubinstein binomialen Optionsbewertungsmodells bestimmt. Die Volatilität wird aus beobachtbaren historischen Marktpreisen abgeleitet. Sind bezüglich des Ausübungsverhaltens der SAR keine historischen Informationen verfügbar (vor allem die Pläne, die von 2006 bis 2008 ausgegeben wurden, sind nicht im Geld), wird angenommen, dass die erwartete Laufzeit der Zeit bis zum Verfall der SAR entspricht.

Die folgende Tabelle stellt die Annahmen für die Berechnung des Zeitwertes der SAR zum Zeitpunkt der Gewährung dar:

	2014	2013	2012	2011	2010
Erwartete Volatilität in %	—	—	—	—	29,0
Risikofreier Zinssatz in %	—	—	—	—	2,7
Erwartete Dividendenrendite in %	—	—	—	—	5,6
Aktienkurs in Euro	—	—	—	—	88,09
Erwartete Laufzeit in Jahren	—	—	—	—	7

In den Jahren 2011 bis 2014 wurden keine neuen Stücke gewährt.

Die SAR werden vom OLB-Konzern als Vergütungen mit Barausgleich bilanziert. Daher erfasst der OLB-Konzern den Zeitwert der SAR periodengerecht über die Sperrfrist als Personalaufwand. Nach Ablauf der Sperrfrist werden jegliche Änderungen des Zeitwertes der nicht ausgeübten Rechte als Personalaufwand erfasst. In dem zum 31. Dezember 2014 endenden Geschäftsjahr belief sich der gesamte Personalaufwand im Zusammenhang mit den nicht ausgeübten Rechten auf 3 Tsd. Euro (Vorjahr: 12 Tsd. Euro).

Zum 31. Dezember 2014 bildete der OLB-Konzern für die nicht ausgeübten SAR eine Rückstellung in Höhe von 370 Tsd. Euro (Vorjahr: 792 Tsd. Euro). Im Jahr 2014 sind 11.107 Stück verfallen.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der SAR dar:

	Anzahl	Davon ausübbar	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis in Euro	Gewichteter durchschnittlicher Zeitwert am Bewertungsstichtag in Euro	Gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit in Jahren
Bestand zum 31. Dezember 2012	50.418	—	117,46	9,99	2,2
Gewährt	—	—	—	—	—
Ausgeübt	-2.564	—	120,00	—	—
Verfallen	-12.471	—	—	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2013	35.383	—	116,93	10,43	1,8
Gewährt	—	—	—	—	—
Ausgeübt	-11.156	—	129,98	—	—
Verfallen	-11.107	—	—	—	—
Konzernversetzung	-855	—	—	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2014	12.265	—	106,77	30,13	0,9

Restricted-Stock-Units-Pläne. Durch die einem Planteilnehmer gewährten RSU ist der OLB-Konzern verpflichtet, eine dem durchschnittlichen Börsenkurs der Aktie der Allianz SE in den zehn Handelstagen, die dem Ablauf der Sperrfrist vorausgehen, entsprechende Barzahlung zu leisten oder für jedes gewährte Recht eine Aktie der Allianz SE oder ein anderes gleichwertiges Eigenkapitalinstrument auszugeben. Die RSU haben eine Sperrfrist von fünf Jahren. Der OLB-Konzern übt die RSU am ersten Handelstag nach Ablauf ihrer Sperrfrist aus. Am Ausübungstag kann der OLB-Konzern die Erfüllungsmethode für die einzelnen RSU bestimmen.

Darüber hinaus werden RSU vor dem Ablauf der Sperrfrist durch das Unternehmen ausgeübt, wenn ein Planteilnehmer stirbt, sich die Mehrheitsverhältnisse ändern oder ein Planteilnehmer wegen betriebsbedingter Kündigung ausscheidet. Die RSU sind virtuelle Aktien ohne Berücksichtigung von Dividendenzahlungen. Die Berechnung des Zeitwertes erfolgt durch Subtraktion der Barwerte der erwarteten künftigen Dividendenzahlungen vom jeweils herrschenden Kurs am Bewertungstag.

In den Jahren 2011 bis 2014 wurden keine neuen Stücke gewährt.

Die RSU werden vom OLB-Konzern als Vergütungen mit Barausgleich bilanziert, weil der OLB-Konzern einen Barausgleich plant. Daher erfasst der OLB-Konzern den Zeitwert der RSU periodengerecht über die Sperrfrist als Personalaufwand. In dem zum 31. Dezember 2014 endenden Geschäftsjahr belief sich der im Zusammenhang mit den nicht ausübbaaren RSU stehende Personalaufwand auf 88 Tsd. Euro (Vorjahr: 102 Tsd. Euro).

Zum 31. Dezember 2014 bildete der OLB-Konzern für die nicht ausübbaaren RSU eine Rückstellung in Höhe von 1.019 Tsd. Euro (Vorjahr: 943 Tsd. Euro).

Allianz Equity-Incentive-Plan. Ab dem Gewährungsjahr 2011 ersetzt der AEI-Plan die GEI-Pläne.

Aufgrund der aktuellen Vergütungsstruktur, die seit dem 1. Januar 2010 gültig ist, werden die RSU 2014 als den Teilnehmern gewährte Vergütung für das Jahr 2013 angesehen.

Der OLB-Konzern ist durch die einem Planteilnehmer gewährten RSU verpflichtet, eine dem durchschnittlichen Aktienkurs der Allianz SE Aktie am Ausübungstag und den vorangehenden neun Handelstagen entsprechende Barzahlung zu leisten oder jede virtuelle Aktie in eine Allianz SE Aktie umzutauschen. Die Auszahlung ist begrenzt und entspricht maximal einem 200%-igen Aktienkursanstieg über dem Ausgabekurs.

Die RSU innerhalb des AEI-Plans unterliegen einer vierjährigen Sperrfrist. Die Freigabe der RSU erfolgt am letzten Tag der Sperrfrist. Der OLB-Konzern kann die Erfüllungsmethode für die einzelnen RSU bestimmen.

Darüber hinaus werden RSU vor dem Ablauf der Sperrfrist durch das Unternehmen ausgeübt, wenn ein Planteilnehmer stirbt, sich die Mehrheitsverhältnisse ändern oder ein Planteilnehmer wegen betriebsbedingter Kündigung ausscheidet.

Die RSU sind virtuelle Aktien ohne Dividendenauszahlung, die einer Auszahlungsbeschränkung unterliegen. Der Zeitwert ermittelt sich aus dem jeweils herrschenden Kurs am Bewertungstag abzüglich der Barwertsumme der bis zur Fälligkeit erwarteten künftigen Dividendenzahlungen und des Zeitwertes der Auszahlungsbeschränkung. Die Auszahlungsbeschränkung wird als Europäische Short Call Option auf Basis aktueller Marktdaten am Bewertungstag bewertet.

Die folgende Tabelle stellt die Annahmen für die Berechnung des Zeitwertes der RSU zum Zeitpunkt der Gewährung dar:

	2015	2014
Aktienkurs in Euro	137,35	120,65
Durchschnittlicher Dividendertrag in %	5,10	4,50
Durchschnittlicher Zinssatz in %	-0,04	0,50
Erwartete Volatilität in %	k. A.	20,00

Die RSU 2015 werden als den Teilnehmern gewährte Vergütung für das Jahr 2014 angesehen. Folglich basieren die Annahmen für die im März 2015 ausgegebenen RSU auf bestmöglicher Schätzung.

Die RSU innerhalb der neuen Vergütungsstruktur werden vom OLB-Konzern als Vergütungen mit Barausgleich bilanziert, weil der OLB-Konzern einen Barausgleich plant. Daher erfasst der OLB-Konzern den Zeitwert der RSU periodengerecht über den Erdienungszeitraum von einem Jahr und anschließend über die Sperrfrist als Personalaufwand. In dem zum 31. Dezember 2014 endenden Geschäftsjahr belief sich der im Zusammenhang mit der RSU Komponente des AEI-Plans stehende Personalaufwand auf 830 Tsd. Euro (Vorjahr: 887 Tsd. Euro).

Zum 31. Dezember 2014 bildete der OLB-Konzern für diese RSU eine Rückstellung in Höhe von 4.058 Tsd. Euro (Vorjahr: 2.783 Tsd. Euro).

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der RSU dar:

	Anzahl	Gewichteter durchschnittlicher Zeitwert in Euro	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis in Euro
Bestand zum 31. Dezember 2012	36.130	95,02	—
Gewährt	19.742	113,94	—
Ausgeübt	-3.849	—	104,65
Konzernversetzung	—	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2013	52.023	119,77	—
Gewährt	8.128	116,81	—
Ausgeübt	-1.260	—	124,72
Konzernversetzung	-4.933	—	—
Bestand zum 31. Dezember 2014	53.958	—	—

Der im Berichtsjahr erfasste Gesamtaufwand betrug für die aktienbezogene Vergütung 1.108 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.247 Tsd. Euro), der Gesamtbuchwert der Schulden lag zum Bilanzstichtag bei 5.447 Tsd. Euro (Vorjahr: 4.518 Tsd. Euro) und der Innere Wert der Schulden betrug 7.313 Tsd. Euro (Vorjahr: 7.484 Tsd. Euro).

Mio. Euro	2014	2013
Abschlussprüfungsleistungen	1,0	0,8
Andere Bestätigungsleistungen	2,7	2,1
Gesamt	3,7	2,9

46 Honorare für Abschlussprüfer

Für die Marktrisiken des Handelsbuches und des Nichthandelsbuches verweist die Bank aus Gründen der Übersichtlichkeit auf den Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichts auf das Kapitel Risikolage, Risikotragfähigkeit unter Marktrisiko.

47 Marktpreisänderungsrisiken

48 Kreditrisiko- konzentration

Für die Kreditrisikokonzentration verweist die Bank aus Gründen der Übersichtlichkeit auf den Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichts und dort auf das Kapitel Definition der Risikoarten.

49 Anteilsbesitzliste

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Periodenergebnis	Periodenergebnis
	%	31.12.2014 Mio. Euro	1.1.–31.12.2014 Mio. Euro	1.1.–31.12.2013 Mio. Euro
W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg	100,00	8,22	0,59	-0,16
Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster	100,00	8,05	0,58	0,65
OLB Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg	100,00	0,03	—	—
OLB-Immobiliendienst-GmbH, Oldenburg	100,00	0,03	—	—
AGI-Fonds Ammerland ¹	100,00	k.A.	2,87	4,90
AGI-Fonds Weser-Ems ¹	100,00	k.A.	0,97	1,24

¹ Von der Allianz Global Investors, Frankfurt am Main verwaltet

Die Angabe der Anteilsbesitzliste stellt eine Zusatzangabe dar, die nach HGB erforderlich ist. Die Werte entstammen der Rechnungslegung nach IFRS.

Mit folgenden Tochtergesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge:

- OLB-Immobiliendienst-GmbH, Oldenburg
- OLB Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg

Neben der Oldenburgische Landesbank AG mit Sitz in 26122 Oldenburg, Stau 15/17 – eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Oldenburg unter der Nummer HRB 3003 – werden in den Konzernabschluss – wie in Note (1) beschrieben – die in der Anteilsbesitzliste genannten Unternehmen und Spezialfonds einbezogen. Hiervon ausgenommen ist die OLB-Immobiliendienst-GmbH, Oldenburg und die OLB Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oldenburg aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

50 Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die OLB 2.347 (Vorjahr: 2.619) Mitarbeiter. Sie verteilten sich wie folgt:

Anzahl	2014	2013
Mitarbeiter Vollzeit (Durchschnitt)		
weiblich	688	796
männlich	999	1.131
Mitarbeiter Teilzeit (Durchschnitt)		
weiblich	618	653
männlich	42	39
Mitarbeiter insgesamt	2.347	2.619

Am 31. Dezember 2014 betrug die Zahl der Mitarbeiter 2.314 (Vorjahr: 2.445), daneben waren 221 Auszubildende, davon 120 weiblich (Vorjahr: 236/124) im OLB-Konzern tätig.

Die von Vorstand und Aufsichtsrat nach § 161 Aktiengesetz abzugebende Erklärung zur Einhaltung der Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ wurde abgegeben und ist den Aktionären dauerhaft im Internet unter www.olb.de im Bereich Investor Relations (Pfad: www.olb.de/dieolb/2626.php) zugänglich.

51 Corporate
Governance

Für das Geschäftsjahr 2014 ergibt sich nach HGB ein maßgeblicher Jahresüberschuss von 20,0 Mio. Euro. Da es keine Vorträge oder Veränderungen der Rücklagen gibt, entspricht dies dem Bilanzgewinn. Zur Verwendung dieses Gewinnes soll den Aktionären in der Hauptversammlung am 13. Mai 2015 vorgeschlagen werden, für das Geschäftsjahr 2014 eine Dividende in Höhe von 0,25 Euro je Stückaktie auszuschütten und 14,2 Mio. Euro den Gewinnrücklagen zuzuführen.

52 Dividendenzahlung

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 6. März 2015 durch den Gesamtvorstand der Oldenburgische Landesbank AG zur Veröffentlichung freigegeben. Bis zu diesem Datum können Ereignisse nach dem Bilanzstichtag Berücksichtigung finden. Änderungen des Konzernabschlusses können danach gemäß § 173 AktG nur noch durch Beschluss der Hauptversammlung vorgenommen werden.

53 Zeitpunkt
der Freigabe zur
Veröffentlichung

Oldenburg, 6. März 2015
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand



Patrick Tessmann
Vorsitzender



Dr. Thomas Bretzger



Karin Katerbau



Hilger Koenig

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Oldenburg, 6. März 2015
Oldenburgische Landesbank AG

Der Vorstand



Patrick Tessmann

Vorsitzender



Dr. Thomas Bretzger



Karin Katerbau



Hilger Koenig

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft, Oldenburg, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Konzernanhang – sowie ihren Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

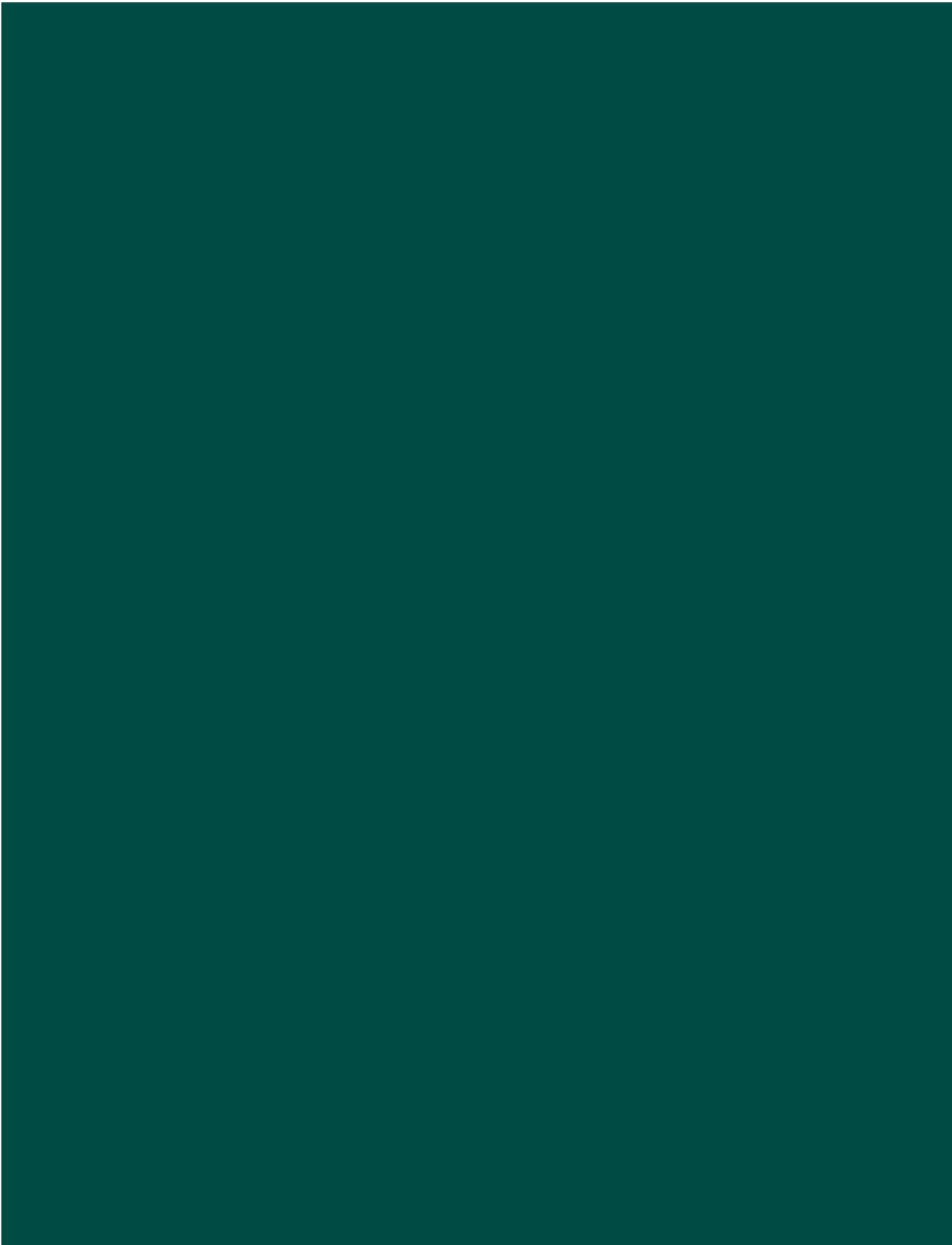
Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 12. März 2015
KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

König
Wirtschaftsprüfer

Olschewski
Wirtschaftsprüfer



163

WEITERE INFORMATIONEN

Mandate der Organmitglieder 166

Beirat 168

Glossar 172

Impressum 176

Mandate der Organmitglieder

Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats

Dr. Bernd W. Voss

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats bekleideten die aufgeführten Mandate.

Andree Moschner

Vorsitzender

Mitglied des Vorstands der Allianz Deutschland AG, München

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

Konzernmandate:

- Allianz Managed Operations & Services SE (stellv. Vorsitzender)

Uwe Schröder

Stellvertretender Vorsitzender

Bankkaufmann, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg;

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats

Dr. Werner Brinker

Vorstandsvorsitzender der EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

Konzernmandate:

- EWE Vertrieb GmbH, Oldenburg (Vorsitzender)
- EWE TEL GmbH, Oldenburg (Vorsitzender)
- swb AG, Bremen (Vorsitzender)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Werder Bremen GmbH & Co. KG aA, Bremen

Konzernmandate:

- EWE Turkey Holding A. S., Türkei

Prof. Dr. Andreas Georgi

Consultant, Starnberg

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- Asea Brown Boveri AG, Mannheim
- Rheinmetall AG, Düsseldorf

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Felix Schoeller Holding GmbH & Co. KG, Osnabrück (stellv. Vorsitzender)

Svenja-Marie Gnida

Filialeleiterin, Oldenburgische Landesbank AG, Osnabrück

Stefan Lübbe

Direktor und Mitglied der Geschäftsleitung Firmenkunden und Private Banking Oldenburger Münsterland, Oldenburgische Landesbank AG, Vechta

Prof. Dr. Petra Pohlmann

Professorin an der WWU, Münster

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- Allianz Versicherungs-AG, München

Horst Reglin

Gewerkschaftssekretär der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Oldenburg

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten:

- Öffentliche Lebensversicherungsanstalt, Oldenburg
- Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg

Rainer Schwarz

Aufsichtsratsmitglied der Oldenburgische Landesbank AG, München

Carl-Ulfert Stegmann

Alleinvorstand der AG Reederei Norden-Frisia, Norderney

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Wyker Dampfschiffsreederei Föhr-Amrum GmbH, Wyk auf Föhr

Gabriele Timpe

Kundenberaterin, Oldenburgische Landesbank AG, Lähden

Christine de Vries

Organisatorin Prozesse und Projekte, Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands bekleideten die aufgeführten Mandate.

Dr. Achim Kassow (bis 31. Dezember 2014)

Vorsitzender des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Mandate in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten

Konzernmandate:

- AllSecur Deutschland AG

Dr. Thomas Bretzger

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien

Konzernmandate:

- Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster (stellv. Vorsitzender)
- W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg (stellv. Vorsitzender)

Jörg Höhling (bis 31. Dezember 2014)

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Karin Katerbau

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Hilger Koenig

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien

Konzernmandate:

- Münsterländische Bank Thie & Co. KG, Münster (Vorsitzender)
- W. Fortmann & Söhne KG, Oldenburg (Vorsitzender)
- OLB-Immobilien dienst-GmbH, Oldenburg (Vorsitzender)

Patrick Tessmann (seit 1. November 2014)

Mitglied des Vorstands der Oldenburgische Landesbank AG

Beirat

Dr. Carl Ulfert Stegmann – Vorsitzender

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Aktiengesellschaft Reederei Norden-Frisia, Norderney

Dr. Maria Apel – stellv. Vorsitzende

Komplementärin und Vorsitzende des Beirats der Pöppelmann GmbH & Co. KG, Lohne

Werner zu Jeddelloh – stellv. Vorsitzender

Mitglied des Beirats der BÜFA GmbH & Co. KG, Oldenburg

Manfred Adrian

Verleger der Wilhelmshavener Zeitung, Wilhelmshaven

Prof. Dr. Heinz-W. Appelhoff

Privatier, Rastede

Christian Basse

Geschäftsführender Gesellschafter SKN Druck und Verlag GmbH & Co. KG, Norden

Harald Beenen

Geschäftsführer der H. Beenen Vermögensverwaltung GmbH & Co. KG, Aurich

Dr. Jan Bernd Berentzen

Geschäftsführender Gesellschafter der Berentzen Mally Marketing plus Services GmbH, Greven

Clemens van den Berg

Gesellschafter der van den Berg GmbH & Co. KG, Lingen

Dr. Fritz Blume

Privatier, Jever

Dr. Franz J. Bönkhoff

Gesellschafter der Wirtschaftsprüfer- und Steuerberaterkanzlei Dr. Bönkhoff & Partner, Oldenburg

Dr. Bernhard Brons

Vorstand der Reederei Aktien-Gesellschaft „EMS“, Emden

Heiner Bröring

Ehem. Geschäftsführer der H. Bröring GmbH und Co. KG, Dinklage

Heinz Buse

Inhaber und Geschäftsführer der Heinz Buse Unternehmensgruppe, Leer

Philip Freiherr von dem Bussche

Landwirt, Bad Essen

Dr. Markus Connemann

Geschäftsführer der Hammerlit GmbH, Leer

Claas E. Daun

Vorsitzender des Vorstands der Daun & Cie. AG, Rastede

Stefan Delkeskamp

Geschäftsführer der Delkeskamp Verpackungswerke GmbH, Nortrup

Manfred-Wilhelm Göddeke

Geschäftsführer i. R. der Rhein-Umschlag GmbH & Co. KG, Oldenburg

Isabel Hüppe

Rechtsanwältin, Großenkneten-Huntlosen

Tido Graf zu Inn- und Knyphausen

Selbstständig in den Bereichen Land- u. Forstwirtschaft, Erneuerbare Energien, Tourismus und Golf, Lütetsburg

Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Kaminski

Institutsdirektor und Geschäftsführer des Instituts für Ökonomische Bildung, Oldenburg

Hans-Dieter Kettwig

Vorstandsvorsitzender der Aloys-Wobben-Stiftung, Aurich

Jörg-Peter Knochen

Ehem. Geschäftsführender Gesellschafter der Oldenburgische Volkszeitung Druckerei und Verlag KG, Vechta

Michael Koch

Vorstand der Kaffee-Partner Leasing AG, Osnabrück

Reinhard Köser

Verleger der Nordwest-Zeitung, Oldenburg

Dr. Dieter Köster

Vorsitzender des Aufsichtsrates der Köster Holding AG, Osnabrück

Angela Krüger-Steinhoff

Geschäftsführerin der Steinhoff Familienholding GmbH, Westerstede

Dr. Andreas Kühnl

Geschäftsführer der H. Kemper GmbH & Co. KG, Nortrup

Friedrich-Wilhelm Freiherr von Landsberg-Velen

Geschäftsführender Gesellschafter vom Ferienzentrum
Schloss Dankern GmbH, Haren

Hermann Lanfer

Geschäftsführender Gesellschafter der Lanfer Logistik GmbH,
Meppen

Johannes van der Linde

Geschäftsführender Gesellschafter der LUDWIG FREYTAG
GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Oldenburg

Dirk Lütvogt

Geschäftsführender Gesellschafter der Friedrich Lütvogt
GmbH & Co. KG, Wagenfeld

Peter Mager

Steinfeld

Bernd Meerpohl

Vorsitzender des Vorstands der Big Dutchman AG, Vechta

Bernard Meyer

Geschäftsführer der MEYER-WERFT GmbH & Co. KG,
Papenburg

Konsul Friedrich A. Meyer

Geschäftsführender Gesellschafter der F.A. Meyer
Beteiligungs-GmbH, Wilhelmshaven

Harald Müller

Geschäftsführender Gesellschafter der Erwin Müller Gruppe
Lingen, Lingen

Eske Nannen

Geschäftsführerin der Kunsthalle Emden Stiftung Henri
und Eske Nannen und Schenkung Otto van de Loo, Emden

Holger Neumann

Geschäftsführer der Pallas Group, Diepholz

Fritz-Dieter Nordmann

Geschäftsführender Gesellschafter der Nordmann
Unternehmensgruppe, Wildeshausen

Peter Pickel

Geschäftsführender Gesellschafter der August Pickel GmbH &
Co. KG, Oldenburg

Christian Rauffus

Geschäftsführender Gesellschafter der Rügenwalder Wurst-
fabrik Carl Müller GmbH & Co. KG, Bad Zwischenahn

Hubert Rothärmel

Mitglied des Kuratoriums der Neumüller CEWE COLOR
Stiftung, Oldenburg

Klaus Rücker

Geschäftsführender Gesellschafter der Rücker-Gruppe,
Aurich/Wismar

Dr. Heiko Sanders

Mitglied des Vorstands der EWE AG, Oldenburg

Ralf Schu

Geschäftsführer der Papier- u. Kartonfabrik Varel GmbH &
Co. KG, Varel

Dirk Schulte Strathaus

Verleger des Delmenhorster Kreisblatt, Delmenhorst

Herbert Siedenbiedel

Geschäftsführer der Nordwest Medien GmbH & Co. KG,
Oldenburg

Carl Ulfert Stegmann

Alleinvorstand der AG Reederei Norden-Frisia, Norderney

Franz Thiele jun.

Geschäftsführer der Thiele & Freese GmbH & Co. KG, Emden

Harald Vogelsang

Geschäftsführer der Hugo Vogelsang Maschinenbau GmbH,
Essen (Oldb.)

Heidi Gräfin von Wedel

Wilhelmshaven

Manfred Wendt

Sprecher der Geschäftsführung der Johann Bunte Bauunter-
nehmung GmbH & Co. KG, Papenburg

Doris Wesjohann

Mitglied des Vorstands der PHW-Gruppe, Visbek

Roland Zerhusen

Geschäftsführer der ZERHUSEN Kartonagen GmbH, Damme

Durch Tod verloren wir

Aus dem Kreis unserer früheren Vorstände

Hermann Conring
gest. 26. November 2014

Aus dem Kreis der Aktiven

Stefan Wichert
gest. 15. Juli 2014

Gesa Collmann
gest. 2. September 2014

Uwe Mithöfer
gest. 5. November 2014

Michael Hoyer
gest. 31. Dezember 2014

Marlene Klinge
gest. 22. Februar 2015

Aus dem Kreis der Pensionäre

Dieter Niggemann
gest. 16. Januar 2014

Adam Schneider
gest. 24. Januar 2014

Gotthard Schroeter
gest. 21. Februar 2014

Friedrich Schierholz
gest. 31. März 2014

Gerhard Schulz
gest. 11. April 2014

Waltraud Schürkens
gest. 17. Mai 2014

Günter Kraetzig
gest. 23. Mai 2014

Frieda Nannen
gest. 7. Juni 2014

Dieter Auffarth
gest. 15. Juni 2014

Ursula Telscher-von den Benken
gest. 16. Juni 2014

Hildburg Meyer
gest. 24. Juni 2014

Leo Kröger
gest. 30. Juni 2014

Wilhelm Gramberg
gest. 5. Juli 2014

Maria von Höven
gest. 18. September 2014

Paul Busse
gest. 25. September 2014

Gerhard Arjes
gest. 9. Oktober 2014

Gabriele Kottusch
gest. 28. Oktober 2014

Hans-Gustav Andresen
gest. 10. November 2014

Käthe Zechner
gest. 19. November 2014

Hanna Fromm
gest. 27. November 2014

Eckard Appelhagen
gest. 15. Dezember 2014

Elke Dutschmann
gest. 24. Dezember 2014

Heinz Abel
gest. 29. Januar 2015

Anneliese Müller
gest. 5. Februar 2015

Wolfgang Waschow
gest. 9. Februar 2015

Anni Haffke
gest. 7. März 2015

Christa Schütte
gest. 8. März 2015

Glossar



Agio In Prozent oder Geldeinheiten angegebener Aufschlag u. a. bei Wertpapieren oder Darlehen. Bei der Neuausgabe von Wertpapieren ist es der Betrag, um den der Ausgabepreis deren Nennbetrag überschreitet bzw. der Betrag, um den der Börsenkurs den inneren Wert der Anlage übersteigt. Beim Erwerb vieler Fonds handelt es sich dabei um die Vergütung für die Beratungsleistung oder auch Vertriebsgebühr, die als prozentualer Anteil an Bank, Finanzberater oder Fondsgesellschaft gezahlt wird. Bei Darlehen ist das Agio der für den Schuldner neben den zu zahlenden Zinsen anfallende Aufschlag. Das Gegenteil ist das Disagio.

Allianz Equity Incentive = AEI Instrument zur langfristigen Bindung von Führungskräften durch ein Unternehmen, indem Aktien vom Unternehmen an diese ausgegeben werden und somit die Identifikation mit dem Unternehmen gestärkt wird bzw. ein Interessenabgleich stattfindet.

Allianz Sustained Performance Plan Alle Bestandteile der erfolgsabhängigen Vergütung werden anhand eines vereinfachten, einheitlichen Zielvereinbarungsbogens geregelt und in einem im Allianz Konzern geltenden Modell, dem Allianz Sustained Performance Plan (ASPP), beschrieben. Sowohl die Jahresziele als auch die dreijährigen Mittelfristziele werden in diesem Zielvereinbarungsbogen fixiert.

Available-for-Sale Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

Aval Bürgschaft oder Garantie.



Bankbuch Risikotragende Positionen, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet werden.

Basel II/III Neue regulatorische Standards des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht.

Bruttoinlandsprodukt Alle im Inland erbrachten Wirtschaftsleistungen in einer Periode.



CDAX Banken Aktien-Index, der von der Deutsche Börse AG berechnet und veröffentlicht wird. Er enthält mehrere im amtlichen Börsenhandel notierte deutsche Bankaktien.

Cost-Income-Ratio Kennzahl, die die laufenden Aufwendungen ins Verhältnis zu den laufenden Erträgen setzt.

COX-Rubinstein-Binomialmodell

Eigentlich Cox-Ross-Rubinstein-Modell (1979) oder Binomialmodell. Modell zur Berechnung marktgerechter Optionspreise, das auf einer binären Struktur basiert, die das Fallen oder Steigen des Aktienkurses pro Zeiteinheit abbildet.

Credit Spread Unter dem Credit Spread wird die Risikoprämie, die der Emittent dem Käufer einer ausfallrisikobehafteten Anleihe bezahlen muss, verstanden. Sie kann in Form von Preisabschlägen auf die Anleihe oder Renditezuschlägen vorkommen, deren Höhe durch die Bonität des Emittenten bestimmt wird.

Current Service Cost Laufender Dienstzeitaufwand, der sich aus den Pensionsansprüchen der Arbeitnehmer ergibt und durch versicherungsmathematische Annahmen linear auf Perioden der Arbeitsleistung verteilt wird, woraus ein Barwert für die jeweiligen Perioden, z. B. ein Geschäftsjahr, ermittelt wird.



Delta Das Delta einer Option gibt an, wie der Optionspreis auf Kursänderungen des Underlyings (Basispapier oder Preis) reagiert.

Disagio Unter Disagio versteht man den Betrag, um den der Ausgabepreis z. B. einer Aktie ihren Nennwert unterschreitet. Mit Disagio bezeichnet man auch das Abgeld auf ein Darlehen.

Dow Jones EURO STOXX Price Index Aktienindex, der die 50 größten und wichtigsten Aktienwerte der europäischen Währungsunion umfasst. Der Index wird seit dem 26. Februar 1998 in Zürich geführt.

Expected Loss Der Expected Loss bezeichnet den erwarteten Verlust einer Risikoposition innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer.

Fair Value Betrag, zu dem ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern gehandelt werden kann.

Future Hinsichtlich Menge, Qualität und Liefertermin standardisierter Terminvertrag, bei dem zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt ein dem Geld- und Kapital-, Edelmetall- oder Devisenmarkt zugehöriges Handelsobjekt zu einem festgesetzten Kurs zu liefern beziehungsweise abzunehmen ist.

Gamma Das Gamma einer Option drückt aus, wie das Delta auf Kursänderungen des Underlyings (Basispapier oder Preis) reagiert.



GLLP General Loan Loss Provision, siehe Risikovorsorge.

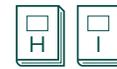
Group-Equity-Incentive-Plan (GEI-Plan) Dieses Allianz Programm zur aktienbezogenen Vergütung galt nur bis zum Jahr 2010 und wurde durch das neue aktienbasierte Programm Allianz Equity Incentive (s. S. 170 des Glossars) abgelöst.

Handelsbuch Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von Kreditinstituten zum Zwecke des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden.

Hedge Accounting Das Hedge Accounting wird in der OLB im Rahmen der Risikostrategie zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt. Hierzu werden die Grundgeschäfte (z. B. Kredite oder Wertpapiere) den Sicherungsgeschäften (z. B. Zinsswaps) gegenübergestellt.

Nach den internationalen Bilanzierungsvorschriften gelten für Grund- und Sicherungsgeschäfte unterschiedliche Bewertungsansätze. Um diese Bewertungsunterschiede ökonomisch angemessener in der Gewinn- und Verlustrechnung abzubilden, nutzt die OLB die gesondert geltenden Bilanzierungsregeln des IAS 39 für das Hedge Accounting. Hiernach werden Grund- und Sicherungsgeschäfte zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst und erfolgswirksam zum Marktwert (Fair Value) bewertet, sodass sich die Wertänderungen gegenseitig kompensieren.

Die OLB setzt ausschließlich die Methode des „Fair Value Hedge Accounting“ ein.



Hedging Absicherung von Vermögenspositionen gegen Aktienkurs-, Zinsänderungs- und Währungsrisiken. Durch Einnahme einer entgegengesetzten Position an den Terminmärkten (Einsatz von Futures, Optionen) soll ggf. die Wertminderung einer Kassaposition (Kauf von Wertpapieren, Devisen, Waren) kompensiert werden. Hedging-Strategien mit Futures oder Optionen unterliegen vielfältigen Unwägbarkeiten; die Effizienz der Gesamtposition muss ständig kontrolliert werden.

IAS/IFRS 1973 wurde das International Accounting Standards Committee (IASC) als privatrechtlicher Verein nationaler Verbände von Rechnungslegern und Wirtschaftsprüfern gegründet, um die internationale Vergleichbarkeit der Rechnungslegung voranzutreiben. Im Jahr 2000 beschloss die EU, bei der Fortentwicklung von Rechnungslegungsvorschriften mit dem IASC zusammenzuarbeiten. Nach der Umstrukturierung des IASC im Jahr 2001 kam es zur Umbenennung in IASB (International Accounting Standards Board). Sämtliche bis dahin vom IASC verabschiedeten International Accounting Standards (IAS) bleiben zunächst bestehen und werden sukzessive verändert oder vom IASB durch neue Standards ersetzt. Diese neuen vom IASB entwickelten Rechnungslegungsstandards sind die International Financial Reporting Standards (IFRS). Damit diese Standards wirksam werden, verabschiedet die Europäische Union sie im sogenannten Endorsement-Prozess. Eine Ratifizierung durch die jeweilige nationale Gesetzgebung ist nicht erforderlich, da die EU-Direktiven unmittelbar für alle Beitrittsländer der Europäischen Union Gültigkeit erlangen.

Impairment Nicht planmäßige Wertherabsetzung von Aktiva, wie zum Beispiel Geschäfts- oder Firmenwert, Kreditforderungen, Wertpapieren und Sachanlagen, aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung der entsprechenden Positionen.



Konfidenzniveau Ausdruck für die Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust eine durch den Value-at-Risk definierte Verlustobergrenze nicht überschreitet.

Nichthandelsbuchinstitut Als Nichthandelsbuchinstitut kann sich ein Institut einordnen, das aufsichtsrechtliche Bagatellgrenzen im Zusammenhang mit eigenen Handelsgeschäften nicht überschreitet.



Option Das Recht, ein Handelsobjekt (beispielsweise Wertpapiere und Devisen) vom Vertragspartner zu einem festgelegten Preis innerhalb eines bestimmten Zeitraums oder zu einem bestimmten Termin zu kaufen (Kaufoption / Call) beziehungsweise an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption / Put).

OTC (Over-the-counter) Finanzinstrumente (Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over-the-counter) gehandelt werden.

PLL Portfolio Loan Loss Provision, siehe Risikoversorge.

Projected-Unit-Credit-Method Anwartschaftsbarwertverfahren, ein versicherungsmathematisches Bewertungsverfahren für Pensionsrückstellungen.



Rating Standardisiertes Verfahren zur Beurteilung der Bonität von Unternehmen (Emittentenrating) sowie der von ihnen begebenen Anleihen und Geldmarktpapiere (Emissionsrating) durch unabhängige Agenturen. Auch die in Banken eingesetzten Verfahren zur Bestimmung der Bonität von Kreditnehmern werden als Rating bezeichnet.

Repo-Geschäft Bei einem Repo-Geschäft verkauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte im Konzern. Entsprechend werden die Wertpapiere weiterhin in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwert aus dem rechtlichen Verkauf ist in der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden enthalten und als Verbindlichkeit aus Repo-Geschäft ausgewiesen.

Restricted Stock Units (RSU) Virtuelle Aktien, die z. B. im Rahmen eines Group-Equity-Incentive-Plans als aktienbezogene Vergütung vom Unternehmen an seine Arbeitnehmer ausgegeben werden. Die Ausübung der RSU erfolgt in der Regel nach dem Eintreffen von vom Unternehmen festgelegten Zielen oder dem Ablauf einer Haltefrist. Die Ausübung kann auch in Form eines entsprechenden Barbetrages oder sonstiger Ersatzwerte erfolgen.



Reverse-Repo-Geschäfte Bei einem Reverse-Repo-Geschäft kauft der Konzern Wertpapiere und vereinbart gleichzeitig, diese Wertpapiere zu einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzugeben. Die mit den Wertpapieren verbundenen Chancen und Risiken aus Zinsänderung und Adressausfall bleiben während der gesamten Laufzeit der Geschäfte beim Kontrahenten. Entsprechend werden die Wertpapiere nicht in der Bilanz des Konzerns als Handelsaktiva oder Finanzanlagen ausgewiesen. Der Gegenwert aus dem rechtlichen Kauf ist in der Bilanzposition Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden enthalten und als Forderung aus Reverse-Repo-Geschäften ausgewiesen.

Risikocontrolling Laufende Risikomessung und -überwachung inklusive Methodenentwicklung sowie entsprechende Risikoanalyse / Berichtswesen durch eine neutrale, unabhängige Einheit.

Risikomanagement Operative Geschäftssteuerung spezifischer Portfolios unter Risiko-/Rendite-Gesichtspunkten.

Risikovorsorge Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen wird den erkennbaren Ausfallrisiken Rechnung getragen. Die Einzelwertberichtigungen (Specific Loan Loss Provision; SLLP) werden unter Berücksichtigung aller zukünftig erwarteten, abgezinsten Zahlungsströme ermittelt. Für potenziell bereits eingetretene, zum Bilanzstichtag jedoch noch nicht identifizierte Adressrisiken aus Kreditgeschäften werden Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der empirischen Ermittlung historischer Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten des nicht bereits anderweitig vorgesorgten Kreditportfolios basiert. Pauschalierte Einzelwertberichtigungen (Particular Loan Loss Provisions; PLLP) werden für das homogene Kreditportfolio gebildet. General Loan Loss Provisions (GLLP) werden auf das inhomogene Portfolio gebildet.



SLLP Specific Loan Loss Provision, siehe Risikovorsorge.

Stock Appreciation Rights (SAR) Virtuelle Optionen, die z. B. im Rahmen eines Group-Equity-Incentive-Plans als aktienbezogene Vergütung vom Unternehmen an seine Arbeitnehmer vergeben werden. Dabei ist die Ausübung der Optionen direkt an den Erfolg des Unternehmens, üblicherweise dessen Aktienkurs, geknüpft. Die Ausübung der Optionen kann in Form von Barzahlungen, Aktien oder sonstigen Ersatzwerten erfolgen.

Stückaktie Nennwertloser Anteilschein an einer Aktiengesellschaft. Durch Division des nominalen Grundkapitals durch die Zahl der insgesamt ausgegebenen Stückaktien lässt sich ein rechnerischer Nennwert ermitteln, der nach dem Stückaktiengesetz einen Mindestwert von einem Euro haben muss.

Swap Allgemeine Bezeichnung für den Austausch von Objekten, Rechten etc., insbesondere für den Austausch von Zahlungsströmen in gleicher Währung (= Zinsswap) oder in verschiedenen Währungen (= Währungsswap).



True-and-fair-View-Prinzip Gemäß § 264 Abs. 2 HGB Anforderung an Rechnungslegungsdaten wie z. B. eines Jahresabschlusses, dass sie ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermitteln.

Value-at-Risk (VaR) Der Value-at-Risk bezeichnet den potenziellen Verlust einer Risikoposition, der unter üblichen Marktbedingungen mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) in einer vorgegebenen Haltedauer nicht überschritten wird.

Vega Das Vega einer Option gibt an, wie der Optionspreis auf die Veränderung der Volatilität (Schwankungsbreite des Underlyings) reagiert.

Volatilität Maß für die vergangene (historische) oder erwartete (implizite) Schwankungsbreite des Kurses von Aktien, Devisen und Zinssätzen. Schwankt der Kurs einer Aktie stark, hat die Aktie eine hohe Volatilität. Für den Anleger bedeutet das die Chance auf schnelle und hohe Kursgewinne – aber auch die Gefahr ebenso schneller Verluste.

Herausgeber

Oldenburgische Landesbank AG
Stau 15/17
26122 Oldenburg
Telefon (0441) 221-0
Telefax (0441) 221-1457
E-Mail olb@olb.de

Kontakt

Unternehmenskommunikation

Zertifizierung**Veröffentlichungsdatum**

30. März 2015

Dieser Bericht ist in deutscher und englischer Sprache verfügbar. Beide Fassungen sind im Internet unter www.olb.de abrufbar.

